

1998**Ausgegeben zu Bonn am 22. September 1998****Nr. 38**

Tag	Inhalt	Seite
11. 9. 98	Gesetz zu dem Abkommen über Partnerschaft und Zusammenarbeit vom 22. April 1996 zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Armenien andererseits	2378
	GESTA: XE054	
11. 9. 98	Gesetz zu dem Zusatzabkommen vom 6. Oktober 1997 zu dem Abkommen zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrags über die Rechtsstellung ihrer Truppen hinsichtlich der im Königreich der Niederlande stationierten deutschen Truppen einschließlich des ergänzenden Protokolls und zu dem Abkommen vom 6. Oktober 1997 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Königreichs der Niederlande über die Rahmenbedingungen für das I. (Deutsch-Niederländische) Korps und dem Korps zugeordnete Truppenteile, Einrichtungen und Dienststellen (Gesetz zu dem Vertragswerk über die deutsch-niederländische militärische Zusammenarbeit)	2405
	FNA: neu: 57-7; 55-6 GESTA: XH004	
11. 9. 98	Gesetz zu dem Übereinkommen vom 29. Januar 1998 zwischen der Regierung Kanadas, Regierungen von Mitgliedstaaten der Europäischen Weltraumorganisation, der Regierung Japans, der Regierung der Russischen Föderation und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika über Zusammenarbeit bei der zivilen internationalen Raumstation (Raumstations-Übereinkommen)	2445
	FNA: neu: 188-90 GESTA: XO001	
14. 9. 98	Gesetz zu dem Abkommen vom 9. Oktober 1997 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Französischen Republik über die Zusammenarbeit der Polizei- und Zollbehörden in den Grenzgebieten	2479
	GESTA: XB014	
5. 6. 98	Bekanntmachung des deutsch-guatemalteckischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit ...	2491
23. 7. 98	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Pflanzenschutzübereinkommens vom 6. Dezember 1951	2492
23. 7. 98	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über den physischen Schutz von Kernmaterial	2493
24. 7. 98	Bekanntmachung über das Inkrafttreten der in Genf am 19. März 1991 unterzeichneten Fassung des Internationalen Übereinkommens zum Schutz von Pflanzenzüchtungen	2493
24. 7. 98	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens zur Gründung des Gemeinsamen Fonds für Rohstoffe	2494
27. 7. 98	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens von 1971 über psychotrope Stoffe	2495
27. 7. 98	Bekanntmachung über den Geltungsbereich der Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes	2495
27. 7. 98	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Europäischen Übereinkommens über das grenzüberschreitende Fernsehen	2496

Gesetz
zu dem Abkommen über Partnerschaft
und Zusammenarbeit vom 22. April 1996
zwischen den Europäischen Gemeinschaften
und ihren Mitgliedstaaten einerseits
und der Republik Armenien andererseits

Vom 11. September 1998

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Luxemburg am 22. April 1996 von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten Abkommen über Partnerschaft und Zusammenarbeit zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Armenien andererseits sowie den der Schlußakte beigefügten Erklärungen und dem Briefwechsel wird zugestimmt. Das Abkommen, die Schlußakte und die ihr beigefügten Erklärungen und der Briefwechsel werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.
- (2) Der Tag, an dem das Abkommen über Partnerschaft und Zusammenarbeit nach seinem Artikel 101 Abs. 2 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und wird im Bundesgesetzblatt verkündet.

Berlin, den 11. September 1998

Der Bundespräsident
Roman Herzog

Der Bundeskanzler
Dr. Helmut Kohl

Der Bundesminister des Auswärtigen
Kinkel

Der Bundesminister für Wirtschaft
Rexrodt

Abkommen über Partnerschaft und Zusammenarbeit zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Armenien andererseits

Das Königreich Belgien,
das Königreich Dänemark,
die Bundesrepublik Deutschland,
die Griechische Republik,
das Königreich Spanien,
die Französische Republik,
Irland,
die Italienische Republik,
das Großherzogtum Luxemburg,
das Königreich der Niederlande,
die Republik Österreich,
die Portugiesische Republik,
die Republik Finnland,
das Königreich Schweden,
das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland,

Vertragsparteien des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, des Vertrags über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl und des Vertrags zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft, im folgenden „Mitgliedstaaten“ genannt, und

die Europäische Gemeinschaft, die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl und die Europäische Atomgemeinschaft, im folgenden „Gemeinschaft“ genannt,

einerseits und

die Republik Armenien

andererseits,

eingedenk der Bindungen zwischen der Gemeinschaft, ihren Mitgliedstaaten und der Republik Armenien sowie der den Vertragsparteien gemeinsamen Werte,

in der Erkenntnis, daß die Gemeinschaft und die Republik Armenien diese Bindungen stärken und eine Partnerschaft und eine Zusammenarbeit beginnen wollen, durch die die Beziehungen gestärkt und erweitert werden, welche in der Vergangenheit hergestellt wurden, vor allem mit dem am 18. Dezember 1989 unterzeichneten Abkommen zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Europäischen Atomgemeinschaft und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über den Handel und die handelspolitische und wirtschaftliche Zusammenarbeit,

in Anbetracht des Eintretens der Gemeinschaft und ihrer Mitgliedstaaten sowie der Republik Armenien für die Stärkung der politischen und der wirtschaftlichen Freiheiten, die die eigentliche Grundlage der Partnerschaft bilden,

in Anbetracht der Verpflichtung der Vertragsparteien, den Weltfrieden und die internationale Sicherheit sowie die friedliche Beilegung von Streitigkeiten zu fördern und zu diesem Zweck im Rahmen der Vereinten Nationen und der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) zusammenzuarbeiten,

eingedenk der festen Verpflichtung der Gemeinschaft und ihrer Mitgliedstaaten sowie der Republik Armenien zur vollen Verwirklichung aller Grundsätze und Bestimmungen der Schlußakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE), der Abschließenden Dokumente der Folgetreffen in Madrid und Wien, des Dokuments der KSZE-Konferenz in Bonn über wirtschaftliche Zusammenarbeit, der Pariser Charta für ein Neues Europa und des Dokuments „Die Herausforderungen des Wandels“ der KSZE-Konferenz in Helsinki von 1992 sowie weiterer Basisdokumente der OSZE,

in der Erkenntnis, daß in diesem Zusammenhang die Unterstützung der Unabhängigkeit, der Souveränität und der territorialen Integrität der Republik Armenien zur Erhaltung des Friedens und der Stabilität in Europa beitragen wird,

überzeugt von der überragenden Bedeutung, die der Rechtsstaatlichkeit und der Achtung der Menschenrechte, insbesondere der Minderheitenrechte, dem Aufbau eines Mehrparteiensystems mit freien und demokratischen Wahlen sowie der wirtschaftlichen Liberalisierung mit dem Ziel der Einführung der Marktwirtschaft zukommt,

in der Überzeugung, daß die volle Durchführung dieses Partnerschafts- und Kooperationsabkommens von der Fortsetzung und der Vollendung der politischen, der wirtschaftlichen und der rechtlichen Reformen in der Republik Armenien sowie der Schaffung der Bedingungen für die Zusammenarbeit, insbesondere unter Berücksichtigung der Schlußfolgerungen der KSZE-Konferenz in Bonn, abhängt und gleichzeitig einen Beitrag dazu leistet,

in dem Wunsch, den Prozeß der regionalen Zusammenarbeit mit den Nachbarländern in den unter dieses Abkommen fallenden Bereichen zu unterstützen, um den Wohlstand und die Stabilität in der Region und insbesondere Initiativen zur Förderung der Zusammenarbeit und des gegenseitigen Vertrauens zwischen den Unabhängigen Staaten der Transkaukasus-Region und ihren Nachbarstaaten zu fördern,

in dem Wunsch, einen regelmäßigen politischen Dialog über bilaterale, regionale und internationale Fragen von beiderseitigem Interesse aufzunehmen und zu entwickeln,

in Anerkennung und Unterstützung des Wunsches der Republik Armenien, eng mit europäischen Institutionen zusammenzuarbeiten,

eingedenk der Notwendigkeit der Förderung von Investitionen in der Republik Armenien, unter anderem im Energiesektor, und eingedenk der Bedeutung, die die Gemeinschaft und ihre Mitgliedstaaten fairen Bedingungen für die Durchfuhr von Energieerzeugnissen zwecks Ausfuhr beimessen,

in Bestätigung des Eintretens der Gemeinschaft und ihrer Mitgliedstaaten sowie der Republik Armenien für die Europäische Energiecharta und die volle Umsetzung des Vertrages über die Energiecharta und des Energiechartaprotokolls über Energieeffizienz und damit verbundene Umweltaspekte,

unter Berücksichtigung der Bereitschaft der Gemeinschaft, soweit angebracht, wirtschaftliche Zusammenarbeit und technische Hilfe vorzusehen,

eingedenk der Nützlichkeit dieses Abkommens bei der Förderung einer schrittweisen Annäherung der Republik Armenien an einen größeren Raum der Zusammenarbeit in Europa und den Nachbarregionen sowie ihrer schrittweisen Integration in das offene internationale System,

in Anbetracht des Eintretens der Vertragsparteien für die Liberalisierung des Handels im Einklang mit den Regeln der Welthandelsorganisation (WTO),

eingedenk der Notwendigkeit, die Geschäfts- und Investitionsbedingungen und die Bedingungen in Bereichen wie Niederlassung von Gesellschaften, Arbeit, Dienstleistungen und Kapitalverkehr zu verbessern,

erfreut über die und in Anerkennung der intensiven Bemühungen der Republik Armenien um einen Übergang von der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft,

in der Überzeugung, daß dieses Abkommen ein neues Klima für die Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Vertragsparteien und vor allem für die Entwicklung von Handel und Investitionen schaffen wird, die für die Umstrukturierung und die technische Modernisierung der Wirtschaft unerlässlich sind,

in dem Wunsch, eine enge Zusammenarbeit im Bereich des Umweltschutzes aufzunehmen, bei der die auf diesem Gebiet bestehende gegenseitige Abhängigkeit zwischen den Vertragsparteien berücksichtigt wird,

in Anerkennung der Tatsache, daß die Zusammenarbeit zur Verhütung und Kontrolle der illegalen Einwanderung eines der vorrangigen Ziele dieses Abkommens darstellt,

in dem Wunsch, eine kulturelle Zusammenarbeit aufzunehmen und den Informationsaustausch zu verbessern –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Zwischen der Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Armenien andererseits wird eine Partnerschaft gegründet. Ziel dieser Partnerschaft ist es,

- einen geeigneten Rahmen für den politischen Dialog zwischen den Vertragsparteien zu schaffen, der den Ausbau der politischen Beziehungen ermöglicht;
- die Bestrebungen der Republik Armenien zur Festigung ihrer Demokratie und zur Entwicklung ihrer Wirtschaft sowie zur Vollendung des Übergangs zur Marktwirtschaft zu unterstützen;
- die Ausweitung von Handel und Investitionen sowie ausgewogene Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Vertragsparteien zu fördern und so die nachhaltige Entwicklung ihrer Wirtschaft zu begünstigen;
- eine Grundlage für die Zusammenarbeit in den Bereichen Gesetzgebung, Wirtschaft, Soziales, Finanzen, zivile Wissenschaft und Technik und Kultur zu schaffen.

Titel I

Allgemeine Grundsätze

Artikel 2

Die Achtung der Demokratie, der Grundsätze des Völkerrechts und der Menschenrechte, wie sie insbesondere in der Charta der Vereinten Nationen, in der Schlußakte von Helsinki und in der

Pariser Charta für ein Neues Europa definiert sind, sowie die Grundsätze der Marktwirtschaft, wie sie unter anderem in den Dokumenten der KSZE-Konferenz in Bonn aufgestellt wurden, sind die Grundlage der Innen- und der Außenpolitik der Vertragsparteien und wesentlicher Bestandteil der Partnerschaft und dieses Abkommens.

Artikel 3

Nach Auffassung der Vertragsparteien ist es für ihren künftigen Wohlstand und ihre künftige Stabilität wesentlich, daß die Neuen Unabhängigen Staaten, die aus der Auflösung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken hervorgegangen sind (im folgenden „Unabhängige Staaten“ genannt), die Zusammenarbeit untereinander gemäß den Grundsätzen der Schlußakte von Helsinki und dem Völkerrecht sowie im Geiste guter Nachbarschaft aufrechterhalten und ausbauen und alle Anstrengungen unternehmen, um diesen Prozeß zu fördern.

Artikel 4

Die Vertragsparteien prüfen, soweit angebracht, die Veränderungen in der Republik Armenien, insbesondere hinsichtlich der wirtschaftlichen Bedingungen und der Durchführung marktorientierter Wirtschaftsreformen. Der Kooperationsrat kann im Lichte dieser Veränderungen an die Vertragsparteien Empfehlungen für die Weiterentwicklung von Teilen dieses Abkommens richten.

Titel II

Politischer Dialog

Artikel 5

Zwischen den Vertragsparteien wird ein regelmäßiger politischer Dialog eingerichtet, den sie zu erweitern und zu intensivieren beabsichtigen. Er begleitet und festigt die Annäherung zwischen der Gemeinschaft und der Republik Armenien unterstützt den politischen und den wirtschaftlichen Wandel in der Republik Armenien und trägt zur Schaffung neuer Formen der Zusammenarbeit bei. Der politische Dialog

- wird die Bindungen der Republik Armenien zur Gemeinschaft und zu ihren Mitgliedstaaten und somit zur Gemeinschaft demokratischer Nationen insgesamt stärken. Die durch dieses Abkommen erreichte wirtschaftliche Annäherung wird zu intensiveren politischen Beziehungen führen;
- wird eine stärkere Annäherung der Standpunkte in internationalen Fragen von beiderseitigem Interesse ermöglichen und dadurch Sicherheit und Stabilität in der Region erhöhen und die künftige Entwicklung der Unabhängigen Staaten des Transkaukasus fördern;
- sieht vor, daß die Vertragsparteien sich um eine Zusammenarbeit in den Fragen bemühen, welche die Erhöhung der Stabilität und der Sicherheit in Europa, die Befolgung der Grundsätze der Demokratie sowie die Achtung und die Förderung der Menschenrechte, insbesondere der Minderheitenrechte, betreffen, und erforderlichenfalls Konsultationen über diese Fragen abhalten.

Dieser Dialog kann auf regionaler Grundlage stattfinden und soll zur Lösung regionaler Konflikte und Spannungen beitragen.

Artikel 6

Auf Ministerebene findet der politische Dialog in dem durch Artikel 78 eingesetzten Kooperationsrat und bei sonstigen Anlässen im gegenseitigen Einvernehmen statt.

Artikel 7

Andere Verfahren und Mechanismen für den politischen Dialog werden von den Vertragsparteien vor allem in folgender Form eingeführt:

- regelmäßige Tagungen auf der Ebene hoher Beamter zwischen Vertretern der Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und Vertretern der Republik Armenien andererseits;
- volle Nutzung aller diplomatischen Kanäle zwischen den Vertragsparteien, einschließlich geeigneter Kontakte sowohl auf bilateraler als auch auf multilateraler Ebene, unter anderem im Rahmen der Vereinten Nationen und der OSZE-Treffen;
- alle sonstigen Mittel, einschließlich der Möglichkeit von Sachverständigentreffen, die zur Festigung und zur Entwicklung dieses Dialogs beitragen können.

Artikel 8

Der politische Dialog auf parlamentarischer Ebene findet im Rahmen des durch Artikel 83 eingesetzten Parlamentarischen Kooperationsausschusses statt.

Titel III Warenverkehr

Artikel 9

(1) Die Vertragsparteien gewähren einander in allen Bereichen die Meistbegünstigung in bezug auf

- Zölle und Abgaben auf Einfuhren und Ausfuhren, einschließlich der Erhebungsverfahren für diese Zölle und Abgaben;
- Vorschriften über Zollabfertigung, Transit, Lagerhäuser und Umladung;
- Steuern und sonstige interne Abgaben jeder Art, die unmittelbar oder mittelbar auf eingeführte Waren erhoben werden;
- Zahlungsweisen und Transfer dieser Zahlungen;
- Vorschriften über Verkauf, Kauf, Transport, Verteilung und Verwendung von Waren auf dem Binnenmarkt.

(2) Absatz 1 gilt nicht für

- a) Vorteile, die mit dem Ziel der Errichtung einer Zollunion oder einer Freihandelszone oder aufgrund der Errichtung einer Zollunion oder Freihandelszone gewährt werden;
- b) Vorteile, die bestimmten Ländern gemäß der WTO oder gemäß anderen internationalen Vereinbarungen zugunsten von Entwicklungsländern gewährt werden;
- c) Vorteile, die benachbarten Ländern zur Erleichterung des Grenzverkehrs gewährt werden.

(3) Absatz 1 gilt während einer Übergangszeit, die zu dem Zeitpunkt, zu dem die Republik Armenien der WTO beitrifft, oder am 31. Dezember 1998 endet, sofern letzterer der frühere Zeitpunkt ist, nicht für die Vorteile des Anhangs I, die die Republik Armenien den anderen Nachfolgestaaten der UdSSR gewährt.

Artikel 10

(1) Die Vertragsparteien sind sich darüber einig, daß der Grundsatz der freien Durchfuhr eine wesentliche Voraussetzung für die Erreichung der Ziele dieses Abkommens ist.

In diesem Zusammenhang stellt jede Vertragspartei die unbeschränkte Durchfuhr über oder durch ihr Gebiet für Waren sicher, die aus dem Zollgebiet der anderen Vertragspartei stammen oder die für das Zollgebiet der anderen Vertragspartei bestimmt sind.

(2) Die Regeln des Artikels V Absätze 2, 3, 4 und 5 des GATT finden zwischen den beiden Vertragsparteien Anwendung.

(3) Die Regeln dieses Artikels lassen zwischen den Vertragsparteien vereinbarte Sonderregeln für bestimmte Sektoren, insbesondere für den Verkehr, oder für bestimmte Waren unberührt.

Artikel 11

Unbeschadet der Rechte und Pflichten aus internationalen Übereinkünften über die vorübergehende Einfuhr von Waren, die für beide Vertragsparteien verbindlich sind, gewährt jede Ver-

tragspartei der anderen Vertragspartei ferner Befreiung von den Einfuhrzöllen und -abgaben auf die Waren, die im Einklang mit ihren Rechtsvorschriften in den Fällen und nach den Verfahren vorübergehend eingeführt werden, die in sie bindenden internationalen Übereinkünften auf diesem Gebiet vereinbart wurden. Dabei ist den Bedingungen Rechnung zu tragen, zu denen die Pflichten aus einer solchen Übereinkunft von der betreffenden Vertragspartei übernommen wurden.

Artikel 12

(1) Ursprungswaren der Republik Armenien werden in die Gemeinschaft unbeschadet der Artikel 14, 17 und 18 frei von mengenmäßigen Beschränkungen eingeführt.

(2) Ursprungswaren der Gemeinschaft werden in die Republik Armenien frei von allen mengenmäßigen Beschränkungen und Maßnahmen gleicher Wirkung eingeführt.

Artikel 13

Im Warenverkehr zwischen den Vertragsparteien gelten marktorientierte Preise.

Artikel 14

(1) Wird eine Ware in derart erhöhten Mengen oder unter solchen Bedingungen in das Gebiet einer Vertragspartei eingeführt, daß den inländischen Herstellern gleichartiger oder unmittelbar konkurrierender Waren ein Schaden zugefügt wird oder droht, so können die Gemeinschaft und die Republik Armenien, je nachdem, welche Vertragspartei betroffen ist, nach den folgenden Verfahren und unter den folgenden Voraussetzungen geeignete Maßnahmen treffen.

(2) Vor dem Ergreifen von Maßnahmen beziehungsweise in den Fällen des Absatzes 4 so bald wie möglich danach stellt die Gemeinschaft beziehungsweise die Republik Armenien dem Kooperationsrat alle zweckdienlichen Angaben zur Verfügung, um, wie in Titel XI vorgesehen, eine für beide Vertragsparteien annehmbare Lösung zu ermöglichen.

(3) Erzielen die Vertragsparteien bei den Konsultationen innerhalb von 30 Tagen nach Befassung des Kooperationsrats keine Einigung über Abhilfe, so steht es der Vertragspartei, die die Konsultationen beantragt hat, frei, die Einfuhr der betreffenden Waren so weit und so lange zu beschränken, wie dies zur Abwendung oder Behebung des Schadens erforderlich ist, oder sonstige geeignete Maßnahmen zu treffen.

(4) In Fällen besonderer Dringlichkeit, in denen eine Verzögerung schwer wiedergutzumachenden Schaden verursachen würde, können die Vertragsparteien die Maßnahmen vor den Konsultationen ergreifen, sofern Konsultationen unmittelbar nach dem Ergreifen dieser Maßnahmen angeboten werden.

(5) Bei der Auswahl der Maßnahmen nach diesem Artikel haben die Vertragsparteien den Maßnahmen den Vorrang zu geben, die die Erreichung der Ziele dieses Abkommens am wenigsten beeinträchtigen.

(6) Dieser Titel berührt nicht das Ergreifen von Antidumping- oder Ausgleichsmaßnahmen durch die Vertragsparteien gemäß Artikel VI des GATT, dem Übereinkommen zur Durchführung des Artikels VI des GATT, dem Übereinkommen zur Auslegung und Anwendung der Artikel VI, XVI und XXIII des GATT oder gemäß diesbezüglichen internen Rechtsvorschriften.

Artikel 15

Die Vertragsparteien verpflichten sich, soweit es die Umstände erlauben, die Weiterentwicklung der Bestimmungen dieses Abkommens über den Warenverkehr zu prüfen und dabei die sich aus dem Beitritt der Republik Armenien zur WTO ergebende Situation zu berücksichtigen. Der Kooperationsrat kann Empfehlungen für diese Weiterentwicklung an die Vertragsparteien richten, die, sofern sie angenommen wird, aufgrund eines Abkommens zwischen den Vertragsparteien nach ihren Verfahren wirksam werden könnte.

Artikel 16

Dieses Abkommen steht Einfuhr-, Ausfuhr- und Durchfuhrverboten oder -beschränkungen nicht entgegen, die aus Gründen der öffentlichen Sittlichkeit, Ordnung und Sicherheit und zum Schutz der Gesundheit und des Lebens von Menschen, Tieren oder Pflanzen, der natürlichen Ressourcen, des nationalen Kulturguts von künstlerischem, geschichtlichem oder archäologischem Wert oder des geistigen, gewerblichen oder kommerziellen Eigentums gerechtfertigt sind; ebensowenig steht es Regelungen betreffend Gold und Silber entgegen. Diese Verbote oder Beschränkungen dürfen jedoch weder ein Mittel der willkürlichen Diskriminierung noch eine verschleierte Beschränkung des Handels zwischen den Vertragsparteien darstellen.

Artikel 17

Dieser Titel gilt nicht für den Handel mit den Textilwaren, die unter die Kapitel 50 bis 63 der Kombinierten Nomenklatur fallen. Der Handel mit diesen Waren unterliegt einem Sonderabkommen, das am 18. Januar 1996 paraphiert wurde und seit dem 1. Januar 1996 vorläufig angewandt wird.

Artikel 18

(1) Der Handel mit den Erzeugnissen, die unter den Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl fallen, unterliegt den Bestimmungen dieses Titels, mit Ausnahme des Artikels 12.

(2) Es wird eine Kontaktgruppe für Kohle- und Stahlfragen eingesetzt, die sich aus Vertretern der Gemeinschaft einerseits und Vertretern der Republik Armenien andererseits zusammensetzt.

Die Kontaktgruppe tauscht regelmäßig Informationen über alle Kohle- und Stahlfragen aus, die für die Vertragsparteien von Interesse sind.

Artikel 19

Der Handel mit Kernmaterial richtet sich nach den Bestimmungen des Vertrags zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft. Gegebenenfalls unterliegt er einem zwischen der Europäischen Atomgemeinschaft und der Republik Armenien zu schließenden Sonderabkommen.

Titel IV

Bestimmungen über
Geschäftsbedingungen und Investitionen

Kapitel I

Arbeitsbedingungen

Artikel 20

(1) Vorbehaltlich der in den einzelnen Mitgliedstaaten geltenden Rechtsvorschriften, Bedingungen und Verfahren bemühen sich die Gemeinschaft und die Mitgliedstaaten sicherzustellen, daß den Staatsangehörigen der Republik Armenien, die im Gebiet eines Mitgliedstaats rechtmäßig beschäftigt sind, eine Behandlung gewährt wird, die hinsichtlich der Arbeitsbedingungen, der Entlohnung oder der Entlassung keine auf der Staatsangehörigkeit beruhende Benachteiligung gegenüber den eigenen Staatsangehörigen bewirkt.

(2) Vorbehaltlich der in der Republik Armenien geltenden Rechtsvorschriften, Bedingungen und Verfahren stellt die Republik Armenien sicher, daß den Staatsangehörigen der Mitgliedstaaten, die im Gebiet der Republik Armenien rechtmäßig beschäftigt sind, eine Behandlung gewährt wird, die hinsichtlich der Arbeitsbedingungen, der Entlohnung oder der Entlassung keine auf der Staatsangehörigkeit beruhende Benachteiligung gegenüber den eigenen Staatsangehörigen bewirkt.

Artikel 21

Der Kooperationsrat prüft, wie die Arbeitsbedingungen für Geschäftsleute im Einklang mit den internationalen Verpflichtungen der Vertragsparteien, einschließlich ihrer Verpflichtungen aus dem Dokument der KSZE-Konferenz in Bonn, verbessert werden können.

Artikel 22

Der Kooperationsrat spricht Empfehlungen für die Durchführung der Artikel 20 und 21 aus.

Kapitel II

Bedingungen für die Niederlassung und
die Geschäftstätigkeit von Gesellschaften

Artikel 23

(1) Die Gemeinschaft und ihre Mitgliedstaaten gewähren für die Niederlassung armenischer Gesellschaften im Sinne des Artikels 25 Buchstabe d eine Behandlung, die nicht weniger günstig ist als die einem Drittland gewährte Behandlung.

(2) Unbeschadet der in Anhang IV aufgeführten Vorbehalte gewähren die Gemeinschaft und ihre Mitgliedstaaten den in ihrem Gebiet niedergelassenen Tochtergesellschaften armenischer Gesellschaften hinsichtlich deren Geschäftstätigkeit eine Behandlung, die nicht weniger günstig ist als die den Gesellschaften der Gemeinschaft gewährte Behandlung.

(3) Die Gemeinschaft und ihre Mitgliedstaaten gewähren den in ihrem Gebiet niedergelassenen Zweigniederlassungen armenischer Gesellschaften hinsichtlich deren Geschäftstätigkeit eine Behandlung, die nicht weniger günstig ist als die den Zweigniederlassungen von Gesellschaften eines Drittlands gewährte Behandlung.

(4) Die Republik Armenien gewährt für die Niederlassung von Gesellschaften der Gemeinschaft im Sinne des Artikels 25 Buchstabe d eine Behandlung, die nicht weniger günstig ist als die ihren eigenen Gesellschaften oder den Gesellschaften eines Drittlands gewährte Behandlung, sofern letztere die günstigere Behandlung ist, und gewährt den in ihrem Gebiet niedergelassenen Tochtergesellschaften und Zweigniederlassungen von Gesellschaften der Gemeinschaft hinsichtlich deren Geschäftstätigkeit eine Behandlung, die nicht weniger günstig ist als die ihren eigenen Gesellschaften beziehungsweise Zweigniederlassungen oder den Tochtergesellschaften beziehungsweise Zweigniederlassungen eines Drittlands gewährte Behandlung, sofern letztere die günstigere Behandlung ist.

Artikel 24

(1) Artikel 23 findet unbeschadet des Artikels 97 keine Anwendung auf den Luft-, Binnenschiffs- und Seeverkehr.

(2) Hinsichtlich der nachstehend aufgeführten Tätigkeiten von Schiffsagenturen zur Erbringung von Dienstleistungen im internationalen Seeverkehr, einschließlich verkehrsträgerübergreifender Beförderungen, bei denen ein Teil der Strecke auf See zurückgelegt wird, gestattet jedoch jede Vertragspartei den Gesellschaften der anderen Vertragspartei die gewerbliche Niederlassung in ihrem Gebiet in Form von Tochtergesellschaften oder Zweigniederlassungen im Einklang mit ihren Gesetzen und sonstigen Vorschriften zu Bedingungen für die Niederlassung und die Geschäftstätigkeit, die nicht weniger günstig sind als die ihren eigenen Gesellschaften oder den Tochtergesellschaften oder Zweigniederlassungen von Gesellschaften eines Drittlands gewährten Bedingungen, sofern letztere die günstigeren Bedingungen sind.

(3) Diese Tätigkeiten umfassen folgendes, ohne sich jedoch darauf zu beschränken:

a) Vermarktung und Verkauf von Seeverkehrsdienstleistungen und seeverkehrsbezogenen Dienstleistungen im unmittelbaren Kontakt mit Kunden, vom Kostenanschlag bis zur Faktu-

rierung, unabhängig davon, ob diese vom Dienstleistungserbringer selbst oder von Dienstleistungserbringern, mit denen der Dienstleistungsverkäufer eine feste Geschäftsverbindung eingegangen ist, betrieben oder angeboten werden;

- b) Kauf und Inanspruchnahme von Verkehrsdienstleistungen und verkehrsbezogenen Dienstleistungen, einschließlich der für die Erbringung integrierter Dienstleistungen erforderlichen Transportdienstleistungen aller Verkehrsträger im Binnenverkehr, insbesondere Binnenwasserstraße, Straße und Schiene, für sich oder für Kunden (und Weiterverkauf an Kunden);
- c) Ausarbeitung von Informationsunterlagen über Beförderungsdokumente, Zollpapiere oder sonstige Dokumente, die sich auf den Ursprung und die Beschaffenheit der beförderten Güter beziehen;
- d) Bereitstellung von Geschäftsinformationen auf jede Weise, einschließlich computergestützter Informationssysteme und des elektronischen Datenaustausches (vorbehaltlich nicht-diskriminierender Beschränkungen im Telekommunikationsbereich);
- e) Eingehen von Geschäftsverbindungen mit ortsansässigen Schiffsagenturen, einschließlich der Beteiligung am Kapital der Gesellschaft und der Einstellung örtlichen Personals (oder, vorbehaltlich der einschlägigen Bestimmungen dieses Abkommens, ausländischen Personals);
- f) Handeln im Namen der Gesellschaften, unter anderem beim Organisieren des Einlaufens des Schiffes oder beim Übernehmen von Ladungen, wenn gewünscht.

Artikel 25

Im Sinne dieses Abkommens

- a) ist eine „Gesellschaft der Gemeinschaft“ beziehungsweise eine „armenische Gesellschaft“ eine Gesellschaft, die nach den Rechtsvorschriften eines Mitgliedstaats beziehungsweise der Republik Armenien gegründet wurde und ihren satzungsmäßigen Sitz, ihre Hauptverwaltung oder ihre Hauptniederlassung im Gebiet der Gemeinschaft beziehungsweise der Republik Armenien hat. Hat die nach den Rechtsvorschriften eines Mitgliedstaats beziehungsweise der Republik Armenien gegründete Gesellschaft nur ihren satzungsmäßigen Sitz im Gebiet der Gemeinschaft beziehungsweise der Republik Armenien, so gilt die Gesellschaft als Gesellschaft der Gemeinschaft beziehungsweise als armenische Gesellschaft, sofern ihre Geschäftstätigkeit eine echte und kontinuierliche Verbindung mit der Wirtschaft eines der Mitgliedstaaten beziehungsweise der Republik Armenien aufweist;
- b) ist eine „Tochtergesellschaft“ einer Gesellschaft eine Gesellschaft, die von der ersten Gesellschaft tatsächlich kontrolliert wird;
- c) ist eine „Zweigniederlassung“ einer Gesellschaft eine geschäftliche Niederlassung ohne eigene Rechtspersönlichkeit, die den Anschein der Dauerhaftigkeit, zum Beispiel als Erweiterung einer Muttergesellschaft, und eine Geschäftsführung hat und materiell dafür ausgestattet ist, Geschäfte mit Dritten zu tätigen, so daß diese – obwohl sie wissen, daß nötigenfalls eine rechtliche Verbindung mit der Muttergesellschaft, deren Hauptverwaltung sich im Ausland befindet, besteht – nicht unmittelbar mit der Muttergesellschaft zu verhandeln brauchen, sondern Geschäfte mit der geschäftlichen Niederlassung tätigen können, die deren Erweiterung darstellt;
- d) bedeutet „Niederlassung“ das Recht der Gesellschaften der Gemeinschaft und der armenischen Gesellschaften im Sinne des Buchstabens a auf Aufnahme von Erwerbstätigkeiten durch Gründung von Tochtergesellschaften und Zweigniederlassungen in der Republik Armenien beziehungsweise in der Gemeinschaft;
- e) ist „Geschäftstätigkeit“ die Ausübung von Erwerbstätigkeiten;

- f) sind „Erwerbstätigkeiten“ gewerbliche, kaufmännische oder freiberufliche Tätigkeiten.

Dieses Kapitel und Kapitel III gelten auch im internationalen Seeverkehr, einschließlich verkehrsträgerübergreifender Transporte, bei denen ein Teil der Strecke auf See zurückgelegt wird, für Staatsangehörige der Mitgliedstaaten beziehungsweise der Republik Armenien, die außerhalb der Gemeinschaft beziehungsweise der Republik Armenien niedergelassen sind, und für Schifffahrtsgesellschaften, die außerhalb der Gemeinschaft beziehungsweise der Republik Armenien niedergelassen sind und von Staatsangehörigen eines Mitgliedstaats beziehungsweise der Republik Armenien kontrolliert werden, wenn ihre Schiffe in diesem Mitgliedstaat beziehungsweise in der Republik Armenien gemäß den dort geltenden Rechtsvorschriften registriert sind.

Artikel 26

(1) Unbeschadet anderer Bestimmungen dieses Abkommens ist eine Vertragspartei nicht daran gehindert, aus aufsichtsrechtlichen Gründen, einschließlich des Schutzes von Investoren, Einlegern, Versicherungsnehmern oder von Personen, denen gegenüber ein Erbringer von Finanzdienstleistungen treuhänderische Pflichten hat, oder zur Sicherstellung der Integrität und der Stabilität des Finanzsystems Maßnahmen zu treffen. Stehen diese Maßnahmen nicht im Einklang mit den Bestimmungen dieses Abkommens, so darf von ihnen nicht Gebrauch gemacht werden, um die Pflichten einer Vertragspartei aus diesem Abkommen zu umgehen.

(2) Dieses Abkommen ist nicht so auszulegen, als verpflichte es eine Vertragspartei, Informationen über die Geschäfte und Bücher einzelner Kunden offenzulegen oder vertrauliche oder vermögensbezogene Informationen preiszugeben, die sich im Besitz öffentlicher Stellen befinden.

(3) Im Sinne dieses Abkommens sind „Finanzdienstleistungen“ die in Anhang III beschriebenen Tätigkeiten.

Artikel 27

Dieses Abkommen schließt nicht aus, daß jede Partei alle notwendigen Maßnahmen ergreift, um zu verhindern, daß durch die Bestimmungen dieses Abkommens ihre Maßnahmen betreffend den Zugang von Drittländern zu ihrem Markt umgangen werden.

Artikel 28

(1) Unbeschadet des Kapitels I dieses Titels sind die im Gebiet der Republik Armenien niedergelassenen Gesellschaften der Gemeinschaft und die im Gebiet der Gemeinschaft niedergelassenen armenischen Gesellschaften berechtigt, im Einklang mit den geltenden Rechtsvorschriften des Aufnahmelandes im Gebiet der Republik Armenien beziehungsweise der Gemeinschaft Personal zu beschäftigen oder von ihren Tochtergesellschaften oder Zweigniederlassungen beschäftigen zu lassen, das die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaats beziehungsweise der Republik Armenien besitzt, sofern es sich dabei um in Schlüsselpositionen beschäftigtes Personal im Sinne des Absatzes 2 handelt und es ausschließlich von Gesellschaften oder Zweigniederlassungen beschäftigt wird. Die Aufenthalts- und Arbeitserlaubnisse dieses Personals gelten nur für den jeweiligen Beschäftigungszeitraum.

(2) In Schlüsselpositionen beschäftigtes Personal der obengenannten Gesellschaften, im folgenden „Organisationen“ genannt, ist „gesellschaftsintern versetztes Personal“ im Sinne des Buchstabens c, das zu nachstehenden Kategorien gehört, sofern die Organisation eine juristische Person ist und die betreffenden Personen mindestens in dem der Versetzung vorausgehenden Jahr von ihr beschäftigt worden sind oder an ihr beteiligt gewesen sind (ohne die Mehrheitsbeteiligung zu besitzen):

- a) Führungskräfte einer Organisation, die in erster Linie die Niederlassung leiten und allgemeine Weisungen hauptsächlich vom Vorstand oder den Aktionären beziehungsweise Anteilseignern erhalten; zu ihren Kompetenzen gehören:
 - die Leitung der Niederlassung oder einer Abteilung oder Unterabteilung der Niederlassung;

- die Überwachung und Kontrolle der Arbeit des anderen aufsichtsführenden Personals und der anderen Fach- und Verwaltungskräfte;
 - die persönliche Befugnis zur Einstellung und Entlassung oder zur Empfehlung der Einstellung und Entlassung oder sonstiger Personalentscheidungen;
- b) Personal einer Organisation mit ungewöhnlichen Kenntnissen, die für Betrieb, Forschungsausrüstung, Verfahren oder Verwaltung der Niederlassung notwendig sind. Bei der Bewertung dieser Kenntnisse kann neben besonderen Kenntnissen bezüglich der Niederlassung eine hohe Qualifikation für bestimmte Arbeiten oder Aufgaben, die spezifische technische Kenntnisse erfordern, sowie die Zugehörigkeit zu einem zulassungspflichtigen Beruf berücksichtigt werden.
- c) Das „gesellschaftsintern versetzte Personal“ umfaßt die natürlichen Personen, die von einer Organisation im Gebiet der einen Vertragspartei beschäftigt und zur Ausübung von Erwerbstätigkeiten vorübergehend in das Gebiet der anderen Vertragspartei versetzt werden; die betreffende Organisation muß ihre Hauptniederlassung im Gebiet der einen Vertragspartei haben, und die Versetzung muß in eine Niederlassung (Zweigniederlassung, Tochtergesellschaft) dieser Organisation erfolgen, die im Gebiet der anderen Vertragspartei tatsächlich gleichartige Erwerbstätigkeiten ausübt.

Artikel 29

(1) Die Vertragsparteien bemühen sich nach besten Kräften, Maßnahmen zu vermeiden, die die Bedingungen für die Niederlassung und die Geschäftstätigkeit der Gesellschaften der anderen Vertragspartei restriktiver machen, als sie am Tag vor Unterzeichnung dieses Abkommens sind.

(2) Dieser Artikel läßt Artikel 37 unberührt: Für die Fälle des Artikels 37 ist unter Ausschluß aller sonstigen Bestimmungen allein Artikel 37 maßgeblich.

(3) Im Geiste der Partnerschaft und der Kooperation und im Lichte des Artikels 43 unterrichtet die Regierung der Republik Armenien die Gemeinschaft, wenn sie beabsichtigt, neue Rechtsvorschriften vorzulegen oder zu erlassen, die die Bedingungen für die Niederlassung oder die Geschäftstätigkeit der Tochtergesellschaften und Zweigniederlassungen von Gesellschaften der Gemeinschaft in der Republik Armenien restriktiver machen können, als sie am Tag vor Unterzeichnung dieses Abkommens sind. Die Gemeinschaft kann die Republik Armenien ersuchen, ihr die Entwürfe dieser Rechtsvorschriften zu übermitteln und Konsultationen über diese Entwürfe aufzunehmen.

(4) Haben die in der Republik Armenien eingeführten neuen Rechtsvorschriften zur Folge, daß die Bedingungen für die Geschäftstätigkeit der in der Republik Armenien niedergelassenen Tochtergesellschaften und Zweigniederlassungen von Gesellschaften der Gemeinschaft restriktiver werden, als sie am Tag der Unterzeichnung dieses Abkommens sind, so finden diese Rechtsvorschriften in den drei Jahren nach Inkrafttreten des betreffenden Rechtsakts keine Anwendung auf die Tochtergesellschaften und die Zweigniederlassungen, die bei Inkrafttreten des Rechtsakts bereits in der Republik Armenien niedergelassen sind.

Kapitel III

Grenzüberschreitender Dienstleistungsverkehr zwischen der Gemeinschaft und der Republik Armenien

Artikel 30

(1) Die Vertragsparteien verpflichten sich, im Einklang mit den Bestimmungen dieses Kapitels und unter Berücksichtigung der Entwicklung des Dienstleistungssektors in den Vertragsparteien die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um schrittweise die Erbringung von Dienstleistungen durch Gesellschaften der Gemeinschaft oder durch armenische Gesellschaften zu erlau-

ben, die in einer anderen Vertragspartei als derjenigen des Leistungsempfängers niedergelassen sind.

(2) Der Kooperationsrat spricht Empfehlungen für die Durchführung von Absatz 1 aus.

Artikel 31

Die Vertragsparteien arbeiten zusammen, um in der Republik Armenien einen marktorientierten Dienstleistungssektor aufzubauen.

Artikel 32

(1) Die Vertragsparteien verpflichten sich, den Grundsatz des ungehinderten Zugangs zum internationalen Seeverkehrsmarkt und zum internationalen Seeverkehr auf kaufmännischer Basis wirksam anzuwenden.

a) Die vorstehende Bestimmung berührt nicht die Rechte und Pflichten aus dem Übereinkommen der Vereinten Nationen über einen Verhaltenskodex für Linienkonferenzen, wie es für die eine oder für die andere Vertragspartei anwendbar ist. Nichtkonferenz-Reedereien dürfen mit einer Konferenz-Reederei im Wettbewerb stehen, sofern sie den Grundsatz des lautereren Wettbewerbs auf kaufmännischer Basis beachten.

b) Die Vertragsparteien bekräftigen ihr Eintreten für den freien Wettbewerb als einen wesentlichen Faktor des Verkehrs mit trockenen und flüssigen Massengütern.

(2) Gemäß den Grundsätzen des Absatzes 1

a) wenden die Vertragsparteien ab Inkrafttreten dieses Abkommens Ladungsanteilvereinbarungen in bilateralen Abkommen zwischen Mitgliedstaaten der Gemeinschaft und der damaligen Sowjetunion nicht mehr an;

b) nehmen die Vertragsparteien in künftige bilaterale Abkommen mit Drittländern keine Ladungsanteilvereinbarungen auf, wenn nicht der außergewöhnliche Umstand gegeben ist, daß Linienreedereien der einen oder der anderen Vertragspartei sonst keinen tatsächlichen Zugang zum Verkehr von und nach dem betreffenden Drittland hätten;

c) untersagen die Vertragsparteien Ladungsanteilvereinbarungen in künftigen bilateralen Abkommen betreffend den Verkehr mit trockenen und flüssigen Massengütern;

d) heben die Vertragsparteien bei Inkrafttreten dieses Abkommens alle einseitigen Maßnahmen sowie alle administrativen, technischen und sonstigen Hemmnisse auf, die Beschränkungen oder Diskriminierungen hinsichtlich der Dienstleistungsfreiheit im internationalen Seeverkehr bewirken könnten.

(3) Jede Vertragspartei gewährt den von den Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei betriebenen Schiffen unter anderem hinsichtlich des Zugangs zu den für den internationalen Handel geöffneten Häfen, der Benutzung der Infrastruktur dieser Häfen und der Inanspruchnahme der dort angebotenen Hilfsdienstleistungen sowie der diesbezüglichen Gebühren und sonstigen Abgaben, der Zollerleichterungen, der Zuweisung von Liegeplätzen sowie von Lade- und Löscheinrichtungen eine Behandlung, die nicht weniger günstig ist als die den eigenen Schiffen gewährte Behandlung.

(4) Die Staatsangehörigen und Gesellschaften der Gemeinschaft einerseits und die armenischen Staatsangehörigen und Gesellschaften andererseits, die internationale Seeverkehrsdienstleistungen erbringen, dürfen internationale Fluß-See-Verkehrsdienstleistungen auf den Binnenwasserstraßen der Republik Armenien beziehungsweise der Gemeinschaft erbringen.

Artikel 33

Zur Sicherstellung einer koordinierten Entwicklung des Verkehrs zwischen den Vertragsparteien, die ihren wirtschaftlichen Bedürfnissen entspricht, können die Bedingungen für den gegenseitigen Marktzugang und die Erbringung von Dienstlei-

stungen im Straßen-, Schienen- und Binnenschiffsverkehr und gegebenenfalls im Luftverkehr, soweit angebracht, in Sonderabkommen behandelt werden, die von den Vertragsparteien nach Inkrafttreten dieses Abkommens ausgehandelt werden.

Kapitel IV

Allgemeine Bestimmungen

Artikel 34

(1) Dieser Titel gilt vorbehaltlich der Beschränkungen, die aus Gründen der öffentlichen Ordnung, Sicherheit oder Gesundheit gerechtfertigt sind.

(2) Dieser Titel gilt nicht für Tätigkeiten, die im Gebiet einer Vertragspartei dauernd oder zeitweise mit der Ausübung hoheitlicher Befugnisse verbunden sind.

Artikel 35

Für die Zwecke dieses Titels sind die Vertragsparteien durch dieses Abkommen nicht daran gehindert, ihre Gesetze und sonstigen Vorschriften über Einreise und Aufenthalt, Arbeit, Arbeitsbedingungen, Niederlassung von natürlichen Personen und Erbringung von Dienstleistungen anzuwenden, sofern sie dies nicht auf eine Weise tun, durch welche die Vorteile, die einer Vertragspartei aus einer Bestimmung dieses Abkommens erwachsen, zunichte gemacht oder verringert werden. Diese Bestimmung berührt nicht die Anwendung des Artikels 34.

Artikel 36

Die Kapitel II, III und IV gelten auch für Gesellschaften, die sich im ausschließlichen Miteigentum von armenischen Gesellschaften und Gesellschaften der Gemeinschaft befinden und von ihnen gemeinsam kontrolliert werden.

Artikel 37

Die Behandlung, die die eine Vertragspartei im Rahmen dieses Abkommens der anderen Vertragspartei gewährt, darf von dem Tag an, der einen Monat vor Inkrafttreten der entsprechenden Verpflichtungen des Allgemeinen Abkommens über den Dienstleistungsverkehr (GATS) liegt, hinsichtlich der unter das GATS fallenden Sektoren und Maßnahmen nicht günstiger sein als die Behandlung, die diese erste Vertragspartei gemäß den Bestimmungen des GATS hinsichtlich jedes Dienstleistungssektors, -teilsektors und jeder Erbringungsart gewährt.

Artikel 38

Für die Zwecke der Kapitel II, III und IV bleibt die Behandlung unberücksichtigt, zu deren Gewährung sich die Gemeinschaft, ihre Mitgliedstaaten oder die Republik Armenien im Einklang mit den Grundsätzen von Artikel V des GATS in Abkommen über wirtschaftliche Integration verpflichtet haben.

Artikel 39

(1) Die gemäß diesem Titel gewährte Meistbegünstigung gilt nicht für die Steuervorteile, die die Vertragsparteien aufgrund von Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung oder sonstigen steuerrechtlichen Regelungen gewähren oder gewähren werden.

(2) Dieser Titel ist nicht so auszulegen, als hindere er die Vertragsparteien daran, gemäß den steuerrechtlichen Bestimmungen der Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und sonstiger steuerrechtlicher Regelungen oder des internen Steuerrechts Maßnahmen zu treffen oder durchzusetzen, durch die die Steuerumgehung oder -hinterziehung verhindert werden soll.

(3) Dieser Titel ist nicht so auszulegen, als hindere er die Mitgliedstaaten oder die Republik Armenien daran, bei der Anwendung ihrer Steuervorschriften die Steuerpflichtigen unterschiedlich zu behandeln, die sich insbesondere hinsichtlich ihres Wohnsitzes nicht in einer gleichartigen Situation befinden.

Artikel 40

Unbeschadet des Artikels 28 sind die Kapitel II, III und IV nicht so auszulegen, als verliehen sie

- den Staatsangehörigen der Mitgliedstaaten oder der Republik Armenien das Recht, in welcher Eigenschaft auch immer und insbesondere als Aktionär, Teilhaber, Führungskraft oder Angestellter einer Gesellschaft oder als Erbringer oder Empfänger einer Dienstleistung in das Gebiet der Republik Armenien beziehungsweise der Gemeinschaft einzureisen oder sich dort aufzuhalten;
- den Tochtergesellschaften oder den Zweigniederlassungen von armenischen Gesellschaften in der Gemeinschaft das Recht, im Gebiet der Gemeinschaft Staatsangehörige der Republik Armenien zu beschäftigen oder beschäftigen zu lassen;
- den armenischen Tochtergesellschaften oder Zweigniederlassungen von Gesellschaften der Gemeinschaft das Recht, im Gebiet der Republik Armenien Staatsangehörige der Mitgliedstaaten zu beschäftigen oder beschäftigen zu lassen;
- den armenischen Gesellschaften oder den Tochtergesellschaften oder den Zweigniederlassungen von armenischen Gesellschaften in der Gemeinschaft das Recht, Personen armenischer Staatsangehörigkeit, die für andere Personen und unter deren Aufsicht tätig werden, im Rahmen von Zeitarbeitsverträgen zur Verfügung zu stellen;
- den Gesellschaften der Gemeinschaft oder den armenischen Tochtergesellschaften oder Zweigniederlassungen von Gesellschaften der Gemeinschaft das Recht, Arbeitnehmer, die Staatsangehörige eines Mitgliedstaats sind, im Rahmen von Zeitarbeitsverträgen zur Verfügung zu stellen.

Kapitel V

Laufende Zahlungen und Kapital

Artikel 41

(1) Die Vertragsparteien verpflichten sich, alle laufenden Zahlungen zwischen Gebietsansässigen der Gemeinschaft und der Republik Armenien in frei konvertierbarer Währung zu genehmigen, die im Zusammenhang mit dem Waren-, dem Dienstleistungs- oder dem Personenverkehr gemäß diesem Abkommen geleistet werden.

(2) Hinsichtlich der Kapitalbilanztransaktionen wird ab Inkrafttreten dieses Abkommens der freie Kapitalverkehr im Zusammenhang mit Direktinvestitionen in Gesellschaften, die gemäß den Rechtsvorschriften des Aufnahmelands gegründet wurden, und Investitionen, die gemäß den Bestimmungen des Kapitels II getätigt werden, sowie der Liquidation oder Rückführung dieser Investitionen und etwaiger daraus resultierender Gewinne gewährleistet.

(3) Unbeschadet der Absätze 2 und 6 werden ab Inkrafttreten dieses Abkommens keine neuen devisarechtlichen Beschränkungen des Kapitalverkehrs und der damit zusammenhängenden laufenden Zahlungen zwischen Gebietsansässigen der Gemeinschaft und der Republik Armenien eingeführt und die bestehenden Vorschriften nicht verschärft.

(4) Die Vertragsparteien nehmen Konsultationen auf, um den Verkehr mit anderen als den in Absatz 2 genannten Kapitalformen zwischen der Gemeinschaft und der Republik Armenien zur Erreichung der Ziele dieses Abkommens zu erleichtern.

(5) Bis zur Einführung der vollen Konvertibilität der armenischen Währung im Sinne des Artikels VIII des Übereinkommens über den Internationalen Währungsfonds (IWF) darf die Republik Armenien im Geltungsbereich dieses Artikels in Ausnahmefällen devisarechtliche Beschränkungen im Zusammenhang mit der Gewährung oder Aufnahme kurz- und mittelfristiger Darlehen anwenden, soweit solche Beschränkungen der Republik Armenien für die Gewährung derartiger Darlehen auferlegt werden und

entsprechend dem Status der Republik Armenien im IWF zulässig sind. Die Republik Armenien wendet diese Beschränkungen in einer nichtdiskriminierenden Weise an. Bei ihrer Anwendung wird so wenig wie möglich von diesem Abkommen abgewichen. Die Republik Armenien unterrichtet den Kooperationsrat umgehend von der Einführung und allen Änderungen dieser Maßnahmen.

(6) Entstehen oder drohen in Ausnahmefällen wegen des Kapitalverkehrs zwischen der Gemeinschaft und der Republik Armenien ernstliche Schwierigkeiten bei der Durchführung der Devisen- oder Währungspolitik in der Gemeinschaft oder der Republik Armenien, so kann die Gemeinschaft beziehungsweise die Republik Armenien unbeschadet der Absätze 1 und 2 für bis zu sechs Monate Schutzmaßnahmen hinsichtlich des Kapitalverkehrs zwischen der Gemeinschaft und der Republik Armenien treffen, sofern diese Maßnahmen unbedingt erforderlich sind.

Kapitel VI

Schutz des geistigen, gewerblichen und kommerziellen Eigentums

Artikel 42

(1) Gemäß diesem Artikel und Anhang II wird die Republik Armenien den Schutz der Rechte an geistigem, gewerblichem und kommerziellem Eigentum weiter verbessern, um am Ende des fünften Jahres nach Inkrafttreten dieses Abkommens ein vergleichbares Schutzniveau zu bieten, wie es in der Gemeinschaft besteht; dazu gehören auch wirksame Mittel zur Durchsetzung dieser Rechte.

(2) Am Ende des fünften Jahres nach Inkrafttreten dieses Abkommens tritt die Republik Armenien den in Anhang II Absatz 1 aufgeführten multilateralen Übereinkünften über die Rechte an geistigem, gewerblichem und kommerziellem Eigentum bei, an denen die Mitgliedstaaten beteiligt sind oder die von ihnen gemäß den Bestimmungen dieser Übereinkünfte de facto angewandt werden.

Titel V

Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Gesetzgebung

Artikel 43

(1) Die Vertragsparteien erkennen an, daß die Angleichung der bestehenden und künftigen Rechtsvorschriften der Republik Armenien an das Gemeinschaftsrecht eine wesentliche Voraussetzung für die Stärkung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Republik Armenien und der Gemeinschaft darstellt. Die Republik Armenien wird sich darum bemühen, daß ihre Rechtsvorschriften schrittweise mit dem Gemeinschaftsrecht vereinbar werden.

(2) Die Angleichung der Rechtsvorschriften betrifft insbesondere folgende Bereiche: Zollrecht, Gesellschaftsrecht, Bankenrecht, Rechnungslegung der Unternehmen und Steuern, geistiges Eigentum, Schutz der Arbeitnehmer am Arbeitsplatz, Finanzdienstleistungen, Wettbewerbsregeln, öffentliches Auftragswesen, Schutz der Gesundheit und des Lebens von Menschen, Tieren und Pflanzen, Umwelt, Verbraucherschutz, indirekte Steuern, technische Vorschriften und Normen, Gesetze und sonstige Vorschriften für den Nuklearbereich, Verkehr.

(3) Die Gemeinschaft leistet der Republik Armenien technische Hilfe bei der Durchführung dieser Maßnahmen; dazu können unter anderem gehören:

- Austausch von Sachverständigen;
- Bereitstellung frühzeitiger Informationen, insbesondere über einschlägige Rechtsvorschriften;
- Veranstaltung von Seminaren;

- Ausbildungsmaßnahmen;
- Hilfe bei der Übersetzung des einschlägigen Gemeinschaftsrechts.

(4) Die Vertragsparteien vereinbaren zu prüfen, wie sie in den Fällen, in denen der Handel zwischen ihnen beeinträchtigt ist, ihr Wettbewerbsrecht aufeinander abgestimmt anwenden können.

Titel VI

Wirtschaftliche Zusammenarbeit

Artikel 44

(1) Die Gemeinschaft und die Republik Armenien entwickeln eine wirtschaftliche Zusammenarbeit mit dem Ziel, zum Fortgang der Wirtschaftsreform und -erholung sowie zu einer nachhaltigen Entwicklung in der Republik Armenien beizutragen. Diese Zusammenarbeit soll die bestehenden Wirtschaftsbeziehungen zum Nutzen beider Vertragsparteien stärken.

(2) Politische und sonstige Maßnahmen werden zur Förderung der wirtschaftlichen und der sozialen Reformen und der Umstrukturierung des Wirtschaftssystems in der Republik Armenien vorbereitet und auf die Erfordernisse der Nachhaltigkeit sowie einer harmonischen Sozialentwicklung ausgerichtet; auch Umweltbelange werden uneingeschränkt berücksichtigt.

(3) Zu diesem Zweck konzentriert sich die Zusammenarbeit vor allem auf die Bereiche wirtschaftliche und soziale Entwicklung, Entwicklung der Humanressourcen, Unterstützung der Unternehmen (einschließlich Privatisierung, Förderung und Schutz von Investitionen, kleine und mittlere Unternehmen), Bergbau und Rohstoffe, Wissenschaft und Technologie, Agrar- und Ernährungswirtschaft, Energie, Verkehr, Fremdenverkehr, Telekommunikation, Finanzdienstleistungen, Bekämpfung der Geldwäsche, Handel, Zoll, Zusammenarbeit im Bereich der Statistik, Information und Kommunikation, Umweltschutz und regionale Zusammenarbeit.

(4) Besondere Aufmerksamkeit ist Maßnahmen zu widmen, welche die Zusammenarbeit zwischen den Unabhängigen Staaten der Transkaukasus-Region und anderen Nachbarstaaten im Hinblick auf die Förderung einer harmonischen Entwicklung der Region stärken können.

(5) Soweit angebracht, können die wirtschaftliche Zusammenarbeit und die in diesem Abkommen vorgesehenen anderen Formen der Zusammenarbeit durch technische Hilfe der Gemeinschaft unterstützt werden, wobei der auf die technische Hilfe in den Unabhängigen Staaten anzuwendenden Ratsverordnung der Gemeinschaft, den im Richtprogramm für die technische Hilfe der Gemeinschaft für die Republik Armenien vereinbarten Prioritäten und den bestehenden Koordinierungs- und Durchführungsverfahren Rechnung zu tragen ist.

Artikel 45

Zusammenarbeit im Bereich des Waren- und Dienstleistungsverkehrs

Die Vertragsparteien arbeiten zusammen, um zu gewährleisten, daß sich der internationale Handel der Republik Armenien im Einklang mit den Regeln der WTO vollzieht.

Diese Zusammenarbeit erstreckt sich auf spezifische Themen, die für die Erleichterung des Handels unmittelbar von Bedeutung sind, unter anderem auf

- die Formulierung einer Strategie für den Handel und damit zusammenhängende Fragen, wie z.B. Zahlungen, sowie für Clearing-Mechanismen,
- die Formulierung einschlägiger Gesetze,
- die Fortsetzung der Unterstützung bei der Vorbereitung des eventuellen Beitritts der Republik Armenien zur WTO.

Artikel 46

Industrielle Zusammenarbeit

(1) Mit dieser Zusammenarbeit soll insbesondere folgendes gefördert werden:

- Aufbau von Geschäftsbeziehungen zwischen den Wirtschaftsteilnehmern beider Seiten;
- Beteiligung der Gemeinschaft an den Bemühungen der Republik Armenien, ihre Industrie umzustrukturieren und Folgeinvestitionen anzuziehen;
- Verbesserung des Managements;
- Entwicklung geeigneter Regeln und Praktiken für den Handel;
- Umweltschutz.

(2) Dieser Artikel berührt nicht die Durchsetzung der für Unternehmen geltenden Wettbewerbsregeln der Gemeinschaft.

Artikel 47

Investitionsförderung und Investitionsschutz

(1) Unter Berücksichtigung der Zuständigkeiten und der Befugnisse der Gemeinschaft und der Mitgliedstaaten zielt die Zusammenarbeit ab auf die Schaffung eines günstigen Klimas für inländische und ausländische Privatinvestitionen, insbesondere durch bessere Bedingungen für den Investitionsschutz, den Kapitaltransfer und den Austausch von Informationen über Investitionsmöglichkeiten.

(2) Die Ziele der Zusammenarbeit sind insbesondere:

- Abschluß von Abkommen über Investitionsförderung und Investitionsschutz zwischen den Mitgliedstaaten und der Republik Armenien, soweit angebracht;
- Abschluß von Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung zwischen den Mitgliedstaaten und der Republik Armenien, soweit angebracht;
- Schaffung günstiger Bedingungen für die Anziehung von ausländischen Investitionen in die armenische Wirtschaft;
- Schaffung eines beständigen und angemessenen Handelsrechts und beständiger und angemessener Handelsbedingungen sowie Austausch von Informationen über Gesetze und sonstige Vorschriften sowie Verwaltungspraktiken im Investitionsbereich;
- Austausch von Informationen über Investitionsmöglichkeiten unter anderem im Rahmen von Handelsmessen, Ausstellungen, Handelswochen und anderen Veranstaltungen.

Artikel 48

Öffentliches Auftragswesen

Die Vertragsparteien arbeiten zusammen, um Bedingungen für die offene und wettbewerbliche Vergabe von Liefer- und Dienstleistungsaufträgen, insbesondere im Wege der Ausschreibung, zu entwickeln.

Artikel 49

Zusammenarbeit im Bereich der Normen und der Konformitätsprüfung

(1) Durch die Zusammenarbeit zwischen den Vertragsparteien soll die Ausrichtung an den im Qualitätsbereich angewandten international vereinbarten Kriterien, Grundsätzen und Leitlinien gefördert werden. Die erforderlichen Maßnahmen erleichtern Fortschritte auf dem Weg zur gegenseitigen Anerkennung im Bereich der Konformitätsprüfung sowie der Verbesserung der Qualität armenischer Waren.

(2) Zu diesem Zweck bemühen sich die Vertragsparteien um Zusammenarbeit bei Projekten der technischen Hilfe,

- die eine geeignete Zusammenarbeit mit Fachorganisationen und -einrichtungen in diesem Bereich fördern;

- die die Übernahme der technischen Regelwerke der Gemeinschaft und die Anwendung der europäischen Normen und Konformitätsprüfungsverfahren fördern;
- die den Austausch von Erfahrungen und technischen Informationen im Bereich des Qualitätsmanagements ermöglichen.

Artikel 50

Bergbau und Rohstoffe

(1) Die Vertragsparteien streben an, im Bereich der Bergbauerzeugnisse und der Rohstoffe Investitionen und Handel auszuweiten.

(2) Die Zusammenarbeit konzentriert sich insbesondere auf folgende Bereiche:

- Austausch von Informationen über die Aussichten in den Sektoren Bergbau- und Nichteisenmetalle;
- Schaffung eines rechtlichen Rahmens für die Zusammenarbeit;
- Handelsfragen;
- Erlaß und Umsetzung von Rechtsvorschriften im Umweltbereich;
- Ausbildung;
- Sicherheit in der Bergbauindustrie.

Artikel 51

Zusammenarbeit in Wissenschaft und Technik

(1) Die Vertragsparteien fördern die Zusammenarbeit in ziviler Forschung und technischer Entwicklung (FTE) auf der Grundlage des beiderseitigen Nutzens und, unter Berücksichtigung der Verfügbarkeit von Mitteln, des angemessenen Zugangs zu ihren jeweiligen Programmen und vorbehaltlich eines angemessenen Niveaus des effektiven Schutzes der Rechte an geistigem, gewerblichem und kommerziellem Eigentum (des geistigen Eigentums).

(2) Die Zusammenarbeit in Wissenschaft und Technik umfaßt folgendes:

- Austausch wissenschaftlicher und technischer Informationen;
- gemeinsame FTE-Tätigkeiten;
- Bildungsmaßnahmen und Mobilitätsprogramme für Wissenschaftler, Forscher und Techniker beider Seiten, die in FTE tätig sind.

Umfaßt diese Zusammenarbeit Maßnahmen der allgemeinen und/oder beruflichen Bildung, so ist sie im Einklang mit Artikel 52 durchzuführen.

Die Vertragsparteien können sich auf der Grundlage gegenseitigen Einverständnisses mit anderen Formen der Zusammenarbeit in Wissenschaft und Technik befassen.

Bei der Durchführung dieser Zusammenarbeit wird besondere Aufmerksamkeit der Neuverwendung von Wissenschaftlern, Ingenieuren, Forschern und Technikern gewidmet, die mit der Erforschung und/oder Produktion von Massenvernichtungswaffen befaßt sind oder waren.

(3) Die unter diesen Artikel fallende Zusammenarbeit wird gemäß Sondervereinbarungen durchgeführt, die nach den von jeder Vertragspartei angenommenen Verfahren auszuhandeln und zu schließen sind und die unter anderem geeignete Bestimmungen über das geistige Eigentum enthalten.

Artikel 52

Allgemeine und berufliche Bildung

(1) Die Vertragsparteien arbeiten zusammen, um das Niveau der allgemeinen Bildung und der beruflichen Qualifikationen in der Republik Armenien sowohl im öffentlichen als auch im privaten Sektor anzuheben.

(2) Die Zusammenarbeit konzentriert sich insbesondere auf folgende Bereiche:

- Modernisierung des Hochschulsystems und des Systems der beruflichen Bildung in der Republik Armenien, einschließlich des Zeugnissystems der Hochschulen und der Hochschuldiplome;
- Ausbildung von Führungskräften im öffentlichen und privaten Sektor sowie von Beamten in noch zu bestimmenden vorrangigen Bereichen;
- Zusammenarbeit zwischen Lehranstalten, Zusammenarbeit zwischen Lehranstalten und Unternehmen;
- Mobilität von Lehrkräften, Graduierten, Verwaltungspersonal, jungen Wissenschaftlern und Forschern und Jugendlichen;
- Förderung der Lehrtätigkeit im Bereich der europäischen Studien an geeigneten Lehranstalten;
- Unterrichtung der Gemeinschaftssprachen;
- nachakademische Ausbildung von Konferenzdolmetschern;
- Ausbildung von Journalisten;
- Ausbildung von Ausbildern.

(3) Die Teilnahme der einen Vertragspartei an den Programmen im Bereich der allgemeinen und beruflichen Bildung der anderen Vertragspartei könnte gemäß ihren Verfahren in Erwägung gezogen werden; soweit angebracht, werden dann institutionelle Rahmen geschaffen und Kooperationspläne aufgestellt, die auf der Teilnahme der Republik Armenien am TEMPUS-Programm der Gemeinschaft aufbauen.

Artikel 53

Agrar- und Ernährungswirtschaft

Ziel der Zusammenarbeit in diesem Bereich ist die Fortsetzung der Bodenreform, die Modernisierung, die Privatisierung und die Umstrukturierung der Landwirtschaft, der Ernährungswirtschaft und des Dienstleistungssektors in der Republik Armenien, die Entwicklung in- und ausländischer Märkte für armenische Erzeugnisse unter Bedingungen, durch die der Schutz der Umwelt gewährleistet wird, und unter Berücksichtigung der Notwendigkeit einer besser gesicherten Nahrungsmittelversorgung sowie die Entwicklung der Agrar- und Ernährungswirtschaft, der Verarbeitung und des Vertriebs landwirtschaftlicher Erzeugnisse. Die Vertragsparteien streben auch die schrittweise Angleichung der armenischen Normen an die technischen Regelwerke der Gemeinschaft für industrielle und landwirtschaftliche Nahrungsmittelerzeugnisse, einschließlich der Gesundheits- und Pflanzenschutznormen, an.

Artikel 54

Energie

(1) Die Zusammenarbeit erfolgt im Rahmen der Grundsätze der Marktwirtschaft und der Europäischen Energiecharta sowie unter Berücksichtigung des Vertrages über die Energiecharta und des Protokolls über Energieeffizienz und damit verbundene Umweltaspekte vor dem Hintergrund der schrittweisen Integration der Energiemärkte in Europa.

(2) Die Zusammenarbeit umfaßt unter anderem folgende Bereiche:

- Formulierung und Entwicklung einer Energiepolitik;
- Verbesserung der Verwaltung und der Regulierung des Energiesektors auf marktwirtschaftlicher Grundlage;
- Verbesserung der Energieversorgung, einschließlich der Sicherheit der Energieversorgung, in wirtschaftlich und ökologisch vernünftiger Weise;
- Förderung des Energiesparens und der rationellen Energienutzung und Umsetzung des Energiechartaprotokolls über Energieeffizienz und damit verbundene Umweltaspekte;
- Modernisierung der Energieinfrastrukturen;

- Verbesserung der Energietechnik für Versorgung und Endverbrauch für alle Energiearten;
- Managementausbildung und technische Ausbildung im Energiesektor;
- Transport und Durchführung von Energieerzeugnissen und Energieträgern;
- Schaffung der institutionellen, rechtlichen, steuerlichen und sonstigen Voraussetzungen, die für die Förderung einer Ausweitung von Handel und Investitionen im Energiebereich notwendig sind;
- Entwicklung der Wasserkraft und anderer erneuerbarer Energiequellen.

(3) Die Vertragsparteien tauschen zweckdienliche Informationen über Investitionsprojekte im Energiesektor aus, insbesondere über den Bau und die Instandhaltung von Erdöl- und Gasleitungen oder sonstiger Mittel für den Transport von Energieerzeugnissen. Sie arbeiten zusammen, um die Bestimmungen des Titels IV und des Artikels 47 in bezug auf Investitionen im Energiesektor so wirksam wie möglich umzusetzen.

Artikel 55

Umwelt

(1) Unter Berücksichtigung der Europäischen Energiecharta, der Erklärung der Luzerner Konferenz von 1993, des Vertrages über die Energiecharta, insbesondere seines Artikels 19, und des Energiechartaprotokolls über Energieeffizienz und damit verbundene Umweltaspekte entwickeln und verstärken die Vertragsparteien ihre Zusammenarbeit zum Schutz der Umwelt und der menschlichen Gesundheit.

(2) Ziel der Zusammenarbeit ist die Bekämpfung der Verschlechterung der Umweltverhältnisse und insbesondere folgendes:

- wirksame Überwachung der Verschmutzungsniveaus und Beurteilung der Umweltqualität; Informationssystem über den Zustand der Umwelt;
- Bekämpfung der lokalen, regionalen und grenzüberschreitenden Luft- und Wasserverschmutzung;
- ökologische Wiederherstellung;
- nachhaltige, umweltgerechte und effiziente Energieerzeugung und -nutzung;
- Sicherheit von Industrieanlagen;
- Klassifizierung und unbedenklicher Einsatz von Chemikalien;
- Wasserqualität;
- Verringerung, Recycling und sichere Entsorgung von Abfällen, Durchführung des Baseler Übereinkommens;
- Auswirkungen der Landwirtschaft auf die Umwelt, Bodenerosion und chemische Verschmutzung;
- Schutz der Wälder;
- Erhaltung der Artenvielfalt, Schutzgebiete sowie nachhaltige und umweltgerechte Nutzung und Bewirtschaftung der biologischen Ressourcen;
- Raumordnung, einschließlich der Bebauungs- und Stadtplanung;
- Einsatz wirtschaftlicher und fiskalischer Instrumente;
- globale Klimaveränderung;
- Umwelterziehung und Umweltbewußtsein;
- technische Hilfe bei der Sanierung radioaktiv kontaminierter Gebiete und Bewältigung der damit zusammenhängenden gesundheitlichen und sozialen Probleme;
- Durchführung des Übereinkommens von Espoo über die Umweltverträglichkeitsprüfung im grenzüberschreitenden Rahmen.

(3) Die Zusammenarbeit erfolgt insbesondere in folgender Form:

- Vorkehrungen für Katastrophen und sonstige Notfälle;

- Austausch von Informationen und Sachverständigen, unter anderem auf dem Gebiet des Transfers sauberer Technologien und der sicheren und ökologisch vernünftigen Nutzung der Biotechnologien;
- gemeinsame Forschungsaktivitäten;
- Verbesserung der Rechtsvorschriften zwecks Anhebung auf das Gemeinschaftsniveau;
- Ausbildung in Umweltfragen und Stärkung einschlägiger Einrichtungen;
- Zusammenarbeit auf regionaler Ebene, einschließlich der Zusammenarbeit im Rahmen der Europäischen Umweltagentur, und auf internationaler Ebene;
- Entwicklung von Strategien, insbesondere zu globalen Umwelt- und Klimafragen sowie zur Erreichung einer nachhaltigen und umweltgerechten Entwicklung;
- Umweltverträglichkeitsstudien.

Artikel 56

Verkehr

Die Vertragsparteien entwickeln und verstärken ihre Zusammenarbeit im Verkehrsbereich.

Ziel dieser Zusammenarbeit ist unter anderem die Umstrukturierung und Modernisierung des Verkehrswesens in der Republik Armenien und die Sicherstellung, soweit angebracht, der Kompatibilität der Verkehrssysteme im Rahmen der Entwicklung eines umfassenderen Verkehrssystems. Besondere Aufmerksamkeit wird dem Funktionieren aller traditionellen Verkehrsverbindungen der Unabhängigen Staaten in der Transkaukasus-Region untereinander und mit ihren Nachbarländern gewidmet.

Die Zusammenarbeit betrifft unter anderem folgendes:

- Modernisierung der Verwaltung und des Betriebs von Straßenverkehr, Eisenbahnen, Häfen und Flughäfen;
- Modernisierung und Ausbau von Eisenbahnlinien, Wasserstraßen, Straßen, Häfen, Flughäfen und Luftfahrtinfrastruktur, einschließlich der Modernisierung wichtiger Strecken von gemeinsamem Interesse und der transeuropäischen Verbindungen der genannten Verkehrsträger, insbesondere derjenigen im Rahmen des TRACECA-Projekts;
- Förderung und Ausbau des kombinierten Verkehrs;
- Förderung gemeinsamer Forschungs- und Entwicklungsprogramme;
- Ausarbeitung des rechtlichen und institutionellen Rahmens für die Entwicklung und Durchführung einer Politik, einschließlich der Privatisierung des Verkehrssektors.

Artikel 57

Postdienste und Telekommunikation

Im Rahmen ihrer Zuständigkeiten und Befugnisse erweitern und verstärken die Vertragsparteien die Zusammenarbeit in folgenden Bereichen:

- Ausarbeitung politischer Leitlinien für die Entwicklung des Telekommunikationssektors und der Postdienste;
- Entwicklung von Grundsätzen einer Tarifpolitik und des Marketings für den Telekommunikationssektor und die Postdienste;
- Transfer von Technologie und Know-how, einschließlich über europäische Normen und Kennzeichnungssysteme;
- Förderung der Entwicklung von Projekten im Bereich Telekommunikation und Postdienste und Investitionsförderung;
- Verbesserung der Effizienz und der Qualität der bereitgestellten Telekommunikations- und Postdienste, unter anderem durch Liberalisierung von Teilsektoren;
- fortgeschrittene Anwendung der Telekommunikation, insbesondere im Bereich des elektronischen Zahlungsverkehrs;

- Verwaltung und Optimierung der Telekommunikationsnetze;
- angemessene Rechtsgrundlage für die Bereitstellung von Telekommunikations- und Postdiensten und für die Nutzung des Hochfrequenzspektrums;
- Ausbildung im Betreiben von Telekommunikations- und Postdiensten unter Marktbedingungen.

Artikel 58

Finanzdienstleistungen

Ziel der Zusammenarbeit ist insbesondere, die Einbeziehung der Republik Armenien in die weltweit anerkannten Systeme für den gegenseitigen Zahlungsausgleich zu erleichtern. Die technische Hilfe konzentriert sich auf folgendes:

- Entwicklung von Bank- und Finanzdienstleistungen, Entwicklung eines gemeinsamen Marktes für Kreditquellen, Einbeziehung der Republik Armenien in die weltweit anerkannten Systeme für den gegenseitigen Zahlungsausgleich;
- Entwicklung von Finanzsystem und -institutionen in der Republik Armenien, Erfahrungsaustausch und Ausbildung von Personal;
- Entwicklung von Versicherungen und dadurch unter anderem Schaffung eines günstigen Rahmens für die Beteiligung von Gesellschaften der Gemeinschaft an der Gründung von Joint-ventures im Versicherungssektor der Republik Armenien sowie Entwicklung einer Ausfuhrkreditversicherung.

Diese Zusammenarbeit trägt insbesondere dazu bei, den Ausbau der Beziehungen zwischen der Republik Armenien und den Mitgliedstaaten im Finanzdienstleistungssektor zu fördern.

Artikel 59

Regionalentwicklung

(1) Die Vertragsparteien verstärken ihre Zusammenarbeit im Bereich der Regionalentwicklung und der Raumordnung.

(2) Zu diesem Zweck fördern sie den Austausch von Informationen zwischen nationalen, regionalen und lokalen Behörden über die Regional- und Raumordnungspolitik und über Methoden für die Formulierung von Regionalpolitik mit der Entwicklung benachteiligter Gebiete als besonderem Schwerpunkt.

Außerdem fördern sie direkte Kontakte zwischen den Regionen und den für die Regionalentwicklungsplanung zuständigen öffentlichen Organisationen mit dem Ziel, unter anderem Methoden und Formen der Regionalentwicklungsförderung auszutauschen.

Artikel 60

Zusammenarbeit im sozialen Bereich

(1) Im Bereich Gesundheitsschutz und Sicherheit arbeiten die Vertragsparteien zusammen, um das Niveau von Gesundheitsschutz und Sicherheit am Arbeitsplatz zu verbessern.

Die Zusammenarbeit umfaßt insbesondere folgendes:

- Ausbildung in Fragen des Gesundheitsschutzes und der Sicherheit unter besonderer Berücksichtigung der Tätigkeitsbereiche mit hohem Unfallrisiko;
- Entwicklung und Förderung vorbeugender Maßnahmen zur Bekämpfung von Berufskrankheiten und sonstigen arbeitsbedingten Leiden;
- Verhütung von Großunfällen und Bewirtschaftung giftiger Chemikalien;
- Grundlagenforschung in den Bereichen Arbeitsumwelt sowie Gesundheitsschutz und Sicherheit am Arbeitsplatz.

(2) Im Bereich der Beschäftigung umfaßt die Zusammenarbeit insbesondere technische Hilfe für folgendes:

- Optimierung des Arbeitsmarkts;
- Modernisierung der Arbeitsvermittlungs- und Berufsberatungsdienste;

- Planung und Verwaltung der Umstrukturierungsprogramme;
- Förderung der Entwicklung örtlicher Arbeitsmärkte;
- Informationsaustausch über die Programme für flexible Beschäftigung, einschließlich der Programme zur Förderung der selbständigen Erwerbstätigkeit und des Unternehmertums.

(3) Die Vertragsparteien schenken der Zusammenarbeit im Bereich der sozialen Sicherheit besondere Aufmerksamkeit, die unter anderem die Zusammenarbeit bei der Planung und der Durchführung von Reformen der sozialen Sicherheit in der Republik Armenien einschließt.

Ziel dieser Reformen ist es, in der Republik Armenien Schutzmethoden zu entwickeln, die dem marktwirtschaftlichen System entsprechen und alle Bereiche der sozialen Sicherheit umfassen.

Artikel 61

Fremdenverkehr

Die Vertragsparteien verstärken und entwickeln ihre Zusammenarbeit unter anderem bei folgendem:

- Erleichterung des Fremdenverkehrs;
- Intensivierung des Informationsflusses;
- Transfer von Know-how;
- Prüfung der Möglichkeiten für gemeinsame Aktionen;
- Zusammenarbeit zwischen amtlichen Fremdenverkehrsorganisationen;
- Ausbildung für die Entwicklung des Fremdenverkehrs.

Artikel 62

Kleine und mittlere Unternehmen

(1) Die Vertragsparteien arbeiten hin auf die Entwicklung und die Stärkung der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) und ihrer Vereinigungen und der Zusammenarbeit zwischen KMU in der Gemeinschaft und der Republik Armenien.

(2) Die Zusammenarbeit schließt technische Hilfe ein, insbesondere in folgenden Bereichen:

- Schaffung eines rechtlichen Rahmens für KMU;
- Aufbau einer angemessenen Infrastruktur (Agentur für die Unterstützung von KMU, Kommunikationswesen, Hilfe bei der Schaffung eines Fonds für KMU);
- Einrichtung von Technologieparks.

Artikel 63

Information und Kommunikation

Die Vertragsparteien unterstützen die Entwicklung moderner Methoden für den Umgang mit Informationen, einschließlich der Medien, und fördern den wirksamen Informationsaustausch. Vorrang erhalten Programme, die Basisinformationen über die Gemeinschaft und die Republik Armenien für die breite Öffentlichkeit vermitteln; dazu gehört nach Möglichkeit auch der Zugriff auf Datenbanken unter voller Beachtung der Rechte an geistigem Eigentum.

Artikel 64

Verbraucherschutz

Die Vertragsparteien arbeiten eng zusammen, um die Kompatibilität ihrer Verbraucherschutzsysteme zu erreichen. Diese Zusammenarbeit kann den Austausch von Informationen über die gesetzgeberische Arbeit und die institutionelle Reform umfassen, die Einrichtung fester Systeme zur gegenseitigen Information über gefährliche Waren, die Verbesserung der Verbraucherinformation insbesondere über Preise, Wareneigenschaften und angebotene Dienstleistungen, die Entwicklung eines Austausches zwischen Vertretern der Verbraucherinteressen, eine höhere Kompatibilität der Verbraucherschutzpolitik und die Veranstaltung von Seminaren und Ausbildungspraktika.

Artikel 65

Zoll

(1) Das Ziel der Zusammenarbeit besteht darin, die Einhaltung aller Vorschriften zu gewährleisten, die in Verbindung mit dem Handel und dem lautereren Handel angenommen werden sollen, und für die Angleichung der Zollregelung der Republik Armenien an die der Gemeinschaft zu sorgen.

(2) Die Zusammenarbeit betrifft insbesondere folgendes:

- Austausch von Informationen;
 - Verbesserung der Arbeitsmethoden;
 - Einführung der Kombinierten Nomenklatur und des Einheitspapiers;
 - Verbindung der Durchfuhrsysteme der Gemeinschaft und der Republik Armenien;
 - Vereinfachung der Kontrollen und der Förmlichkeiten im Güterverkehr;
 - Unterstützung bei der Einführung moderner Zollinformationssysteme;
 - Veranstaltung von Seminaren und Ausbildungspraktika.
- Soweit erforderlich wird technische Hilfe geleistet.

(3) Unbeschadet sonstiger Maßnahmen der Zusammenarbeit gemäß diesem Abkommen und insbesondere gemäß den Artikeln 69 und 71 wird die Amtshilfe im Zollbereich zwischen den Verwaltungsbehörden der Vertragsparteien durch das diesem Abkommen beigefügte Protokoll geregelt.

Artikel 66

Zusammenarbeit im Bereich der Statistik

Die Zusammenarbeit in diesem Bereich dient der Entwicklung eines leistungsfähigen Statistiksystems, damit zuverlässige Statistiken erstellt werden können, die zur Planung und Überwachung des wirtschaftlichen Reformprozesses und zur Entwicklung von Privatunternehmen in der Republik Armenien benötigt werden.

Die Vertragsparteien arbeiten insbesondere in folgenden Bereichen zusammen:

- Anpassung des armenischen Statistiksystems an die international angewandten Methoden, Normen und Klassifikationen;
- Austausch statistischer Informationen;
- Bereitstellung der für die Durchführung und Steuerung der wirtschaftlichen Reformen erforderlichen makro- und mikroökonomischen statistischen Informationen.

Als Beitrag hierzu leistet die Gemeinschaft der Republik Armenien technische Hilfe.

Artikel 67

Wirtschaftswissenschaften

Die Vertragsparteien erleichtern den wirtschaftlichen Reformprozeß und die Koordinierung der Wirtschaftspolitik durch eine Zusammenarbeit zur Verbesserung der Kenntnis der wesentlichen Aspekte ihrer Volkswirtschaften sowie der Konzeption und der Durchführung der Wirtschaftspolitik in der Marktwirtschaft. Zu diesem Zweck tauschen die Vertragsparteien Informationen über die makroökonomische Leistung und die makroökonomischen Aussichten aus.

Die Gemeinschaft leistet technische Hilfe mit folgenden Zielen:

- Unterstützung der Republik Armenien bei ihrem wirtschaftlichen Reformprozeß durch Bereitstellung von Experten, Beratung und technischer Hilfe;
- Förderung der Zusammenarbeit zwischen Wirtschaftswissenschaftlern, um den Transfer von Know-how für die Konzeption der Wirtschaftspolitik zu beschleunigen und für eine weitere Verbreitung der für diese Politik relevanten Forschungsergebnisse zu sorgen.

Titel VII**Zusammenarbeit in Fragen
der Demokratie und der Menschenrechte****Artikel 68**

Die Vertragsparteien arbeiten in allen Fragen, die die Schaffung oder Stärkung demokratischer Einrichtungen betreffen, zusammen; diese Zusammenarbeit schließt diejenigen Einrichtungen ein, die erforderlich sind, um die Rechtsstaatlichkeit sowie den Schutz der Menschenrechte und der Grundfreiheiten gemäß dem Völkerrecht und den Grundsätzen der OSZE zu stärken.

Diese Zusammenarbeit erfolgt in Form von Programmen für technische Hilfe, mit denen unter anderem folgendes unterstützt werden soll: die Formulierung einschlägiger Gesetze und Vorschriften, die Durchführung dieser Gesetze, das Funktionieren des Gerichtswesens, die Rolle des Staates in Justizangelegenheiten und das Funktionieren des Wahlsystems. Die Programme können, soweit angebracht, auch Ausbildung vorsehen. Die Vertragsparteien fördern die Kontakte und den Austausch zwischen ihren nationalen und regionalen Behörden sowie ihren Justizbehörden, Parlamentariern und Nichtregierungsorganisationen.

Titel VIII**Zusammenarbeit bei der Verhütung
von Straftaten und der Verhütung und
Kontrolle der illegalen Einwanderung****Artikel 69**

Die Vertragsparteien nehmen die Zusammenarbeit mit dem Ziel auf, Straftaten wie die folgenden zu verhüten:

- Wirtschaftsstraftaten einschließlich Korruption;
- illegale Geschäfte mit Waren einschließlich Industriemüll;
- Fälschung.

Die Zusammenarbeit in den genannten Bereichen beruht auf gegenseitiger Konsultation und auf enger Interaktion. Technische Hilfe und Amtshilfe können unter anderem in folgenden Bereichen geleistet werden:

- Ausarbeitung innerstaatlicher Rechtsvorschriften im Bereich der Verhütung von Straftaten;
- Einrichtung von Informationszentren;
- Steigerung der Effizienz der Einrichtungen, die mit der Verhütung von Straftaten befaßt sind;
- Ausbildung des Personals und Ausbau der Forschungsinfrastruktur;
- Ausarbeitung von für beide Seiten annehmbaren Maßnahmen zur Verhinderung von Straftaten.

Artikel 70**Geldwäsche**

(1) Die Vertragsparteien sind sich über die Notwendigkeit einig, Anstrengungen zu unternehmen und zusammenzuarbeiten, um zu verhindern, daß ihre Finanzsysteme zum Waschen von Erlösen aus Straftaten im allgemeinen und aus Drogendelikten im besonderen mißbraucht werden.

(2) Die Zusammenarbeit in diesem Bereich umfaßt Amtshilfe und technische Hilfe mit dem Ziel, geeignete Normen gegen die Geldwäsche festzulegen, die den von der Gemeinschaft und den einschlägigen internationalen Gremien, insbesondere der Financial Action Task Force (FATF), festgelegten Normen gleichwertig sind.

Artikel 71**Drogen**

Im Rahmen ihrer Zuständigkeiten und Befugnisse arbeiten die Vertragsparteien zusammen, um die Wirksamkeit und die Effizienz von Strategien und Maßnahmen zu erhöhen, mit denen verhindert werden soll, daß Betäubungsmittel und psychotrope Stoffe widerrechtlich hergestellt, beschafft und gehandelt werden, einschließlich der Verhütung der mißbräuchlichen Verwendung von Ausgangsstoffen, und um die Verhütung und Reduzierung der Nachfrage nach Drogen zu fördern. Die Zusammenarbeit in diesem Bereich beruht auf gegenseitiger Konsultation und enger Koordinierung der Ziele und der Maßnahmen in den verschiedenen drogenrelevanten Bereichen zwischen den Vertragsparteien.

Artikel 72**Illegale Einwanderung**

(1) Die Mitgliedstaaten und die Republik Armenien vereinbaren zusammenzuarbeiten, um die illegale Einwanderung zu verhüten und zu kontrollieren. Zu diesem Zweck

- erklärt sich die Republik Armenien bereit, diejenigen ihrer Staatsangehörigen, die sich illegal im Gebiet eines Mitgliedstaats aufhalten, auf dessen Ersuchen ohne weitere Förmlichkeiten wiederaufzunehmen;
- erklärt sich jeder Mitgliedstaat bereit, diejenigen seiner Staatsangehörigen im Sinne der Definition für Gemeinschaftszwecke, die sich illegal im Gebiet der Republik Armenien aufhalten, auf deren Ersuchen ohne weitere Förmlichkeiten wiederaufzunehmen.

Die Mitgliedstaaten und die Republik Armenien versehen ihre Staatsangehörigen mit geeigneten Ausweispapieren.

(2) Die Republik Armenien erklärt sich bereit, mit den Mitgliedstaaten, die darum ersuchen, bilaterale Abkommen zu schließen, in denen spezifische Verpflichtungen zur Wiederaufnahme geregelt werden, unter anderem eine Verpflichtung zur Wiederaufnahme Staatsangehöriger anderer Länder und Staatenloser, die aus der Republik Armenien in das Gebiet eines Mitgliedstaats gekommen sind oder die aus einem Mitgliedstaat in das Gebiet der Republik Armenien gekommen sind.

(3) Der Kooperationsrat prüft, welche sonstigen gemeinsamen Anstrengungen unternommen werden können, um die illegale Einwanderung zu verhüten und zu kontrollieren.

Titel IX**Kulturelle Zusammenarbeit****Artikel 73**

Die Vertragsparteien verpflichten sich, die kulturelle Zusammenarbeit zu fördern, zu begünstigen und zu erleichtern. Soweit angebracht, können die von der Gemeinschaft oder von einem oder mehreren Mitgliedstaaten durchgeführten Programme für kulturelle Zusammenarbeit in die Zusammenarbeit einbezogen und zusätzliche Aktivitäten von beiderseitigem Interesse entwickelt werden.

Titel X**Finanzielle Zusammenarbeit
im Bereich der technischen Hilfe****Artikel 74**

Zur Erreichung der Ziele dieses Abkommens erhält die Republik Armenien von der Gemeinschaft im Einklang mit den Artikeln 75, 76 und 77 vorübergehend Finanzhilfe als technische Hilfe in Form von Zuschüssen. Mit dieser Hilfe soll die wirtschaftliche Umgestaltung der Republik Armenien beschleunigt werden.

Artikel 75

Diese Finanzhilfe wird im Rahmen des in der einschlägigen Ratsverordnung der Gemeinschaft vorgesehenen TACIS-Programms gewährt.

Artikel 76

Die Ziele und die Bereiche der Finanzhilfe der Gemeinschaft werden in einem Richtprogramm festgelegt, das die gesetzten Prioritäten enthält und zwischen den beiden Vertragsparteien unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der Republik Armenien, der Aufnahmefähigkeit der Sektoren und der Fortschritte bei der Reform vereinbart wird. Die Vertragsparteien unterrichten den Kooperationsrat.

Artikel 77

Im Hinblick auf einen optimalen Einsatz der verfügbaren Mittel sorgen die Vertragsparteien dafür, daß die von der Gemeinschaft geleistete technische Hilfe eng koordiniert wird mit den Beiträgen aus anderen Quellen, wie Mitgliedstaaten, andere Länder und internationale Organisationen wie die Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung und die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung.

Titel XI

**Institutionelle,
allgemeine und Schlußbestimmungen**

Artikel 78

Es wird ein Kooperationsrat eingesetzt, der die Durchführung dieses Abkommens überwacht. Der Kooperationsrat tagt einmal jährlich auf Ministerebene. Er prüft alle wichtigen Fragen, die sich aus diesem Abkommen ergeben, sowie alle sonstigen bilateralen oder internationalen Fragen, die zur Erreichung der Ziele dieses Abkommens von beiderseitigem Interesse sind. Der Kooperationsrat kann im Einvernehmen der beiden Vertragsparteien auch geeignete Empfehlungen aussprechen.

Artikel 79

(1) Der Kooperationsrat besteht aus den Mitgliedern des Rates der Europäischen Union und Mitgliedern der Kommission der Europäischen Gemeinschaften einerseits und aus Mitgliedern der Regierung der Republik Armenien andererseits.

(2) Der Kooperationsrat gibt sich eine Geschäftsordnung.

(3) Das Amt des Präsidenten des Kooperationsrats wird abwechselnd von einem Vertreter der Gemeinschaft und von einem Mitglied der Regierung der Republik Armenien ausgeübt.

Artikel 80

(1) Der Kooperationsrat wird bei der Erfüllung seiner Aufgaben von einem Kooperationsausschuß unterstützt, der sich aus Vertretern der Mitglieder des Rates der Europäischen Union und Mitgliedern der Kommission der Europäischen Gemeinschaften einerseits und Vertretern der Regierung der Republik Armenien andererseits zusammensetzt, bei denen es sich normalerweise um hohe Beamte handelt. Das Amt des Vorsitzenden des Kooperationsausschusses wird abwechselnd von der Gemeinschaft und von der Republik Armenien ausgeübt.

Der Kooperationsrat legt in seiner Geschäftsordnung Arbeitsweise und Aufgaben des Kooperationsausschusses fest, zu denen auch die Vorbereitung der Tagungen des Kooperationsrats gehört.

(2) Der Kooperationsrat kann seine Befugnisse dem Kooperationsausschuß übertragen, der für die Kontinuität zwischen den Tagungen des Kooperationsrats sorgt.

Artikel 81

Der Kooperationsrat kann Sonderausschüsse oder -gremien einsetzen, die ihn bei der Erfüllung seiner Aufgaben unterstützen;

er legt die Zusammensetzung und die Aufgaben sowie die Arbeitsweise derartiger Ausschüsse oder Gremien fest.

Artikel 82

Bei der Prüfung einer Frage, die sich im Rahmen dieses Abkommens in bezug auf eine Bestimmung ergibt, die auf einen GATT/WTO-Artikel verweist, berücksichtigt der Kooperationsrat soweit wie möglich die Auslegung, die der betreffende GATT/WTO-Artikel im allgemeinen durch die Mitglieder der WTO erfährt.

Artikel 83

Es wird ein Parlamentarischer Kooperationsausschuß eingesetzt. In diesem Gremium treffen Mitglieder der Nationalversammlung der Republik Armenien und des Europäischen Parlaments zu einem Meinungsaustausch zusammen. Er tagt in regelmäßigen Zeitabständen, die er selbst festlegt.

Artikel 84

(1) Der Parlamentarische Kooperationsausschuß setzt sich aus Abgeordneten des Europäischen Parlaments einerseits und Abgeordneten der Nationalversammlung der Republik Armenien andererseits zusammen.

(2) Der Parlamentarische Kooperationsausschuß gibt sich eine Geschäftsordnung.

(3) Den Vorsitz im Parlamentarischen Kooperationsausschuß führen abwechselnd das Europäische Parlament und die Nationalversammlung der Republik Armenien nach Maßgabe der Geschäftsordnung.

Artikel 85

Der Parlamentarische Kooperationsausschuß kann den Kooperationsrat um sachdienliche Informationen zur Durchführung dieses Abkommens ersuchen; dieser erteilt dann dem Ausschuß die erbetenen Informationen.

Der Parlamentarische Kooperationsausschuß wird über die Empfehlungen des Kooperationsrats unterrichtet.

Der Parlamentarische Kooperationsausschuß kann Empfehlungen an den Kooperationsrat richten.

Artikel 86

(1) Die Vertragsparteien verpflichten sich, im Geltungsbereich dieses Abkommens dafür zu sorgen, daß natürliche und juristische Personen der anderen Vertragspartei ohne Benachteiligung gegenüber den eigenen Staatsangehörigen die zuständigen Gerichte und Verwaltungsorgane der Vertragsparteien anrufen können, um ihre persönlichen Rechte und ihre Eigentumsrechte, einschließlich der Rechte an geistigem, gewerblichem und kommerziellem Eigentum, geltend zu machen.

(2) Im Rahmen ihrer Zuständigkeiten und Befugnisse

– fördern die Vertragsparteien die Annahme von Schiedsverfahren zur Beilegung von Streitigkeiten, die sich aus den Geschäften oder aus der Zusammenarbeit zwischen den Wirtschaftsteilnehmern der Gemeinschaft und der Republik Armenien ergeben;

– kommen die Vertragsparteien überein, daß, wenn für eine Streitigkeit ein Schiedsverfahren eingeleitet wird, jede Streitpartei ihren Schiedsrichter ohne Rücksicht auf seine Staatsangehörigkeit wählen kann und daß der den Vorsitz führende dritte Schiedsrichter oder der Einzelschiedsrichter Staatsangehöriger eines Drittstaats sein kann, sofern die Schiedsordnung der von den Parteien gewählten Schiedsstelle nichts anderes bestimmt;

– werden die Vertragsparteien ihren Wirtschaftsteilnehmern empfehlen, die für ihre Verträge maßgebliche Rechtsordnung im gegenseitigen Einvernehmen zu wählen;

- fördern die Vertragsparteien die Inanspruchnahme der von der Kommission der Vereinten Nationen für internationales Handelsrecht (UNCITRAL) ausgearbeiteten Schiedsordnung und der Schiedsstellen der Unterzeichnerstaaten des Übereinkommens über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche von New York vom 10. Juni 1958.

Artikel 87

Dieses Abkommen hindert eine Vertragspartei nicht daran, alle Maßnahmen zu ergreifen,

- a) die sie für notwendig erachtet, um die Weitergabe von Informationen zu verhindern, die ihren wesentlichen Sicherheitsinteressen widerspricht;
- b) die die Herstellung von oder den Handel mit Waffen, Munition und Kriegsmaterial oder eine für Verteidigungszwecke unentbehrliche Forschung, Entwicklung oder Produktion betreffen; diese Maßnahmen dürfen die Wettbewerbsbedingungen hinsichtlich der nicht eigens für militärische Zwecke bestimmten Waren nicht beeinträchtigen;
- c) die sie zur Wahrung ihrer eigenen Sicherheitsinteressen im Falle schwerwiegender innerstaatlicher Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, im Kriegsfall, bei einer ernstesten, eine Kriegsgefahr darstellenden internationalen Spannung oder in Erfüllung der von ihr übernommenen Verpflichtungen zur Wahrung des Friedens und der internationalen Sicherheit für notwendig erachtet;
- d) die sie für notwendig erachtet, um ihre internationalen Verpflichtungen und Zusagen zur Überwachung von gewerblichen Waren und Technologien mit doppeltem Verwendungszweck einzuhalten.

Artikel 88

(1) In den unter dieses Abkommen fallenden Bereichen und unbeschadet der darin enthaltenen besonderen Bestimmungen

- dürfen die von der Republik Armenien gegenüber der Gemeinschaft angewandten Regelungen keine Diskriminierung zwischen den Mitgliedstaaten, deren Staatsangehörigen oder deren Gesellschaften oder Firmen bewirken;
- dürfen die von der Gemeinschaft gegenüber der Republik Armenien angewandten Regelungen keine Diskriminierung zwischen armenischen Staatsangehörigen oder Gesellschaften oder Firmen bewirken.

(2) Absatz 1 berührt nicht das Recht der Vertragsparteien, ihre Steuervorschriften auf Steuerpflichtige anzuwenden, die sich hinsichtlich ihres Wohnsitzes nicht in einer gleichartigen Situation befinden.

Artikel 89

(1) Jede der beiden Vertragsparteien kann den Kooperationsrat mit jeder Streitigkeit über Anwendung oder Auslegung dieses Abkommens befassen.

(2) Der Kooperationsrat kann die Streitigkeit durch Empfehlung beilegen.

(3) Kann die Streitigkeit nicht gemäß Absatz 2 beigelegt werden, so kann die eine Vertragspartei der anderen Vertragspartei notifizieren, daß sie einen Schlichter bestellt hat; die andere Vertragspartei ist dann verpflichtet, binnen zwei Monaten einen zweiten Schiedsrichter zu bestellen. Für die Anwendung dieses Verfahrens gelten die Gemeinschaft und die Mitgliedstaaten als eine Streitpartei.

Der Kooperationsrat bestellt einen dritten Schlichter.

Die Empfehlungen der Schlichter ergehen mit Stimmenmehrheit. Diese Empfehlungen sind für die Vertragsparteien nicht bindend.

(4) Der Kooperationsrat kann eine Verfahrensordnung für die Streitbeilegung erlassen.

Artikel 90

Die Vertragsparteien kommen überein, auf Antrag einer Vertragspartei umgehend auf geeignetem Wege Konsultationen aufzunehmen, um Fragen der Auslegung oder Durchführung dieses Abkommens oder sonstige Aspekte der Beziehungen zwischen den Vertragsparteien zu erörtern.

Dieser Artikel läßt die Artikel 14, 89 und 95 unberührt.

Artikel 91

Die Behandlung, die der Republik Armenien gemäß diesem Abkommen gewährt wird, ist nicht günstiger als diejenige, die die Mitgliedstaaten einander gewähren.

Artikel 92

Im Sinne dieses Abkommens sind „Vertragsparteien“ die Republik Armenien einerseits und die Gemeinschaft oder die Mitgliedstaaten oder die Gemeinschaft und die Mitgliedstaaten gemäß ihren Befugnissen andererseits.

Artikel 93

Soweit unter dieses Abkommen fallende Fragen unter den Vertrag über die Energiecharta und die dazugehörigen Protokolle fallen, finden auf diese Fragen dieser Vertrag und diese Protokolle mit ihrem Inkrafttreten nur insoweit Anwendung, als dies darin vorgesehen ist.

Artikel 94

Dieses Abkommen wird für zunächst zehn Jahre geschlossen. Danach wird dieses Abkommen automatisch um jeweils ein Jahr verlängert, sofern nicht eine Vertragspartei es sechs Monate vor Ende der Laufzeit schriftlich gegenüber der anderen Vertragspartei kündigt.

Artikel 95

(1) Die Vertragsparteien treffen alle allgemeinen oder besonderen Maßnahmen, die zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen aus diesem Abkommen erforderlich sind. Sie sorgen dafür, daß die Ziele dieses Abkommens erreicht werden.

(2) Ist die eine Vertragspartei der Auffassung, daß die andere Vertragspartei einer Verpflichtung aus dem Abkommen nicht nachgekommen ist, so kann sie geeignete Maßnahmen treffen. Abgesehen von besonders dringenden Fällen unterbreitet sie vor Ergreifen dieser Maßnahme dem Kooperationsrat alle zweckdienlichen Informationen für eine gründliche Prüfung der Situation, um eine für die Vertragsparteien annehmbare Lösung zu finden.

Es sind mit Vorrang solche Maßnahmen zu wählen, die das Funktionieren dieses Abkommens am wenigsten stören. Diese Maßnahmen werden dem Kooperationsrat unverzüglich notifiziert, sofern die andere Vertragspartei dies beantragt.

Artikel 96

Die Anhänge I, II, III und IV sowie das Protokoll sind Bestandteil dieses Abkommens.

Artikel 97

Bis zur Verwirklichung der Gleichheit der Rechte von Einzelpersonen und Wirtschaftsteilnehmern nach Maßgabe dieses Abkommens läßt dieses Abkommen die Rechte unberührt, die diesen aufgrund bestehender Abkommen zwischen einem oder mehreren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Armenien andererseits gewährt werden, mit Ausnahme der Bereiche, die unter die Zuständigkeit der Gemeinschaft fallen, und unbeschadet

der der Verpflichtungen der Mitgliedstaaten aus diesem Abkommen in den Bereichen ihrer Zuständigkeit.

Artikel 98

Dieses Abkommen gilt für die Gebiete, in denen der Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, der Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl und der Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft angewandt werden, und nach Maßgabe dieser Verträge einerseits sowie für das Gebiet der Republik Armenien andererseits.

Artikel 99

Der Generalsekretär des Rates der Europäischen Union ist Verwahrer dieses Abkommens.

Artikel 100

Die Urschrift dieses Abkommens, dessen Wortlaut in dänischer, deutscher, englischer, finnischer, französischer, griechischer, italienischer, niederländischer, portugiesischer, schwedischer, spanischer und armenischer Sprache gleichermaßen verbindlich ist, wird beim Generalsekretär des Rates der Europäischen Union hinterlegt.

Artikel 101

Dieses Abkommen wird von den Vertragsparteien nach Maßgabe ihrer eigenen Verfahren genehmigt.

Dieses Abkommen tritt am ersten Tag des zweiten Monats nach dem Tag in Kraft, an dem die Vertragsparteien dem Generalsekretär des Rates der Europäischen Union notifiziert haben, daß die in Absatz 1 genannten Verfahren abgeschlossen sind.

Dieses Abkommen ersetzt mit seinem Inkrafttreten, was die Beziehungen zwischen der Republik Armenien und der Gemeinschaft angeht, das am 18. Dezember 1989 in Brüssel unterzeichnete Abkommen zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, der Europäischen Atomgemeinschaft und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über den Handel und die handelspolitische und wirtschaftliche Zusammenarbeit.

Artikel 102

Für den Fall, daß bis zum Abschluß der für das Inkrafttreten dieses Abkommens erforderlichen Verfahren einige Teile dieses Abkommens durch ein Interimsabkommen zwischen der Gemeinschaft und der Republik Armenien in Kraft gesetzt werden, kommen die Vertragsparteien überein, daß unter dem Zeitpunkt „Inkrafttreten dieses Abkommens“ der Zeitpunkt des Inkrafttretens des Interimsabkommens zu verstehen ist.

Verzeichnis der beigelegten Dokumente

- Anhang I Vorteile, die die Republik Armenien den Unabhängigen Staaten gemäß Artikel 9 Absatz 3 gewährt
- Anhang II Übereinkünfte über geistiges, gewerbliches und kommerzielles Eigentum gemäß Artikel 42
- Anhang III Finanzdienstleistungen gemäß Artikel 26 Absatz 3
- Anhang IV Vorbehalte der Gemeinschaft gemäß Artikel 23 Absatz 2
- Protokoll über Amtshilfe im Zollbereich

Anhang I

Vorteile, die die Republik Armenien den Unabhängigen Staaten gemäß Artikel 9 Absatz 3 gewährt

Alle Unabhängigen Staaten:

Es werden keine Einfuhrzölle erhoben.

Anhang II

Übereinkünfte über geistiges, gewerbliches und kommerzielles Eigentum gemäß Artikel 42

- Artikel 42 Absatz 2 betrifft folgende multilaterale Übereinkünfte:
 - Berner Übereinkunft über den Schutz von Werken der Literatur und Kunst (Pariser Fassung von 1971);
 - Internationales Abkommen über den Schutz der ausübenden Künstler, der Hersteller von Tonträgern und der Sendeunternehmen (Rom 1961);
 - Protokoll zum Madrider Abkommen über die internationale Registrierung von Marken (Madrid 1989);
 - Abkommen von Nizza über die internationale Klassifikation von Waren und Dienstleistungen für die Eintragung von Marken (Genfer Fassung von 1977, geändert 1979);
 - Budapester Vertrag über die internationale Anerkennung der Hinterlegung von Mikroorganismen für die Zwecke von Patentverfahren (1977, geändert 1980);
 - Internationales Übereinkommen zum Schutz von Pflanzenzüchtungen (UPOV) (Genfer Fassung von 1991).
- Der Kooperationsrat kann empfehlen, daß Artikel 42 Absatz 2 auf andere multilaterale Übereinkünfte Anwendung findet. Treten im Bereich des geistigen, gewerblichen und kommerziellen Eigentums Probleme auf, die die Handelsbedingungen beeinflussen, so finden auf Antrag einer Vertragspartei unverzüglich Konsultationen statt, um Lösungen zu finden, die beide Seiten zufrieden stellen.
- Die Vertragsparteien bekräftigen, daß sie der Einhaltung der Verpflichtungen, die sich aus folgenden multilateralen Übereinkünften ergeben, besondere Bedeutung einräumen:
 - Pariser Verbandsübereinkunft zum Schutz des gewerblichen Eigentums (Stockholmer Fassung von 1967, geändert 1979);
 - Madrider Abkommen über die internationale Registrierung von Marken (Stockholmer Fassung von 1967, geändert 1979);
 - Vertrag über die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Patentwesens (Washington 1970, geändert 1979 und 1984).
- Ab Inkrafttreten dieses Abkommens gewährt die Republik Armenien den Gesellschaften und Staatsangehörigen der Gemeinschaft hinsichtlich der Anerkennung und des Schutzes von geistigem, gewerblichem und kommerziellem Eigentum eine Behandlung, die nicht weniger günstig ist als die von ihr einem Drittland gemäß einem bilateralen Abkommen gewährte Behandlung.
- Absatz 4 gilt nicht für die von der Republik Armenien einem Drittland auf der Grundlage tatsächlicher Gegenseitigkeit gewährten Vorteile und für die von der Republik Armenien einem anderen Nachfolgestaat der UdSSR gewährten Vorteile.

Anhang III**Finanzdienstleistungen
gemäß Artikel 26 Absatz 3**

Finanzdienstleistungen sind alle Dienstleistungen finanzieller Art, die von einem Finanzdienstleistungserbringer einer Vertragspartei angeboten werden. Finanzdienstleistungen schließen folgende Tätigkeiten ein:

- A. Alle Versicherungsdienstleistungen und versicherungsbezogenen Dienstleistungen
1. Direktversicherung (einschließlich Mitversicherung)
 - i) Lebensversicherung
 - ii) Nichtlebensversicherung
 2. Rückversicherung und Retrozession
 3. Versicherungsvermittlung wie Dienstleistungen von Versicherungsmaklern und Versicherungsvertretern
 4. versicherungsbezogene Nebendienstleistungen in den Bereichen Beratung, Versicherungsmathematik, Risikobewertung und Schadenregulierung
- B. Bank- und sonstige Finanzdienstleistungen (mit Ausnahme von Versicherungen)
1. Annahme von Einlagen und sonstigen rückzahlbaren Geldern von Kunden
 2. Gewährung von Krediten aller Art, einschließlich Verbraucherkrediten, Hypothekarkrediten, Factoring und Finanzierung von Handelsgeschäften
 3. Finanzierungsleasing
 4. sämtliche Zahlungs- und Überweisungsdienstleistungen, einschließlich Kreditkarten, Charge cards, Debitkarten, Reiseschecks und Bankschecks
 5. Bürgschaften und Verpflichtungen
 6. Handel für eigene oder Kundenrechnung an Börsen, auf OTC-Märkten oder in anderer Form mit
 - a) Geldmarkttiteln (Schecks, Wechseln, Einlagenzertifikaten usw.)
 - b) Fremdwährungen
 - c) derivativen Instrumenten einschließlich (aber nicht beschränkt auf) Futures und Optionen
 - d) Wechselkurs- und Zinsinstrumenten, einschließlich Produkten wie Swaps und Forward Rate Agreements usw.
 - e) übertragbaren Wertpapieren
 - f) sonstigen begebaren Instrumenten und Finanzanlagen einschließlich Edelmetallen
 7. Beteiligung an der Emission von Wertpapieren aller Art, einschließlich Übernahme und Plazierung als Vertreter (öffentlich oder privat) und Erbringung von Dienstleistungen im Zusammenhang mit solchen Emissionen
 8. Tätigkeiten als Finanzmakler
 9. Vermögensverwaltung wie Cash-Management oder Portfolio-Management, alle Formen kollektiver Anlageverwaltung, Verwaltung von Pensionsfonds, Depotverwaltung und -verwaltung, Treuhandverwaltung
 10. Abrechnungs- und Clearingdienstleistungen im Zusammenhang mit Finanzanlagen, einschließlich Wertpapieren, derivativen Instrumenten und sonstigen begebaren Instrumenten
 11. Beratung, Vermittlung und sonstige Finanznebenleistungen im Zusammenhang mit allen unter den Nummern 1 bis 10 aufgeführten Tätigkeiten, einschließlich Kreditauskunft und Kreditwürdigkeitsprüfung, Anlage- und Portfolioforschung und -beratung, Beratung über Akquisitionen, Unternehmensumstrukturierungen sowie Unternehmensstrategien
 12. Bereitstellung und Weiterleitung von Finanzinformationen, Finanzdatenverarbeitung, Software für die Finanzdatenverarbeitung und sonstiger einschlägiger Software durch die Erbringer anderer Finanzdienstleistungen

Von der Definition der Finanzdienstleistungen ausgenommen sind folgende Tätigkeiten:

- a) Tätigkeiten, die von Zentralbanken und anderen öffentlichen Organen im Rahmen der Geld- und Währungspolitik ausgeübt werden
- b) Tätigkeiten, die von Zentralbanken, staatlichen Stellen oder Behörden oder öffentlichen Organen für Rechnung des Staates ausgeübt werden oder für die dieser eine Bürgschaft übernimmt, außer in den Fällen, in denen diese Tätigkeiten von den Erbringern von Finanzdienstleistungen im Wettbewerb mit den genannten öffentlichen Einrichtungen ausgeübt werden können

- c) Tätigkeiten, die Teil eines gesetzlichen Systems der sozialen Sicherheit oder einer öffentlichen Pensionsregelung sind, außer in den Fällen, in denen diese Tätigkeiten von den Erbringern von Finanzdienstleistungen im Wettbewerb mit öffentlichen oder privaten Einrichtungen ausgeübt werden können

Anhang IV

Vorbehalte der Gemeinschaft gemäß Artikel 23 Absatz 2

Bergbau

In einigen Mitgliedstaaten können für nicht-EG-kontrollierte Gesellschaften Bergwerks- und Abbaukonzessionen erforderlich sein.

Fischerei

Der Zugang zu den biologischen Ressourcen und Fischbeständen in den Meeresgewässern, die der Hoheitsgewalt oder Gerichtsbarkeit der Mitgliedstaaten der Gemeinschaft unterliegen, und ihre Nutzung sind den Fischereifahrzeugen vorbehalten, die unter der Flagge eines Mitgliedstaats der Gemeinschaft fahren und im Gebiet der Gemeinschaft registriert sind, sofern nichts anderes bestimmt ist.

Erwerb von Immobilien

In einigen Mitgliedstaaten unterliegt der Erwerb von Immobilien durch Nicht-EG-Gesellschaften Beschränkungen.

Audiovisuelle Dienstleistungen einschließlich Rundfunk

Die Inländerbehandlung bezüglich Produktion und Verbreitung, einschließlich Rundfunk und sonstigen Formen der öffentlichen Übertragung, kann audiovisuellen Werken vorbehalten werden, die bestimmte Ursprungskriterien erfüllen.

Telekommunikationsdienstleistungen einschließlich Mobil- und Satellitenfunk

Dienstleistungen vorbehalten.

In einigen Mitgliedstaaten ist der Marktzugang für Zusatzdienstleistungen und -infrastrukturen beschränkt.

Freiberufliche Dienstleistungen

Diese Dienstleistungen sind natürlichen Personen vorbehalten, welche die Staatsangehörigkeit der Mitgliedstaaten besitzen. Unter bestimmten Voraussetzungen können diese Personen Gesellschaften gründen.

Landwirtschaft

In einigen Mitgliedstaaten gilt die Inländerbehandlung nicht für nicht-EG-kontrollierte Gesellschaften, die einen landwirtschaftlichen Betrieb übernehmen wollen. Der Erwerb von Rebflächen durch nicht-EG-kontrollierte Gesellschaften ist anzeige- oder erforderlichenfalls genehmigungspflichtig.

Dienstleistungen von Nachrichtenbüros

In einigen Mitgliedstaaten bestehen Beschränkungen für die ausländische Beteiligung an Verlags- und Rundfunkgesellschaften.

Protokoll über Amtshilfe im Zollbereich

Artikel 1

Begriffsbestimmungen

Im Sinne dieses Protokolls bezeichnet der Ausdruck

- a) „Zollrecht“ jede im Gebiet der Vertragsparteien geltende Rechts- oder Verwaltungsvorschrift über die Einfuhr, Ausfuhr und Durchfuhr von Waren und deren Überführung in ein Zollverfahren, einschließlich der Verbote, Beschränkungen und Kontrollen;
- b) „ersuchende Behörde“ die von einer Vertragspartei zu diesem Zweck bezeichnete zuständige Verwaltungsbehörde, die ein Amtshilfeersuchen im Zollbereich stellt;
- c) „ersuchte Behörde“ die von einer Vertragspartei zu diesem Zweck bezeichnete zuständige Verwaltungsbehörde, an die ein Amtshilfeersuchen im Zollbereich gerichtet wird;
- d) „personenbezogene Daten“ alle Informationen, die eine bestimmte oder bestimmbar natürliche Person betreffen.

Artikel 2

Sachlicher Geltungsbereich

(1) Die Vertragsparteien leisten einander in den unter ihre Zuständigkeit fallenden Bereichen in der Form und unter den Voraussetzungen, die in diesem Protokoll vorgesehen sind, Amtshilfe bei der Verhütung und Aufdeckung von Zuwiderhandlungen gegen das Zollrecht und bei Ermittlungen im Zollbereich.

(2) Die Amtshilfe im Zollbereich im Sinne dieses Protokolls betrifft alle Verwaltungsbehörden der Vertragsparteien, die für die Anwendung dieses Protokolls zuständig sind. Sie berührt weder die Vorschriften über die gegenseitige Amtshilfe in Strafsachen, noch betrifft sie Erkenntnisse, die bei der Ausübung von Befugnissen auf Antrag der Justizbehörden gewonnen werden, es sei denn, daß letztere ihre Zustimmung geben.

Artikel 3

Amtshilfe auf Ersuchen

(1) Auf Antrag erteilt die ersuchte Behörde der ersuchenden Behörde alle sachdienlichen Auskünfte, die es dieser ermöglichen, sich davon zu überzeugen, daß das Zollrecht ordnungsgemäß angewandt wird, insbesondere Auskünfte über festgestellte oder beabsichtigte Handlungen, die gegen das Zollrecht verstoßen oder verstoßen könnten.

(2) Auf Antrag teilt die ersuchte Behörde der ersuchenden Behörde mit, ob die aus dem Gebiet einer Vertragspartei ausgeführten Waren ordnungsgemäß in das Gebiet der anderen Vertragspartei eingeführt worden sind, gegebenenfalls unter Angabe des für die Waren geltenden Zollverfahrens.

(3) Auf Antrag der ersuchenden Behörde veranlaßt die ersuchte Behörde im Rahmen ihrer Rechtsvorschriften die Überwachung von

- a) natürlichen oder juristischen Personen, bei denen Grund zu der Annahme besteht, daß sie Zuwiderhandlungen gegen das Zollrecht begehen oder begangen haben;
- b) Örtlichkeiten, an denen Warenlager in einer Weise errichtet werden, daß Grund zu der Annahme besteht, daß sie Zuwiderhandlungen gegen das Zollrecht begünstigen sollen;

- c) Warenbewegungen, die den vorliegenden Angaben zufolge möglicherweise Gegenstand von Zuwiderhandlungen gegen das Zollrecht sind;
- d) Beförderungsmitteln, bei denen Grund zu der Annahme besteht, daß sie bei Zuwiderhandlungen gegen das Zollrecht benutzt worden sind, benutzt werden oder benutzt werden könnten.

Artikel 4

Amtshilfe ohne vorhergehendes Ersuchen

Die Vertragsparteien leisten einander im Einklang mit ihren Rechts- und Verwaltungsvorschriften ohne vorhergehendes Ersuchen Amtshilfe, sofern dies ihres Erachtens zur ordnungsgemäßen Anwendung des Zollrechts notwendig ist, insbesondere wenn sie über Erkenntnisse verfügen über

- Handlungen, die gegen das Zollrecht verstoßen oder ihres Erachtens gegen das Zollrecht verstoßen und die für eine andere Vertragspartei von Interesse sein können;
- neue Mittel oder Methoden zur Begehung solcher Handlungen;
- Waren, die bekanntermaßen Gegenstand von Zuwiderhandlungen gegen das Zollrecht sind;
- natürliche oder juristische Personen, bei denen Grund zu der Annahme besteht, daß sie Zuwiderhandlungen gegen das Zollrecht begehen oder begangen haben;
- Beförderungsmittel, bei denen Grund zu der Annahme besteht, daß sie bei Zuwiderhandlungen gegen das Zollrecht benutzt worden sind, benutzt werden oder benutzt werden könnten.

Artikel 5

Zustellung/Bekanntgabe

Auf Antrag der ersuchenden Behörde veranlaßt die ersuchte Behörde im Einklang mit den für sie geltenden Vorschriften

- die Zustellung aller Schriftstücke,
- die Bekanntgabe aller Entscheidungen,

die in den sachlichen Geltungsbereich dieses Protokolls fallen, an einen Adressaten mit Sitz oder Wohnsitz in ihrem Gebiet. Auf das Ersuchen findet Artikel 6 Absatz 3 Anwendung.

Artikel 6

Form und Inhalt der Amtshilfeersuchen

(1) Amtshilfeersuchen nach diesem Protokoll sind schriftlich zu stellen. Dem Ersuchen sind alle Unterlagen beizufügen, die für seine Erledigung erforderlich sind. In dringenden Fällen können mündliche Ersuchen zulässig sein, die jedoch der unverzüglichen schriftlichen Bestätigung bedürfen.

(2) Amtshilfeersuchen nach Absatz 1 müssen folgende Angaben enthalten:

- a) Bezeichnung der ersuchenden Behörde;
- b) Maßnahme, um die ersucht wird;
- c) Gegenstand und Grund des Ersuchens;
- d) betroffene Rechts- und Verwaltungsvorschriften;

- e) möglichst genaue und umfassende Angaben über die natürlichen und juristischen Personen, gegen die sich die Ermittlungen richten;
- f) Zusammenfassung des Sachverhalts und der bereits durchgeführten Ermittlungen, außer in den Fällen des Artikels 5.

(3) Amtshilfeersuchen werden in einer Amtssprache der ersuchten Behörde oder in einer von dieser zugelassenen Sprache gestellt.

(4) Entspricht ein Amtshilfeersuchen nicht den Formvorschriften, so kann seine Berichtigung oder Ergänzung beantragt werden; die Anordnung vorsorglicher Maßnahmen wird dadurch nicht berührt.

Artikel 7

Erladigung von Amtshilfeersuchen

(1) Bei der Erladigung von Amtshilfeersuchen verfährt die ersuchte Behörde im Rahmen ihrer Zuständigkeit und Mittel so, als ob sie in Erfüllung eigener Aufgaben oder auf Ersuchen anderer Behörden der eigenen Vertragspartei handelte; zu diesem Zweck hat sie bei ihr bereits verfügbare Angaben zu liefern oder zweckdienliche Ermittlungen anzustellen beziehungsweise zu veranlassen. Dies gilt auch für die Behörde, die von der ersuchten Behörde mit dem Ersuchen befaßt wurde, wenn diese nicht selbst tätig werden kann.

(2) Die Erladigung von Amtshilfeersuchen erfolgt im Einklang mit den Rechts- und Verwaltungsvorschriften der ersuchten Vertragspartei.

(3) Ordnungsgemäß bevollmächtigte Beamte der einen Vertragspartei können im Einvernehmen mit der anderen Vertragspartei und unter den von dieser festgelegten Voraussetzungen bei der ersuchten Behörde oder einer dieser nachgeordneten Behörde Auskünfte über Handlungen einholen, die gegen das Zollrecht verstoßen oder verstoßen könnten, welche die ersuchende Behörde zu den in diesem Protokoll niedergelegten Zwecken benötigt.

(4) Beamte der einen Vertragspartei können im Einvernehmen mit der anderen Vertragspartei und unter den von dieser festgelegten Voraussetzungen bei auf deren Gebiet durchgeführten Ermittlungen zugegen sein.

Artikel 8

Form der Auskunftserteilung

(1) Die ersuchte Behörde teilt der ersuchenden Behörde das Ergebnis ihrer Ermittlungen in Form von Schriftstücken, beglaubigten Kopien, Berichten oder dergleichen mit.

(2) Die in Absatz 1 genannten Schriftstücke können durch Angaben ersetzt werden, die mittels Datenverarbeitung in beliebiger Form zum gleichen Zweck erstellt werden.

Artikel 9

Ausnahmen von der Verpflichtung zur Amtshilfe

(1) Die Vertragsparteien können Amtshilfe nach Maßgabe dieses Protokolls ablehnen, sofern diese

- a) die Souveränität der Republik Armenien oder eines Mitgliedsstaats, der gemäß diesem Protokoll um Amtshilfe ersucht wurde, beeinträchtigen könnte oder
- b) die öffentliche Ordnung, Sicherheit oder andere wesentliche Interessen beeinträchtigen könnte, insbesondere in den in Artikel 10 Absatz 2 genannten Fällen, oder
- c) Steuer- oder Währungsvorschriften außerhalb des Zollrechts betrifft oder
- d) ein Betriebs-, Geschäfts- oder Berufsgeheimnis verletzen würde.

(2) Ersucht eine Behörde um Amtshilfe, die sie selbst im Fall eines Ersuchens nicht leisten könnte, so weist sie in ihrem Ersuchen

auf diesen Umstand hin. Die Erledigung eines derartigen Ersuchens steht im Ermessen der ersuchten Behörde.

(3) Wird die Amtshilfe abgelehnt, so ist diese Entscheidung der ersuchenden Behörde unter Angabe der Gründe unverzüglich mitzuteilen.

Artikel 10

Informationsaustausch und Datenschutz

(1) Sämtliche Auskünfte nach Maßgabe dieses Protokolls sind nach den in jeder Vertragspartei geltenden Rechtsvorschriften vertraulich oder nur für den Dienstgebrauch bestimmt, gleichgültig, in welcher Form sie erteilt werden. Sie unterliegen dem Dienstgeheimnis und genießen den Schutz sowohl der für derartige Auskünfte geltenden Rechtsvorschriften der Vertragspartei, die sie erhalten hat, als auch der entsprechenden für die Gemeinschaftsorgane geltenden Rechtsvorschriften.

(2) Personenbezogene Daten dürfen nur ausgetauscht werden, wenn die empfangende Vertragspartei sich verpflichtet, für einen Schutz dieser Daten zu sorgen, der dem in diesem Fall in der übermittelnden Vertragspartei geltenden Schutz mindestens gleichwertig ist.

(3) Die erlangten Auskünfte dürfen nur für die Zwecke dieses Protokolls verwendet werden. Ersucht eine Vertragspartei darum, solche Auskünfte zu anderen Zwecken zu verwenden, so beantragt sie die vorherige schriftliche Zustimmung der die Auskünfte erteilenden Behörde. Die Verwendung unterliegt den gegebenenfalls von dieser Behörde auferlegten Beschränkungen.

(4) Absatz 3 steht der Verwendung von Auskünften bei späteren Gerichts- oder Verwaltungsverfahren wegen Zuwiderhandlungen gegen das Zollrecht nicht entgegen. Die zuständige Behörde, welche die Auskünfte erteilt hat, wird von einer derartigen Verwendung unterrichtet.

(5) Die Vertragsparteien können die nach Maßgabe dieses Protokolls erlangten Auskünfte und eingesehenen Schriftstücke als Beweismittel in Protokollen, Berichten und für Zeugenvernehmungen sowie in gerichtlichen Verfahren und Ermittlungen verwenden.

Artikel 11

Sachverständige und Zeugen

(1) Beamte der ersuchten Behörde einer Vertragspartei können bevollmächtigt werden, im Rahmen der erteilten Vollmacht in Gerichts- oder Verwaltungsverfahren, die unter dieses Protokoll fallende Angelegenheiten betreffen, als Sachverständige oder Zeugen im Bereich der Gerichtsbarkeit der anderen Vertragspartei aufzutreten und dabei Gegenstände und Schriftstücke oder beglaubigte Kopien davon vorzulegen, sofern dies für das Verfahren erforderlich ist. In der Ladung ist genau anzugeben, in welcher Angelegenheit und in welcher Eigenschaft oder mit welcher Berechtigung die Beamten befragt werden sollen.

(2) Die bevollmächtigten Beamten genießen den Schutz, den das geltende Recht den Beamten der ersuchenden Behörde in deren Gebiet gewährt.

Artikel 12

Kosten der Amtshilfe

Die Vertragsparteien verzichten auf alle gegenseitigen Ansprüche auf Erstattung der bei der Anwendung dieses Protokolls angefallenen Kosten; hiervon ausgenommen sind gegebenenfalls Aufwendungen für Zeugen und Sachverständige sowie für Dolmetscher und Übersetzer, die nicht dem öffentlichen Dienst angehören.

Artikel 13

Anwendung

(1) Die Anwendung dieses Protokolls wird den zentralen Zollstellen der Republik Armenien einerseits und den zuständigen Dienststellen der Kommission der Europäischen Gemein-

schaften und gegebenenfalls den Zollbehörden der Mitgliedstaaten andererseits übertragen. Sie beschließen alle zu seiner Anwendung notwendigen praktischen Maßnahmen und Vereinbarungen unter Berücksichtigung der geltenden Datenschutzbestimmungen. Sie können den zuständigen Gremien Änderungen empfehlen, die ihres Erachtens an diesem Protokoll vorgenommen werden sollen.

(2) Die Vertragsparteien konsultieren und unterrichten einander über die Einzelheiten der Durchführungsbestimmungen, die sie nach diesem Protokoll erlassen.

Artikel 14

Ergänzender Charakter des Protokolls

Unbeschadet des Artikels 10 berühren die zwischen einem oder mehreren Mitgliedstaaten und der Republik Armenien geschlossenen Abkommen über gegenseitige Amtshilfe nicht die Gemeinschaftsvorschriften über die Übermittlung von Auskünften zwischen den zuständigen Dienststellen der Kommission der Europäischen Gemeinschaften und den Zollbehörden der Mitgliedstaaten im Zollbereich, die für die Gemeinschaft von Interesse sein könnten.

Schlußakte

Die Bevollmächtigten
des Königreichs Belgien,
des Königreichs Dänemark,
der Bundesrepublik Deutschland,
der Griechischen Republik,
des Königreichs Spanien,
der Französischen Republik,
Irlands,
der Italienischen Republik,
des Großherzogtums Luxemburg,
des Königreichs der Niederlande,
der Republik Österreich,
der Portugiesischen Republik,
der Republik Finnland,
des Königreichs Schweden,
des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland,
Vertragsparteien des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, des Vertrags über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, des Vertrags zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft, nachstehend „Mitgliedstaaten“ genannt, und
der Europäischen Gemeinschaft, der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl und der Europäischen Atomgemeinschaft, nachstehend „Gemeinschaft“ genannt,
einerseits und
die Bevollmächtigten der Republik Armenien,
andererseits,
die am zweiundzwanzigsten April neunzehnhundertsechundneunzig in Luxemburg zur Unterzeichnung des Abkommens über Partnerschaft und Zusammenarbeit zur Gründung einer Partner-

schaft zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Armenien andererseits, nachstehend „Abkommen“ genannt, zusammengetreten sind, haben folgende Texte angenommen:

das Abkommen einschließlich seiner Anhänge und folgendes Protokoll:

Protokoll über Amtshilfe im Zollbereich.

Die Bevollmächtigten der Mitgliedstaaten und der Gemeinschaft und die Bevollmächtigten der Republik Armenien haben die folgenden, dieser Schlußakte beigefügten gemeinsamen Erklärungen angenommen:

Gemeinsame Erklärung zu Artikel 4 des Abkommens,

Gemeinsame Erklärung zu Artikel 6 des Abkommens,

Gemeinsame Erklärung zu Artikel 15 des Abkommens,

Gemeinsame Erklärung zum Begriff der Kontrolle in Artikel 25 Buchstabe b und Artikel 36,

Gemeinsame Erklärung zu Artikel 35 des Abkommens,

Gemeinsame Erklärung zu Artikel 42 des Abkommens,

Gemeinsame Erklärung zu Artikel 95 des Abkommens.

Die Bevollmächtigten der Mitgliedstaaten und der Gemeinschaft und die Bevollmächtigten der Republik Armenien haben ebenfalls den folgenden, dieser Schlußakte beigefügten Briefwechsel zur Kenntnis genommen:

Briefwechsel zwischen der Gemeinschaft und der Republik Armenien über die Niederlassung von Gesellschaften.

Die Bevollmächtigten der Mitgliedstaaten und der Gemeinschaft und die Bevollmächtigten der Republik Armenien haben ferner die folgende, dieser Schlußakte beigefügte Erklärung zur Kenntnis genommen:

Erklärung der französischen Regierung.

Gemeinsame Erklärung zu Artikel 4

Bei der in Artikel 4 vorgesehenen Prüfung veränderter Umstände in der Republik Armenien erörtern die Vertragsparteien bedeutende Veränderungen, die erhebliche Bedeutung für die künftige Entwicklung Armeniens haben können. Hierzu könnten der Beitritt Armeniens zur WTO, zum Europarat oder zu anderen internationalen Organisationen oder sein Beitritt zu einer regionalen Zollunion oder zu einer Übereinkunft über regionale Integration gehören.

Gemeinsame Erklärung zu Artikel 6

Sind sich die Vertragsparteien darüber einig, daß die Umstände Treffen auf höchster Ebene rechtfertigen, so können solche Treffen ad hoc vereinbart werden.

Gemeinsame Erklärung zu Artikel 15

Bis zum Beitritt der Republik Armenien zur WTO konsultieren die Vertragsparteien einander im Kooperationsausschuß über ihre Einfuhrzollpolitik, einschließlich über Änderungen im Zollschatz. Solche Konsultationen werden insbesondere vor der Erhöhung des Zollschatzes angeboten.

**Gemeinsame Erklärung
zum Begriff der Kontrolle in Artikel 25 Buchstabe b und Artikel 36**

1. Die Vertragsparteien bekräftigen ihr Einverständnis darüber, daß die Frage der Kontrolle von den tatsächlichen Umständen des Einzelfalls abhängt.
2. Beispielsweise ist eine Gesellschaft als von einer anderen Gesellschaft „kontrolliert“ und somit als Tochtergesellschaft dieser anderen Gesellschaft anzusehen, wenn
 - die andere Gesellschaft unmittelbar oder mittelbar die Mehrheit der Stimmrechte besitzt oder
 - die andere Gesellschaft berechtigt ist, die Mehrheit der Mitglieder des Verwaltungsorgans, des geschäftsführenden Organs oder des Aufsichtsorgans zu ernennen oder zu entlassen, und gleichzeitig Anteilseigner oder Gesellschafter der Tochtergesellschaft ist.
3. Beide Vertragsparteien sehen die Aufführung der Kriterien unter Nummer 2 als nicht erschöpfend an.

Gemeinsame Erklärung zu Artikel 35

Die Vorteile aus einer bestimmten Verpflichtung werden nicht allein deshalb als zunichte gemacht oder verringert angesehen, weil für natürliche Personen aus einigen Vertragsparteien ein Visum verlangt wird und für natürliche Personen aus anderen Vertragsparteien nicht.

Gemeinsame Erklärung zu Artikel 42

Die Vertragsparteien sind sich darüber einig, daß das „geistige, gewerbliche und kommerzielle Eigentum“ für die Zwecke des Abkommens insbesondere folgendes umfaßt: das Urheberrecht einschließlich des Urheberrechts an Computerprogrammen und die verwandten Schutzrechte, die Patente, die gewerblichen Muster, die geographischen Angaben einschließlich der Ursprungsbezeichnungen, die Marken für Waren und Dienstleistungen, die Topographien integrierter Schaltkreise sowie den Schutz gegen unlauteren Wettbewerb im Sinne des Artikels 10^{ter} der Pariser Verbandsübereinkunft zum Schutz des gewerblichen Eigentums und den Schutz vertraulicher Informationen über Know-how.

Gemeinsame Erklärung zu Artikel 95

1. Die Vertragsparteien sind sich darüber einig, daß für die Zwecke der richtigen Auslegung und der praktischen Anwendung die in Artikel 95 genannten „besonders dringenden Fälle“ die Fälle erheblicher Verletzung des Abkommens durch eine der Vertragsparteien sind. Eine erhebliche Verletzung des Abkommens liegt
 - a) in einer nach den allgemeinen Regeln des Völkerrechts nicht zulässigen Ablehnung des Abkommens oder
 - b) im Verstoß gegen die in Artikel 2 niedergelegten wesentlichen Bestandteile des Abkommens.
2. Die Vertragsparteien sind sich darüber einig, daß die in Artikel 95 genannten „geeigneten Maßnahmen“ Maßnahmen sind, die im Einklang mit dem Völkerrecht getroffen werden. Trifft eine Vertragspartei nach Artikel 95 eine Maßnahme in einem besonders dringenden Fall, so kann die andere Vertragspartei das Verfahren für die Streitbeilegung in Anspruch nehmen.

**Briefwechsel
zwischen der Gemeinschaft
und der Republik Armenien
über die Niederlassung von Gesellschaften**

A. Schreiben der Regierung der Republik Armenien

Herr ... !

Ich beziehe mich auf das am ... paraphierte Abkommen über Partnerschaft und Zusammenarbeit.

Wie ich in den Verhandlungen unterstrichen habe, gewährt die Republik Armenien den Gesellschaften der Gemeinschaft, die sich in der Republik Armenien niederlassen und dort eine Geschäftstätigkeit ausüben, in mancher Hinsicht eine Vorzugsbehandlung. Ich habe erläutert, daß dies der Politik der Republik Armenien entspricht, die Niederlassung von Gesellschaften der Gemeinschaft in der Republik Armenien unbedingt zu fördern.

Daher gehe ich davon aus, daß die Republik Armenien während des Zeitraums zwischen der Paraphierung dieses Abkommens und dem Inkrafttreten der Artikel über die Niederlassung von Gesellschaften keine Maßnahmen oder Regelungen trifft, durch welche die Benachteiligung der Gesellschaften der Gemeinschaft gegenüber den armenischen Gesellschaften oder den Gesellschaften eines Drittlands im Vergleich zu der am Tag der Paraphierung dieses Abkommens bestehenden Lage verstärkt oder eine solche Benachteiligung eingeführt wird.

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir den Eingang dieses Schreibens bestätigen würden. Genehmigen Sie, Herr ... , den Ausdruck meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Für die Regierung der Republik Armenien

B. Schreiben der Europäischen Gemeinschaft

Herr ... !

Ich danke Ihnen für Ihr heutiges Schreiben, das wie folgt lautet:

„Ich beziehe mich auf das am ... paraphierte Abkommen über Partnerschaft und Zusammenarbeit.

Wie ich in den Verhandlungen unterstrichen habe, gewährt die Republik Armenien den Gesellschaften der Gemeinschaft, die sich in der Republik Armenien niederlassen und dort eine Geschäftstätigkeit ausüben, in mancher Hinsicht eine Vorzugsbehandlung. Ich habe erläutert, daß dies der Politik der Republik Armenien entspricht, die Niederlassung von Gesellschaften der Gemeinschaft in der Republik Armenien unbedingt zu fördern.

Daher gehe ich davon aus, daß die Republik Armenien während des Zeitraums zwischen der Paraphierung dieses Abkommens und dem Inkrafttreten der Artikel über die Niederlassung von Gesellschaften keine Maßnahmen oder Regelungen trifft, durch welche die Benachteiligung der Gesellschaften der Gemeinschaft gegenüber den armenischen Gesellschaften oder den Gesellschaften eines Drittlands im Vergleich zu der am Tag der Paraphierung dieses Abkommens bestehenden Lage verstärkt oder eine solche Benachteiligung eingeführt wird.

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir den Eingang dieses Schreibens bestätigen würden.“

Ich kann Ihnen den Eingang des Schreibens bestätigen.

Genehmigen Sie, Herr ... , den Ausdruck meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Für die Europäische Gemeinschaft

Erklärung der französischen Regierung

Die Französische Republik merkt an, daß das Abkommen über Partnerschaft und Zusammenarbeit mit der Republik Armenien keine Anwendung auf die überseeischen Länder und Gebiete findet, die gemäß dem Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft mit der Europäischen Gemeinschaft assoziiert sind.

Außerhalb des Abkommens

Begleitschreiben der Europäischen Gemeinschaften und ihrer Mitgliedstaaten an die Regierung der Republik Armenien

Zu dem Antrag der armenischen Regierung, Bestimmungen über Unterstützung im Bereich der nuklearen Sicherheit in das Abkommen über Partnerschaft und Zusammenarbeit aufzunehmen, geben die Europäischen Gemeinschaften und ihre Mitgliedstaaten folgende Erklärung ab:

- Die Europäischen Gemeinschaften und ihre Mitgliedstaaten bedauern die Entscheidung der armenischen Regierung, Block 2 des Kernkraftwerks Medzamor im November 1995 wieder in Betrieb zu nehmen, die ihres Erachtens nicht im Einklang mit dem von den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten verfolgten Gesamtziel steht, die nukleare Sicherheit weltweit und insbesondere in den mittel- und osteuropäischen Ländern sowie den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion zu erhöhen, in denen Kernanlagen bestehen, bei denen erhebliche Konstruktionsmängel festgestellt worden sind.
- Da das Kernkraftwerk Medzamor nicht so ausgebaut werden kann, daß es den international anerkannten Sicherheitsnormen entspricht, ist es nach Ansicht der Europäischen Gemeinschaften und ihrer Mitgliedstaaten nicht für den langfristigen Betrieb geeignet und sollte so bald wie praktisch möglich stillgelegt werden. Es ist deshalb außerordentlich wichtig, daß alternative Energiequellen erschlossen und genutzt werden. Die Gemeinschaft ist bereit, im Einklang mit Artikel 54 des Abkommens über Partnerschaft und Zusammenarbeit Armenien mittels ihres TACIS-Programms (in Zusammenarbeit mit den internationalen Finanzinstitutionen) bei der Festlegung und Umsetzung einer umfassenden langfristigen Energiestrategie zu unterstützen.
- Unbeschadet des obengenannten Ziels der Stilllegung des Kernkraftwerks und unter Berücksichtigung der derzeitigen Lage könnte die Gemeinschaft auf Ersuchen Armeniens prüfen, ob innerhalb des bestehenden Rahmens der TACIS-Mittel und -prioritäten kurzfristige Sicherheitsmaßnahmen aus ihrem TACIS-Programm für technische Hilfe in begrenztem Umfang unterstützt werden können.

Zu diesen Maßnahmen könnten gehören:

- Unterstützung der Sicherheitsbehörden;
- Unterstützung des Betreibers bei der praktischen Gewährleistung der Sicherheit;
- in beschränktem Umfang Lieferung dringend benötigter Ausrüstung, wenn dies für die Erfüllung dieser Aufgaben erforderlich ist.

Gesetz
zu dem Zusatzabkommen vom 6. Oktober 1997
zu dem Abkommen zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrags
über die Rechtsstellung ihrer Truppen hinsichtlich
der im Königreich der Niederlande stationierten deutschen Truppen
einschließlich des ergänzenden Protokolls und
zu dem Abkommen vom 6. Oktober 1997
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung des Königreichs der Niederlande
über die Rahmenbedingungen für das I. (Deutsch-Niederländische) Korps
und dem Korps zugeordnete Truppenteile, Einrichtungen und Dienststellen
(Gesetz zu dem Vertragswerk über die deutsch-niederländische
militärische Zusammenarbeit)

Vom 11. September 1998

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Folgenden in Bergen am 6. Oktober 1997 unterzeichneten Übereinkünften wird zugestimmt:

- a) dem Zusatzabkommen zu dem Abkommen zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrags über die Rechtsstellung ihrer Truppen hinsichtlich der im Königreich der Niederlande stationierten deutschen Truppen einschließlich des ergänzenden Protokolls (Zusatzabkommen NL) und
- b) dem Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Königreichs der Niederlande über die Rahmenbedingungen für das I. (Deutsch-Niederländische) Korps und dem Korps zugeordnete Truppenteile, Einrichtungen und Dienststellen.

Die vorgenannten Abkommen werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Änderung des Gesetzes
über die Anwendung unmittelbaren Zwanges
und die Ausübung besonderer Befugnisse
durch Soldaten der Bundeswehr
und zivile Wachpersonen

Das Gesetz über die Anwendung unmittelbaren Zwanges und die Ausübung besonderer Befugnisse durch Soldaten der Bundeswehr und zivile Wachpersonen

vom 12. August 1965 (BGBl. I S. 796), geändert durch Artikel 159 des Einführungsgesetzes zum Strafgesetzbuch vom 2. März 1974 (BGBl. I S. 469), wird wie folgt geändert:

1. Die Gesetzesüberschrift wird wie folgt gefaßt:
„Gesetz über die Anwendung unmittelbaren Zwanges und die Ausübung besonderer Befugnisse durch Soldaten der Bundeswehr und verbündeter Streitkräfte sowie zivile Wachpersonen“.
2. § 1 wird wie folgt geändert:
 - a) Nach Absatz 1 wird folgender neuer Absatz 2 eingefügt:
„(2) Soldaten verbündeter Streitkräfte, die im Einzelfall mit der Wahrnehmung militärischer Wach- oder Sicherheitsaufgaben betraut werden können, unterstehen vom Bundesminister der Verteidigung bestimmten und diesem für die Wahrnehmung des Wach- oder Sicherheitsdienstes verantwortlichen Vorgesetzten; sie können dann die Befugnisse nach diesem Gesetz ausüben.“
 - b) Der bisherige Absatz 2 wird Absatz 3; in seinem Satz 1 werden die Wörter „der Bundesminister“ durch die Wörter „das Bundesministerium“ ersetzt.
3. In § 2 Abs. 2 Satz 1 werden die Wörter „der Bundesminister“ durch die Wörter „das Bundesministerium“ ersetzt.
4. In § 8 Abs. 1 werden die Wörter „der Bundesminister“ durch die Wörter „das Bundesministerium“ ersetzt.

5. In § 20 Abs. 2 Satz 1 werden die Wörter „in der Fassung vom 27. September 1961 (Bundesgesetzbl. I S. 1769)“ durch die Wörter „in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 54-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Artikel 12 Abs. 33 des Postneuordnungsgesetzes vom 14. September 1994 (BGBl. I S. 2325),“ ersetzt.

Artikel 3

Inkrafttreten

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem

- a) das Zusatzabkommen zu dem Abkommen zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrags über die Rechtsstellung ihrer Truppen hinsichtlich der im Königreich der Niederlande stationierten deutschen Truppen einschließlich des ergänzenden Protokolls nach seinem Artikel 54 und
- b) das Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Königreichs der Niederlande über die Rahmenbedingungen für das I. (Deutsch-Niederländische) Korps und dem Korps zugeordnete Truppenteile, Einrichtungen und Dienststellen nach seinem Artikel 15 Abs. 1

in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und wird im Bundesgesetzblatt verkündet.

Berlin, den 11. September 1998

Der Bundespräsident
Roman Herzog

Der Bundeskanzler
Dr. Helmut Kohl

Der Bundesminister der Verteidigung
Rühe

Der Bundesminister des Auswärtigen
Kinkel

Der Bundesminister des Innern
Kanther

Der Bundesminister der Justiz
Schmidt-Jortzig

Der Bundesminister der Finanzen
Theo Waigel

**Zusatzabkommen
zu dem Abkommen vom 19. Juni 1951
zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrags
über die Rechtsstellung ihrer Truppen
hinsichtlich der im Königreich der Niederlande stationierten deutschen Truppen**

**Aanvullende Overeenkomst
bij het Verdrag van 19 Juni 1951
tussen de Staten die Partij zijn bij het Noord-Atlantisch Verdrag
nopens de rechtspositie van hun krijgsmachten met betrekking
tot de in het Koninkrijk der Nederlanden gestationeerde Duitse strijdkrachten**

Die Bundesrepublik Deutschland
und
das Königreich der Niederlande –

De Bondsrepubliek Duitsland
en
het Koninkrijk der Nederlanden,

auf der Grundlage des Nordatlantikvertrags vom 4. April 1949,

Gelet op het Noord-Atlantisch Verdrag van 4 april 1949,

eingedenk ihres Abkommens vom 6. Oktober 1997 über die Stationierung von Truppen der Bundesrepublik Deutschland im Königreich der Niederlande,

Indachtig hun Verdrag inzake de stationering van strijdkrachten van de Bondsrepubliek Duitsland in het Koninkrijk der Nederlanden van 6 oktober 1997,

gemäß dem Abkommen vom 19. Juni 1951 zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrags über die Rechtsstellung ihrer Truppen,

Ingevolge het Verdrag tussen de Staten die partij zijn bij het Noord-Atlantisch Verdrag nopens de rechtspositie van hun krijgsmachten van 19 juni 1951,

in Übereinstimmung mit dem deutsch-niederländischen Notenwechsel vom 18. März 1993,

In overeenstemming met de Duits-Nederlandse notawisseling van 18 maart 1993,

in dem Wunsch, für den Aufenthalt der Bundeswehr, ihrer Mitglieder und deren Angehörige im Königreich der Niederlande ergänzende Regelungen zu treffen, die denjenigen vergleichbar sind, die für niederländisches Militärpersonal, die Mitglieder des zivilen Gefolges der niederländischen Truppen und deren Angehörige in der Bundesrepublik Deutschland gelten –

Geleid door de wens voor het verblijf van de Bundeswehr, haar leden en hun gezinsleden in het Koninkrijk der Nederlanden aanvullende regelingen te treffen die vergelijkbaar zijn met die welke voor het Nederlandse militaire personeel, de leden van de civiele dienst van de Nederlandse strijdkrachten en hun gezinsleden in de Bondsrepubliek Duitsland gelden,

sind wie folgt übereingekommen:

zijn het volgende overeengekomen:

Artikel 1

Zweck des Abkommens

Das Abkommen vom 19. Juni 1951 zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrags über die Rechtsstellung ihrer Truppen (im folgenden als NATO-Truppenstatut bezeichnet) wird bezüglich der Rechte und Pflichten der Truppen der Bundesrepublik Deutschland im Hoheitsgebiet des Königreichs der Niederlande durch die Bestimmungen dieses Zusatzabkommens ergänzt.

Artikel 1

Doel van de Overeenkomst

Het Verdrag tussen de Staten die partij zijn bij het Noord-Atlantisch Verdrag nopens de rechtspositie van hun krijgsmachten van 19 juni 1951 (hierna te noemen „Navo-Status Verdrag“) wordt wat betreft de rechten en verplichtingen van de strijdkrachten van de Bondsrepubliek Duitsland op het grondgebied van het Koninkrijk der Nederlanden aangevuld met de bepalingen van deze Aanvullende Overeenkomst.

Artikel 2

Begriffsbestimmungen

(1) Bundeswehr: die „Truppe“ und das „zivile Gefolge“ der Bundesrepublik Deutschland im Sinne des Artikels I Absatz 1 Buchstabe a beziehungsweise b des NATO-Truppenstatuts.

(2) Angehöriger: der Ehegatte eines Mitglieds der Truppe oder des zivilen Gefolges sowie ein dem Mitglied gegenüber unterhaltsberechtigtes Kind.

Artikel 2

Begripsbepalingen

1. Bundeswehr: de „krijgsmacht“ en de „civiele dienst“ van de Bondsrepubliek Duitsland als bedoeld in artikel I, eerste lid, onder a respectievelijk b, van het NAVO-Status Verdrag.

2. Gezinslid: de echtgeno(o)t(e) van een lid van de krijgsmacht of van de civiele dienst, alsmede een kind van een zodanig lid, dat van hem of haar afhankelijk is voor zijn onderhoud.

Stirbt ein Mitglied der Bundeswehr oder verläßt es infolge einer Versetzung das Hoheitsgebiet des Königreichs der Niederlande, so gelten seine Angehörigen, sofern sie sich im Hoheitsgebiet des Königreichs der Niederlande aufhalten, während einer Frist von 90 Tagen nach dem Tod oder der Versetzung weiterhin als Angehörige im Sinne des Artikels I Absatz 1 Buchstabe c des NATO-Truppenstatuts.

(3) Wetboek van Strafrecht: Gesetz vom 3. März 1881, veröffentlicht im Staatsblatt Nr. 35, in der am Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens geltenden Fassung.

(4) Wetboek van Strafvordering: Gesetz vom 15. Januar 1921, veröffentlicht im Staatsblatt Nr. 14, in der am Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens geltenden Fassung.

(5) Vreemdelingenwet: Gesetz vom 13. Januar 1965, veröffentlicht im Staatsblatt Nr. 40, in der am Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens geltenden Fassung.

Artikel 3

Zusammenarbeit

(1) In Übereinstimmung mit den im Rahmen des Nordatlantikkontrats bestehenden Verpflichtungen der Parteien zu gegenseitiger Unterstützung arbeiten die niederländischen Behörden und die Behörden der Bundeswehr eng zusammen, um die Durchführung des NATO-Truppenstatuts und dieses Abkommens sicherzustellen.

(2) Die in Absatz 1 vorgesehene Zusammenarbeit erstreckt sich insbesondere

- a) auf die Förderung und Wahrung der Sicherheit sowie den Schutz des Vermögens des Königreichs der Niederlande, der Bundesrepublik Deutschland und der Bundeswehr, namentlich auf die Sammlung, den Austausch und den Schutz aller Nachrichten, entsprechend den zwischen den Vertragsstaaten bestehenden Vereinbarungen, die für diese Zwecke von Bedeutung sind;
- b) auf die Förderung und Wahrung der Sicherheit sowie auf den Schutz des Vermögens von Niederländern, Mitgliedern der Bundeswehr und Angehörigen sowie von deutschen Staatsangehörigen, die nicht zu diesem Personenkreis gehören.

(3)

- a) Im Rahmen der in den Absätzen 1 und 2 vorgesehenen Zusammenarbeit gewährleisten die niederländischen Behörden und die Behörden der Bundeswehr durch geeignete Maßnahmen eine enge gegenseitige Verbindung. Personenbezogene Daten werden ausschließlich zu den im NATO-Truppenstatut und in diesem Abkommen vorgesehenen Zwecken übermittelt. Einschränkungen der Verwendungsmöglichkeiten, die auf den Rechtsvorschriften des übermittelnden Vertragsstaats beruhen, werden beachtet.
- b) Dieser Absatz verpflichtet die Vertragsstaaten nicht zur Durchführung von Maßnahmen, die gegen ihre Gesetze verstoßen würden oder denen ihre überwiegenden Interessen am Schutz der Sicherheit des Staates oder der öffentlichen Sicherheit entgegenstehen.

(4) Die niederländischen Behörden und die deutschen Behörden treffen alle zur Durchführung des NATO-Truppenstatuts und dieses Abkommens erforderlichen Verwaltungsmaßnahmen und schließen zu diesem Zweck, soweit erforderlich, Verwaltungsabkommen oder andere Vereinbarungen.

(5)

- a) Bei der Durchführung der auf dem Gebiet der Versorgung bestehenden Bestimmungen des NATO-Truppenstatuts und dieses Abkommens gewähren die niederländischen Behörden der Bundeswehr die für eine befriedigende Erfüllung ihrer Verteidigungspflichten erforderliche Behandlung.

Indien een lid van de Bundeswehr overlijdt of het grondgebied van het Koninkrijk der Nederlanden als gevolg van overplaatsing verlaat, worden de gezinsleden van een zodanig lid nog gedurende 90 dagen na dat overlijden of die overplaatsing geacht te zijn, en behandeld als, gezinsleden in de zin van artikel I, eerste lid, onder c, van het NAVO-Status Verdrag, indien zij zich op het grondgebied van het Koninkrijk der Nederlanden bevinden.

3. Wetboek van Strafrecht: Wet van 3 maart 1881, gepubliceerd in Staatsblad nr. 35, in de op de dag van inwerkingtreding van deze Overeenkomst geldende versie.

4. Wetboek van Strafvordering: Wet van 15 januari 1921, gepubliceerd in Staatsblad nr. 14, in de op de dag van inwerkingtreding van deze Overeenkomst geldende versie.

5. Vreemdelingenwet: Wet van 13 januari 1965, gepubliceerd in Staatsblad nr. 40, in de op de dag van inwerkingtreding van deze Overeenkomst geldende versie.

Artikel 3

Samenwerking

1. In overeenstemming met de krachtens het Noord-Atlantisch Verdrag op de partijen bij het Verdrag rustende verplichtingen om elkaar hulp te verlenen, werken de Nederlandse autoriteiten en de autoriteiten van de Bundeswehr nauw samen ter verzekering van de uitvoering van het NAVO-Status Verdrag en van deze Overeenkomst.

2. De samenwerking als bedoeld in het eerste lid van dit artikel strekt zich in het bijzonder uit

- a. tot de bevordering en waarborging van de veiligheid van het Koninkrijk der Nederlanden, van de Bondsrepubliek Duitsland en van de Bundeswehr, alsmede tot de bescherming van hun eigendommen, en met name tot het verzamelen, uitwisselen en beveiligen van alle informatie, overeenkomstig de tussen de Overeenkomstsluitende Staten bestaande overeenkomsten, die voor deze doeleinden van belang zijn;
- b. tot de bevordering en waarborging van de veiligheid van Nederlanders, van leden van de Bundeswehr en hun gezinsleden en van niet tot deze categorieën behorende Duitse onderdanen, alsmede tot de bescherming van hun eigendommen.

3.

- a. In het kader van de in het eerste en tweede lid van dit artikel bedoelde samenwerking verzekeren de Nederlandse autoriteiten en de autoriteiten van de Bundeswehr door het nemen van passende maatregelen een nauw en wederkerig contact. Persoonlijke gegevens worden uitsluitend doorgegeven voor de in het NAVO-Status Verdrag en deze Overeenkomst gestelde doeleinden. Beperkingen van de toepassingsmogelijkheden op grond van de wetgeving van de Overeenkomstsluitende Staat die de gegevens verstrekt, worden in acht genomen.
- b. Dit lid verplicht een Overeenkomstsluitende Staat er niet toe maatregelen te nemen die in strijd zijn met zijn wetgeving of die indruisen tegen zijn zwaarwegende belangen met betrekking tot de bescherming van de staatsveiligheid of de openbare veiligheid.

4. De Nederlandse autoriteiten en de Duitse autoriteiten nemen alle administratieve maatregelen die nodig zijn voor de uitvoering van het NAVO-Status Verdrag en van deze Overeenkomst en sluiten te dien einde, indien nodig, administratieve of andere overeenkomsten.

5.

- a. Bij de uitvoering van de bepalingen op het gebied van de verzorging, neergelegd in het NAVO-Status Verdrag en in deze Overeenkomst, kennen de Nederlandse autoriteiten de Bundeswehr een zodanige behandeling toe als nodig is voor een bevredigende vervulling van hun taak ten aanzien van de verdediging.

- b) Bei der Geltendmachung der Rechte, die ihnen nach den unter Buchstabe a erwähnten Bestimmungen zustehen, tragen die Behörden der Bundeswehr im Sinne eines angemessenen Ausgleichs zwischen ihren Bedürfnissen und denjenigen des Königreichs der Niederlande den niederländischen öffentlichen und privaten Interessen gebührend Rechnung.

Artikel 4

Ausweispflicht

(1) Für die Ausweispflicht im Hoheitsgebiet des Königreichs der Niederlande gilt folgendes:

- a) Mitglieder der Bundeswehr benötigen keine Marschbefehle.
- b) Mitglieder der Bundeswehr, die sich in Uniform in einer Einheit unter militärischer Führung bewegen, brauchen sich nicht auszuweisen. Auf Verlangen der niederländischen Behörden legt der Führer einer Einheit seinen Personalausweis vor, falls in Ausnahmefällen die sofortige Identifizierung der Einheit notwendig ist.
- c) Mitglieder der Bundeswehr und Angehörige weisen sich durch einen Dienst-/Truppen- oder Personalausweis aus, der den Namen, das Geburtsdatum und ein Lichtbild des Inhabers, eine Nummer und die Bezeichnung der ausstellenden Behörde sowie Angaben über die Eigenschaft, in der sich der Inhaber im Hoheitsgebiet des Königreichs der Niederlande aufhält, enthalten muß.
- d) Wenn in Ausnahmefällen ein Mitglied der Bundeswehr oder ein Angehöriger nicht im Besitz der unter Buchstabe c vorgesehenen Ausweise ist, erkennen die niederländischen Behörden eine von den Behörden der Bundeswehr ausgestellte vorläufige Bescheinigung an, daß die betreffende Person Mitglied der Bundeswehr oder Angehöriger ist. Die Behörden der Bundeswehr ersetzen diese Bescheinigung so bald wie möglich durch die in Absatz c vorgesehenen Ausweise und teilen dies den niederländischen Behörden mit.

(2) Für den Grenzübergang gilt folgendes:

- a) Einzel- oder Sammelmarschbefehle enthalten in der Regel die in Artikel III Absatz 2 Buchstabe b des NATO-Truppenstatuts vorgesehenen Angaben in englischer Sprache. Die niederländischen Behörden erkennen indessen einen Marschbefehl auch dann als gültig an, wenn diese Angaben ausnahmsweise nicht in englischer Sprache gemacht sind. Marschbefehle werden entweder für eine einmalige Ein- oder Ausreise ausgestellt oder haben für eine begrenzte Zeit Gültigkeit. Die Behörden der Bundeswehr können die Gültigkeitsdauer eines Marschbefehls verlängern.
- b) Eine Einheit, die auf Grund eines Sammelmarschbefehls unter militärischer Führung die Grenze überschreitet, wird durch ihren Führer ausgewiesen, der seinen Personalausweis und den Sammelmarschbefehl vorlegt. Halten die niederländischen Behörden in Ausnahmefällen die Nachprüfung der Identität bestimmter Mitglieder einer Einheit aus besonderen Gründen, welche die niederländischen Grenzkontrollbeamten dem Führer der Einheit mitteilen, für notwendig, so legt dieser ihnen die Personalausweise dieser Mitglieder vor. Diese Nachprüfung darf für die Einheit keine wesentliche Verzögerung zur Folge haben.
- c) Die Ausweiskontrolle bei Ein- und Ausreisen über Militärflugplätze findet grundsätzlich in der gleichen Weise statt wie die Grenzkontrolle beim Grenzübergang auf dem Landwege.

Artikel 5

Meldewesen

(1) Mitglieder der Bundeswehr und Angehörige sind von den niederländischen Vorschriften auf dem Gebiet des Meldewesens

- b. Bij het doen gelden van de rechten die hun krachtens de onder a bedoelde regelingen zijn toegekend, houden de autoriteiten van de Bundeswehr, teneinde te geraken tot een redelijke afweging van hun behoeften en die van het Koninkrijk der Nederlanden, met de Nederlandse openbare en particuliere belangen naar behoren rekening.

Artikel 4

Legitimatieplicht

1. Met betrekking tot de legitimatieplicht op het grondgebied van het Koninkrijk der Nederlanden gelden de volgende bepalingen:

- a. Leden van de Bundeswehr behoeven geen reiswijzer te hebben.
- b. In uniform geklede leden van de Bundeswehr die zich in het verband van een onderdeel onder militair commando verplaatsen, behoeven hun identiteit niet aan te tonen. Indien het bij uitzondering noodzakelijk is onmiddellijk de identiteit van een eenheid vast te stellen, toont de commandant van de eenheid op verzoek van de Nederlandse autoriteiten zijn persoonlijk identiteitsbewijs.
- c. Leden van de Bundeswehr en gezinsleden tonen hun identiteit aan door middel van een „Dienstausweis/Truppenausweis/Personalausweis" waarop moeten voorkomen de naam, de geboortedatum en een foto van de houder, een volgnummer en de aanduiding van de autoriteit die het bewijs heeft afgegeven en de hoedanigheid waarin de houder op het grondgebied van het Koninkrijk der Nederlanden verblijft.
- d. Indien bij uitzondering een lid van de Bundeswehr of een gezinslid niet in het bezit is van de documenten bedoeld onder c, nemen de Nederlandse autoriteiten genoegen met een tijdelijke schriftelijke verklaring van de autoriteiten van de Bundeswehr, volgens welke de betrokken persoon een lid van de Bundeswehr of een gezinslid is. De autoriteiten van de Bundeswehr vervangen een zodanige verklaring zo spoedig mogelijk door de documenten, bedoeld onder c en stellen de Nederlandse autoriteiten daarvan op de hoogte.

2. Met betrekking tot grensoverschrijdingen gelden de volgende bepalingen:

- a. Individuele of collectieve reiswijzers behelzen als regel in het Engels de gegevens bedoeld in artikel III, tweede lid, onder b, van het NAVO-Status Verdrag. Reiswijzers waarin bij uitzondering deze gegevens niet in het Engels vermeld staan, worden niettemin door de Nederlandse autoriteiten als geldig erkend. Reiswijzers worden afgegeven voor één in- of uitreis of zijn geldig gedurende een beperkte periode. De autoriteiten van de Bundeswehr kunnen de geldigheidsduur van een reiswijzer verlengen.
- b. De identiteit van een onderdeel dat op een collectieve reiswijzer onder militair commando de grens overschrijdt, wordt aangetoond door zijn commandant die zijn persoonlijk identiteitsbewijs en de collectieve reiswijzer overlegt. Indien de Nederlandse autoriteiten het bij uitzondering, in verband met bijzondere redenen die door het Nederlandse grenscontrole-personeel aan de commandant van de eenheid worden medegedeeld, nodig achten de identiteit van bepaalde leden van een eenheid vast te stellen, legt de commandant van de eenheid de persoonlijke identiteitsbewijzen van die leden over. Dit onderzoek mag voor de eenheid geen aanmerkelijke vertraging ten gevolge hebben.
- c. De controle van identiteitsbewijzen bij binnenkomst of vertrek via militaire vliegvelden geschiedt op dezelfde wijze als de grenscontrole bij grensoverschrijding over land.

Artikel 5

Aanmelding

1. Leden van de Bundeswehr en gezinsleden zijn niet onderworpen van de Nederlandse voorschriften op het gebied van de

und von den Vorschriften des niederländischen „Vreemdelingenwet“ befreit.

(2) Die Behörden der Bundeswehr registrieren laufend alle ihre Mitglieder und alle Angehörigen. Die Behörden der Bundeswehr erteilen in Einzelfällen den niederländischen Behörden die Auskünfte, die insbesondere auf Grund der in Absatz 1 erwähnten Vorschriften benötigt werden, wenn die niederländischen Behörden unter Darlegung der Gründe darum ersuchen.

(3) Die niederländischen Behörden werden auf ihr Verlangen von den Behörden der Bundeswehr über die Zahl der Mitglieder und der Angehörigen unterrichtet.

Artikel 6 Ausweisung

(1) Beabsichtigt eine zuständige niederländische Behörde, eine der in Artikel III Absatz 5 Satz 1 des NATO-Truppenstatuts aufgeführten und dem Königreich der Niederlande vorbehaltenen Maßnahmen zu treffen, so unterrichtet sie die zuständige deutsche Behörde von dieser Absicht unter Darlegung der Begründung der in Aussicht genommenen Maßnahme und gibt ihr Gelegenheit, innerhalb einer angemessenen Frist Stellung zu nehmen oder selbst die ihr geeignet erscheinenden Maßnahmen zu treffen. Die niederländischen Behörden ziehen eine Stellungnahme der Bundesrepublik Deutschland und die von ihren Behörden etwa ergriffenen Maßnahmen wohlwollend in Betracht.

(2) Die Unterrichtung über eine nach Artikel III Absatz 5 des NATO-Truppenstatuts beabsichtigte Maßnahme erfolgt durch die zuständige niederländische Behörde.

(3) Anträge auf Entfernung werden nur gestellt und Ausweisungsbefehle nur erlassen, wenn die zuständige niederländische Behörde der Ansicht ist, daß auf Grund der weiteren Anwesenheit der in Frage stehenden Person im Hoheitsgebiet des Königreichs der Niederlande die öffentliche Sicherheit oder Ordnung zu dem Zeitpunkt tatsächlich gefährdet ist, an dem der Antrag gestellt oder der Befehl erlassen wird.

Artikel 7 Führerscheine

(1) Führerscheine oder andere Erlaubnisscheine, die Mitgliedern der Bundeswehr von einer deutschen Behörde zum Führen dienstlicher Land-, Wasser- oder Luftfahrzeuge erteilt worden sind, berechtigen zum Führen solcher Land-, Wasser- oder Luftfahrzeuge im Hoheitsgebiet des Königreichs der Niederlande. Führerscheine für dienstliche Fahrzeuge berechtigen, soweit dies nach dem deutschen Recht zulässig ist, auch zum Führen entsprechender privater Landfahrzeuge.

(2) In der Bundesrepublik Deutschland erteilte zivile Führerscheine, die zum Führen privater Kraftfahrzeuge in diesem Staat ermächtigen, berechtigen Mitglieder der Bundeswehr und Angehörige zum Führen solcher Fahrzeuge im Hoheitsgebiet des Königreichs der Niederlande. Die niederländischen Vorschriften über die Gültigkeitsdauer solcher Führerscheine im Hoheitsgebiet des Königreichs der Niederlande und über ihre Außerkraftsetzung durch eine niederländische Verwaltungsbehörde werden nicht angewendet, wenn der Inhaber eine Bescheinigung einer Behörde der Bundeswehr darüber besitzt, daß er Mitglied der Bundeswehr oder dessen Angehöriger ist.

(3) Die von der deutschen Luftfahrtverwaltung Mitgliedern der Bundeswehr oder Angehörigen erteilten zivilen Luftfahrerscheine berechtigen zum Führen privater Luftfahrzeuge im Königreich der Niederlande, wenn sie auf den Richtlinien und Empfehlungen der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation beruhen.

aanmelding en de voorschriften van de Nederlandse Vreemdelingenwet.

2. De autoriteiten van de Bundeswehr houden doorlopend bijgewerkte lijsten van van alle leden en gezinsleden. De autoriteiten van de Bundeswehr verstrekken de Nederlandse autoriteiten op een met redenen omkleed verzoek van die autoriteiten in bijzondere gevallen de inlichtingen die met name vereist zijn ingevolge de in het eerste lid bedoelde voorschriften.

3. De autoriteiten van de Bundeswehr delen de Nederlandse autoriteiten op hun verzoek het aantal leden en gezinsleden mede.

Artikel 6 Uitwijzing

1. Indien een bevoegde Nederlandse autoriteit voornemens is één van de in artikel III, vijfde lid, eerste volzin, van het NAVO-Status Verdrag genoemde en aan het Koninkrijk der Nederlanden voorbehouden maatregelen te nemen, stelt die autoriteit de bevoegde Duitse autoriteit van dit voornemen in kennis, onder mededeling van de redenen waarop de voorgenomen maatregel is gebaseerd en stelt die autoriteit in de gelegenheid binnen een redelijke termijn haar standpunt kenbaar te maken dan wel zelf de maatregelen te nemen die zij gepast acht. De Nederlandse autoriteiten nemen het door de Bondsrepubliek Duitsland ingenomen standpunt en de eventueel door haar autoriteiten genomen maatregelen in welwillende overweging.

2. De kennisgeving van het voornemen tot het nemen van één van de maatregelen, bedoeld in artikel III, vijfde lid, van het NAVO-Status Verdrag, wordt gedaan door de bevoegde Nederlandse autoriteit.

3. Verzoeken om verwijdering en uitwijzingsbevelen worden slechts gedaan, onderscheidenlijk gegeven, indien de bevoegde Nederlandse autoriteit van mening is dat op het tijdstip waarop het verzoek of het bevel wordt gedaan, onderscheidenlijk gegeven, het verdere verblijf van de betrokken persoon op het grondgebied van het Koninkrijk der Nederlanden de openbare orde of veiligheid daadwerkelijk in gevaar brengt.

Artikel 7 Rijbewijzen

1. Een rijbewijs of andere machtiging, afgegeven door een Duitse autoriteit aan een lid van de Bundeswehr, op grond waarvan de houder bevoegd is dienstvoertuigen, -vaartuigen of -luchtvaartuigen te besturen, is geldig voor het besturen van die voertuigen, vaartuigen en luchtvaartuigen binnen het grondgebied van het Koninkrijk der Nederlanden. Rijbewijzen voor dienstvoertuigen machtigen ook, voor zover zulks volgens het Duitse recht is toegestaan, tot het besturen van overeenkomstige particuliere voertuigen.

2. De houder van een burgerrijbewijs, afgegeven in de Bondsrepubliek Duitsland, op grond waarvan de houder bevoegd is particuliere motorrijtuigen in die staat te besturen, is bevoegd tot het besturen van zodanige rijtuigen op het grondgebied van het Koninkrijk der Nederlanden, indien hij lid van de Bundeswehr of een gezinslid is. De Nederlandse voorschriften betreffende de geldigheidsduur van een zodanig rijbewijs op het grondgebied van het Koninkrijk der Nederlanden en de ongeldigverklaring ervan door een Nederlandse administratieve autoriteit zijn niet van toepassing, indien de houder in het bezit is van een verklaring, afgegeven door een autoriteit van de Bundeswehr, waaruit blijkt dat hij lid van de Bundeswehr dan wel een gezinslid is.

3. Een burgervlieg brevet, afgegeven door Duitse autoriteiten aan een lid van de Bundeswehr of aan een gezinslid, machtigt de houder tot het besturen van particuliere luchtvaartuigen in het Koninkrijk der Nederlanden, indien dit brevet beantwoordt aan de Normen en Aanbevolen Werkwijzen van de Internationale Burgerluchtvaartorganisatie.

(4)

- a) Die Behörden der Bundeswehr stellen sicher, daß die Führer der in Absatz 1 genannten dienstlichen Wasserfahrzeuge beim Befahren von Binnengewässern eine ausreichende Kenntnis der zu befahrenden Strecke und der einschlägigen schiffahrtspolizeilichen Vorschriften besitzen.
- b) Zum Führen nichtmilitärischer Binnenschiffe der Bundeswehr berechtigen nur die von der zuständigen niederländischen zivilen Behörde auf der Grundlage der im Königreich der Niederlande geltenden Vorschriften erteilten Befähigungsnachweise. Im Rahmen internationaler Abkommen anwendbare Vorschriften bleiben unberührt.

(5)

- a) Die Behörden der Bundeswehr entziehen die nach Absatz 1 im Hoheitsgebiet des Königreichs der Niederlande gültigen Kraftfahrzeugführerscheine oder die in Absatz 2 erwähnten Bescheinigungen, wenn begründete Bedenken gegen die Zuverlässigkeit oder Eignung der Inhaber zum Führen von Kraftfahrzeugen bestehen. Sie prüfen wohlwollend Ersuchen der niederländischen Behörden, solche Führerscheine oder Bescheinigungen zu entziehen. Führerscheine oder Bescheinigungen dürfen wiedererteilt werden, wenn dies aus zwingenden militärischen Gründen oder deshalb notwendig ist, um den Inhabern das Verlassen des Hoheitsgebiets des Königreichs der Niederlande zu ermöglichen. Die Behörden der Bundeswehr teilen den niederländischen Behörden alle nach diesem Buchstaben vorgenommenen Entziehungen sowie alle Fälle mit, in denen nach einer solchen Entziehung der Führerschein oder die Bescheinigung wiedererteilt worden ist.
- b) In Fällen, in denen die niederländischen Gerichte die Gerichtsbarkeit auf Grund des Artikels VII des NATO-Truppenstatuts und der Artikel 12, 13 und 14 dieses Abkommens ausüben, bleiben die Vorschriften des niederländischen Strafrechts über die Entziehung der Fahrerlaubnis auf die in Absatz 2 dieses Artikels erwähnten Führerscheine anwendbar. Die Entziehung der Fahrerlaubnis ist auf dem Führerschein, der dem Inhaber zu belassen ist, zu vermerken.

(6)

- a) Absatz 5 Buchstabe a ist auf die in Absatz 3 erwähnten Luftfahrerscheine entsprechend anzuwenden.
- b) Auf Ersuchen der niederländischen Behörden treffen die Behörden der Bundeswehr die erforderlichen Maßnahmen gegenüber Inhabern von nach Absatz 1 im Hoheitsgebiet des Königreichs der Niederlande gültigen Luftfahrerscheinen, welche die Luftverkehrsregeln nicht beachtet haben.

Artikel 8

Fahrzeugzulassungen

(1) Kraftfahrzeuge und Kraftfahrzeuganhänger der Bundeswehr, ihrer Mitglieder und von deren Angehörigen können nach deutschem Recht registriert und zugelassen werden. Vorbehaltlich der im Rahmen internationaler Abkommen anwendbaren Vorschriften gilt dies auch für Wasserfahrzeuge der Bundeswehr. Luftfahrzeuge der Bundeswehr, ihrer Mitglieder und von deren Angehörigen werden von den deutschen Behörden entsprechend den anwendbaren internationalen Vorschriften registriert und zugelassen.

(2) Kraftfahrzeuge und Kraftfahrzeuganhänger, die nach Absatz 1 registriert und zugelassen oder von der Bundeswehr im Hoheitsgebiet des Königreichs der Niederlande benutzt werden, sind in regelmäßigen Abständen einer technischen Untersuchung zu unterziehen. Unberührt bleibt die Möglichkeit, daß Fahrzeuge in niederländischen Prüfstellen nach niederländischen Vorschriften begutachtet und geprüft werden.

4.

- a. De autoriteiten van de Bundeswehr zien erop toe dat personen die dienstvaartuigen besturen als bedoeld in het eerste lid van dit artikel; bij het bevaren van binnenwateren voldoende kennis bezitten van het te bevaren traject en van de terzake geldende rivierpolitiereglementen.
- b. Tot het besturen van niet-militaire binnenvaartuigen van de Bundeswehr machtigen slechts bewijzen van bekwaamheid die zijn afgegeven door de bevoegde Nederlandse civiele autoriteit op grond van de in het Koninkrijk der Nederlanden geldende voorschriften. De in het kader van internationale overeenkomsten toepasselijke voorschriften blijven onverminderd van kracht.

5.

- a. De autoriteiten van de Bundeswehr trekken rijbewijzen die op het grondgebied van het Koninkrijk der Nederlanden geldig zijn ingevolge het eerste lid van dit artikel, of verklaringen bedoeld in het tweede lid van dit artikel in, indien er gerede twijfel bestaat aangaande de betrouwbaarheid of de geschiktheid van de houder voor het besturen van motorvaartuigen. Zij nemen verzoeken van de Nederlandse autoriteiten om intrekking van zulke rijbewijzen of verklaringen in welwillende overweging. Rijbewijzen of verklaringen kunnen opnieuw worden afgegeven wegens dringende militaire redenen of om de houder in de gelegenheid te stellen het grondgebied van het Koninkrijk der Nederlanden te verlaten. De autoriteiten van de Bundeswehr stellen de Nederlandse autoriteiten in kennis van iedere intrekking op grond van deze paragraaf en van ieder geval waarin na een zodanige intrekking een rijbewijs of verklaring opnieuw is afgegeven.

- b. In gevallen waarin Nederlandse rechtbanken rechtsmacht uitoefenen in overeenstemming met artikel VII van het NAVO-Status Verdrag en de artikelen 12, 13 en 14 van deze Overeenkomst blijven de bepalingen van de Nederlandse strafwetgeving inzake de ontzegging van de rijbevoegdheid van toepassing met betrekking tot rijbewijzen bedoeld in het tweede lid van dit artikel. Van de ontzegging van de rijbevoegdheid wordt melding gemaakt in het rijbewijs, dat in het bezit van de houder wordt gelaten.

6.

- a. Het gestelde in het vijfde lid, onder a, is van overeenkomstige toepassing op de in het derde lid bedoelde vliegbrevetten.
- b. Op verzoek van de Nederlandse autoriteiten treffen de autoriteiten van de Bundeswehr de nodige maatregelen tegen houders van vliegbrevetten welke ingevolge het eerste lid van dit artikel geldig zijn op het grondgebied van het Koninkrijk der Nederlanden die de luchtverkeersvoorschriften niet in acht hebben genomen.

Artikel 8

Toelating van voertuigen, vaartuigen en luchtvaartuigen

1. Motorrijtuigen en aanhangwagens van motorrijtuigen van de Bundeswehr, van haar leden en van hun gezinsleden, kunnen naar Duits recht worden geregistreerd en toegelaten. Met inachtneming van de in het kader van internationale overeenkomsten toepasselijke voorschriften geldt hetzelfde ten aanzien van vaartuigen van de Bundeswehr. Luchtvaartuigen van de Bundeswehr, van haar leden en van hun gezinsleden, worden door de Duitse autoriteiten geregistreerd en toegelaten in overeenstemming met de toepasselijke internationale voorschriften.

2. Motorrijtuigen en aanhangwagens van motorrijtuigen die ingevolge het eerste lid van dit artikel zijn geregistreerd en toegelaten, of door de Bundeswehr worden gebruikt op het grondgebied van het Koninkrijk der Nederlanden, dienen regelmatig een technische keuring te ondergaan. Deze bepalingen doen geen afbreuk aan de mogelijkheid om motorrijtuigen te doen onderzoeken of keuren in Nederlandse testinrichtingen in overeenstemming met de Nederlandse voorschriften.

(3) Kraftfahrzeuge, Kraftfahrzeuganhänger, Wasserfahrzeuge und Luftfahrzeuge, die gemäß Absatz 1 registriert und zugelassen oder von der Bundeswehr im Gebiet des Königreichs der Niederlande benutzt werden, müssen außer mit einer Erkennungsnummer oder einem anderen geeigneten Erkennungszeichen mit einem deutlichen „D“-Kennzeichen versehen sein. Die Erkennungszeichen für private Kraftfahrzeuge und Kraftfahrzeuganhänger müssen sich von den Erkennungszeichen für Dienstfahrzeuge deutlich unterscheiden. Die Behörden der Bundeswehr teilen den niederländischen Behörden das Kennzeichnungssystem für die von ihnen registrierten und zugelassenen Kraftfahrzeuge, Kraftfahrzeuganhänger und Wasserfahrzeuge mit. Die Behörden der Bundeswehr teilen im Einzelfall den niederländischen Behörden, wenn diese unter Darlegung der Gründe darum ersuchen, die Namen und Anschriften der Personen mit, auf deren Namen private Kraftfahrzeuge, Kraftfahrzeuganhänger und Luftfahrzeuge gemäß Absatz 1 zugelassen sind.

(4) Zulassungsscheine für private Kraftfahrzeuge und private Kraftfahrzeuganhänger müssen die Erkennungsnummer, den Namen oder die Marke und die Fabrik- oder Seriennummer des Herstellers, den Tag der ersten Zulassung im Hoheitsgebiet des Königreichs der Niederlande sowie Namen und Vornamen des Inhabers enthalten. Den Zulassungsscheinen für private Luftfahrzeuge sind die Richtlinien und Empfehlungen der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation zugrunde zu legen. Nichtmilitärische Binnenwasserfahrzeuge der Bundeswehr mit einer Wasserverdrängung von 15 t oder mehr müssen eine Bescheinigung über ihre Fahrtauglichkeit an Bord mitführen, die von den Behörden der Bundeswehr ausgestellt werden kann.

(5) Die Behörden der Bundeswehr treffen hinsichtlich der von ihnen registrierten und zugelassenen oder im Hoheitsgebiet des Königreichs der Niederlande von der Bundeswehr benutzten Kraftfahrzeuge, Kraftfahrzeuganhänger, Wasser- und Luftfahrzeuge die angemessenen Sicherheitsmaßnahmen.

Artikel 9

Private Fahrzeuge

Die Mitglieder der Bundeswehr und deren Angehörige dürfen private Kraftfahrzeuge, Kraftfahrzeuganhänger, Luftfahrzeuge und Wasserfahrzeuge im Hoheitsgebiet des Königreichs der Niederlande nur gebrauchen oder deren Gebrauch gestatten, wenn die Risiken aus dem Gebrauch durch eine Haftpflichtversicherung nach Maßgabe des niederländischen Rechts gedeckt sind.

Artikel 10

Waffen

(1) Die Behörden der Bundeswehr können Mitglieder des zivilen Gefolges und andere Personen, die im Dienst der Bundeswehr stehen, ermächtigen, Waffen zu besitzen und zu führen, soweit diese Personen Bewachungs- und Sicherungsaufgaben für die Bundeswehr ausüben.

(2) Die Behörden der Bundeswehr erlassen über den Waffengebrauch durch die nach Absatz 1 ermächtigten Personen Bestimmungen, die sich im Rahmen des niederländischen Notwehrrechts halten.

(3) Die nach Absatz 1 ermächtigten Personen dürfen Schusswaffen nur dann mit sich führen, wenn sie im Besitz eines von den Behörden der Bundeswehr ausgestellten Waffenausweises sind. Als Waffenausweis gilt auch der mit einer entsprechenden Eintragung versehene Dienstausweis.

(4) Die Behörden der Bundeswehr stellen Waffenausweise nur für Personen aus, gegen deren Zuverlässigkeit keine begründeten Bedenken bestehen. Sie entziehen auf Antrag der niederländischen Behörden oder auf Grund eigener Entscheidung einen

3. Motorrijtuigen, aanhangwagens van motorrijtuigen, vaartuigen en luchtvaartuigen die overeenkomstig het eerste lid van dit artikel zijn geregistreerd en toegelaten of die door de Bundeswehr worden gebruikt op het grondgebied van het Koninkrijk der Nederlanden, voeren behalve een registratienummer of een ander passend herkenningsteken een duidelijk nationaliteitskenteken „D“. Herkenningstekens op particuliere motorrijtuigen en aanhangwagens moeten duidelijk verschillen van die welke worden gebruikt op dienstvoertuigen. De autoriteiten van de Bundeswehr lichten de Nederlandse autoriteiten in omtrent het systeem van kentekens dat wordt gebruikt voor de door hen geregistreerde en toegelaten motorrijtuigen, aanhangwagens van motorrijtuigen en vaartuigen. Op een met redenen omkleed verzoek van de Nederlandse autoriteiten verstrekken de autoriteiten van de Bundeswehr in individuele gevallen de namen en adressen van de personen op wier naam particuliere motorrijtuigen, aanhangwagens van motorrijtuigen of luchtvaartuigen zijn geregistreerd en toegelaten in overeenstemming met het eerste lid van dit artikel.

4. Het kentekenbewijs van een particulier motorrijtuig of een particuliere aanhangwagen van motorrijtuigen vermeldt het registratienummer, de naam of het handelsmerk, het fabrieks- of serienummer van de fabrikant, de datum van eerste toelating op het grondgebied van het Koninkrijk der Nederlanden en de naam en voornamen van de houder. Het bewijs van inschrijving van een particulier luchtvaartuig dient te worden gebaseerd op de Normen en Aanbevolen Werkwijzen van de Internationale Burgerluchtvaartorganisatie. Andere dan dienstbinnenvaartuigen van de Bundeswehr met een waterverplaatsing van vijftien ton of meer voeren aan boord een bewijs van deugdelijkheid, dat kan worden afgegeven door de autoriteiten van de Bundeswehr.

5. De autoriteiten van de Bundeswehr nemen passende veiligheidsmaatregelen met betrekking tot motorrijtuigen, aanhangwagens van motorrijtuigen, vaartuigen en luchtvaartuigen die door hen zijn geregistreerd en toegelaten of door de Bundeswehr worden gebruikt op het grondgebied van het Koninkrijk der Nederlanden.

Artikel 9

Particuliere voertuigen, vaartuigen en luchtvaartuigen

De leden van de Bundeswehr en hun gezinsleden mogen op het grondgebied van het Koninkrijk der Nederlanden particuliere motorrijtuigen, aanhangwagens van motorrijtuigen, luchtvaartuigen en vaartuigen slechts gebruiken of laten gebruiken indien de uit het gebruik voortvloeiende risico's worden gedekt door een verzekering tegen wettelijke aansprakelijkheid in overeenstemming met de Nederlandse wetgeving.

Artikel 10

Wapens

1. De autoriteiten van de Bundeswehr kunnen leden van de civiele dienst en andere personen in dienst van de Bundeswehr machtigen tot het bezitten en dragen van wapens indien die personen voor de Bundeswehr bewakings- en beveiligingstaken uitoefenen.

2. De autoriteiten van de Bundeswehr stellen met betrekking tot het gebruik van wapens door de personen die daartoe gemachtigd zijn ingevolge het eerste lid voorschriften vast die in overeenstemming zijn met de Nederlandse wetgeving inzake noodweer (Notwehr).

3. De ingevolge het eerste lid gemachtigde personen mogen uitsluitend vuurwapens bij zich dragen indien zij in het bezit zijn van een verklaring afgegeven door de autoriteiten van de Bundeswehr, dat zij daartoe gerechtigd zijn. Een dienstidentiteitsbewijs voorzien van een desbetreffende aantekening wordt eveneens als een zodanige verklaring beschouwd.

4. De autoriteiten van de Bundeswehr geven deze verklaringen uitsluitend af aan personen omtrent wier betrouwbaarheid redelijkerwijs geen twijfel bestaat. Zij trekken op verzoek van de Nederlandse autoriteiten of op grond van hun eigen beslissing

Waffenausweis, wenn nachgewiesen wird, daß der Inhaber seine Schußwaffe mißbraucht hat oder daß gegen seine Zuverlässigkeit begründete Bedenken bestehen.

Artikel 11

Leichenbestattung

(1) Die zuständigen deutschen Behörden sind berechtigt, bei Todesfällen im Hoheitsgebiet des Königreichs der Niederlande die sterblichen Überreste von Mitgliedern der Bundeswehr und von deren Angehörigen in Übereinstimmung mit den deutschen Vorschriften in ihre Obhut zu nehmen, darüber zu verfügen und Leichenöffnungen aus medizinischen Gründen oder zum Zwecke strafrechtlicher Ermittlungen vorzunehmen.

(2) Ersuchen niederländischer Behörden um Leichenöffnungen wird stattgegeben; bei Leichenöffnungen aus medizinischen Gründen gilt dies nur, soweit das deutsche Recht eine solche Leichenöffnung zuläßt. Bei der Vornahme einer Leichenöffnung kann ein von den niederländischen Behörden beauftragter Arzt anwesend sein. Falls es sich um eine Leichenöffnung zum Zweck niederländischer strafrechtlicher Ermittlungen handelt, steht dieses Recht auch einem niederländischen Richter oder Staatsanwalt zu; dessen Hinweise auf die Anforderungen des niederländischen Strafverfahrensrechts bei Leichenöffnungen werden berücksichtigt.

(3) Ist ein niederländisches Gericht oder eine niederländische Behörde zuständig, eine Leichenöffnung anzuordnen, so gilt Absatz 2 entsprechend, wenn die zuständige deutsche Behörde an dem Ergebnis der Leichenöffnung interessiert ist.

Artikel 12

Strafgerichtsbarkeit

(1) Hängt die Entscheidung der Frage, wem bei einer Straftat die Gerichtsbarkeit zusteht, davon ab, ob eine Handlung der vorgeworfenen Art nach dem deutschen Recht strafbar ist, so setzt das mit der Sache befaßte niederländische Gericht oder die mit der Sache befaßte niederländische Behörde das Verfahren aus und unterrichtet die zuständige deutsche Behörde. Die zuständige deutsche Behörde kann innerhalb von einundzwanzig Tagen nach Empfang der Mitteilung oder, wenn eine solche Mitteilung noch nicht erfolgt ist, jederzeit dem niederländischen Gericht oder der niederländischen Behörde eine Bescheinigung darüber vorlegen, ob eine solche Handlung nach dem deutschen Recht strafbar ist oder nicht. Wird in der Bescheinigung die Handlung als nach dem deutschen Recht strafbar bezeichnet, so ist anzugeben, nach welcher Vorschrift sie strafbar ist und mit welcher Strafe sie bedroht ist.

(2) Das niederländische Gericht oder die niederländische Behörde trifft die Entscheidung im Einklang mit der Bescheinigung.

(3) Ist zu entscheiden, ob eine Handlung nach niederländischem Recht strafbar ist, so findet das in den Absätzen 1 und 2 vorgesehene Verfahren auf diese Handlung entsprechend Anwendung mit der Maßgabe, daß die Bescheinigung von der zuständigen niederländischen Staatsanwaltschaft ausgestellt wird.

Artikel 13

Straftaten in Ausübung des Dienstes

(1) Ist im Rahmen eines Strafverfahrens gegen ein Mitglied der Bundeswehr zu entscheiden, ob eine Straftat vorliegt, die sich aus einer Handlung oder Unterlassung in Ausübung des Dienstes ergibt, so ist für diese Entscheidung das deutsche Recht maßgebend. Die zuständige deutsche Behörde kann dem mit der Sache befaßten niederländischen Gericht oder der mit der Sache befaßten niederländischen Behörde eine Bescheinigung hierüber vorlegen.

(2) Das niederländische Gericht oder die niederländische Behörde trifft die Entscheidung im Einklang mit der Bescheinigung.

deze verklaringen in, indien is komen vast te staan dat de houder misbruik heeft gemaakt van zijn vuurwapen of indien redelijkerwijs twijfel bestaat ten aanzien van zijn betrouwbaarheid.

Artikel 11

Lijkbezorging

1. De bevoegde Duitse autoriteiten zijn, in overeenstemming met de Duitse voorschriften, gerechtigd de stoffelijke overschotten van de leden van de Bundeswehr en van hun gezinsleden die op het grondgebied van het Koninkrijk der Nederlanden zijn overleden, in ontvangst te nemen en daarover te beschikken, alsmede de lijkschouwingen te verrichten die uit medische overwegingen of met het oog op een strafrechtelijk onderzoek noodzakelijk zijn.

2. Verzoeken van Nederlandse autoriteiten om lijkschouwingen te verrichten worden ingewilligd; in geval van medische overwegingen echter alleen indien lijkschouwing is toegelaten krachtens de Duitse wetgeving. Bij een lijkschouwing mag een door de Nederlandse autoriteiten aangewezen arts aanwezig zijn. In het geval van een lijkschouwing met het oog op een Nederlands strafrechtelijk onderzoek geldt deze bevoegdheid tevens voor een Nederlandse rechter of officier van justitie; diens aanweziging met betrekking tot de vereisten van het Nederlandse strafprocesrecht ter zake van lijkschouwingen worden in acht genomen.

3. Ingeval een Nederlandse rechtbank of autoriteit bevoegd is een lijkschouwing te gelasten, is het tweede lid van overeenkomstige toepassing, indien de bevoegde Duitse autoriteit belang heeft bij het resultaat van de lijkschouwing.

Artikel 12

Rechtsmacht in strafzaken

1. Indien het, ter beantwoording van de vraag welke autoriteit bevoegd is tot het uitoefenen van rechtsmacht met betrekking tot een ten laste gelegd feit, noodzakelijk is vast te stellen of een feit strafbaar is volgens het Duitse recht, schorst de Nederlandse rechtbank of autoriteit die de zaak behandelt, de behandeling en doet daarvan mededeling aan de bevoegde Duitse autoriteit. De bevoegde Duitse autoriteit kan binnen eenentwintig dagen na ontvangst van de mededeling of, zolang die mededeling nog niet heeft plaatsgehad, te allen tijde aan de Nederlandse rechtbank of autoriteit een officiële verklaring overleggen betreffende de vraag of het feit volgens het Duitse recht al dan niet strafbaar is. Indien de officiële verklaring het feit als „strafbaar naar Duits recht” aanmerkt, dient de verklaring tevens aan te geven op grond van welke bepaling het feit strafbaar is alsmede met welke straf dit feit bedreigd is.

2. De Nederlandse rechtbank of autoriteit beslist in overeenstemming met de verklaring.

3. Indien moet worden vastgesteld of een feit naar Nederlands recht strafbaar is, is de in het eerste en tweede lid voorgeschreven procedure van overeenkomstige toepassing met betrekking tot die feit, met dien verstande dat in dat geval de officiële verklaring door het bevoegde Nederlandse Openbaar Ministerie wordt afgegeven.

Artikel 13

Strafbare feiten begaan in de uitoefening van de dienst

1. Indien het in de loop van een strafproces tegen een lid van de Bundeswehr noodzakelijk is vast te stellen of een strafbaar feit is voortgevloeid uit een handelen of nalaten in de uitoefening van de dienst, is voor deze vaststelling het Duitse recht beslissend. De bevoegde Duitse autoriteit kan aan de Nederlandse rechtbank of autoriteit die met de behandeling van de zaak is belast, daaromtrent een officiële verklaring overleggen.

2. De Nederlandse rechtbank of autoriteit beslist in overeenstemming met de verklaring.

Artikel 14

**Verzicht auf Ausübung
der niederländischen Gerichtsbarkeit**

(1) Das Königreich der Niederlande verzichtet gegenüber der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen von Artikel VII Absatz 3 Buchstabe c des NATO-Truppenstatuts auf das den niederländischen Behörden nach Absatz 3 Buchstabe b des genannten Artikels in den Fällen der konkurrierenden Gerichtsbarkeit zustehende Vorrecht nach Maßgabe der folgenden Absätze.

(2) Das Königreich der Niederlande teilt den zuständigen deutschen Behörden die Einzelfälle mit, die unter den Verzicht nach Absatz 1 fallen. Unbeschadet anderer Unterrichtungspflichten nach dem NATO-Truppenstatut oder diesem Abkommen teilen die zuständigen deutschen Behörden den zuständigen niederländischen Behörden mit, wenn sie beabsichtigen, das ihnen nach Artikel VII Absatz 3 Buchstabe a des NATO-Truppenstatuts gewährte Vorrecht auf Ausübung der Gerichtsbarkeit im Hinblick auf einzelne Straftaten in Anspruch zu nehmen, die wesentliche Belange der niederländischen Rechtspflege berühren können.

(3) Sind die zuständigen niederländischen Behörden wegen der besonderen Umstände eines Einzelfalls der Ansicht, daß wesentliche Belange der niederländischen Rechtspflege die Ausübung der niederländischen Gerichtsbarkeit erfordern, so können sie den nach Absatz 1 gewährten Verzicht durch eine amtliche Erklärung zurücknehmen, die sie den zuständigen deutschen Behörden innerhalb von einundzwanzig Tagen nach Eingang der in Absatz 2 vorgesehenen Mitteilung abgeben. Die niederländischen Behörden können die Erklärung auch vor dem Eingang der Mitteilung abgeben.

(4)

- a) Die zuständigen deutschen Behörden können mit Zustimmung der niederländischen Behörden einzelne Strafsachen, für die der Bundesrepublik Deutschland die Gerichtsbarkeit zusteht, an die niederländischen Gerichte oder Behörden zur Untersuchung, Verhandlung und Entscheidung abgeben.
- b) Die niederländischen Behörden können mit Zustimmung der deutschen Behörden einzelne Strafsachen, für die dem Königreich der Niederlande die Gerichtsbarkeit zusteht, den deutschen Behörden zur Untersuchung, Verhandlung und Entscheidung abgeben.

(5) Übt ein niederländisches Gericht oder eine niederländische Behörde die ausschließliche Gerichtsbarkeit gemäß Artikel VII Absatz 2 Buchstabe b des NATO-Truppenstatuts über ein Mitglied der Bundeswehr aus, so werden den Behörden der Bundeswehr unter Beachtung der jeweiligen innerstaatlichen Bestimmungen der Vertragsstaaten über den Datenschutz auf besonderes oder allgemeines Ersuchen der Bundesrepublik Deutschland mitgeteilt:

- a) der Erlaß und der Vollzug eines Haftbefehls oder Unterbringungsbefehls,
- b) die Erhebung der öffentlichen Klage,
- c) die Urteile,
- d) der Ausgang des Verfahrens, soweit eine Mitteilung nach den Buchstaben a bis c zu machen war.

Die Übermittlung personenbezogener Daten erfolgt ausschließlich zu dem Zweck, der Bundeswehr die Erfüllung ihrer Aufgaben im Bereich der Disziplinar- und Personalangelegenheiten zu ermöglichen.

Artikel 15

Vorläufige Festnahme

(1) Die Behörden der Bundeswehr können eine Person, die nicht der deutschen Gerichtsbarkeit unterworfen ist, im niederländischen Hoheitsgebiet auch ohne frische Tatbetroffenheit im

Artikel 14

**Afstand van uitoefening
van Nederlandse rechtsmacht**

1. Het Koninkrijk der Nederlanden doet in het kader van artikel VII, derde lid, onder c, van het NAVO-Status Verdrag ten gunste van de Bondsrepubliek Duitsland afstand van het in het derde lid, onder b, van genoemd artikel aan de Nederlandse autoriteiten toekomende recht om in gevallen van samenloop van rechtsmacht bij voorrang rechtsmacht uit te oefenen, en wel overeenkomstig de volgende leden.

2. Het Koninkrijk der Nederlanden stelt de bevoegde Duitse autoriteiten in kennis van iedere afzonderlijke zaak die onder de afstand van rechtsmacht als bedoeld in het eerste lid valt. Onverminderd andere kennisgevingsverplichtingen ingevolge het NAVO-Status Verdrag of deze Overeenkomst, stellen de bevoegde Duitse autoriteiten de bevoegde Nederlandse autoriteiten ervan in kennis wanneer zij voornemens zijn gebruik te maken van hun recht van voorrang bij de uitoefening van rechtsmacht, verleend ingevolge artikel VII, derde lid, onder a, van het NAVO-Status Verdrag, ten aanzien van afzonderlijke delicten die de wezenlijke belangen van de Nederlandse rechtspleging kunnen raken.

3. Indien de bevoegde Nederlandse autoriteiten wegens de bijzondere omstandigheden in een afzonderlijk geval van oordeel zijn dat wezenlijke belangen van de Nederlandse rechtspleging de uitoefening van rechtsmacht door Nederlandse autoriteiten gebieden, kunnen zij de afstand van rechtsmacht, gedaan ingevolge het eerste lid van dit artikel, herroepen door een officiële verklaring die zij aan de bevoegde Duitse autoriteiten overleggen binnen eenentwintig dagen na ontvangst van de kennisgeving bedoeld in het tweede lid van dit artikel. De Nederlandse autoriteiten kunnen deze verklaring ook vóór de ontvangst van bedoelde kennisgeving afgeven.

4.

- a. De bevoegde Duitse autoriteiten kunnen met toestemming van de Nederlandse autoriteiten bepaalde strafzaken ten aanzien waarvan rechtsmacht bij de Bondsrepubliek Duitsland berust, voor onderzoek, berechting en uitspraak overdragen aan de Nederlandse rechtbanken of autoriteiten.
- b. De Nederlandse autoriteiten kunnen met toestemming van de Duitse autoriteiten bepaalde strafzaken ten aanzien waarvan rechtsmacht bij het Koninkrijk der Nederlanden berust, voor onderzoek, berechting en uitspraak overdragen aan de Duitse autoriteiten.

5. Indien een Nederlandse rechtbank of autoriteit ingevolge artikel VII, tweede lid, onder b, van het NAVO-Status Verdrag bij uitsluiting rechtsmacht uitoefent over een lid van de Bundeswehr, wordt op speciaal of algemeen verzoek van de Bondsrepubliek Duitsland aan de autoriteiten van de Bundeswehr, met inachtneming van de respectieve nationale bepalingen inzake gegevensbescherming van de Overeenkomstsluitende Staten medegedeeld:

- a. de uitvaardiging en tenuitvoerlegging van een arrestatiebevel of een bevel tot gedwongen opname,
- b. het aanhangig maken van strafvervolgning,
- c. de vonnissen/uitspraken,
- d. de afloop van de zaak, voor zover een mededeling als bedoeld onder a. tot en met c. kon worden gedaan.

Het doorgeven van persoonsgegevens vindt uitsluitend plaats om de Bundeswehr in staat te stellen haar taken op het gebied van disciplinaire aangelegenheden en personeelszaken te vervullen.

Artikel 15

Aanhouding

1. De autoriteiten van de Bundeswehr kunnen een persoon die niet aan de Duitse rechtsmacht onderworpen is, op Nederlands grondgebied, ook buiten het geval van ontdekking op heterdaad,

Sinne des Artikels 54 Absatz 5 des niederländischen Wetboek van Strafvordering festhalten, wenn

- a) diese Person in unmittelbarem örtlichem und zeitlichem Zusammenhang mit der Tat betroffen wird oder
- b) eine niederländische Behörde um das Festhalten („aanhouding“) ersucht.

(2) Ist Gefahr im Verzuge und die niederländische Staatsanwaltschaft oder ein niederländischer Polizeibeamter nicht rechtzeitig erreichbar, so können die Behörden der Bundeswehr eine Person, die nicht ihrer Gerichtsbarkeit unterworfen ist, in dem niederländischen Hoheitsgebiet festnehmen im Sinne des Artikels 54 Absatz 5 des niederländischen Wetboek van Strafvordering, wenn dringender Verdacht besteht, daß diese Person innerhalb einer Anlage der Bundeswehr oder gegen eine solche eine strafbare Handlung begangen hat oder zu begehen versucht, oder daß sie eine Handlung begangen hat oder zu begehen versucht, die nach den Artikeln 98, 98a, oder 98c des Wetboek van Strafrecht strafbar ist. Dies gilt nur, wenn die Person flüchtig ist oder sich verborgen hält oder die begründete Befürchtung besteht, daß sie sich einem Strafverfahren wegen einer solchen Straftat oder eines solchen strafbaren Versuchs entziehen will.

(3) In den Fällen der Absätze 1 und 2 können die Behörden der Bundeswehr im Rahmen ihrer sonstigen Befugnisse den Festgehaltenen oder den Festgenommenen durchsuchen und ihm die in seinem Besitz befindlichen Gegenstände abnehmen, entweder als Sicherungsmaßnahme oder für die beweismäßige Ermittlung der vermuteten oder angeblichen Straftat.

(4) Die Behörden der Bundeswehr setzen den nächsten niederländischen Staatsanwalt, Polizeibeamten oder Richter unverzüglich von einer Festnahme gemäß Absatz 2 in Kenntnis und übergeben den gemäß diesem Artikel Festgehaltenen oder Festgenommenen zusammen mit den abgenommenen Gegenständen unverzüglich dem nächsten niederländischen Staatsanwalt, Polizeibeamten oder Richter.

Artikel 16

Unterrichtung bei Ermittlungsverfahren und Festnahmen

(1) Leitet eine niederländische Behörde ein Ermittlungsverfahren ein oder nimmt sie eine Festnahme vor wegen einer Handlung, die nach den Vorschriften, auf die in Artikel 15 Absatz 2 dieses Abkommens verwiesen wird, strafbar ist, so unterrichtet die das Ermittlungsverfahren durchführende niederländische Behörde unverzüglich die zuständigen deutschen Behörden. Das gleiche gilt, wenn eine niederländische Behörde ein Ermittlungsverfahren einleitet oder eine Festnahme vornimmt wegen einer Handlung, die sich sonst gegen die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland oder der Bundeswehr richtet.

(2) Leitet die zuständige deutsche Behörde im Hoheitsgebiet des Königreichs der Niederlande ein Ermittlungsverfahren ein oder nimmt sie eine Festnahme vor wegen einer Handlung, die im Hoheitsgebiet des Königreichs der Niederlande begangen worden ist und die Sicherheit des Königreichs der Niederlande berührt, so unterrichtet sie unverzüglich die niederländischen Behörden.

Artikel 17

Gewahrsamrecht bei Festnahmen

- (1)
 - a) In den Fällen, in denen die deutschen Behörden die Gerichtsbarkeit ausüben, steht der Gewahrsam an Mitgliedern der Bundeswehr und an deren Angehörigen den deutschen Behörden zu.
 - b) In den Fällen, in denen die niederländischen Behörden die Gerichtsbarkeit ausüben, steht der Gewahrsam an Mitgliedern der Bundeswehr und an deren Angehörigen den Behörden des Königreichs der Niederlande nach Maßgabe der Absätze 2 und 3 zu.

aanhouden in de zin van artikel 54, vijfde lid, van het Nederlandse Wetboek van Strafvordering,

- a. indien deze persoon in onmiddellijke samenhang met het feit qua plaats en tijd wordt aangetroffen, of
- b. indien een Nederlandse autoriteit om aanhouding verzoekt.

2. Indien er gevaar bestaat voor vertraging en het Nederlandse Openbaar Ministerie of een Nederlandse politiefunctaris niet tijdig bereikbaar is, kunnen de autoriteiten van de Bundeswehr een persoon die niet aan hun rechtsmacht onderworpen is, op Nederlands grondgebied aanhouden in de zin van artikel 54, vijfde lid, van het Nederlandse Wetboek van Strafvordering, indien ernstige verdenking bestaat dat die persoon een strafbaar feit heeft gepleegd of een strafbare poging doet tot het plegen van een strafbaar feit binnen, of gericht tegen, een inrichting van de Bundeswehr dan wel een feit dat strafbaar is op grond van het in artikel 98, 98a en 98c van het Nederlandse Wetboek van Strafrecht bepaalde. Deze bepaling is slechts van toepassing, indien de betrokkene voortvluchtig is of zich verborgen houdt of indien gegronde reden bestaat om te vrezen dat hij zich aan strafvervolgung ter zake van het plegen van een strafbaar feit of een strafbare poging daartoe als bovenbedoeld tracht te onttrekken.

3. In de gevallen bedoeld in het eerste en tweede lid kunnen de autoriteiten van de Bundeswehr in het kader van hun overige bevoegdheden de aangehouden persoon visiteren en alle in zijn bezit zijnde voorwerpen in beslag nemen, bij wijze van veiligheidsmaatregel, dan wel voor de bewijsvoering in het onderzoek naar het strafbare feit waarvan hij wordt verdacht of beschuldigd.

4. De autoriteiten van de Bundeswehr stellen de dichtstbijzijnde Nederlandse officier van justitie, politiefunctaris of rechter onverwijld in kennis van een aanhouding zoals bedoeld in het tweede lid en geven een persoon die overeenkomstig dit artikel is aangehouden alsmede de in beslag genomen voorwerpen onverwijld over aan de dichtstbijzijnde Nederlandse officier van justitie, politiefunctaris of rechter.

Artikel 16

Kennisgeving in geval van onderzoek of arrestatie

1. Indien een Nederlandse autoriteit een onderzoek opent of een arrestatie verricht wegens een feit dat strafbaar is op grond van de in artikel 15, tweede lid, van deze Overeenkomst bedoelde bepalingen, stelt de Nederlandse autoriteit die het onderzoek leidt de bevoegde Duitse autoriteiten daarvan onverwijld in kennis. Hetzelfde geldt indien een Nederlandse autoriteit een onderzoek opent of een arrestatie verricht wegens een feit dat op andere wijze gericht is tegen de veiligheid van de Bondsrepubliek Duitsland of van de Bundeswehr.

2. Indien de bevoegde Duitse autoriteit op het grondgebied van het Koninkrijk der Nederlanden een onderzoek opent of een arrestatie verricht wegens een feit dat op het grondgebied van het Koninkrijk der Nederlanden is gepleegd en de veiligheid van het Koninkrijk der Nederlanden raakt, stelt die autoriteit de bevoegde Nederlandse autoriteiten daarvan onverwijld in kennis.

Artikel 17

Bewaring

1.
 - a. Indien rechtsmacht wordt uitgeoefend door de Duitse autoriteiten, berust de bewaring van leden van de Bundeswehr en van gezinsleden bij de Duitse autoriteiten.
 - b. Indien rechtsmacht wordt uitgeoefend door de Nederlandse autoriteiten, berust de bewaring van leden van de Bundeswehr en van gezinsleden bij de autoriteiten van het Koninkrijk der Nederlanden overeenkomstig het tweede en derde lid.

(2)

- a) Haben die niederländischen Behörden die Festnahme vorgenommen, so wird der Festgenommene auf Antrag den deutschen Behörden übergeben.
- b) Haben die deutschen Behörden die Festnahme vorgenommen oder ist ihnen der Festgenommene gemäß Buchstabe a übergeben worden, so
 - können sie den Gewahrsam jederzeit auf die niederländischen Behörden übertragen;
 - berücksichtigen sie wohlwollend Anträge auf Übertragung des Gewahrsams, die in besonderen Fällen von den niederländischen Behörden gestellt werden können.
- c) Bei strafbaren Handlungen, die sich ausschließlich gegen die Sicherheit des Königreichs der Niederlande richten, steht der Gewahrsam nach Maßgabe von Vereinbarungen, die mit den deutschen Behörden gegebenenfalls hierzu geschlossen werden, den niederländischen Behörden zu.

(3) Steht der Gewahrsam den deutschen Behörden nach Maßgabe von Absatz 2 zu, so verbleibt er bei diesen bis zur Entlassung oder zum Freispruch durch die niederländischen Behörden oder bis zum Beginn der Strafvollstreckung. Die deutschen Behörden stellen den Festgenommenen den niederländischen Behörden zur Durchführung des Ermittlungs- und des Strafverfahrens zur Verfügung und treffen alle geeigneten Maßnahmen zu diesem Zwecke und um eine Verdunkelungsgefahr auszuschließen. Sie tragen jedem besonderen Wunsch der zuständigen niederländischen Behörden hinsichtlich des Gewahrsams in vollem Umfang Rechnung.

Artikel 18

Anwesenheit bei Hauptverhandlungen und Ermittlungshandlungen

(1)

- a) Wird die Strafgerichtsbarkeit über ein Mitglied der Bundeswehr oder einen Angehörigen durch ein niederländisches Gericht oder eine niederländische Behörde ausgeübt, so hat ein Vertreter der Bundesrepublik Deutschland das Recht, bei der Hauptverhandlung anwesend zu sein. Richtet sich eine strafbare Handlung ausschließlich gegen die Sicherheit des Königreichs der Niederlande oder gegen in dem Königreich der Niederlande befindliche Vermögenswerte oder gegen einen Niederländer oder eine sich im Hoheitsgebiet des Königreichs der Niederlande aufhaltende Person und wird die Strafgerichtsbarkeit durch ein Gericht oder eine Behörde der Bundesrepublik Deutschland im Königreich der Niederlande ausgeübt, so hat ein niederländischer Vertreter das Recht, bei der Hauptverhandlung anwesend zu sein.
- b) Im Sinne des Buchstabens a umfaßt der Ausdruck
 - „in dem Königreich der Niederlande befindliche Vermögenswerte“ nicht Vermögenswerte der Bundeswehr, ihrer Mitglieder und deren Angehöriger;
 - „eine sich im Hoheitsgebiet des Königreichs der Niederlande aufhaltende Person“ weder Mitglieder der Bundeswehr noch Angehörige.
- c) Buchstabe a gilt nicht, wenn die Anwesenheit des nationalen Vertreters mit den Sicherheitsinteressen des die Gerichtsbarkeit ausübenden Staates, die nicht zugleich Sicherheitsinteressen des anderen Staates sind, unvereinbar ist.
- d) Die niederländischen Gerichte und Behörden einerseits und die deutschen Gerichte und Behörden andererseits teilen einander Ort und Zeit der Hauptverhandlung rechtzeitig mit.

(2) Unter den in Absatz 1 genannten Voraussetzungen hat ein deutscher bzw. ein niederländischer Vertreter auch das Recht, bei Vernehmungen und anderen Ermittlungshandlungen an-

2.

- a. Indien de arrestatie is verricht door de Nederlandse autoriteiten, wordt de gearresteerde persoon overgegeven aan de Duitse autoriteiten, indien deze autoriteiten hierom verzoeken.
- b. Indien de arrestatie is verricht door de Duitse autoriteiten of indien de gearresteerde persoon aan hen is overgegeven overeenkomstig het tweede lid, onder a.,
 - kunnen zij de bewaring te allen tijde overdragen aan de Nederlandse autoriteiten;
 - nemen zij een door de Nederlandse autoriteiten in bepaalde gevallen gedaan verzoek om overdracht van de bewaring in welwillende overweging.
- c. In geval van strafbare feiten, uitsluitend gericht tegen de veiligheid van het Koninkrijk der Nederlanden, berust de bewaring bij de Nederlandse autoriteiten overeenkomstig eventueel daartoe met de Duitse autoriteiten te treffen regelingen.

3. Indien de bewaring overeenkomstig het tweede lid van dit artikel bij de Duitse autoriteiten berust, blijft zij bij deze autoriteiten berusten tot de invrijheidstelling of vrijspraak door de Nederlandse autoriteiten, dan wel totdat de tenuitvoerlegging van het vonnis een aanvang neemt. De Duitse autoriteiten stellen de gearresteerde persoon ter beschikking van de Nederlandse autoriteiten voor het onderzoek en het strafproces en nemen daartoe alle passende maatregelen; zij nemen eveneens alle passende maatregelen om te voorkomen dat onderzoek en strafproces nadelig worden beïnvloed (Verdunkelungsgefahr). Zij houden volledig rekening met speciale verzoeken van bevoegde Nederlandse autoriteiten inzake bewaring.

Artikel 18

Aanwezigheid bij terechtzitting en opsporingshandelingen

1.

- a. Indien rechtsmacht in strafzaken wordt uitgeoefend door een Nederlandse rechtbank of autoriteit over een lid van de Bundeswehr of over een gezinslid, heeft een vertegenwoordiger van de Bondsrepubliek Duitsland het recht bij de terechtzitting aanwezig te zijn. Indien een strafbaar feit uitsluitend is gericht tegen de veiligheid van het Koninkrijk der Nederlanden of tegen eigendommen die zich in het Koninkrijk der Nederlanden bevinden dan wel tegen een Nederlander of tegen een persoon die zich op het grondgebied van het Koninkrijk der Nederlanden bevindt en rechtsmacht op het grondgebied van het Koninkrijk der Nederlanden wordt uitgeoefend door een rechtbank of een autoriteit van de Bondsrepubliek Duitsland, heeft een Nederlandse vertegenwoordiger het recht bij de terechtzitting aanwezig te zijn.
- b. In het onder a bepaalde
 - worden onder de uitdrukking „eigendommen die zich in het Koninkrijk der Nederlanden bevinden“ niet begrepen eigendommen welke toebehoren aan de Bundeswehr, haar leden en hun gezinsleden;
 - wordt onder de uitdrukking „een persoon die zich op het grondgebied van het Koninkrijk der Nederlanden bevindt“ niet begrepen een lid van de Bundeswehr of een gezinslid.
- c. Het onder a bepaalde is niet van toepassing indien de aanwezigheid van een nationale vertegenwoordiger niet verenigbaar is met de veiligheidsbehoefte van de staat welke rechtsmacht uitoefent die niet tevens veiligheidsbehoefte van de andere staat zijn.
- d. De Nederlandse rechtbanken en autoriteiten enerzijds en de Duitse rechtbanken en autoriteiten anderzijds stellen elkaar tijdig in kennis van de plaats en de tijd van de terechtzitting.

2. Onder de voorwaarden, omschreven in het eerste lid, heeft een Duitse respectievelijk een Nederlandse vertegenwoordiger ook het recht de verhoren en andere opsporingshandelingen bij

wesend zu sein, soweit dies gegebenenfalls zwischen den deutschen Behörden und denen des Königreichs der Niederlande vereinbart wird.

Artikel 19

Befugnisse der Feldjäger

(1) In Übereinstimmung mit Artikel 36 Absatz 1 und unbeschadet des Artikels VII Absatz 10 Buchstabe a des NATO-Truppenstatuts ist die niederländische Polizei einschließlich der Königlich niederländischen Marechaussee berechtigt, ihre Aufgaben innerhalb der der Bundeswehr zur ausschließlichen Nutzung überlassenen Liegenschaften in dem Maße wahrzunehmen, in dem die öffentliche Ordnung und Sicherheit des Königreichs der Niederlande gefährdet oder verletzt ist. Soll eine Strafverfolgungsmaßnahme innerhalb einer solchen Liegenschaft vollzogen werden, so kann auch die Bundesrepublik Deutschland im Benehmen mit den niederländischen Behörden hinsichtlich der Modalitäten diese Maßnahme durch ihre eigene Polizei durchführen lassen. In diesem Fall wird die Maßnahme unverzüglich und, soweit es von niederländischer Seite gewünscht wird, in Anwesenheit von Vertretern niederländischer Behörden durchgeführt.

(2) Die Feldjäger der Bundeswehr sind berechtigt, auf öffentlichen Wegen, in öffentlichen Verkehrsmitteln, in Gaststätten und an anderen Orten, die der Allgemeinheit zugänglich sind, Streife zu gehen und gegen Soldaten der Bundeswehr die zur Aufrechterhaltung von Ordnung und Disziplin notwendigen Maßnahmen zu treffen. Die Einzelheiten der Ausübung dieses Rechts werden zwischen den niederländischen Behörden und den Behörden der Bundeswehr, die eine enge gegenseitige Verbindung aufrechterhalten, vereinbart.

(3) Ist die öffentliche Ordnung und Sicherheit durch einen Zwischenfall, an dem Soldaten der Bundeswehr beteiligt sind, gefährdet oder gestört, so treffen die Feldjäger der Bundeswehr auf Ersuchen der niederländischen Behörden hinsichtlich dieser Personen die zur Aufrechterhaltung oder zur Wiederherstellung von Ordnung und Disziplin angemessenen Maßnahmen.

Artikel 20

Sicherheit der Streitkräfte

(1) Das Königreich der Niederlande führt die gesetzgeberischen Maßnahmen herbei, die es für erforderlich hält, um innerhalb seines Hoheitsgebiets angemessenen Schutz und Sicherheit der Bundeswehr und ihrer Mitglieder zu gewährleisten.

(2) Zur Ausführung von Artikel VII Absatz 11 des NATO-Truppenstatuts und von Absatz 1 dieses Artikels wird das Königreich der Niederlande der Bundeswehr und ihren Mitgliedern denselben strafrechtlichen Schutz wie der niederländischen Truppe und ihren Mitgliedern gewähren.

Artikel 21

Abwesenheit in nicht strafrechtlichen Verfahren

Sind Mitglieder der Bundeswehr und Angehörige vorübergehend in nicht strafrechtlichen Verfahren, an denen sie beteiligt sind, am Erscheinen verhindert und wird dies dem zuständigen niederländischen Gericht oder der zuständigen niederländischen Behörde ohne schuldhaften Aufschub mitgeteilt, so wird hierauf gebührend Rücksicht genommen, damit ihnen hieraus keine rechtlichen Nachteile entstehen.

Artikel 22

Unterstützung in Vollstreckungssachen

(1) Die Behörden der Bundeswehr gewähren bei der Durchsetzung vollstreckbarer Titel in nicht strafrechtlichen Verfahren niederländischer Gerichte und Behörden alle in ihrer Macht liegende Unterstützung.

te wonen, voor zover dit tussen de Duitse autoriteiten en die van het Koninkrijk der Nederlanden eventueel wordt overeengekomen.

Artikel 19

Bevoegdheden van de militaire politie (Feldjäger)

1. In overeenstemming met de bepalingen van artikel 36, eerste lid en onverminderd de bepalingen van artikel VII, tiende lid, onder a, van het NAVO-Status Verdrag, is de Nederlandse politie, met inbegrip van de Koninklijke Marechaussee, bevoegd haar taken te verrichten in onroerende goederen die voor uitsluitend gebruik ter beschikking zijn gesteld aan de Bundeswehr, voor zover de openbare orde en veiligheid van het Koninkrijk der Nederlanden worden bedreigd of geschaad. Indien in zodanige onroerende goederen een strafrechtelijke vervolgingsmaatregel ten uitvoer moet worden gelegd, kan de Bondsrepubliek Duitsland na overleg met de Nederlandse autoriteiten over de modaliteiten, deze maatregel ook ten uitvoer doen leggen door haar eigen politie. In dat geval wordt de maatregel onverwijld ten uitvoer gelegd en, indien zulks van Nederlandse zijde wordt verlangd, in tegenwoordigheid van vertegenwoordigers van de Nederlandse autoriteiten.

2. De militaire politie (Feldjäger) van de Bundeswehr is bevoegd te patrouilleren op openbare wegen, in openbare voermiddelen, in restaurants en in alle andere voor het publiek toegankelijke plaatsen ten einde de noodzakelijke maatregelen voor de handhaving van orde en tucht ten aanzien van militairen van de Bundeswehr te treffen. De bijzonderheden inzake de uitoefening van dit recht worden in overleg vastgesteld tussen de Nederlandse autoriteiten en de autoriteiten van de Bundeswehr, die terzake wederkerig nauw contact zullen onderhouden.

3. Indien de openbare orde en veiligheid in gevaar worden gebracht of verstoord door een incident waarbij militairen van de Bundeswehr zijn betrokken, neemt de militaire politie (Feldjäger) van de Bundeswehr op verzoek van de Nederlandse autoriteiten ten aanzien van deze personen de vereiste maatregelen om de orde en tucht te handhaven of te herstellen.

Artikel 20

Veiligheid van de strijdkrachten

1. Het Koninkrijk der Nederlanden neemt die wettelijke maatregelen die het noodzakelijk acht om op zijn grondgebied de veiligheid en de bescherming te verzekeren van de Bundeswehr en haar leden.

2. Ter uitvoering van artikel VII, elfde lid, van het NAVO-Status Verdrag en van het eerste lid van dit artikel garandeert het Koninkrijk der Nederlanden dezelfde strafrechtelijke bescherming voor de Bundeswehr en haar leden als die welke het Nederlandse leger en zijn leden genieten.

Artikel 21

Niet bijwonen niet-strafrechtelijke procedures

Indien leden van de Bundeswehr en gezinsleden tijdelijk verhinderd zijn een niet-strafrechtelijke procedure waarbij zij partij zijn bij te wonen en indien de bevoegde Nederlandse rechtbank of autoriteit hiervan zonder verwijtbare vertraging in kennis wordt gesteld, wordt daarmee naar behoren rekening gehouden, opdat zij hiervan rechtens geen nadeel ondervinden.

Artikel 22

Ondersteuning bij tenuitvoerlegging

1. De autoriteiten van de Bundeswehr werken naar vermogen mede aan de tenuitvoerlegging van in kracht van gewijsde gegane rechterlijke uitspraken en andere executoriale titels (vollstreckbarer Titel) van Nederlandse rechtbanken en autoriteiten in niet-strafrechtelijke procedures.

(2)

- a) In einem nicht strafrechtlichen Verfahren kann eine Haft gegen Mitglieder der Bundeswehr oder gegen Angehörige von niederländischen Behörden und Gerichten nur angeordnet werden, um die Erfüllung einer gerichtlichen oder behördlichen Entscheidung oder Anordnung zu gewährleisten, die der Betreffende schuldhaft nicht befolgt hat oder nicht befolgt. Wegen einer Handlung oder Unterlassung in Ausübung des Dienstes darf eine Haft nicht angeordnet werden. Eine Bescheinigung der zuständigen höchsten deutschen Behörde, daß die Handlung oder Unterlassung in Ausübung des Dienstes erfolgte, ist für niederländische Stellen verbindlich. In anderen Fällen berücksichtigen die zuständigen niederländischen Stellen das Vorbringen der zuständigen höchsten deutschen Behörde, daß zwingende Interessen einer Haft entgegenstehen, in gebührender Weise.
- b) Eine Verhaftung nach diesem Absatz kann nur vorgenommen werden, nachdem die Behörden der Bundeswehr für die Ersetzung der betroffenen Person gesorgt haben, sofern dies für erforderlich halten. Die Behörden der Bundeswehr ergreifen unverzüglich alle zu diesem Zweck erforderlichen zumutbaren Maßnahmen und gewähren den für die Durchsetzung einer Anordnung oder Entscheidung im Einklang mit diesem Absatz verantwortlichen niederländischen Behörden alle in ihrer Macht liegende Unterstützung.

(3) Bezüge, die einem Mitglied der Bundeswehr von der Bundesrepublik Deutschland zustehen, unterliegen der Pfändung, dem Zahlungsverbot oder einer anderen Form der Zwangsvollstreckung auf Anordnung eines niederländischen Gerichts oder einer niederländischen Behörde, soweit das deutsche Recht die Zwangsvollstreckung gestattet. Die Unterstützung nach Absatz 1 schließt auch Hinweise auf Vollstreckungsmöglichkeiten in das bereits zur Auszahlung gelangte Einkommen ein.

(4) Ist die Vollstreckung eines vollstreckbaren Titels in nicht strafrechtlichen Verfahren niederländischer Gerichte und Behörden innerhalb einer Anlage der Bundeswehr durchzuführen, so wird sie durch den niederländischen Vollstreckungsbeamten im Beisein eines Beauftragten der Bundeswehr vollzogen.

Artikel 23

Vollstreckung in Zahlungsansprüche

Soll aus einem vollstreckbaren Titel niederländischer Gerichte oder Behörden gegen einen Schuldner vollstreckt werden, dem aus der Beschäftigung bei der Bundeswehr gemäß Artikel 40 oder aus unmittelbaren Lieferungen oder sonstigen Leistungen an die Bundeswehr ein Zahlungsanspruch zusteht, so gilt folgendes:

- a) Erfolgt die Zahlung durch Vermittlung einer niederländischen Behörde und wird diese von einem Vollstreckungsorgan ersucht, nicht an den Schuldner, sondern an den Pfändungsgläubiger zu zahlen, so ist die niederländische Behörde berechtigt, diesem Ersuchen im Rahmen der Vorschriften des niederländischen Rechts zu entsprechen.
- b) Erfolgt die Zahlung nicht durch Vermittlung einer niederländischen Behörde, so hinterlegen die Behörden der Bundeswehr, sofern das deutsche Recht dies nicht verbietet, auf Ersuchen eines Vollstreckungsorgans von der Summe, die sie anerkennen, dem Vollstreckungsschuldner zu schulden, den in dem Ersuchen genannten Betrag bei der zuständigen Stelle. Die Hinterlegung befreit die Bundeswehr in Höhe des hinterlegten Betrags von ihrer Schuld gegenüber dem Schuldner.

2.

- a. Een Nederlandse autoriteit of rechtbank kan in een niet-strafrechtelijke procedure leden van de Bundeswehr of gezinsleden slechts gijzelen ter verzekering van de naleving van een gerechtelijke of administratieve beslissing waaraan de betrokkene op verwijtbare wijze geen gevolg heeft gegeven of geeft. Gijzeling kan niet worden gelast ten aanzien van enig handelen of nalaten in de uitoefening van de dienst. Een officiële verklaring van de hoogste bevoegde Duitse autoriteit dat het handelen of nalaten was geschied in de uitoefening van de dienst, is bindend voor Nederlandse instanties. In andere gevallen houden de bevoegde Nederlandse instanties naar behoren rekening met het standpunt van de hoogste bevoegde Duitse autoriteit dat hogere belangen zich tegen gijzeling verzetten.
- b. Gijzeling op grond van dit lid kan slechts plaatsvinden nadat de autoriteiten van de Bundeswehr hebben gezorgd voor vervanging van betrokkene, indien zij zulks noodzakelijk achten. De autoriteiten van de Bundeswehr nemen onverwijld alle noodzakelijke en redelijkerwijs aanvaardbare maatregelen hiertoe en verlenen de Nederlandse autoriteiten die verantwoordelijk zijn voor de tenuitvoerlegging van een beslissing ingevolge dit lid alle medewerking die in hun vermogen ligt.

3. De bedragen verschuldigd door de Bondsrepubliek Duitsland aan een lid van de Bundeswehr zijn in zoverre onderworpen aan beslag of een andere vorm van executie op last van een Nederlandse rechtbank of autoriteit als door de Duitse wetgeving is toegestaan. De in het eerste lid bedoelde medewerking omvat ook het verstrekken van inlichtingen omtrent de mogelijkheid van executie op reeds uitgekeerde inkomsten.

4. Wanneer de tenuitvoerlegging op grond van een in kracht van gewijsde gegane rechterlijke uitspraak of andere executoriale titel van een Nederlandse rechtbank of autoriteit in een niet-strafrechtelijke procedure dient plaats te vinden in een inrichting van de Bundeswehr, wordt deze tenuitvoerlegging door een Nederlandse deurwaarder uitgevoerd in tegenwoordigheid van een vertegenwoordiger van de Bundeswehr.

Artikel 23

Tenuitvoerlegging bij vorderingen

Indien een in kracht van gewijsde gegane rechterlijke uitspraak of een andere executoriale titel van een Nederlandse rechtbank of autoriteit moet worden ten uitvoer gelegd tegen een schuldenaar aan wie een bedrag verschuldigd is, hetzij uit hoofde van zijn dienstbetrekking bij de Bundeswehr overeenkomstig artikel 40, hetzij uit hoofde van rechtstreekse leveranties of diensten aan de Bundeswehr, gelden de volgende bepalingen:

- a. Indien de betaling plaatsvindt door tussenkomst van een Nederlandse autoriteit, is die autoriteit, indien haar door een instantie die met de tenuitvoerlegging is belast wordt verzocht het bedrag niet aan de schuldenaar maar aan de schuldeiser die beslag heeft gelegd te betalen, gerechtigd aan dat verzoek te voldoen binnen de grenzen van de Nederlandse wettelijke voorschriften.
- b. Indien de betaling niet plaatsvindt door tussenkomst van een Nederlandse autoriteit, deponeren de autoriteiten van de Bundeswehr op verzoek van een instantie die met de tenuitvoerlegging is belast, van de geldsom die zij erkennen aan de schuldenaar tegen wie de executie plaatsvindt schuldig te zijn, het in het verzoek genoemde bedrag bij de bevoegde instantie, voor zover de Duitse wetgeving dit toelaat. Zulks strekt de Bundeswehr tot het gedeponeerde bedrag tegenover de schuldenaar tot bevrijding van haar schuld.

Artikel 24**Zustellung**

(1) Zur öffentlichen Zustellung an Mitglieder der Bundeswehr oder an Angehörige bedarf es zusätzlich der Veröffentlichung eines Auszugs des zuzustellenden Schriftstücks in der deutschen Sprache in einem von der Bundesrepublik Deutschland zu bezeichnenden Blatt.

(2) Hat ein niederländischer Zustellungsbeamter einer Person, die sich in einer Anlage der Bundeswehr befindet, ein Schriftstück zuzustellen, so trifft die für die Verwaltung der Anlage zuständige Behörde der Bundeswehr alle Maßnahmen, die erforderlich sind, damit der niederländische Zustellungsbeamte die Zustellung durchführen kann.

Artikel 25**Ladung**

Bei Ladungen von Mitgliedern der Bundeswehr oder von Angehörigen vor niederländische Gerichte oder Behörden ergreifen die Behörden der Bundeswehr, sofern nicht dringende militärische Erfordernisse dem entgegenstehen, alle im Rahmen ihrer Befugnisse liegenden Maßnahmen, um sicherzustellen, daß der Ladung Folge geleistet wird, soweit nach niederländischem Recht das Erscheinen erzwingbar ist.

Artikel 26**Geheimschutz bei Vernehmungen**

(1) Ergibt sich im Verlauf eines strafrechtlichen oder nicht strafrechtlichen Verfahrens oder einer Vernehmung vor einem Gericht oder einer Behörde der Bundesrepublik Deutschland oder des Königreichs der Niederlande, daß ein Amtsgeheimnis eines der beiden Staaten oder beider oder eine Information, die der Sicherheit eines der beiden Staaten oder beider schaden würde, preisgegeben werden könnte, so holt das Gericht oder die Behörde vorher die schriftliche Einwilligung der zuständigen Behörde dazu ein, daß das Amtsgeheimnis oder die Information preisgegeben werden darf. Erhebt die zuständige Behörde Einwendungen gegen die Preisgabe, so trifft das Gericht oder die Behörde alle in ihrer Macht stehenden Maßnahmen, einschließlich derjenigen, auf die sich Absatz 2 bezieht, um die Preisgabe zu verhüten, vorausgesetzt, daß die verfassungsmäßigen Rechte eines beteiligten Vertragsstaats dadurch nicht verletzt werden.

(2) Die niederländischen Vorschriften über den Ausschluß der Öffentlichkeit von Verhandlungen in strafrechtlichen und nicht strafrechtlichen Verfahren werden in Verfahren vor niederländischen Gerichten und Behörden, in denen eine Gefährdung der Sicherheit der Bundeswehr zu besorgen ist, entsprechend angewendet.

Artikel 27**Zeugen und Sachverständige**

Die Rechte und Vorrechte der Zeugen, Verletzten und Sachverständigen bestimmen sich nach dem Recht der Gerichte oder der Behörden, vor denen sie erscheinen. Das Gericht oder die Behörde berücksichtigt jedoch die Rechte und Vorrechte angemessen, welche Zeugen, Verletzte und Sachverständige, wenn sie Mitglieder der Bundeswehr oder Angehörige sind, vor einem deutschen Gericht, und, wenn sie nicht zu diesem Personenkreis gehören, vor einem niederländischen Gericht haben würden.

Artikel 28**Schutz von Dienstpostsendungen**

Vorbehaltlich entgegenstehender Bestimmungen im NATO-Truppenstatut oder in diesem Abkommen unterliegen Archive, Dokumente, als solche erkennbare Dienstpostsendungen und Eigentum der Bundeswehr nicht der Durchsuchung, Beschlagnahme oder Zensur durch die niederländischen Behörden, sofern auf die Immunität nicht verzichtet wird.

Artikel 24**Betekening**

1. De betekening van documenten aan leden van de Bundeswehr of aan gezinsleden door middel van openbare kennisgeving dient tevens te geschieden door middel van bekendmaking van een uittreksel van het te betekenen document in de Duitse taal in een door de Bondsrepubliek Duitsland te noemen publicatieblad.

2. Indien de betekening van een document door een Nederlandse deurwaarder moet geschieden aan een persoon die zich binnen een inrichting van de Bundeswehr bevindt, neemt de autoriteit van de Bundeswehr die verantwoordelijk is voor het beheer van de inrichting alle maatregelen die noodzakelijk zijn om de Nederlandse deurwaarder in staat te stellen de betekening te verrichten.

Artikel 25**Dagvaarding**

Indien een lid van de Bundeswehr of een gezinslid wordt gedagvaard voor een Nederlandse rechtbank of autoriteit, nemen de autoriteiten van de Bundeswehr, tenzij militaire noodzaak zich hiertegen verzet, alle onder hun bevoegdheid vallende maatregelen om ervoor te zorgen dat de betrokkene verschijnt, mits de verschijning ingevolge de Nederlandse wetgeving verplicht is.

Artikel 26**Geheimhouding bij verhoren**

1. Indien in de loop van een al dan niet strafrechtelijke procedure of een verhoor voor een rechtbank of een autoriteit van de Bondsrepubliek Duitsland of van het Koninkrijk der Nederlanden blijkt dat een staatsgeheim van één van beide Staten of van beide, of een inlichting die de veiligheid van één van beide Staten of van beide zou kunnen schaden, openbaar gemaakt zou kunnen worden, verzoekt de rechtbank of autoriteit de bevoegde autoriteit om schriftelijk haar toestemming te geven tot het openbaar maken van het staatsgeheim of de inlichting. Indien de bevoegde autoriteit bezwaar heeft tegen de openbaarmaking, neemt de rechtbank of autoriteit alle haar ter beschikking staande maatregelen, met inbegrip van die bedoeld in het tweede lid, om de openbaarmaking te voorkomen, mits daardoor geen inbreuk wordt gemaakt op de grondwettelijke rechten van één der Overeenkomstsluitende Staten.

2. De Nederlandse bepalingen aangaande behandeling met gesloten deuren in al dan niet strafrechtelijke procedures zijn van overeenkomstige toepassing in zaken voor Nederlandse rechtbanken en autoriteiten, indien de veiligheid van de Bundeswehr in gevaar dreigt te worden gebracht.

Artikel 27**Getuigen en deskundigen**

De rechten en voorrechten van getuigen, slachtoffers en deskundigen worden bepaald door de wetgeving van de rechtbank of autoriteit waarvoor zij verschijnen. Indien getuigen, slachtoffers of deskundigen lid van de Bundeswehr of gezinslid zijn, houdt de rechtbank of autoriteit naar behoren rekening met de rechten en voorrechten die zij zouden hebben voor een Duitse rechtbank, of, indien zij niet tot deze categorieën behoren, voor een Nederlandse rechtbank.

Artikel 28**Veiligheid van dienstpostzendingen**

Voor zover in enige bepaling van het NAVO-Status Verdrag of van deze Overeenkomst niet het tegendeel is bepaald, zijn archieven, documenten, als zodanig herkenbare dienstpostzendingen en eigendommen van de Bundeswehr niet vatbaar voor onderzoek, inbeslagname of censuur door de Nederlandse autoriteiten, tenzij van die immuniteit afstand wordt gedaan.

Artikel 29**Haftung**

(1) Die Abgeltung von Schäden, die durch Handlungen oder Unterlassungen der Bundeswehr und ihrer Mitglieder oder durch andere Begebenheiten, für die die Bundeswehr haftbar ist, verursacht worden sind, bestimmt sich nach Artikel VIII des NATO-Truppenstatuts und den ergänzenden Vorschriften dieses Artikels.

(2) Eine Entschädigung ist nicht zu gewähren bei einer Beschädigung von öffentlichen Wegen, Straßen, Brücken, schiffbaren Wasserstraßen und anderen öffentlichen Verkehrsanlagen infolge Benutzung durch die Bundeswehr für normale Verkehrszwecke.

(3)

a) Das Königreich der Niederlande verzichtet auf Ansprüche gegen die Bundesrepublik Deutschland wegen des Verlusts oder der Beschädigung von ihr gehörenden Sachen, die der Bundeswehr zur ausschließlichen Benutzung überlassen worden sind. Dieser Verzicht gilt nicht für Schäden, die vorsätzlich oder grob fahrlässig verursacht worden sind. Dieser Verzicht gilt auch nicht für Schäden an Sachen der Niederländischen Bahn und der Niederländischen Post.

b) Artikel VIII Absatz 2 Buchstabe f des NATO-Truppenstatuts wird auf den Verlust oder die Beschädigung von Sachen im Eigentum der Niederländischen Bahn und der Niederländischen Post sowie auf Schäden an Straßen der Niederlande nicht angewendet.

(4) Die Bundesrepublik Deutschland verzichtet auf Ansprüche gegen das Königreich der Niederlande wegen des Verlusts oder der Beschädigung von ihr gehörenden Sachen, die von einem Mitglied oder Bediensteten der niederländischen Truppe in Ausübung des Dienstes oder durch die Benutzung von Fahrzeugen, Schiffen oder Flugzeugen der niederländischen Truppe verursacht werden, vorausgesetzt, daß es sich um Sachen handelt, die von der Bundeswehr benutzt werden und sich im Königreich der Niederlande befinden. Dieser Verzicht gilt nicht für Schäden, die vorsätzlich oder grob fahrlässig verursacht worden sind.

(5) Artikel VIII Absatz 5 des NATO-Truppenstatuts und dieser Artikel sind nicht anzuwenden auf Schäden, die Mitgliedern der Bundeswehr durch Handlungen oder Unterlassungen anderer Mitglieder der Bundeswehr oder durch andere Begebenheiten verursacht worden sind, für welche die Bundeswehr haftbar ist.

(6) Die Haftung der Bundeswehr wird dadurch, daß ihr Befreiungen von niederländischen Vorschriften zustehen, nicht berührt. Stehen der niederländischen Truppe gleiche Befreiungen zu, so ist eine Entschädigung nur zu gewähren, wenn und soweit auch für Schäden, welche die niederländische Truppe verursacht, eine Entschädigung zu gewähren ist.

(7)

a) Ist durch ein Ereignis, das einen nach Artikel VIII Absatz 5 des NATO-Truppenstatuts abzugeltenden Schaden eines Dritten verursacht hat, auch der Bundesrepublik Deutschland ein Schaden entstanden und ist der Dritte für diesen Schaden entschädigungspflichtig, so ist der Entschädigungsanspruch der Bundesrepublik Deutschland gegen den Entschädigungsanspruch des Dritten aufzurechnen.

b) Nach Maßgabe von Verwaltungsabkommen macht das Königreich der Niederlande auf Antrag der Bundesrepublik Deutschland Ansprüche, die ihr wegen eines im Königreich der Niederlande verursachten Schadens gegen im Königreich der Niederlande ansässige Personen entstanden sind, für sie geltend; dies gilt nicht für vertragliche Ansprüche. Aufwendungen, die dem Königreich der Niederlande bei der Geltendmachung der Ansprüche außerhalb der allgemeinen Kosten der Verwaltung entstehen, werden ihr von der Bundesrepublik Deutschland erstattet.

Artikel 29**Aansprakelijkheid**

1. De regeling van vorderingen terzake van schade veroorzaakt door een handelen of nalaten van de Bundeswehr en haar leden of door andere voorvallen waarvoor de Bundeswehr aansprakelijk is, wordt beheerst door de bepalingen van artikel VIII van het NAVO-Status Verdrag en de aanvullende bepalingen van dit artikel.

2. Geen schadeloosstelling wordt betaald in geval van schade aan openbare wegen, bruggen, bevaarbare waterwegen en andere openbare verkeerswerken, voortvloeiende uit het gebruik daarvan door de Bundeswehr voor normale verkeersdoeleinden.

3.

a. Het Koninkrijk der Nederlanden doet afstand van al zijn vorderingen op de Bondsrepubliek Duitsland ter zake van verlies van of schade aan eigendommen van het Koninkrijk der Nederlanden die uitsluitend voor het gebruik van de Bundeswehr ter beschikking zijn gesteld. Deze afstand is niet van toepassing op schade die opzettelijk of door grove nalatigheid is veroorzaakt. Deze afstand is ook niet van toepassing op schade aan eigendommen van de Nederlandse Spoorwegen of de Nederlandse posterijen.

b. De bepalingen van artikel VIII, tweede lid, onder f, van het NAVO-Status Verdrag zijn niet van toepassing op verlies van of schade aan eigendommen van de Nederlandse Spoorwegen of de Nederlandse posterijen noch op schade aan Nederlandse wegen.

4. De Bondsrepubliek Duitsland doet afstand van al haar vorderingen op het Koninkrijk der Nederlanden ter zake van verlies van of schade aan eigendommen van de Bondsrepubliek Duitsland veroorzaakt door leden of werknemers van de Nederlandse strijdkrachten in de uitoefening van hun dienst of door het gebruik van voertuigen, vaartuigen of luchtvaartuigen van de Nederlandse strijdkrachten, mits die eigendommen door de Bundeswehr worden gebruikt en zij zich in het Koninkrijk der Nederlanden bevinden. Deze afstand is niet van toepassing op schade die opzettelijk of door grove nalatigheid is veroorzaakt.

5. De bepalingen van artikel VIII, vijfde lid, van het NAVO-Status Verdrag en van dit artikel zijn niet van toepassing op schade, geleden door leden van de Bundeswehr en veroorzaakt door een handelen of nalaten van andere leden van de Bundeswehr of door andere voorvallen waarvoor de Bundeswehr aansprakelijk is.

6. De aansprakelijkheid van de Bundeswehr wordt niet beïnvloed door de omstandigheid dat zij onttrokken is aan de Nederlandse voorschriften. Indien de Nederlandse strijdkrachten dezelfde vrijstellingen genieten, behoeft alleen schadeloosstelling te worden betaald indien en voor zover schadeloosstelling dient te worden betaald voor schade veroorzaakt door de Nederlandse strijdkrachten.

7.

a. Indien ten gevolge van een voorval aan een derde schade is toegebracht die met toepassing van artikel VIII, vijfde lid, van het NAVO-Status Verdrag wordt afgewikkeld en er ten gevolge van hetzelfde voorval eveneens schade is toegebracht aan de Bondsrepubliek Duitsland, worden, indien de derde aansprakelijk is voor het vergoeden van die schade, de vordering van de Bondsrepubliek Duitsland en de vordering van de derde gecompenseerd.

b. Het Koninkrijk der Nederlanden maakt in overeenstemming met administratieve overeenkomsten en op verzoek van de Bondsrepubliek Duitsland namens de Bondsrepubliek Duitsland vorderingen geldend tegen in het Koninkrijk der Nederlanden verblijvende personen, welke vorderingen voortvloeien uit schade die aldaar aan de Bondsrepubliek Duitsland is toegebracht; dit is niet van toepassing op contractuele vorderingen. De kosten die het Koninkrijk der Nederlanden bij het geldend maken van vorderingen maakt, worden, voor zover zij de algemene administratieve kosten te boven gaan, door de Bondsrepubliek Duitsland vergoed.

(8)

- a) Mit Ausnahme von Fällen, in denen nicht festgestellt werden kann, ob die niederländische Truppe oder die Bundeswehr für den Verlust oder Schaden verantwortlich ist, stellt die Bundeswehr Bescheinigungen über die in Artikel VIII Absatz 8 des NATO-Truppenstatuts genannten Fragen aus; auf Ersuchen der niederländischen Behörde überprüft sie diese Bescheinigungen, falls eine niederländische Behörde oder ein niederländisches Gericht bei der Prüfung des Entschädigungsantrags zu der Ansicht gelangt, daß Umstände vorliegen, die zu einer von dem Inhalt der Bescheinigung abweichenden Beurteilung der Frage führen können.
- b) Bleibt eine Meinungsverschiedenheit bestehen, die nicht in weiteren, zwischen den beiden Parteien auf höherer Ebene geführten Erörterungen beseitigt werden kann, so ist das in Artikel VIII Absatz 8 des NATO-Truppenstatuts vorgesehene Verfahren anzuwenden.
- c) Die niederländischen Behörden oder Gerichte treffen ihre Entscheidung auf der Grundlage der Bescheinigung oder gegebenenfalls der Entscheidung des Schiedsrichters.

(9)

- a) Artikel VIII des NATO-Truppenstatuts und dieser Artikel werden auf die Schäden angewendet, die nach dem Inkrafttreten dieses Abkommens verursacht werden oder als nach diesem Zeitpunkt verursacht gelten.
- b) Auf Schäden, die vor dem Inkrafttreten dieses Abkommens verursacht worden sind oder als vor diesem Zeitpunkt verursacht gelten, werden die bis dahin geltenden Vorschriften weiter angewendet.

(10) Zur Regelung des Verfahrens zwischen den niederländischen Behörden und den Behörden der Bundeswehr bei der Abgeltung von Schäden werden Verwaltungsabkommen geschlossen.

Artikel 30

Manöver und andere Übungen

(1) Soweit die Bundeswehr ihre Ausbildung nicht ohne Beeinträchtigung ihrer Ausbildungsziele auf den ihr zur ausschließlichen Benutzung oder Mitbenutzung überlassenen Liegenschaften durchführen kann, hat sie auf der Grundlage dieses Artikels vorbehaltlich der Zustimmung des niederländischen Verteidigungsministers das Recht, außerhalb dieser Liegenschaften Manöver und andere Übungen in dem Umfang durchzuführen, der zur Erfüllung ihrer Aufgabe erforderlich ist. Die Entscheidung des niederländischen Verteidigungsministers wird unter angemessener Abwägung aller Gesichtspunkte getroffen, die sich aus mehrseitigen oder zweiseitigen Vereinbarungen ergeben, denen das Königreich der Niederlande und die Bundesrepublik Deutschland als Vertragsstaat angehören; hierzu gehören die durch den Obersten Befehlshaber der Verbündeten Streitkräfte in Europa und andere Behörden der Nordatlantikvertragsorganisation oder durch zuständige europäische Stellen festgelegten Ausbildungserfordernisse. Die Durchführung von oder Teilnahme an Manövern und anderen Übungen nach diesem Artikel durch Truppenteile, die zu diesem Zwecke in das Königreich der Niederlande kommen, bedarf der Zustimmung der zuständigen niederländischen Behörden. Die Verfahren zur Anmeldung, Koordination und Genehmigung von Manövern und anderen Übungen werden durch ein gesondertes Abkommen geregelt.

(2) Für die Abhaltung von Manövern und anderen Übungen nach Absatz 1 gelten die maßgebenden Vorschriften des niederländischen Rechts. Über diese Vorschriften erteilen oder vermitteln die niederländischen militärischen Behörden auf Ersuchen der Behörden der Bundeswehr Auskunft. Die zuständigen niederländischen Behörden nehmen rechtzeitig mit den Behörden der Bundesrepublik Deutschland Erörterungen auf über vorgesehene grundlegende Änderungen des niederländischen Rechts, welche die Abhaltung von Manövern und anderen Übungen wesentlich beeinträchtigen können.

8.

- a. Behalve in gevallen waarin het niet mogelijk is vast te stellen of de Nederlandse krijgsmacht of de Bundeswehr voor het verlies of de schade verantwoordelijk is, verstrekt de Bundeswehr een verklaring inzake de in artikel VIII, achtste lid, van het NAVO-Status Verdrag bedoelde vragen; zij neemt op verzoek van de Nederlandse autoriteiten een zodanige verklaring opnieuw in beschouwing indien gedurende het onderzoek van een vordering een Nederlandse autoriteit of een Nederlandse rechtbank tot het inzicht mocht komen dat er omstandigheden bestaan die tot een ander oordeel zouden kunnen leiden dan in de verklaring is neergelegd.
- b. Indien er een verschil van mening blijft bestaan dat niet kan worden opgelost door middel van nadere besprekingen tussen de twee partijen op hoger niveau, wordt de procedure gevolgd die is neergelegd in artikel VIII, achtste lid, van het NAVO-Status Verdrag.
- c. De Nederlandse autoriteiten of rechtbanken nemen hun beslissingen op grond van de verklaring onderscheidenlijk de beslissing van de arbiter.

9.

- a. De bepalingen van artikel VIII van het NAVO-Status Verdrag en van dit artikel zijn van toepassing op schades die zijn veroorzaakt of worden geacht te zijn veroorzaakt na de inwerkingtreding van deze Overeenkomst.
- b. Schades die zijn veroorzaakt vóór de inwerkingtreding van deze Overeenkomst of die worden geacht voordien te zijn veroorzaakt, worden behandeld in overeenstemming met de regelingen die tot dat tijdstip van toepassing waren.

10. Ter regeling van de tussen de Nederlandse autoriteiten en de autoriteiten van de Bundeswehr te volgen procedure bij de afwikkeling van schadevorderingen worden administratieve overeenkomsten gesloten.

Artikel 30

Manoeuvres en andere oefeningen

1. Voor zover de Bundeswehr haar oefenprogramma niet kan uitvoeren op de haar voor uitsluitend gebruik of medegebruik ter beschikking gestelde onroerende goederen, zonder aan de oefeningsdoeleinden afbreuk te doen, heeft de Bundeswehr op grond van dit artikel het recht, onder voorbehoud van toestemming van de Nederlandse minister van Defensie, buiten deze onroerende goederen manoeuvres en andere oefeningen uit te voeren in de mate die nodig is ter vervulling van haar taak. De beslissing van de Nederlandse minister van Defensie wordt genomen nadat naar behoren rekening is gehouden met alle aspecten die voortvloeien uit multilaterale of bilaterale overeenkomsten waarbij het Koninkrijk der Nederlanden en de Bondsrepubliek Duitsland partij zijn, met inbegrip van de door de Geallieerde Opperbevelhebber in Europa of andere autoriteiten van de Noord-Atlantische Verdragsorganisatie of de bevoegde Europese autoriteiten vastgestelde oefeningseisen. Voor het uitvoeren van of de deelneming aan manoeuvres of andere oefeningen in overeenstemming met dit artikel door onderdelen van de krijgsmacht die voor dit doel naar het Koninkrijk der Nederlanden komen, is de toestemming van de bevoegde Nederlandse autoriteiten vereist. De procedures voor kennisgeving, coördinatie en goedkeuring van manoeuvres en andere oefeningen worden geregeld in een afzonderlijke overeenkomst.

2. Op het uitvoeren van manoeuvres en andere oefeningen in overeenstemming met het eerste lid van dit artikel zijn de desbetreffende bepalingen van de Nederlandse wetgeving van toepassing. Op verzoek van de autoriteiten van de Bundeswehr verstreken de Nederlandse militaire autoriteiten informatie over deze bepalingen of doen zij deze verstrekken. De bevoegde Nederlandse autoriteiten voeren tijdig besprekingen met de autoriteiten van de Bondsrepubliek Duitsland over verwachte fundamentele wijzigingen in Nederlandse wettelijke bepalingen die wezenlijk afbreuk kunnen doen aan het uitvoeren van manoeuvres en andere oefeningen.

Artikel 31**Manöver und Übungen im Luftraum**

(1) Die Bundeswehr hat auf der Grundlage dieses Artikels vorbehaltlich der Zustimmung der zuständigen niederländischen Behörden das Recht, Manöver und andere Übungen im Luftraum des Königreichs der Niederlande in dem Umfang durchzuführen, der zur Erfüllung ihrer Aufgabe erforderlich ist. Die Entscheidung der zuständigen niederländischen Behörden wird unter angemessener Abwägung aller Gesichtspunkte getroffen, die sich aus mehrseitigen oder zweiseitigen Vereinbarungen ergeben, denen die Bundesrepublik Deutschland und das Königreich der Niederlande als Vertragsstaat angehören; hierzu gehören die durch den Obersten Befehlshaber der Verbündeten Streitkräfte in Europa und andere Behörden der Nordatlantikvertragsorganisation oder durch zuständige europäische Stellen festgelegten Ausbildungsanfordernisse.

(2) Für die Abhaltung von Manövern und anderen Übungen nach Absatz 1 gelten die niederländischen Vorschriften über den Einflug in den niederländischen Luftraum und seine Benutzung sowie die Inanspruchnahme von Anlagen und Einrichtungen der Luftfahrt sowie die geltenden Anmelde-, Zustimmungs- und Koordinierungsverfahren, wie sie in den entsprechenden Gesetzen, sonstigen Vorschriften und Veröffentlichungen enthalten sind. Die zuständigen niederländischen Behörden nehmen rechtzeitig mit den Behörden der Bundesrepublik Deutschland Erörterungen auf über vorgesehene Änderungen der niederländischen Vorschriften oder Verwaltungsbestimmungen betreffend den Einflug in den niederländischen Luftraum und seine Benutzung sowie die Inanspruchnahme von Einrichtungen und Anlagen der Luftfahrt. Die Vertragsstaaten bedienen sich der in diesem Bereich zuständigen Organisationen, um solche Änderungen zu erörtern.

(3) Für Außenlandungen sowie für Fallschirmabsprünge und -abwürfe auf Liegenschaften, die der Bundeswehr nicht zur ständigen Benutzung überlassen worden sind, gilt Artikel 30.

(4) Niederländische Vorschriften über den Einflug in den niederländischen Luftraum, seine Benutzung und die Inanspruchnahme von Anlagen und Einrichtungen der Luftfahrt sowie die geltenden Anmelde-, Zustimmungs- und Koordinierungsverfahren, wie sie in den entsprechenden Gesetzen, sonstigen Vorschriften und Veröffentlichungen enthalten sind, umfassen das Luftverkehrsgesetz in seiner jeweils geltenden Fassung und die hierzu erlassenen Verordnungen und Verwaltungsregelungen ziviler und militärischer Art sowie die in dem AFCENT LOW FLYING HANDBOOK oder einer entsprechenden Nachfolgepublikation veröffentlichten einschlägigen Verfahren und innerstaatlichen Vorschriften. Neben den Bestimmungen dieses Artikels gelten Vereinbarungen – nebst etwaigen zukünftigen Änderungen – über die Durchführung von Manövern und anderen Übungen in niederländischem Luftraum, die das Königreich der Niederlande und die Bundesrepublik Deutschland geschlossen haben oder schließen werden, so lange fort, bis sie ersetzt oder gekündigt werden.

(5) Zu den in Absatz 2 genannten zuständigen Organisationen gehören auch die AFCENT LOW FLYING WORKING GROUP oder eine entsprechende Nachfolgeorganisation.

Artikel 32**Sach- und Dienstleistungen**

(1) Das Königreich der Niederlande gewährt der Bundeswehr auf dem Gebiet der Lieferungen und Leistungen keine ungünstigere Behandlung als der niederländischen Truppe.

(2) Im Hinblick auf gegebenenfalls erforderliche Maßnahmen im Sinne von Artikel IX Absatz 2 Satz 2 des NATO-Truppenstatuten teilen die Behörden der Bundeswehr den niederländischen

Artikel 31**Manoeuvres en andere oefeningen in het luchtruim**

1. De Bundeswehr heeft op grond van dit artikel het recht, onder voorbehoud van toestemming van de bevoegde Nederlandse autoriteiten, in het luchtruim van het Koninkrijk der Nederlanden manoeuvres en andere oefeningen uit te voeren in de mate die nodig is ter vervulling van haar taak. De beslissing van de bevoegde Nederlandse autoriteiten wordt genomen nadat naar behoren rekening is gehouden met alle aspecten die voortvloeien uit multilaterale of bilaterale overeenkomsten waarbij het Koninkrijk der Nederlanden en de Bondsrepubliek Duitsland partij zijn, met inbegrip van de door de Geïlleerde Opperbevelhebber in Europa en andere autoriteiten van de Noord-Atlantische Verdragsorganisatie of de bevoegde Europese autoriteiten vastgestelde opleidingseisen.

2. Op het uitvoeren van manoeuvres en andere oefeningen in overeenstemming met het eerste lid van dit artikel zijn de Nederlandse voorschriften inzake het binnenvliegen en het gebruik van het Nederlandse luchtruim en inzake het gebruik van luchtvaartinstallaties en -inrichtingen van toepassing, alsmede de toepasselijke procedures betreffende kennisgeving, goedkeuring en coördinatie als vervat in de desbetreffende wetten, voorschriften en bekendmakingen. De bevoegde Nederlandse autoriteiten voeren tijdig besprekingen met de autoriteiten van de Bondsrepubliek Duitsland over verwachte wijzigingen in Nederlandse voorschriften of administratieve bepalingen betreffende het binnenvliegen en het gebruik van het Nederlandse luchtruim en het gebruik van luchtvaartinstallaties en -inrichtingen. De Overeenkomstsluitende Staten wenden zich tot de op dit terrein bevoegde organisaties om die wijzigingen te bespreken.

3. De bepalingen van artikel 30 zijn zowel van toepassing op landingen buiten de luchtvaartterreinen als op parachutesprongen of het afwerpen van voorwerpen per parachute op terreinen die niet voor permanent gebruik ter beschikking van de Bundeswehr zijn gesteld.

4. Nederlandse voorschriften inzake het binnenvliegen en het gebruik van het Nederlandse luchtruim en het gebruik van luchtvaartinstallaties en -inrichtingen, alsmede de toepasselijke procedures betreffende kennisgeving, goedkeuring en coördinatie als vervat in de desbetreffende wetten, voorschriften en bekendmakingen omvatten mede de wetgeving inzake het luchtverkeer in de dan van kracht zijnde versie, en de uit hoofde daarvan uitgevaardigde voorschriften, civiele en militaire administratieve regels, alsook relevante procedures en nationale voorschriften als bekendgemaakt in het AFCENT LOW FLYING HANDBOOK of latere publicaties. Naast de bepalingen van dit artikel zijn overeenkomsten – en eventuele toekomstige wijzigingen daarop – inzake het uitvoeren van manoeuvres en andere oefeningen in het Nederlandse luchtruim die het Koninkrijk der Nederlanden en de Bondsrepubliek Duitsland hebben gesloten of zullen sluiten van toepassing, totdat deze worden vervangen of opgezegd.

5. De in het tweede lid van dit artikel genoemde bevoegde organisaties omvatten mede de AFCENT LOW FLYING WORKING GROUP of een organisatie waardoor deze wordt opgevolgd.

Artikel 32**Levering van goederen en diensten**

1. Ter zake van de levering van goederen en diensten doet het Koninkrijk der Nederlanden de Bundeswehr een behandeling ten deel vallen die niet minder gunstig is dan die welke de Nederlandse strijdkrachten ontvangen.

2. Met het oog op de maatregelen die eventueel ingevolge het bepaalde in artikel IX, tweede lid, tweede volzin, van het NAVO-Status Verdrag noodzakelijk blijken, delen de autoriteiten van de

Behörden auf Antrag ihren Bedarf auf bestimmten Gebieten der Beschaffung mit.

(3) Die Bundeswehr kann die von ihr benötigten Lieferungen und Leistungen entweder unmittelbar beschaffen oder nach vorheriger Vereinbarung durch die zuständigen niederländischen Behörden beschaffen lassen. Die Durchführung von Verkehrsleistungen ist in Artikel 41 geregelt.

(4) Beschaffen die Behörden der Bundeswehr unmittelbar, so

- a) können sie dies nach dem bei ihnen üblichen Verfahren tun, jedoch unter Beachtung der im Königreich der Niederlande für öffentliche Aufträge anzuwendenden Grundsätze, die sich aus den Vorschriften über den Wettbewerb, über die Berücksichtigung bevorzugter Bewerber sowie über die Preise bei öffentlichen Aufträgen ergeben;
- b) unterrichten sie die niederländischen Behörden über Gegenstand und Umfang des Auftrags, den Namen des Auftragnehmers und den vereinbarten Preis, sofern es sich nicht um geringfügige Aufträge handelt.

(5) Beschaffen die Behörden der Bundeswehr durch die niederländischen Behörden, so

- a) geben sie diesen rechtzeitig ihren Bedarf mit allen Einzelheiten, vor allem mit den technischen Angaben und den besonderen Lieferungs- und Zahlungsbedingungen, bekannt;
- b) werden die Verträge über Lieferungen und Leistungen zwischen den niederländischen Behörden und dem Auftragnehmer abgeschlossen; die niederländischen Rechts- und Verwaltungsvorschriften für öffentliche Aufträge sind anzuwenden;
- c) beteiligen die niederländischen Behörden, unbeschadet ihrer ausschließlichen Zuständigkeit gegenüber dem Auftragnehmer, die Behörden der Bundeswehr an dem Beschaffungsverfahren, soweit es erforderlich ist, um deren Interessen angemessen zu berücksichtigen; insbesondere wird der Auftrag nicht erteilt oder nicht geändert ohne schriftliche Zustimmung der Behörden der Bundeswehr; vorbehaltlich abweichender Vereinbarung erfolgt die Abnahme gemeinsam;
- d) ersetzt die Bundesrepublik Deutschland dem Königreich der Niederlande
 - alle Aufwendungen, zu denen sie nach niederländischem Recht betreffend öffentlicher Aufträge verpflichtet ist, jedoch Aufwendungen auf Grund eines außergerichtlichen Vergleichs nur dann, wenn die Bundeswehr ihm zugestimmt hat;
 - Zahlungen, die mit Zustimmung der Bundeswehr ohne Anerkennung einer Rechtspflicht geleistet werden;
 - Aufwendungen, die aus Maßnahmen der niederländischen Behörden zur Wahrnehmung der Interessen der Bundeswehr in Notfällen entstehen und nicht vom Auftragnehmer zu tragen sind;
- e) stellen sie die erforderlichen Mittel zu einem Zeitpunkt zur Verfügung, der die Zahlung bei Fälligkeit ermöglicht;
- f) sind sie nach Maßgabe zu schließender Vereinbarungen berechtigt, die Unterlagen über die von den zuständigen niederländischen Zahlstellen geleisteten Zahlungen zu prüfen;
- g) werden die Einzelheiten des Verfahrens nach den Buchstaben a, c, d, e und f durch Verwaltungsabkommen zwischen den niederländischen Behörden und den Behörden

Bundeswehr aan de Nederlandse autoriteiten – indien deze hierom verzoeken – hun behoeften op bepaalde gebieden van voorrading mede.

3. De Bundeswehr kan zich de goederen en diensten die zij nodig heeft hetzij rechtstreeks, hetzij – na voorafgaande afspraak – door bemiddeling van de bevoegde Nederlandse autoriteiten verschaffen. De uitvoering van vervoersdiensten is geregeld in artikel 41.

4. Indien de autoriteiten van de Bundeswehr zich rechtstreeks goederen en diensten verschaffen,

- a. kunnen zij de bij hen gebruikelijke procedure volgen, mits met inachtneming van de in het Koninkrijk der Nederlanden geldende beginselen met betrekking tot aanschaffingen voor de openbare dienst, welke beginselen zijn neergelegd in de voorschriften inzake de mededinging, preferente inschrijvers en de prijzen die van toepassing zijn op aanschaffingen voor de openbare dienst;
- b. stellen zij de Nederlandse autoriteiten in kennis van de aard en de omvang van de bestelling, de naam van de leverancier en de overeengekomen prijs, tenzij het bestellingen van ondergeschikt belang betreft.

5. Indien de autoriteiten van de Bundeswehr zich goederen en diensten verschaffen door bemiddeling van de Nederlandse autoriteiten,

- a. delen zij hun behoeften tijdig en in bijzonderheden mede aan de Nederlandse autoriteiten, onder vermelding van met name de technische specificaties en de bijzondere voorwaarden inzake aflevering en betaling;
- b. worden de contracten met betrekking tot goederen en diensten gesloten tussen de Nederlandse autoriteiten en de leveranciers; de Nederlandse wettelijke en administratieve voorschriften inzake aanschaffingen voor de openbare dienst zijn van toepassing;
- c. staan de Nederlandse autoriteiten – onverminderd hun uitsluitende bevoegdheid tegenover de leverancier – aan de autoriteiten van de Bundeswehr toe deel te nemen aan het sluiten en uitvoeren van contracten voor zover dit nodig is om hun belangen voldoende tot hun recht te doen komen; in het bijzonder worden geen contracten gesloten of gewijzigd zonder schriftelijke toestemming van de autoriteiten van de Bundeswehr; de afname van de goederen en diensten geschiedt gemeenschappelijk, tenzij anders is overeengekomen;
- d. betaalt de Bondsrepubliek Duitsland aan het Koninkrijk der Nederlanden terug:
 - alle uitgaven die volgens de Nederlandse wetgeving met betrekking tot aanschaffingen voor de openbare dienst ten laste komen van het Koninkrijk der Nederlanden, met dien verstande dat uitgaven ten gevolge van een buitenrechtelijk akkoord alleen worden terugbetaald indien de Bundeswehr in het sluiten van het akkoord heeft toegestemd;
 - onverschuldigde betalingen gedaan met toestemming van de Bundeswehr;
 - uitgaven voortvloeiende uit maatregelen door de Nederlandse autoriteiten in noodgevallen genomen ter bescherming van de belangen van de Bundeswehr, voor zover deze uitgaven niet ten laste gebracht kunnen worden van de leverancier;
- e. stellen de autoriteiten van de Bundeswehr de noodzakelijke geldmiddelen zo tijdig beschikbaar, dat de betalingen op de vervaldagen kunnen plaatsvinden;
- f. zijn de autoriteiten van de Bundeswehr gerechtigd om op een schriftelijk nader overeen te komen wijze de bescheiden met betrekking tot betalingen verricht door de daartoe bevoegde Nederlandse instanties te verifiëren;
- g. worden de details van de in dit lid onder a, c, d, e en f bedoelde procedures geregeld bij administratieve overeenkomsten tussen de Nederlandse autoriteiten en de autoriteiten van de

der Bundeswehr geregelt, insbesondere mit dem Ziel, eine fristgemäße Durchführung des Beschaffungsverfahrens sicherzustellen.

Artikel 33 Liegenschaftsbedarf

(1)

- a) Der Liegenschaftsbedarf der Bundeswehr wird nach Maßgabe des NATO-Truppenstatuts und dieses Abkommens gedeckt.
- b) Der Liegenschaftsbedarf der Bundeswehr wird bei den niederländischen Behörden in regelmäßigen Abständen in Form von Programmen angemeldet. Außerhalb dieser Programme melden die Behörden der Bundeswehr Liegenschaftsbedarf nur in dringenden Fällen an. Die Anmeldungen enthalten im einzelnen die von der Bundeswehr aufgestellten näheren Angaben, insbesondere über das ungefähre Gebiet, die Größe, den vorgesehenen Verwendungszweck, die voraussichtliche Dauer des Bedarfs und die Bereitstellungsfristen.
- c) Über die Deckung des Liegenschaftsbedarfs werden Vereinbarungen zwischen den Behörden der Bundeswehr und den niederländischen Behörden geschlossen. Diese Vereinbarungen erstrecken sich auch auf den Zugang zu den Liegenschaften (Straßen-, Schienen- oder Wasserweg) sowie gegebenenfalls auf die in Artikel 45 bezeichneten Kosten. Die niederländischen Behörden führen die nach den Vereinbarungen zu treffenden Maßnahmen durch.
- d) Die niederländischen Behörden benennen auf Antrag die Betriebe, denen die Versorgung der Bundeswehr mit Wasser, Gas und Elektrizität sowie die Abwasserbehandlung obliegt und mit denen Verträge geschlossen werden können. Soweit der Bedarf der Bundeswehr nicht im Wege von Verträgen zwischen den Behörden der Bundeswehr und den betreffenden Betrieben gedeckt werden kann, wird zwischen den niederländischen Behörden und den Behörden der Bundeswehr, wenn letztere es beantragen, eine Vereinbarung über die Deckung dieses Bedarfs geschlossen. Die niederländischen Behörden treffen geeignete Maßnahmen, um die Durchführung der Vereinbarung sicherzustellen; hierunter fällt gegebenenfalls auch der Abschluß von Verträgen.

(2) Über die der Bundeswehr nach Maßgabe von Absatz 1 zu überlassenden Liegenschaften werden schriftliche Überlassungsvereinbarungen geschlossen, die Angaben über Größe, Art, Lage, Zustand und Ausstattung der Liegenschaft sowie über die Einzelheiten ihrer Benutzung enthalten. Die Liegenschaften werden ausschließlich der Bundeswehr zur Belegung und Benutzung überlassen, soweit nicht zwischen den niederländischen Behörden und den Behörden der Bundeswehr etwas anderes vereinbart wird.

(3) Die Bundeswehr ist für die zur ordnungsgemäßen Erhaltung der ihr überlassenen Liegenschaften erforderliche Instandsetzung und Instandhaltung verantwortlich, es sei denn, daß bei entgeltlich überlassenen Liegenschaften in den gemäß Absatz 2 geschlossenen Überlassungsvereinbarungen etwas anderes vereinbart ist.

(4) Für die Rückgabe von Liegenschaften durch die Bundeswehr gilt folgendes:

- a) Die Behörden der Bundeswehr überprüfen laufend ihren Bedarf an Liegenschaften, um eine Beschränkung der von ihnen benutzten Liegenschaften an Zahl und Umfang auf das erforderliche Mindestmaß zu gewährleisten. Darüber hinaus überprüfen sie ihren Bedarf in besonderen Einzelfällen auf Verlangen der niederländischen Behörden. Unbeschadet etwaiger besonderer Vereinbarungen über die Benutzungs-

Bundeswehr, in het bijzonder ter verzekering van uitvoering van de aanschaffings-procedure binnen de gestelde termijn.

Artikel 33 Behoeftte aan onroerende goederen

1.

- a. In de behoeften van de Bundeswehr aan onroerende goederen wordt voorzien in overeenstemming met het NAVO-Status Verdrag en de bepalingen van deze Overeenkomst.
- b. De behoeften van de Bundeswehr aan onroerende goederen worden door middel van periodiek in te dienen schema's ter kennis gebracht van de Nederlandse autoriteiten. Buiten deze schema's delen de autoriteiten van de Bundeswehr slechts in noodgevallen hun behoeften aan onroerende goederen mede. Deze mededelingen behelzen door de Bundeswehr vastgestelde gedetailleerde gegevens die in het bijzonder betrekking hebben op de bij benadering aangegeven ligging van het gebied, de omvang, het voorgestelde gebruik, de geschatte duur van de behoefte en de data waarop de onroerende goederen ter beschikking moeten worden gesteld.
- c. De autoriteiten van de Bundeswehr sluiten met de Nederlandse autoriteiten overeenkomsten inzake de voorziening in hun behoeften aan onroerende goederen. Deze overeenkomsten strekken zich tevens uit tot de toegang tot de onroerende goederen (wegen, spoorwegen of waterwegen) en, in voorkomende gevallen, tot de kosten bedoeld in artikel 45. De Nederlandse autoriteiten voeren de ingevolge deze overeenkomsten te treffen maatregelen uit.
- d. De Nederlandse autoriteiten wijzen op verzoek de ondernemingen aan die verantwoordelijk zijn voor de levering aan de Bundeswehr van water, gas en elektriciteit of voor de afvoer van afvalwater, met welke ondernemingen contracten kunnen worden gesloten. Voor zover in de behoeften van de Bundeswehr niet kan worden voorzien door middel van contracten tussen de autoriteiten van de Bundeswehr en de betrokken ondernemingen, wordt inzake de voorziening in deze behoeften een overeenkomst gesloten tussen de Nederlandse autoriteiten en de autoriteiten van de Bundeswehr, indien laatstgenoemden hierom verzoeken. De Nederlandse autoriteiten nemen passende maatregelen om de nakoming van deze overeenkomst te verzekeren, zo nodig door het sluiten van contracten.

2. Met betrekking tot de overeenkomstig het eerste lid aan de Bundeswehr ter beschikking te stellen onroerende goederen worden speciale schriftelijke overeenkomsten gesloten; deze overeenkomsten bevatten gegevens betreffende de omvang, de aard, de plaats, de toestand en de inventaris van de onroerende goederen, alsmede de bijzonderheden betreffende het gebruik ervan. De onroerende goederen worden uitsluitend aan de Bundeswehr voor legering en gebruik ter beschikking gesteld, voor zover niet anders is overeengekomen tussen de Nederlandse autoriteiten en de autoriteiten van de Bundeswehr.

3. De Bundeswehr is verantwoordelijk voor de uitvoering van de herstel- en onderhoudswerkzaamheden die nodig zijn om de ter beschikking gestelde onroerende goederen in goede staat van onderhoud te houden, tenzij met betrekking tot de tegen betaling ter beschikking gestelde onroerende goederen in de overeenkomsten gesloten ingevolge het tweede lid anders is bepaald.

4. De volgende bepalingen zijn van toepassing op de teruggave van onroerende goederen door de Bundeswehr:

- a. De autoriteiten van de Bundeswehr controleren voortdurend hun behoeften aan onroerende goederen, teneinde te verzekeren dat het aantal en de omvang van de door hen gebruikte onroerende goederen worden beperkt tot het minimaal vereiste. Bovendien verifiëren zij op verzoek van de Nederlandse autoriteiten hun behoeften in individuele gevallen. Behoudens eventuele bijzondere overeenkomsten inzake de

dauer werden Liegenschaften, die nicht mehr benötigt werden oder für die eine Ersatzliegenschaft, die den Bedürfnissen der Bundeswehr entspricht, verfügbar gemacht wird, nach vorheriger Mitteilung an die niederländischen Behörden unverzüglich zurückgegeben.

- b) Absatz a gilt entsprechend, wenn die Bundeswehr eine Liegenschaft nicht mehr in vollem Umfange benötigt und eine Teilrückgabe möglich ist.
- c) Unbeschadet Buchstabe a tragen die Behörden der Bundeswehr in Fällen, in denen unter Berücksichtigung der gemeinsamen Verteidigungsaufgabe eindeutig ein überwiegendes niederländisches Interesse an der Benutzung einer Liegenschaft besteht, Freigabeanträgen der niederländischen Behörden in angemessener Weise Rechnung.
- d) Liegenschaften, die nach dem Inkrafttreten dieses Abkommens der Bundeswehr für einen begrenzten Zeitraum überlassen worden sind, werden mit dem Ablauf dieses Zeitraums zurückgegeben, wenn dessen Begrenzung in Übereinstimmung mit den bei der Anmeldung des Liegenschaftsbedarfs von den Behörden der Bundeswehr gemachten Angaben erfolgt ist; die Benutzungsdauer kann verlängert werden, soweit entweder der Eigentümer oder sonstige Berechtigte mit einer weiteren Benutzung der Liegenschaft einverstanden ist oder eine Inanspruchnahme nach der niederländischen Leistungsgesetzgebung zulässig ist.
- e) Gegenstände, die zusammen mit einer Liegenschaft in Anspruch genommen worden sind und sich noch darin befinden, werden gleichzeitig mit ihr freigegeben, sofern sich nicht der Eigentümer mit einer anderen Regelung einverstanden erklärt.

Artikel 34

Baumaßnahmen

(1) Die Programme für die zur Deckung des Bedarfs der Bundeswehr erforderlichen Bauvorhaben werden den zuständigen niederländischen Behörden von den Behörden der Bundeswehr übermittelt.

(2) Baumaßnahmen werden nach Maßgabe der geltenden niederländischen Rechts- und Verwaltungsvorschriften und besonderer Verwaltungsabkommen durch die zuständigen niederländischen Behörden durchgeführt. Bei der Durchführung dieser Baumaßnahmen finden auf Ersuchen deutsche Bauvorschriften Beachtung, soweit diese auf dem Gebiet der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Einzelfall höhere Anforderungen stellen als die niederländischen Vorschriften.

(3) Werden Arbeiten im Sinne des Absatzes 2 für die Bundeswehr von den niederländischen Behörden durchgeführt, so

- a) können die Behörden der Bundeswehr sich je nach Bedarf an der Ausarbeitung der Entwürfe beteiligen oder die Entwürfe und Baubeschreibungen selbst zur Verfügung stellen;
- b) werden Art, Inhalt und Umfang der zu erstellenden Bauunterlage zwischen den niederländischen Behörden und den Behörden der Bundeswehr vereinbart;
- c) wird der Zuschlag erst erteilt, wenn die Behörden der Bundeswehr der Vergabeunterlage schriftlich zugestimmt haben;
- d) dürfen die Behörden der Bundeswehr an Überprüfungen von Bauarbeiten teilnehmen, haben Zugang zu den Bauplänen und allen einschlägigen Bauunterlagen und Abrechnungen und beteiligen sich an der Übergabe;
- e) entlassen die niederländischen Behörden den Auftragnehmer aus seinen vertraglichen Verpflichtungen erst nach schriftlicher Zustimmung der Behörden der Bundeswehr;

duur van het gebruik worden onroerende goederen die niet langer nodig zijn of waarvoor andere onroerende goederen die in de behoeften van de Bundeswehr voorzien ter beschikking zijn gesteld, na voorafgaande kennisgeving onverwijld aan de Nederlandse autoriteiten teruggegeven.

- b. Het gestelde onder a is van overeenkomstige toepassing indien de Bundeswehr niet meer het gehele onroerende goed nodig heeft en een gedeeltelijke teruggave mogelijk is.
- c. Behoudens het gestelde onder a houden de autoriteiten van de Bundeswehr naar behoren rekening met verzoeken van de Nederlandse autoriteiten om teruggave van een speciaal onroerend goed wanneer het, gelet op de gemeenschappelijke verdedigingstaak, duidelijk is dat het Nederlandse belang bij het gebruik van een dergelijk onroerend goed overheerst.
- d. Onroerende goederen die na de inwerkingtreding van deze Overeenkomst voor een bepaalde termijn aan de Bundeswehr ter beschikking zijn gesteld, worden na afloop van die termijn teruggegeven, mits deze tijdsduur is vastgesteld overeenkomstig de verklaringen door de autoriteiten van de Bundeswehr verstrekt op het tijdstip dat zij hun behoefte aan onroerende goederen mededeelden; de tijdsduur van het gebruik mag worden verlengd voor zover de eigenaar of een andere rechthebbende erin toestemt dan wel vordering is toegestaan ingevolge de Nederlandse vorderingswetgeving.
- e. Voorwerpen die tezamen met onroerende goederen zijn gevorderd en die zich nog in deze onroerende goederen bevinden, worden tegelijk met de onroerende goederen teruggegeven, tenzij de eigenaar met een andere regeling instemt.

Artikel 34

Bouwwerkzaamheden

1. De programma's betreffende de bouwplannen die noodzakelijk zijn om in de behoeften van de Bundeswehr te voorzien, worden door de autoriteiten van de Bundeswehr toegezonden aan de bevoegde Nederlandse autoriteiten.

2. De bouwwerkzaamheden worden uitgevoerd door de bevoegde Nederlandse autoriteiten overeenkomstig de geldende Nederlandse wettelijke bepalingen en administratieve voorschriften en overeenkomstig bijzondere administratieve overeenkomsten. In voorkomend geval worden bij de uitvoering van deze bouwwerkzaamheden op verzoek Duitse bouwvoorschriften in acht genomen, voor zover deze op het gebied van de openbare orde en veiligheid hogere eisen stellen dan de Nederlandse voorschriften.

3. Indien de in het tweede lid van dit artikel bedoelde werkzaamheden ten behoeve van de Bundeswehr worden uitgevoerd door de Nederlandse autoriteiten,

- a. kunnen de autoriteiten van de Bundeswehr wanneer zij zulks noodzakelijk achten deelnemen aan het ontwerpen van de plannen of zelf de plannen en bestekken verstrekken;
- b. worden de aard, de inhoud en de omvang van de op te maken bescheiden inzake de bouw tussen de Nederlandse autoriteiten en de autoriteiten van de Bundeswehr overeengekomen;
- c. geschiedt de gunning eerst nadat de autoriteiten van de Bundeswehr de bescheiden inzake de vergunning schriftelijk hebben goedgekeurd;
- d. wordt aan de autoriteiten van de Bundeswehr toegestaan deel te nemen aan inspecties van bouwwerken en hebben zij toegang tot bouwplannen en alle daarop betrekking hebbende bescheiden en afrekeningen en wonen zij de oplevering bij;
- e. ontslaan de Nederlandse autoriteiten de aannemer eerst van zijn contractuele verplichtingen nadat zij de schriftelijke goedkeuring van de autoriteiten van de Bundeswehr hebben verkregen;

- f) ersetzt die Bundesrepublik Deutschland dem Königreich der Niederlande
- alle Aufwendungen, wenn die Bundeswehr ihnen zugestimmt hat;
 - Zahlungen, die mit Zustimmung der Bundeswehr ohne Anerkennung einer Rechtspflicht geleistet werden;
 - Aufwendungen, die aus Maßnahmen der niederländischen Behörden zur Wahrnehmung der Interessen der Bundeswehr in Notfällen entstehen und nicht vom Auftragnehmer zu tragen sind;
- g) werden die erforderlichen Mittel von den Behörden der Bundeswehr zu einem Zeitpunkt zur Verfügung gestellt, der die Zahlung bei Fälligkeit ermöglicht;
- h) sind die Behörden der Bundeswehr nach Maßgabe zu schließender Vereinbarungen berechtigt, die Unterlagen über die von den zuständigen niederländischen Zahlstellen geleisteten Zahlungen zu prüfen;
- i) entschädigt die Bundesrepublik Deutschland die niederländischen Behörden nach Maßgabe von Verwaltungsabkommen für ihre besonderen, mit der Durchführung der Baumaßnahmen zusammenhängenden Leistungen (Planung, Oberleitung, Bauführung).
- f. betaalt de Bondsrepubliek Duitsland aan het Koninkrijk der Nederlanden terug:
- alle uitgaven, indien de Bundeswehr daarmee heeft ingestemd;
 - onverschuldige betalingen gedaan met toestemming van de Bundeswehr;
 - uitgaven voortvloeiende uit maatregelen door de Nederlandse autoriteiten in noodgevallen genomen ter bescherming van de belangen van de Bundeswehr, voor zover deze uitgaven niet ten laste kunnen worden gebracht van de aannemer;
- g. stellen de autoriteiten van de Bundeswehr de noodzakelijke geldmiddelen zo tijdig beschikbaar dat de betalingen op de vervaldagen kunnen plaatsvinden;
- h. zijn de autoriteiten van de Bundeswehr gerechtigd om op een nader overeen te komen wijze de bescheiden met betrekking tot betalingen verricht door de daartoe bevoegde Nederlandse instanties te verifiëren;
- i. stelt de Bondsrepubliek Duitsland de Nederlandse autoriteiten overeenkomstig administratieve overeenkomsten schadeloos ten aanzien van bijzondere diensten, door de laatstgenoemden in verband met de uitvoering van bouwwerkzaamheden (bouw-plannen, toezicht en inspectie) geleverd.

Artikel 35

Restwertentschädigung

(1) Beabsichtigt die Bundesrepublik Deutschland, Liegenschaften oder andere Vermögenswerte, die rechtlich im Eigentum des Königreichs der Niederlande stehen und die der Bundeswehr zur Benutzung überlassen sind, ganz oder teilweise freizugeben, so erzielen die Behörden der Bundeswehr und die niederländischen Behörden ein Einvernehmen über den zur Zeit der Freigabe gegebenenfalls noch vorhandenen Restwert von Investitionen, die aus Mitteln der Bundesrepublik Deutschland finanziert worden sind. Das Königreich der Niederlande erstattet der Bundesrepublik Deutschland den vereinbarten Restwert. Die Sätze 1 und 2 gelten auch für aus eigenen Mitteln der Bundesrepublik Deutschland beschaffte Ausrüstungsgegenstände und Vorräte, die vereinbarungsgemäß auf einer solchen Liegenschaft zurückbleiben sollen.

(2) Zahlung nach Absatz 1 wird insoweit nicht geleistet, als für Schäden, die an den Liegenschaften oder anderen Vermögenswerten durch die Bundesrepublik Deutschland verursacht worden sind, nach Artikel 29 Entschädigung zu leisten ist oder zu leisten sein würde, wenn auf den Entschädigungsanspruch nicht verzichtet oder die Bundesrepublik Deutschland nicht von der Haftung für Entschädigungsansprüche nach dem genannten Artikel befreit worden wäre.

(3) Die Bundesrepublik Deutschland ist nicht verpflichtet, Investitionen, Ausrüstungsgegenstände oder Vorräte von rechtlich im Eigentum des Königreichs der Niederlande stehenden Liegenschaften oder anderen Vermögenswerten zu entfernen.

(4) Bei der Erzielung des Einvernehmens über den Restwert gehen die niederländischen Behörden von dem militärischen oder wirtschaftlichen Nutzen, den die zurückgelassenen Investitionen, Ausrüstungsgegenstände oder Vorräte für sie selbst haben, oder gegebenenfalls von dem Reinerlös des Verkaufs aus.

Artikel 36

Maßnahmen innerhalb von Liegenschaften

(1) Die Bundeswehr kann innerhalb der ihr zur ausschließlichen Benutzung überlassenen Liegenschaften die zur befriedigenden Erfüllung ihrer Verteidigungspflichten erforderlichen Maßnahmen treffen. Für die Benutzung solcher Liegenschaften gilt das niederländische Recht, soweit in diesem Abkommen und in anderen internationalen Übereinkünften nicht etwas anderes vorgesehen ist und sofern nicht die Organisation, die interne Funktionsweise

Artikel 35

Vergoeding van de restwaarde

1. Indien de Bondsrepubliek Duitsland voornemens is onroerende goederen of andere vermogensbestanddelen die rechtens eigendom zijn van het Koninkrijk der Nederlanden en die de Bundeswehr ter beschikking zijn gesteld, geheel of gedeeltelijk terug te geven, wordt overeenstemming bereikt tussen de autoriteiten van de Bundeswehr en de Nederlandse autoriteiten met betrekking tot de eventuele op het tijdstip van teruggave bestaande restwaarde van verbeteringen die de Bondsrepubliek Duitsland ten laste van eigen fondsen heeft aangebracht. Het Koninkrijk der Nederlanden betaalt de overeengekomen restwaarde aan de Bondsrepubliek Duitsland terug. Het gestelde in de eerste en tweede volzin is eveneens van toepassing op uitrusting en voorraden die de Bondsrepubliek Duitsland uit eigen middelen heeft aangeschaft en die ingevolge overeenkomst bij deze onroerende goederen moeten achterblijven.

2. Betaling ingevolge het eerste lid wordt niet verricht voor zover ingevolge artikel 29 schadevergoeding voor schade door de Bondsrepubliek Duitsland toegebracht aan onroerende goederen of andere vermogensbestanddelen moet worden betaald of zou moeten worden betaald, indien geen afstand van de vordering tot schadevergoeding was gedaan dan wel indien de Bondsrepubliek Duitsland niet van haar aansprakelijkheid voor zodanige vorderingen ingevolge genoemd artikel was bevrijd.

3. De Bondsrepubliek is niet verplicht aangebrachte verbeteringen, uitrustingsgoederen of voorraden van onroerende goederen of andere vermogensbestanddelen, die rechtens eigendom zijn van het Koninkrijk der Nederlanden, te verwijderen.

4. Bij het bereiken van overeenstemming over de restwaarde gaan de Nederlandse autoriteiten uit van het militaire of economische nut dat de achtergelaten verbeteringen, uitrustingsgoederen of voorraden voor henzelf hebben, of van de eventuele netto-opbrengst van de verkoop.

Artikel 36

Maatregelen binnen onroerende goederen

1. De Bundeswehr kan binnen de haar voor uitsluitend gebruik ter beschikking gestelde onroerende goederen ten behoeve van een genoegzame vervulling van haar verdedigingsverplichtingen alle noodzakelijke maatregelen nemen. Op het gebruik van die onroerende goederen is het Nederlandse recht van toepassing, tenzij in deze Overeenkomst en in andere internationale overeenkomsten anders is bepaald en voor zover het niet de organisatie,

und die Führung der Bundeswehr, ihrer Mitglieder und deren Angehöriger sowie andere interne Angelegenheiten, die keine vorhersehbaren Auswirkungen auf die Rechte Dritter oder auf umliegende Gemeinden und die Öffentlichkeit im allgemeinen haben, betroffen sind. Die zuständigen niederländischen Behörden und die Behörden der Bundeswehr konsultieren einander und arbeiten zusammen, um auftretende Meinungsverschiedenheiten beizulegen.

(2) Absatz 1 Satz 1 gilt entsprechend für Maßnahmen im Luftraum über den Liegenschaften, vorausgesetzt, daß Maßnahmen, welche zu Störungen des Luftverkehrs führen können, nur in Koordination mit den niederländischen Behörden getroffen werden.

(3) Die Benutzung von Truppenübungsplätzen, Standortübungsplätzen und Standort-schießanlagen durch Truppenteile, die zu Übungs- und Ausbildungszwecken in das Königreich der Niederlande gebracht werden, ist den zuständigen niederländischen Behörden vorher zur Zustimmung anzuzeigen. Die Zustimmung gilt als erteilt, wenn die niederländischen Behörden nicht innerhalb von 45 Tagen nach Eingang der Anzeige widersprechen.

(4) Einzelheiten der Benutzung von Truppenübungsplätzen, Luft-/Bodenschießplätzen, Standortübungsplätzen und Standort-schießanlagen sowie des nach Absatz 3 vorgesehenen Anzeige- und Zustimmungsverfahrens werden durch Verwaltungsabkommen geregelt.

(5) Die Behörden der Bundeswehr gewähren den zuständigen niederländischen Behörden jede angemessene Unterstützung, die zur Wahrnehmung der niederländischen Belange erforderlich ist, einschließlich des Zutritts zu den Liegenschaften nach vorheriger Anmeldung, damit sie ihre Amtspflichten erfüllen können. Die für die Liegenschaften zuständigen niederländischen Behörden sind den Behörden der Bundeswehr auf deren Ersuchen behilflich. In Eilfällen und bei Gefahr im Verzuge ermöglichen die Behörden der Bundeswehr den sofortigen Zutritt ohne vorherige Anmeldung. Die Behörden der Bundeswehr entscheiden in jedem Fall, ob sie die niederländischen Behörden begleiten.

(6) In allen Fällen des Zutritts werden die Erfordernisse der militärischen Sicherheit berücksichtigt, insbesondere die Unverletzlichkeit von Räumen, Einrichtungsgegenständen und Schriftstücken, die der Geheimhaltung unterliegen.

(7) Die Behörden der Bundeswehr und die niederländischen Behörden gestalten den Zutritt so, daß weder die Wahrnehmung niederländischer Belange noch im Gang befindliche oder bereits angesetzte militärische Übungen in unangemessener Weise beeinträchtigt werden.

(8) Sollte in den Fällen der Absätze 5 bis 7 keine Einigung erzielt werden, so werden auf beiden Seiten die zuständigen höheren Behörden befaßt.

Artikel 37

Verfahrensbeteiligung niederländischer Behörden

(1) Soweit niederländisches Recht im Zusammenhang mit der Benutzung von Liegenschaften im Sinne des Artikels 36 Anwendung findet und vorschreibt, daß eine besondere Erlaubnis, Zulassung oder sonstige öffentlich-rechtliche Genehmigung einzuholen ist, stellen die niederländischen Behörden in Zusammenarbeit und im Benehmen mit den Behörden der Bundeswehr die erforderlichen Anträge und betreiben die diesbezüglichen Verwaltungs- und Gerichtsverfahren für die Bundeswehr.

(2) Absatz 1 findet auch Anwendung, wenn die Entscheidung von Dritten angegriffen wird, wenn Maßnahmen oder Einrichtungen anzeigepflichtig sind, sowie bei Verfahren, die von Amts wegen, insbesondere zur Wahrung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, oder auf Betreiben Dritter eingeleitet werden. In

het interne functioneren en de leiding van de Bundeswehr, haar leden en hun gezinsleden en andere interne aangelegenheden die geen voorzienbare gevolgen hebben voor rechten van derden, naburige gemeenschappen of het algemeen belang, betreft. De bevoegde Nederlandse autoriteiten en de autoriteiten van de Bundeswehr plegen overleg en werken samen om eventuele verschillen van mening bij te leggen.

2. De eerste volzin van het eerste lid is van overeenkomstige toepassing op maatregelen met betrekking tot het luchtruim boven de onroerende goederen, mits de maatregelen die het luchtverkeer zouden kunnen hinderen slechts worden genomen in overleg met de Nederlandse autoriteiten.

3. Het gebruik van militaire oefenterreinen, lokale militaire oefenterreinen en schietbanen door onderdelen van de strijdkrachten die voor oefen- en opleidingsdoeleinden naar het Koninkrijk der Nederlanden zijn overgebracht, dient vooraf te worden aangekondigd ter goedkeuring door de bevoegde Nederlandse autoriteiten. Het gebruik wordt geacht te zijn goedgekeurd indien de Nederlandse autoriteiten daartegen geen bezwaar maken binnen 45 dagen na de ontvangst van de aankondiging.

4. Bijzonderheden betreffende het gebruik van militaire oefenterreinen, luchtverdedigingsterreinen, lokale militaire oefenterreinen en schietbanen, alsmede de in het derde lid bedoelde aankondiging en goedkeuring, worden geregeld in administratieve overeenkomsten.

5. De autoriteiten van de Bundeswehr verlenen de bevoegde Nederlandse autoriteiten alle redelijke bijstand die noodzakelijk is om de Nederlandse belangen te waarborgen, waaronder toegang tot onroerende goederen na voorafgaande kennisgeving, opdat zij hun taken in het kader van de openbare dienst kunnen vervullen. De voor de onroerende goederen bevoegde Nederlandse autoriteiten verlenen de autoriteiten van de Bundeswehr op verzoek bijstand. In noodgevallen en bij dreigend gevaar maken de autoriteiten van de Bundeswehr onmiddellijk toegang mogelijk zonder voorafgaande kennisgeving. De autoriteiten van de Bundeswehr besluiten per geval of zij de Nederlandse autoriteiten zullen begeleiden.

6. In alle gevallen van toegang wordt rekening gehouden met overwegingen van militaire veiligheid, in het bijzonder de onschendbaarheid van zones, uitrusting en documenten waarvoor geheimhouding geldt.

7. De autoriteiten van de Bundeswehr en de Nederlandse autoriteiten regelen de toegang zodanig dat daardoor noch het waarborgen van de Nederlandse belangen, noch aan de gang of ophanden zijnde militaire oefeningen op onredelijke wijze worden belemmerd.

8. Mocht in de gevallen bedoeld in het vijfde tot en met het zevende lid geen overeenstemming worden bereikt, dan wordt de aangelegenheid aan beide zijden voorgelegd aan de bevoegde hogere autoriteiten.

Artikel 37

Betrokkenheid van Nederlandse autoriteiten bij procedures

1. Voor zover het Nederlandse recht van toepassing is in verband met het gebruik van de in artikel 36 bedoelde onroerende goederen, en dit voorschrijft dat een bijzondere vergunning, machtiging of enige andere vorm van officiële toestemming moet worden verkregen, dienen de Nederlandse autoriteiten, in samenwerking en in overleg met de autoriteiten van de Bundeswehr, de benodigde aanvragen in en voeren zij de desbetreffende administratieve en gerechtelijke procedures namens de Bundeswehr.

2. Het eerste lid van dit artikel is ook van toepassing wanneer de beslissing wordt aangevochten door een derde, wanneer van maatregelen of voorzieningen melding moet worden gedaan, en ingeval de procedures ambtshalve worden ingesteld, in het bijzonder om de openbare orde en veiligheid te waarborgen, of

diesen Fällen wahren die für die Bundeswehr handelnden niederländischen Behörden die Interessen der Bundeswehr. Wird eine nach Absatz 1 beantragte Genehmigung in Übereinstimmung mit niederländischem Recht verweigert, nachträglich geändert oder ungültig, so konsultieren die Behörden der Bundeswehr und die niederländischen Behörden einander, um den Bedürfnissen der Bundeswehr in anderer Weise zu genügen, die mit den Erfordernissen des niederländischen Rechts vereinbar ist.

(3) Die Behörden der Bundeswehr befolgen genau die Bedingungen und Anforderungen einer rechtlich wirksamen Entscheidung, die nach Absatz 1 ergeht. Sie arbeiten eng mit niederländischen Behörden zusammen, um sicherzustellen, daß dieser Verpflichtung Genüge geschieht. Eine Vollstreckung aus einer solchen Entscheidung findet nicht statt.

Artikel 38

Gesundheitsbestimmungen, Pflanzenschutz

(1) Soweit in diesem Absatz nichts anderes vorgesehen ist, gelten für die Bundeswehr die niederländischen Vorschriften und Verfahren zur Verhütung und Bekämpfung übertragbarer Krankheiten bei Menschen, Tieren und Pflanzen sowie zur Verhütung der Verbreitung und zur Bekämpfung von Pflanzenschädlingen. Die Bundeswehr kann auf dem in Satz 1 genannten Gebiet innerhalb der ihr zur Benutzung überlassenen Liegenschaften sowie auf ihre Mitglieder und Angehörige ihre eigenen Vorschriften und Verfahren unter der Voraussetzung anwenden, daß sie hierdurch nicht die öffentliche Gesundheit oder den Pflanzenbau gefährdet.

(2) Die Behörden der Bundeswehr und die niederländischen Behörden unterrichten einander unverzüglich über den Verdacht, den Ausbruch, den Verlauf und das Erlöschen einer übertragbaren Krankheit sowie über die getroffenen Maßnahmen.

(3) Halten die Behörden der Bundeswehr zum Schutze der Gesundheit Maßnahmen in der Umgebung von der Bundeswehr zur Benutzung überlassenen Liegenschaften für erforderlich, so schließen sie über ihre Durchführung Vereinbarungen mit den niederländischen Behörden.

(4) Sachen, deren Einfuhr nach niederländischem Recht unzulässig ist, können mit Genehmigung der niederländischen Behörden unter der Voraussetzung, daß die öffentliche Gesundheit oder der Pflanzenbau hierdurch nicht gefährdet wird, durch die Behörden der Bundeswehr eingeführt werden. Die niederländischen Behörden und die Behörden der Bundeswehr schließen Vereinbarungen über Gruppen von Sachen, deren Einfuhr durch die niederländischen Behörden nach dieser Bestimmung genehmigt wird.

(5) Die Behörden der Bundeswehr können mit Genehmigung der niederländischen Behörden die Untersuchung und Überwachung der Sachen durchführen, die von ihnen eingeführt werden. Sie stellen sicher, daß durch die Einfuhr solcher Sachen die öffentliche Gesundheit oder der Pflanzenbau nicht gefährdet werden.

Artikel 39

Umweltschutz

Die niederländischen Umweltvorschriften gelten für die Bundeswehr. Soweit in den niederländischen Rechtsvorschriften Ausnahmen für die niederländischen Truppen gemacht werden, gelten diese gleichermaßen für die Bundeswehr.

Artikel 40

Zivile Arbeitskräfte

Die für die zivilen Bediensteten bei den niederländischen Truppen maßgebenden arbeitsrechtlichen Vorschriften gelten auch für die Beschäftigungsverhältnisse der zivilen Arbeitskräfte bei der Bundeswehr.

Ingeval deze op aandringen van een derde worden ingesteld. In deze gevallen dienen de Nederlandse autoriteiten die namens de Bundeswehr handelen, de belangen van de Bundeswehr te behartigen. Indien een ingevolge het eerste lid van dit artikel aangevraagde vergunning overeenkomstig het Nederlandse recht wordt afgewezen of op een later tijdstip wordt gewijzigd of ongeldig verklaard, plegen de autoriteiten van de Bundeswehr en de Nederlandse autoriteiten overleg om op een andere wijze in de behoeften van de Bundeswehr te voorzien die verenigbaar is met de vereisten van het Nederlandse recht.

3. De autoriteiten van de Bundeswehr nemen strikt de voorwaarden en vereisten in acht van een rechtskracht hebbende beslissing als bedoeld in het eerste lid van dit artikel. Zij werken nauw samen met de Nederlandse autoriteiten om te verzekeren dat deze verplichting wordt nagekomen. Bedoelde beslissing kan niet het voorwerp vormen van executie.

Artikel 38

Volksgezondheid, gewasbescherming

1. Voor zover in dit lid niet anders is bepaald, zijn de Nederlandse voorschriften en procedures ter voorkoming en bestrijding van besmettelijke ziekten bij mensen, dieren en planten, alsmede ter voorkoming van de verbreiding en ter bestrijding van voor planten schadelijke insecten, van toepassing op de Bundeswehr. De Bundeswehr mag op de in de vorige volzin bedoelde gebieden haar eigen voorschriften en procedures toepassen binnen de onroerende goederen die haar voor gebruik ter beschikking zijn gesteld, of ten aanzien van haar leden en gezinsleden, mits noch de volksgezondheid, noch de plantenteelt daardoor in gevaar wordt gebracht.

2. De autoriteiten van de Bundeswehr en de Nederlandse autoriteiten stellen elkaar terstond in kennis van het uitbreken of vermoedelijk uitbreken, de ontwikkeling en de afloop van een besmettelijke ziekte, alsmede van de genomen maatregelen.

3. Indien de autoriteiten van de Bundeswehr het noodzakelijk achten om ten behoeve van de bescherming van de gezondheid maatregelen te treffen in de omgeving van haar voor gebruik ter beschikking gestelde onroerende goederen, sluiten zij terzake van de uitvoering van deze maatregelen overeenkomsten met de Nederlandse autoriteiten.

4. Indien de Nederlandse wetgeving de invoer van bepaalde artikelen verbiedt, kunnen deze artikelen met goedkeuring van de Nederlandse autoriteiten en mits noch de volksgezondheid noch de plantenteelt daardoor in gevaar wordt gebracht, door de autoriteiten van de Bundeswehr worden ingevoerd. De Nederlandse autoriteiten en de autoriteiten van de Bundeswehr sluiten overeenkomsten inzake de categorieën artikelen waarvan de invoer door de Nederlandse autoriteiten in de zin van dit artikel wordt goedgekeurd.

5. De autoriteiten van de Bundeswehr kunnen met goedkeuring van de Nederlandse autoriteiten het onderzoek en de controle van de door hen ingevoerde artikelen uitvoeren. Zij dragen er zorg voor dat noch de volksgezondheid, noch de plantenteelt als gevolg van de invoer van die artikelen in gevaar wordt gebracht.

Artikel 39

Milieubescherming

De Nederlandse milieuvorschriften gelden voor de Bundeswehr. Voor zover in de Nederlandse wettelijke bepalingen uitzonderingen worden gemaakt voor de Nederlandse strijdkrachten, gelden deze eveneens voor de Bundeswehr.

Artikel 40

Burgerpersoneel

De arbeidswetgeving, zoals die geldt voor burgerpersoneel in dienst bij de Nederlandse strijdkrachten, is ook van toepassing op de arbeidsverhouding van burgerpersoneel bij de Bundeswehr.

Artikel 41
Verkehrsvorschriften

(1)

- a) Die Bundeswehr, ihre Mitglieder und die Angehörigen sind vorbehaltlich der Genehmigung der zuständigen niederländischen Behörden berechtigt, mit Land-, Wasser- und Luftfahrzeugen in das Königreich der Niederlande einzureisen oder sich in und über dem Königreich der Niederlande zu bewegen; Transporte und andere Bewegungen im Rahmen niederländischer Rechtsvorschriften, einschließlich dieses Abkommens und anderer internationaler Übereinkünfte, denen das Königreich der Niederlande und die Bundesrepublik Deutschland als Vertragsstaat angehören, sowie damit im Zusammenhang stehende technische Vereinbarungen und Verfahren, gelten als genehmigt. Soweit Sondererlaubnisse und Ausnahmeerlaubnisse sowie Befreiungen von den Rechtsvorschriften für den Transport gefährlicher Güter für militärische Bewegungen und Transporte erforderlich sind, werden sie durch die zuständigen Stellen der niederländischen Truppe eingeholt.
- b) Die zuständigen Stellen der niederländischen Truppe koordinieren die Wahrnehmung militärischer Interessen der Bundeswehr in Verkehrsangelegenheiten gegenüber den zivilen Behörden. Sie koordinieren ferner die Durchführung militärischer Verkehrsbewegungen untereinander als auch mit dem Zivilverkehr. Art und Umfang dieser Koordinierung werden zwischen den Behörden der Bundeswehr und der niederländischen Truppe vereinbart. Werden solche Vereinbarungen nicht geschlossen, so teilt die Bundeswehr den zuständigen Stellen der niederländischen Truppe militärische Bewegungen auf der Straße und auf der Schiene mit. In bezug auf den militärischen Luftverkehr gelten die üblichen Verfahren.

(2) Die Betriebsrechte der niederländischen Eisenbahnen bleiben unberührt. Über die Einstellung und Beförderung eigener Güter- und Reisezugwagen und über die Zulassung eigener Triebfahrzeuge der Bundeswehr werden Einstellungsverträge oder Verwaltungsabkommen zwischen den Behörden der Bundeswehr und der niederländischen Eisenbahnverwaltung abgeschlossen.

(3) Die Bundeswehr, ihre Mitglieder und die Angehörigen befolgen die niederländischen Verkehrsvorschriften einschließlich der Vorschriften über das Verhalten am Unfallort und der Vorschriften über den Transport gefährlicher Güter, soweit nicht in diesem Abkommen etwas anderes bestimmt ist. Die Einhaltung dieser Vorschriften überwachen die zuständigen Behörden. Um die Kontrolle der Einhaltung dieser Bestimmungen zu erleichtern, kann diese Überwachung gemeinsam durchgeführt werden. Die Durchführung dieser Überwachung kann durch örtliche Absprachen geregelt werden. Bestehende Absprachen bleiben bestehen, es sei denn sie werden überarbeitet.

(4)

- a) Abweichungen von den niederländischen Vorschriften über das Verhalten im Straßenverkehr sind der Bundeswehr nach Maßgabe des niederländischen Rechts gestattet. Im Falle künftiger Änderungen niederländischer Gesetze oder Vorschriften, die den Straßenverkehr betreffen, finden durch dringende militärische Erfordernisse bedingte Abweichungen im Einklang mit Verfahren statt, die zwischen den Behörden der Bundeswehr und den zuständigen niederländischen Behörden vereinbart werden.
- b) Der Verkehr auf Straßen mit Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern, deren Abmessungen, Achslast, Gesamtgewicht oder Anzahl die nach dem niederländischen Straßenverkehrsrecht geltenden Begrenzungen überschreiten, wird nur mit Erlaubnis der zuständigen niederländischen militärischen Behörden durchgeführt. Bei Unglücksfällen, Katastrophen, im Falle des Staatsnotstands oder nach vorheriger Vereinbarung zwischen den betroffenen Behörden ist die Erlaubnis der zuständigen niederländischen militärischen Behörden nicht erforderlich.

Artikel 41
Verkeersvoorschriften

1.

- a. De Bundeswehr, haar leden en gezinsleden zijn, onder voorbehoud van goedkeuring van de bevoegde Nederlandse autoriteiten, gerechtigd het Koninkrijk der Nederlanden binnen te komen met voertuigen, vaartuigen en luchtvaartuigen en zich daarin binnen en boven het grondgebied van het Koninkrijk der Nederlanden te verplaatsen; transporten en andere verplaatsingen die vallen binnen het kader van de Nederlandse wettelijke bepalingen, met inbegrip van deze Overeenkomst en andere internationale overeenkomsten waarbij het Koninkrijk der Nederlanden en de Bondsrepubliek partij zijn, alsmede daarmee verband houdende technische akkoorden en procedures, worden geacht te zijn goedgekeurd. Voor zover bijzondere en uitzonderlijke vergunningen en ontheffingen van de wettelijke bepalingen inzake het vervoer van gevaarlijke stoffen zijn vereist voor militaire verplaatsingen en transporten, worden deze verkregen door de bevoegde diensten van de Nederlandse strijdkrachten.
- b. De bevoegde diensten van de Nederlandse strijdkrachten coördineren de behartiging van de militaire belangen van de Bundeswehr in verkeerszaken bij de civiele autoriteiten. Zij coördineren tevens de uitvoering van militaire verkeersbewegingen met elkaar en met het civiele verkeer. De aard en de omvang van die coördinatie wordt geregeld tussen de autoriteiten van de Bundeswehr en de Nederlandse strijdkrachten. Indien zulke regelingen niet worden getroffen, meldt de Bundeswehr militaire bewegingen over de weg en per spoor aan de bevoegde diensten van de Nederlandse strijdkrachten. Ten aanzien van het militaire luchtverkeer zijn de gewone procedures van toepassing.
2. De exploitatierechten van de Nederlandse spoorwegen blijven onaangetast. Het gebruik van eigen goederenwagens en personenrijtuigen, alsmede de toelating van eigen locomotieven van de Bundeswehr, wordt beheerst door contracten inzake gebruik of administratieve overeenkomsten gesloten tussen de autoriteiten van de Bundeswehr en de Nederlandse spoorwegautoriteiten.
3. De Bundeswehr, haar leden en gezinsleden nemen, tenzij in deze Overeenkomst anders is bepaald, de Nederlandse verkeersvoorschriften in acht, met inbegrip van de voorschriften inzake het gedrag op de plaats van een ongeval, alsmede de voorschriften inzake het vervoer van gevaarlijke stoffen. Op de naleving van deze voorschriften wordt toegezien door de bevoegde autoriteiten. Teneinde de controle op de naleving van deze voorschriften te vergemakkelijken, kan dit toezicht gezamenlijk worden uitgevoerd. De uitvoering van dit toezicht kan middels lokale afspraken worden geregeld. Bestaande afspraken blijven van kracht, tenzij deze worden herzien.
- 4.
- a. De Bundeswehr mag van de Nederlandse wegenverkeersvoorschriften afwijken in overeenstemming met de Nederlandse wetgeving. In geval van toekomstige wijzigingen in de Nederlandse wegenverkeerswetten of -voorschriften, vinden afwijkingen wegens militaire noodzaak plaats in overeenstemming met de tussen de autoriteiten van de Bundeswehr en de bevoegde Nederlandse autoriteiten overeengekomen procedures.
- b. Het rijden op wegen met motorrijtuigen en aanhangwagens waar van de afmetingen, de asdruk, het totaalgewicht of het aantal de door de Nederlandse wegenverkeersvoorschriften gestelde beperkingen overschrijden, geschiedt slechts met toestemming van de bevoegde Nederlandse militaire autoriteiten. De toestemming van de bevoegde Nederlandse militaire autoriteiten is niet vereist in geval van ongevallen, rampen, of de noodtoestand, dan wel krachtens voorafgaande overeenstemming tussen de betrokken autoriteiten.

(5) Die deutschen Behörden beachten grundlegende niederländische Verkehrssicherheitsvorschriften. Innerhalb dieses Rahmens können sie ihre eigenen Normen auf den Bau, die Ausführung und die Ausrüstung der Kraftfahrzeuge, Kraftfahrzeuganhänger, Binnenschiffe und Luftfahrzeuge anwenden. Die niederländischen Behörden und die Behörden der Bundeswehr arbeiten bei der Durchführung dieser Bestimmung eng zusammen.

(6) Die Bundeswehr darf mit Militärflugzeugen Verkehrsflughäfen und sonstiges Luftfahrtgelände, das ihr nicht zur ausschließlichen Benutzung überlassen worden ist, nur in Notfällen gemäß niederländischen Vorschriften oder nach Maßgabe von Verwaltungsabkommen oder sonstigen Vereinbarungen mit den zuständigen niederländischen Behörden benutzen.

(7) Alle von den niederländischen Behörden und den Behörden der Bundeswehr errichteten und betriebenen Kontrollsysteme für den Luftverkehr und die dazu gehörigen Fernmeldesysteme werden koordiniert, soweit dies erforderlich oder erwünscht ist, um die Sicherheit des Luftverkehrs und die gemeinsame Verteidigung zu gewährleisten.

Artikel 42

Benutzung von Verkehrseinrichtungen

Bei der Benutzung öffentlicher Verkehrseinrichtungen gelten für die Bundeswehr die gleichen Tarife wie für die niederländischen Truppen.

Artikel 43

Militärpostämter

Die Bundeswehr kann Militärpostämter für den Post- und Telegraphenverkehr ihrer Mitglieder sowie deren Angehöriger einrichten und betreiben.

Artikel 44

Telekommunikation

(1) Die Bundeswehr und die Angehörigen benutzen die öffentlichen Fernmeldedienste des Königreichs der Niederlande, soweit nicht in diesem Artikel etwas anderes vorgesehen ist. Für die Benutzung gelten die jeweiligen niederländischen Vorschriften, soweit nicht durch Verwaltungsabkommen etwas Abweichendes bestimmt ist. Bei der Anwendung der niederländischen Vorschriften wird die Bundeswehr nicht ungünstiger als die niederländischen Truppen behandelt.

(2) Die Bundeswehr kann, soweit dies für militärische Zwecke erforderlich ist,

- a) Fernmeldeanlagen (außer Funkanlagen) innerhalb der von ihr benutzten Liegenschaften,
- b) Funkstellen für feste Funkdienste nach Konsultation der niederländischen Behörden,
- c) Funkanlagen für bewegliche Funkdienste und Ortungsfunkdienst,
- d) sonstige Funkempfangsanlagen,
- e) zeitweilig Fernmeldeanlagen jeder Art für den Einsatz bei Übungen, Manövern und in den Fällen eines Notstands

entsprechend den mit niederländischen Behörden abgestimmten Verfahren errichten, betreiben und unterhalten.

(3)

- a) Die Bundeswehr kann Drahtfernmeldeanlagen außerhalb der von ihr benutzten Liegenschaften mit Zustimmung der niederländischen Behörden errichten, betreiben und unterhalten, wenn
 - zwingende Gründe der militärischen Sicherheit vorliegen oder

5. De Duitse autoriteiten nemen de fundamentele Nederlandse verkeersveiligheidsvoorschriften in acht. Binnen dit kader kunnen zij hun eigen normen betreffende de bouw, het ontwerp en de uitrusting van voertuigen, aanhangwagens, binnenvaartuigen of luchtvaartuigen toepassen. De Nederlandse autoriteiten en de autoriteiten van de Bundeswehr werken nauw samen bij de toepassing van deze bepaling.

6. De Bundeswehr mag haar militaire luchtvaartuigen slechts in noodgevallen overeenkomstig Nederlandse voorschriften of in overeenstemming met administratieve of andere overeenkomsten, gesloten met de bevoegde Nederlandse autoriteiten, gebruik laten maken van burgerluchtvaartterreinen en andere landingsterreinen die haar niet voor uitsluitend gebruik ter beschikking zijn gesteld.

7. Het geheel van de door de Nederlandse autoriteiten en de autoriteiten van de Bundeswehr ontwikkelde en toegepaste luchtverkeerscontrole en de daarbij behorende verbindingsmedia worden gecoördineerd voor zover dit vereist en gewenst is ter verzekering van de luchtverkeersveiligheid en de gemeenschappelijke verdediging.

Artikel 42

Gebruik van vervoersdiensten

Bij het gebruik van openbare vervoersdiensten gelden voor de Bundeswehr dezelfde tarieven als voor de Nederlandse strijdkrachten.

Artikel 43

Veldpostkantoren

De Bundeswehr kan veldpostkantoren voor het post- en telegraafverkeer van haar leden en hun gezinsleden inrichten en doen functioneren.

Artikel 44

Telecommunicatie

1. Voor zover in dit artikel niet anders is bepaald, maken de Bundeswehr, haar leden en gezinsleden gebruik van de openbare telecommunicatiediensten van het Koninkrijk der Nederlanden. Op dit gebruik zijn de geldende Nederlandse voorschriften van toepassing, voor zover bij administratieve overeenkomsten niet anders is overeengekomen. Bij de toepassing van de Nederlandse voorschriften wordt aan de Bundeswehr geen ongunstiger behandeling toegekend dan aan de Nederlandse strijdkrachten.

2. Voor zover zulks voor militaire doeleinden vereist is, kan de Bundeswehr:

- a. inrichtingen voor telecommunicatie (met uitzondering van radiozendinstallaties) binnen de bij haar in gebruik zijnde onroerende goederen;
- b. na raadpleging van de betrokken Nederlandse autoriteiten, radiostations voor vaste diensten;
- c. installaties ten behoeve van mobiele radio-installaties en peilinstallaties;
- d. andere radio-ontvangstinrichtingen;
- e. tijdelijke inrichtingen voor telecommunicatie van allerlei aard voor oefeningsdoeleinden, manoeuvres en noodgevallen,

overeenkomstig de met de Nederlandse autoriteiten overeengekomen procedures, aanleggen, gebruiken en in stand houden.

3.

- a. De Bundeswehr kan met toestemming van de Nederlandse autoriteiten buiten de onroerende goederen die zij gebruikt lijnverbindingen en de daartoe bestemde apparatuur installeren, gebruiken en in stand houden, indien
 - daarvoor dwingende redenen van militaire veiligheid bestaan, of

- die niederländischen Behörden nicht in der Lage sind oder darauf verzichten, die erforderlichen Einrichtungen zu schaffen.
- b) Die beschleunigte Durchführung des Zustimmungsverfahrens seitens der niederländischen Behörden wird durch Verwaltungsabkommen sichergestellt.
- (4) Die Bundeswehr kann Fernmeldeanlagen, die vor Inkrafttreten dieses Abkommens den bisherigen Vorschriften entsprechend in Betrieb genommen worden sind, auch weiterhin betreiben und unterhalten.
- (5) Die Bundeswehr, ihre Mitglieder und die Angehörigen können Ton- und Fernsehempfängeranlagen gebührenfrei und ohne Einzelgenehmigung errichten und betreiben, sofern sie keine elektromagnetischen Störungen von Funkdiensten verursachen.
- (6) Für Funkfrequenzen einschließlich ihrer kennzeichnenden Merkmale gilt folgendes:
- a) Die Bundeswehr benutzt nur Frequenzen, die ihr von den niederländischen Behörden zugeteilt sind. Die Behörden der Bundeswehr teilen den niederländischen Behörden die Frequenzen mit, die sie nicht mehr benötigen. Halten die niederländischen Behörden es auf Grund internationaler Verpflichtungen, internationaler Beziehungen oder wesentlicher niederländischer Belange für erforderlich, eine Frequenz-Zuteilung zu ändern oder zurückzuziehen, so setzen sie sich vorher mit den Behörden der Bundeswehr ins Benehmen.
- b) Das Verfahren für die Frequenz-Zuteilung, für die Änderung oder Zurückziehung von Frequenz-Zuteilungen sowie für die beschleunigte Zuteilung von Frequenzen zum Zweck einer vorübergehenden Benutzung bei Manövern wird zwischen den niederländischen Behörden und den Behörden der Bundeswehr, die in der Beratenden Arbeitsgruppe für Funkfrequenzen (Consultative Working Group on Radio Frequencies, CWG) oder deren Nachfolgeorganisation vertreten sind, besonders vereinbart. Diese Vereinbarung wird in Übereinstimmung mit den einschlägigen Verfahren, Weisungen und Empfehlungen der Nordatlantikvertragsorganisation geschlossen.
- c) Maßnahmen zum Schutz der Frequenzen durch die zuständige Behörde der Nordatlantikvertragsorganisation werden von der Bundeswehr in Abstimmung mit dem niederländischen Minister der Verteidigung veranlaßt. Maßnahmen zum Schutz der Frequenzen durch andere internationale Organisationen, insbesondere durch die Internationale Fernmeldeunion (ITU), werden von den niederländischen Behörden nur auf Antrag der Behörden der Bundeswehr veranlaßt.
- d) Angaben über Frequenzen, die von der Bundeswehr benutzt werden, übermitteln die niederländischen Behörden anderen Stellen und Organisationen nur mit Zustimmung der Behörden der Bundeswehr.
- e) Verursachen Funkstellen der Bundeswehr schädliche Störungen bei Funkstellen außerhalb des Hoheitsgebiets des Königreichs der Niederlande oder werden sie von solchen Funkstellen in schädlicher Weise gestört, so verfahren die niederländischen Behörden nach den Bestimmungen des jeweils gültigen Internationalen Fernmeldevertrags und seiner Vollzugsordnung für den Funkdienst.
- (7)
- a) Die Bundeswehr berücksichtigt bei der Errichtung und beim Betrieb von Fernmeldeanlagen die Bestimmungen des Internationalen Fernmeldevertrags von Nairobi vom 6. November 1982 oder einer an seine Stelle tretenden Übereinkunft und die sonstigen das Königreich der Niederlande auf dem Gebiet des Fernmeldewesens bindenden internationalen Übereinkünfte.
- b) Die Bundeswehr ist an die unter Buchstabe a genannten Bestimmungen jedoch insoweit nicht gebunden, als die niederländischen Streitkräfte nach niederländischen Vorschriften davon befreit sind.
- de Nederlandse autoriteiten ofwel niet in staat zijn tot, ofwel afzien van de beschikbaarstelling van de gevraagde inrichtingen.
- b. Bij administratieve overeenkomsten wordt een procedure vastgesteld die het mogelijk maakt de toestemming van de Nederlandse autoriteiten snel te verkrijgen.
4. De Bundeswehr kan het gebruik en de instandhouding van inrichtingen voor telecommunicatie die ingevolge de vóór de inwerkingtreding van deze Overeenkomst geldende voorschriften in gebruik zijn genomen, bestendigen.
5. De Bundeswehr, haar leden en hun gezinsleden kunnen radio- en televisie-ontvangtoestellen vrij van rechten en zonder persoonlijke vergunningen installeren en gebruiken, mits deze geen elektromagnetische storing voor de radioverbindingdiensten veroorzaken.
6. Voor radiofrequenties en hun specifieke kenmerkende gegevens gelden de volgende bepalingen:
- a. De Bundeswehr gebruikt slechts de haar door de Nederlandse autoriteiten toegewezen frequenties. De autoriteiten van de Bundeswehr stellen de Nederlandse autoriteiten in kennis van frequenties die zij niet langer nodig hebben. Indien de Nederlandse autoriteiten het op grond van internationale verplichtingen, internationale betrekkingen of essentiële Nederlandse belangen noodzakelijk achten een toegewezen frequentie te wijzigen of in te trekken, plegen zij, alvorens zulks te doen, overleg met de autoriteiten van de Bundeswehr.
- b. De procedure voor de toewijzing van frequenties, voor het wijzigen of intrekken van reeds toegewezen frequenties en voor een versnelde toewijzing van frequenties ten behoeve van tijdelijk gebruik bij manoeuvres wordt vastgesteld in een bijzondere overeenkomst tussen de Nederlandse autoriteiten en de autoriteiten van de Bundeswehr die zijn vertegenwoordigd in de Consultative Working Group on Radio Frequencies (CWG) of een orgaan waardoor deze wordt opgevolgd. Een zodanige overeenkomst wordt gesloten in overeenstemming met de van kracht zijnde procedures, richtlijnen en aanbevelingen van de Noord-Atlantische Verdragsorganisatie.
- c. De Bundeswehr neemt, in overleg met de Nederlandse minister van Defensie, de maatregelen die nodig zijn om de bevoegde autoriteit van de Noord-Atlantische Verdragsorganisatie in staat te stellen de frequenties te beschermen. De Nederlandse autoriteiten nemen slechts op verzoek van de autoriteiten van de Bundeswehr de maatregelen die nodig zijn om andere internationale organisaties, in het bijzonder de Internationale Telecommunicatie-Unie (ITU), in staat te stellen de frequenties te beschermen.
- d. De Nederlandse autoriteiten verstrekken andere diensten en organisaties slechts met toestemming van de autoriteiten van de Bundeswehr inlichtingen omtrent frequenties die door de Bundeswehr worden gebruikt.
- e. Indien radio-installaties van de Bundeswehr radio-installaties die buiten het grondgebied van het Koninkrijk der Nederlanden zijn gevestigd ernstig storen of door dergelijke installaties zelf ernstig worden gestoord, handelen de Nederlandse autoriteiten overeenkomstig de bepalingen van het op dat moment van kracht zijnde Internationale Verdrag betreffende de Telecommunicatie en het daarbij behorende radioreglement.
- 7.
- a. Bij de installatie en het in bedrijf hebben van inrichtingen voor telecommunicatie neemt de Bundeswehr de bepalingen van het Internationale Verdrag betreffende de telecommunicatie van Nairobi van 6 november 1982 of een eventueel daarvoor in de plaats tredende overeenkomst in acht, alsmede de overige internationale overeenkomsten die het Koninkrijk der Nederlanden op het gebied van de telecommunicatie binden.
- b. De Bundeswehr is evenwel niet gebonden aan de onder a genoemde bepalingen voor zover de Nederlandse strijdkrachten daarvan op grond van Nederlandse voorschriften zijn vrijgesteld.

- c) Beim Abschluß künftiger internationaler Übereinkünfte auf dem Gebiet des Fernmeldewesens berücksichtigen die niederländischen Behörden nach Konsultation der Bundeswehr die Fernmeldebedürfnisse der Bundeswehr angemessen.

(8)

- a) Die Bundeswehr trifft alle zumutbaren Maßnahmen, um Störungen des niederländischen Fernmeldebetriebs durch Fernmelde- oder andere elektrische Anlagen der Bundeswehr zu vermeiden oder zu beseitigen.
- b) Die niederländischen Behörden treffen im Rahmen der niederländischen Vorschriften alle zumutbaren Maßnahmen, um Störungen des Fernmeldebetriebs der Bundeswehr durch niederländische Fernmelde- oder andere elektrische Anlagen zu vermeiden oder zu beseitigen.

Artikel 45

Anforderungsverfahren

Werden Anforderungsverfahren zugunsten der Bundeswehr nach niederländischen Vorschriften durchgeführt, so gilt folgendes:

- a) Das Verfahren wird von den niederländischen Behörden eingeleitet, die im Benehmen mit den Behörden der Bundeswehr bestimmt werden.
- b) Die Ausübung von Rechten und die Erfüllung von Pflichten, die sich aus der Stellung der Bundeswehr als Empfänger ergeben, werden nach Maßgabe von Verwaltungsabkommen von den zuständigen niederländischen Behörden wahrgenommen. Die Bundeswehr erfüllt jedoch die Pflichten selbst, die ihrer Natur nach nicht von den niederländischen Behörden erfüllt werden können. Die niederländischen Behörden, die für die Bundeswehr in Fragen der zu zahlenden Abgeltung auftreten, stimmen Vorschlägen, die hierzu von dem Leistungspflichtigen oder der Festsetzungsbehörde gemacht werden, nur im Benehmen mit den Behörden der Bundeswehr zu; ebenso machen sie eigene Vorschläge über die Höhe der Abgeltung nur im Benehmen mit den Behörden der Bundeswehr. Artikel 46 bleibt unberührt.
- c) Rechtsstreitigkeiten, die sich für oder gegen die Bundeswehr als Leistungsempfänger ergeben, werden von dem Königreich der Niederlande im eigenen Namen geführt.

Artikel 46

Unentgeltliche Leistungen

Artikel 63 des Zusatzabkommens zu dem Abkommen zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrags über die Rechtsstellung ihrer Truppen hinsichtlich der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten ausländischen Truppen in seiner jeweils gültigen Fassung gilt entsprechend. Es wird sichergestellt, daß die Bundeswehr in dem Königreich der Niederlande nicht schlechter gestellt wird als die niederländischen Truppen in der Bundesrepublik Deutschland.

Artikel 47

Verwaltungshilfe

Verwaltungsleistungen und Verwaltungshilfe einschließlich der Leistungen der niederländischen Polizei, des niederländischen öffentlichen Gesundheitswesens und des niederländischen Feuerschutzes, meteorologische, topographische und kartographische und sonstige öffentliche Leistungen sowie öffentliche Einrichtungen werden den Mitgliedern der Bundeswehr oder ihren Angehörigen kraft eigenen Rechts unentgeltlich zur Verfö-

- c. Bij het in de toekomst aangaan van internationale overeenkomsten op het gebied van de telecommunicatie houden de Nederlandse autoriteiten, na overleg met de Bundeswehr, voldoende rekening met de behoeften van de Bundeswehr op het gebied van de telecommunicatie.

8.

- a. De Bundeswehr neemt alle maatregelen die redelijkerwijs van haar kunnen worden verwacht om storing van de Nederlandse telecommunicatiediensten door inrichtingen voor telecommunicatie of andere elektrische installaties van de Bundeswehr te voorkomen of op te heffen.
- b. De Nederlandse autoriteiten nemen, binnen het kader van de Nederlandse voorschriften, alle maatregelen die redelijkerwijs van hen verwacht kunnen worden om storing van de telecommunicatiediensten van de Bundeswehr door Nederlandse inrichtingen voor telecommunicatie of andere elektrische installaties te voorkomen of op te heffen.

Artikel 45

Vorderingsmaatregelen

Wanneer ten behoeve van de Bundeswehr vorderingsmaatregelen volgens de Nederlandse voorschriften worden genomen, zijn de volgende bepalingen van toepassing:

- a. De maatregelen worden genomen door de Nederlandse autoriteiten, die in overleg met de autoriteiten van de Bundeswehr worden aangewezen.
- b. De bevoegde Nederlandse autoriteiten belasten zich, in overeenstemming met administratieve overeenkomsten, met de uitoefening van rechten en de vervulling van verplichtingen die voortvloeien uit de positie van de Bundeswehr als ontvanger van het gevorderde. De Bundeswehr vervult echter zelf die verplichtingen die naar hun aard niet door de Nederlandse autoriteiten kunnen worden vervuld. De Nederlandse autoriteiten die de belangen van de Bundeswehr behartigen inzake de uit te betalen schadeloosstelling aanvaarden voorstellen van degene van wie wordt gevorderd of van de met de vaststelling van de schadeloosstelling belaste autoriteiten slechts in overleg met de autoriteiten van de Bundeswehr; de Nederlandse autoriteiten dienen zelf geen voorstellen in met betrekking tot het bedrag van de schadeloosstelling dan nadat een zodanig overleg heeft plaatsgehad. De bepalingen van artikel 46 van deze Overeenkomst blijven onverlet.
- c. Rechtsgedingen ten behoeve van of tegen de Bundeswehr, voortvloeiend uit haar positie als ontvanger van het gevorderde, worden door en in naam van het Koninkrijk der Nederlanden ingesteld of verdedigd.

Artikel 46

Kosteloze goederen en diensten

Artikel 63 van de Aanvullende Overeenkomst bij het Verdrag tussen de Staten die partij zijn bij het Noord-Atlantisch Verdrag nopens de rechtspositie van hun krijgsmachten, met betrekking tot de in de Bondsrepubliek Duitsland gestationeerde buitenlandse krijgsmachten is in de dan van kracht zijnde versie van overeenkomstige toepassing. Gewaarborgd wordt dat de Bundeswehr in het Koninkrijk der Nederlanden niet ongunstiger wordt behandeld dan de Nederlandse strijdkrachten in de Bondsrepubliek Duitsland.

Artikel 47

Gebruik van openbare diensten

De leden van de Bundeswehr en hun gezinsleden kunnen zelfstandig kosteloos gebruik maken van dienstverlenende instanties, met inbegrip van de diensten van de Nederlandse politie, openbare gezondheidszorg en brandweer, alsmede van meteorologische, topografische en cartografische diensten en andere openbare diensten en van openbare instellingen, in dezelfde mate als andere personen op het grondgebied van het Koninkrijk

gung gestellt, und zwar in demselben Umfang, wie solche Einrichtungen und Leistungen anderen Personen im Hoheitsgebiet des Königreichs der Niederlande unentgeltlich zur Verfügung stehen. Das gleiche gilt für die Benutzung von öffentlichen Wegen, Straßen und Brücken und von schiffbaren Gewässern.

Artikel 48

Zoll- und steuerrechtliche Bestimmungen

(1) Die steuerrechtliche und zollrechtliche Behandlung der Bundeswehr, deren Mitglieder und deren Angehöriger im Königreich der Niederlande und die steuerrechtliche und zollrechtliche Behandlung der niederländischen Truppe und des zivilen Gefolges sowie deren Angehöriger in der Bundesrepublik Deutschland erfolgen nach dem Grundsatz der Gegenseitigkeit. Danach ist keiner der Vertragsstaaten verpflichtet, dem anderen Vertragsstaat weitergehende Vorrechte und Befreiungen zu gewähren, als in dem anderen Staat gewährt werden.

(2) Der Umfang der steuerrechtlichen und zollrechtlichen Vorrechte und Befreiungen für jeden Vertragsstaat wird in einem Protokoll geregelt.

Artikel 49

Straftaten vor Inkrafttreten dieses Abkommens

(1) Sofern nicht der Beschuldigte Niederländer ist, finden Artikel 14 dieses Abkommens und Artikel VII Absätze 1, 2 und 3 des NATO-Truppenstatuts keine Anwendung auf eine vor dem Inkrafttreten dieses Abkommens begangene strafbare Handlung, deren ein Mitglied der Bundeswehr beschuldigt wird, wenn vor diesem Zeitpunkt

- das Verfahren wegen einer solchen strafbaren Handlung durch eine die Gerichtsbarkeit ausübende Behörde der Bundesrepublik Deutschland eingeleitet oder beendet worden ist, oder
- die strafbare Handlung durch den Ablauf einer Frist nach Maßgabe des deutschen Rechts verjährt ist.

(2) Bei Festsetzung des Strafmaßes für eine vor Inkrafttreten dieses Abkommens begangene strafbare Handlung berücksichtigt das niederländische Gericht oder die niederländische Behörde die nach dem deutschen Recht, dem der Beschuldigte zur Zeit der Begehung der strafbaren Handlung unterworfen war, angedrohte Strafe angemessen, wenn diese milder ist als die Strafe nach niederländischem Recht.

Artikel 50

Anwendung bei Feindseligkeiten

Artikel XV des NATO-Truppenstatuts findet auf dieses Abkommen mit der Maßgabe Anwendung, daß die in dem genannten Artikel enthaltenen Bezugnahmen auf andere Bestimmungen des NATO-Truppenstatuts als Bezugnahmen auf solche Bestimmungen in der durch dieses Abkommen ergänzten Form gelten.

Artikel 51

Beilegung von Meinungsverschiedenheiten

(1) Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens werden durch Verhandlungen zwischen den Vertragsstaaten beigelegt und nicht an ein internationales Gericht oder an Dritte verwiesen.

(2) Ein Verfahren nach Absatz 1 findet in den Fällen des Artikels 12 Absatz 2 und des Artikels 13 Absatz 2 auch auf Antrag des niederländischen Gerichts oder der niederländischen Behörde statt; im Fall des Artikels 12 Absatz 3 auch auf Antrag des deutschen Gerichts oder der deutschen Behörde.

der Niederlanden. Hetzelfde geldt voor het gebruik van openbare wegen, bruggen en bevaarbare wateren.

Artikel 48

Belasting en douane

1. De belastingrechtelijke en douanetechnische behandeling van de Bundeswehr, haar leden en hun gezinsleden in het Koninkrijk der Nederlanden en de belastingrechtelijke en douanetechnische behandeling van de Nederlandse strijdkrachten, hun civiele dienst en gezinsleden in de Bondsrepubliek Duitsland geschieden op basis van het reciprociteitsbeginsel. Op grond hiervan is geen van de Overeenkomstsluitende Staten verplicht de andere Overeenkomstsluitende Staat verdergaande voorrechten en vrijstellingen toe te kennen dan in de andere Staat worden toegekend.

2. De omvang van de belastingrechtelijke en douanetechnische voorrechten en vrijstellingen voor elke Overeenkomstsluitende Staat wordt in een Protocol geregeld.

Artikel 49

Strafbare feiten voor de inwerkingtreding van deze Overeenkomst

1. Behalve in het geval dat de verdachte Nederlander is, is noch artikel 14 van deze Overeenkomst, noch artikel VII, eerste, tweede en derde lid, van het NAVO-Status Verdrag van toepassing op een voor de inwerkingtreding van deze Overeenkomst gepleegd strafbaar feit waarvan een lid van de Bundeswehr wordt verdacht, indien voor dat tijdstip:

- de strafprocedure met betrekking tot een zodanig strafbaar feit is aangevangen of beëindigd door een autoriteit van de Bondsrepubliek Duitsland die rechtsmacht uitoefent, of
- het recht tot vervolging van het strafbare feit krachtens het Duitse recht is verjaard door het verstrijken van een bepaalde termijn.

2. Bij het bepalen van de strafmaat ten aanzien van een voor de inwerkingtreding van deze Overeenkomst gepleegd strafbaar feit houdt de Nederlandse rechtbank of autoriteit naar behoren rekening met de straf voorzien in de Duitse wetgeving waaraan de verdachte onderworpen was op het moment van het plegen van het strafbare feit, indien blijkt dat deze straf lichter is dan die welke is voorgeschreven in de Nederlandse wetgeving.

Artikel 50

Toepassing in geval van vijandelijkheden

De bepalingen van artikel XV van het NAVO-Status Verdrag zijn van toepassing op deze Overeenkomst, met dien verstande dat verwijzingen in dat artikel naar andere bepalingen van het NAVO-Status Verdrag worden geacht verwijzingen te zijn naar die bepalingen zoals die zijn aangevuld door deze Overeenkomst.

Artikel 51

Regeling van geschillen

1. Geschillen met betrekking tot de uitlegging of toepassing van deze Overeenkomst worden door onderhandelingen tussen de Overeenkomstsluitende Staten beslecht en worden niet aan een internationaal gerechtshof of aan derden voorgelegd.

2. De procedure overeenkomstig het eerste lid vindt in de gevallen van artikel 12, tweede lid en artikel 13, tweede lid ook plaats op verzoek van de Nederlandse rechtbank of autoriteit; in het geval van artikel 12, derde lid ook op verzoek van de Duitse rechtbank of autoriteit.

Artikel 52
Kündigung

(1) Dieses Abkommen kann jederzeit von einem Vertragsstaat nach Ablauf von zwei Jahren nach seinem Inkrafttreten gekündigt werden.

(2) Die Kündigung durch einen Vertragsstaat erfolgt durch Notifikation an den anderen Vertragsstaat.

(3) Die Kündigung wird ein Jahr nach Eingang der Notifikation wirksam.

Artikel 53
Änderung

Dieses Abkommen kann von den Vertragsstaaten im gegenseitigen Einvernehmen geändert oder ergänzt werden. Die Änderungen bzw. Ergänzungen bedürfen der Schriftform.

Artikel 54
Inkrafttreten

Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Den Haag ausgetauscht. Dieses Abkommen tritt am ersten Tag des zweiten Monats nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft.

Für das Königreich der Niederlande gilt dieses Abkommen nur für den in Europa gelegenen Teil des Königreichs.

Geschehen zu Bergen am 6. Oktober 1997 in zwei Urschriften, jede in deutscher und niederländischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Voor de Bondsrepubliek Duitsland
Hartmann

Für das Königreich der Niederlande
Voor het Koninkrijk der Nederlanden
P. van Walsum

Artikel 52
Opzegging

1. Deze Overeenkomst kan na afloop van twee jaar na de inwerkingtreding te allen tijde door een Overeenkomstsluitende Staat worden opgezegd.

2. De opzegging door een Overeenkomstsluitende Staat geschiedt door middel van kennisgeving aan de andere Overeenkomstsluitende Staat.

3. De opzegging wordt een jaar na ontvangst van de opzegging van kracht.

Artikel 53
Wijziging

Deze Overeenkomst kan door de Overeenkomstsluitende Staat in onderling overleg worden gewijzigd of aangevuld. Wijzigingen respectievelijk aanvullingen dienen schriftelijk te geschieden.

Artikel 54
Inwerkingtreding

Deze Overeenkomst dient te worden bekrachtigd; de akten van bekrachtiging worden zo spoedig mogelijk te 's-Gravenhage uitgewisseld. Deze Overeenkomst treedt in werking op de eerste dag van de tweede maand na de uitwisseling van de akten van bekrachtiging.

Wat het Koninkrijk der Nederlande betreft, geldt deze Overeenkomst uitsluitend voor het in Europa gelegen deel van het Koninkrijk.

Gedaan te Bergen, op 6 oktober 1997, in twee originele exemplaren, elk in de Duitse en in de Nederlandse taal, zijnde beide teksten gelijkelijk authentiek.

Protokoll
zum Zusatzabkommen vom 6. Oktober 1997
zu dem Abkommen vom 19. Juni 1951
zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrags
über die Rechtsstellung ihrer Truppen
hinsichtlich der im Königreich der Niederlande
stationierten deutschen Truppen

Protocol
bij de aanvullende Overeenkomst van 6 oktober 1997
bij het Verdrag van 19 juni 1951
tussen de Staten die partij zijn bij het Noord-Atlantisch Verdrag
nopens de rechtspositie van hun krijgsmachten
met betrekking tot de in het Koninkrijk der Nederlanden
gestationeerde Duitse strijdkrachten

Die Bundesrepublik Deutschland
und
das Königreich der Niederlande

De Bondsrepubliek Duitsland
en
het Koninkrijk der Nederlanden

haben anlässlich der Unterzeichnung des Zusatzabkommens zu dem Abkommen vom 19. Juni 1951 zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrags über die Rechtsstellung ihrer Truppen hinsichtlich der im Königreich der Niederlande stationierten deutschen Truppen (im folgenden als Zusatzabkommen Niederlande bezeichnet) am 6. Oktober 1997 in Bergen nachstehende Bestimmungen zu dessen Artikel 48 Absatz 2 vereinbart, die Bestandteil des Abkommens sind:

Zu Artikel 13 des Zusatzabkommens vom 3. August 1959 in der durch die Änderungsabkommen vom 21. Oktober 1971 und vom 18. März 1993 geänderten Fassung zu dem Abkommen zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrags über die Rechtsstellung ihrer Truppen hinsichtlich der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten ausländischen Truppen (im folgenden als Zusatzabkommen Deutschland bezeichnet):

Die Vertragsstaaten sind mit Bezug auf Artikel 8 Absatz 1 der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 des Rates vom 14. Juni 1971 (ABl. Nr. L 149 vom 5. Juli 1971) gemäß beziehungsweise abweichend von Titel II dieser Verordnung wie folgt übereingekommen:

1. Auf dem Gebiet der sozialen Sicherheit ist auf die Mitglieder der Truppe, die Mitglieder des zivilen Gefolges und auf ihre mitreisenden Angehörigen im Sinne des Artikels I des NATO-Truppenstatuts das Recht des jeweiligen Entsendestaats anzuwenden.
2. Abweichend von Nummer 1 ist das Recht des jeweiligen Aufnahmestaats auf die unter Nummer 1 genannten Personen anzuwenden, wenn diese nicht in einem Arbeitsverhältnis zur NATO stehen beziehungsweise selbständig tätig sind oder aber auf Grund des sozialen Sicherheitssystems des Aufnahmestaats eine Sozialleistung erhalten.

hebben bij de ondertekening van de Aanvullende Overeenkomst bij het Verdrag van 19 juni 1951 tussen de Staten die partij zijn bij het Noord-Atlantisch Verdrag nopens de rechtspositie van hun krijgsmachten met betrekking tot de in het Koninkrijk der Nederlanden gestationeerde Duitse strijdkrachten (hierna te noemen Aanvullende Overeenkomst Nederland) op 6 oktober 1997 te Bergen op grond van artikel 48, tweede lid, overeenstemming bereikt over de onderstaande bepalingen, die een onderdeel van de Overeenkomst vormen.

Ten aanzien van artikel 13 van de Aanvullende Overeenkomst bij het Verdrag tussen de Staten die partij zijn bij het Noord-Atlantisch Verdrag nopens de rechtspositie van hun krijgsmachten, met betrekking tot de in de Bondsrepubliek Duitsland gestationeerde buitenlandse krijgsmachten van 3 augustus 1959, in de door de overeenkomsten tot wijziging van 21 oktober 1971 en van 18 maart 1993 gewijzigde versie (hierna te noemen de Aanvullende Overeenkomst Duitsland):

De Overeenkomstsluitende Staten zijn met betrekking tot artikel 8, eerste lid, van (EEG-) Verordening nr. 1408/71 van de Raad van 14 juni 1971 (Pb. Nr. L 149 van 5 juli 1971) overeenkomstig, respectievelijk in afwijking van, Titel II van deze Verordening als volgt overeengekomen:

1. Op het gebied van de sociale zekerheid is de wetgeving van een land van herkomst van toepassing op leden van de krijgsmacht, leden van de civiele dienst en hun meereizende gezinsleden in de zin van artikel I van het NAVO-Statusverdrag.
2. In afwijking van het onder nummer 1 bepaalde is de wetgeving van het land van ontvangst van toepassing op de onder nummer 1 genoemde personen, wanneer diegenen niet in een dienstbetrekking staan tot de NAVO, of een vrij beroep uitoefenen, respectievelijk een sociale uitkering ontvangen ingevolge het systeem van sociale zekerheid van het land van ontvangst.

Artikel 67 Absatz 3 Buchstabe a Ziffer ii hinsichtlich der für den Gebrauch und Verbrauch durch die Mitglieder der Truppe, das zivile Gefolge, ihre Mitglieder und deren Angehörige bestimmten sonstigen Leistungen und der dazu ergangenen Verwaltungsregelungen

Artikel 68 Absatz 1,

Artikel 68 Absatz 2,

Artikel 68 Absatz 4,

Artikel 71 Absatz 5 Buchstabe a Ziffer ii,

Artikel 72,

Artikel 73.

4. Zu Artikel 74 Absatz 3 Buchstabe a des Zusatzabkommens Deutschland wird zwischen den zuständigen Behörden der Bundesrepublik Deutschland und den zuständigen Behörden des Königreichs der Niederlande ein Verwaltungsabkommen über die mengenmäßig beschränkte Abgabe bestimmter Waren in den Clubs und Organisationen in der Bundesrepublik Deutschland vereinbart.
5. Die Aufzählungen unter Nummer 3 Buchstaben a und b werden – soweit nach dem Grundsatz der Gegenseitigkeit erforderlich – im gegenseitigen Einvernehmen angepaßt.

artikel 67, derde lid, onder a (ii) met betrekking tot de voor gebruik en verbruik door de leden van een krijgsmacht, een civiele dienst, de leden daarvan en hun gezinsleden bestemde andere diensten en de daarmee verband houdende administratieve regelingen,

artikel 68, eerste lid,

artikel 68, tweede lid,

artikel 68, vierde lid,

artikel 71, vijfde lid, onder a (ii),

artikel 72,

artikel 73.

4. Met betrekking tot artikel 74, derde lid, onder a, van de Aanvullende Overeenkomst Duitsland wordt tussen de bevoegde autoriteiten van de Bondsrepubliek Duitsland en de bevoegde autoriteiten van het Koninkrijk der Nederlanden een administratieve overeenkomst gesloten inzake de afzet in beperkte hoeveelheden van bepaalde goederen in clubs en organisaties in de Bondsrepubliek Duitsland.
5. De opsommingen in nummer 3, onder a en b, worden – voor zover ingevolge het reciprociteitsbeginsel vereist – in onderling overleg aangepast.

**Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung des Königreichs der Niederlande
über die Rahmenbedingungen für das I. (Deutsch-Niederländische) Korps
und dem Korps zugeordnete Truppenteile, Einrichtungen und Dienststellen**

**Verdrag
tussen de Regering van de Bondsrepubliek Duitsland
en de Regering van het Koninkrijk der Nederlanden
inzake de algemene voorwaarden voor het 1 (Duits/Nederlandse) Legerkorps
en de aan het korps verbonden eenheden en instellingen**

**Convention
between the Government of the Federal Republic of Germany
and the Government of the Kingdom of the Netherlands
on the General Conditions for the 1 (German-Netherlands) Corps
and Corps-related units and establishments**

Die Regierung
der Bundesrepublik Deutschland

und

die Regierung des Königreichs
der Niederlande –

De Regering van
de Bondsrepubliek Duitsland

en

de Regering van
het Koninkrijk der Nederlanden,

The Government of the
Federal Republic of Germany

and

the Government of the
Kingdom of the Netherlands,

eingedenk ihrer Verpflichtungen nach dem Nordatlantikvertrag vom 4. April 1949 und dem Brüsseler Vertrag vom 17. März 1948 in der durch das Protokoll vom 23. Oktober 1954 zur Änderung und Ergänzung des Brüsseler Vertrags geänderten Fassung,

im Hinblick auf die Gemeinsame Entschließung des Bundesministers der Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland und des Ministers der Verteidigung des Königreichs der Niederlande vom 30. März 1993 über die Aufstellung eines multinationalen Korps mit anfänglicher deutscher und niederländischer Beteiligung,

auf der Grundlage des Vertrags vom 23. Oktober 1954 über den Aufenthalt ausländischer Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland und des Abkommens vom 6. Oktober 1997 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Königreichs der Niederlande über die Stationierung von Truppen der Bundesrepublik Deutschland in dem Königreich der Niederlande,

in Übereinstimmung mit den Bestimmungen des Abkommens vom 19. Juni 1951 zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrags über die Rechtsstellung ihrer Truppen (NATO-Truppenstatut), des Zusatzabkommens vom 3. August 1959 in der geänderten Fassung vom 18. März

Zich bewust van hun verplichtingen krachtens het Noord-Atlantisch Verdrag van 4 april 1949 en het Verdrag van Brussel van 17 maart 1948 als gewijzigd door het Protocol tot wijziging en aanvulling van het Verdrag van Brussel, van 23 oktober 1954;

Gelet op de Gemeenschappelijke Verklaring van de Bondsminister van Defensie van de Bondsrepubliek Duitsland en de Minister van Defensie van het Koninkrijk der Nederlanden inzake de oprichting van een multinationaal legerkorps met initiële Duitse en Nederlandse deelname van 30 maart 1993;

Op grond van het Verdrag inzake de aanwezigheid van buitenlandse strijdkrachten in de Bondsrepubliek Duitsland van 23 oktober 1954 en het Verdrag tussen de Regering van de Bondsrepubliek Duitsland en de Regering van het Koninkrijk der Nederlanden inzake de stationering van strijdkrachten van de Bondsrepubliek Duitsland in het Koninkrijk der Nederlanden van 6 oktober 1997;

Overeenkomstig de bepalingen van het Verdrag tussen de Partijen bij het Noord-Atlantisch Verdrag nopens de rechtspositie van hun krijgsmachten (NAVO-Status Verdrag) van 19 juni 1951, de Aanvullende Overeenkomst bij het Verdrag tussen de Staten die partij zijn bij het Noord-Atlan-

conscious of their obligations under the North Atlantic Treaty of 4 April 1949 and the Brussels Treaty of 17 March 1948 as amended by the Protocol modifying and completing the Brussels Treaty of 23 October 1954;

noting the Joint Resolution of the Federal Minister of Defence of the Federal Republic of Germany and the Minister of Defence of the Kingdom of the Netherlands of 30 March 1993 concerning the Establishment of a Multinational Corps with initial German and Netherlands' participation;

on the basis of the Convention on the Presence of Foreign Forces in the Federal Republic of Germany of 23 October 1954 and the Agreement between the Government of the Federal Republic of Germany and the Government of the Kingdom of the Netherlands regarding the Stationing of Forces of the Federal Republic of Germany in the Kingdom of the Netherlands of 6 October 1997;

in accordance with the provisions of the Agreement between the Parties to the North Atlantic Treaty regarding the Status of their Forces (NATO SOFA) of 19 June 1951, the Agreement to Supplement the Agreement between the Parties to the North Atlantic Treaty regarding the Status

1993 zu dem Abkommen zwischen den Vertragsparteien des Nordatlantikvertrags über die Rechtsstellung ihrer Truppen hinsichtlich der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten ausländischen Truppen (Zusatzabkommen D) und des Zusatzabkommens vom 6. Oktober 1997 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich der Niederlande über die Rechtsstellung ihrer Truppen hinsichtlich der im Königreich der Niederlande stationierten deutschen Truppen (Zusatzabkommen NL) einschließlich der Protokolle,

in Übereinstimmung mit dem Notenwechsel vom 25. September 1990 in der geänderten Fassung vom 12. September 1994 zum NATO-Truppenstatut, dem Zusatzabkommen D und den ergänzenden Vereinbarungen,

eingedenk der Indienstellung des I. (Deutsch-Niederländischen) Korps am 30. August 1995 durch den Bundesminister der Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland und den Minister der Verteidigung des Königreichs der Niederlande,

in Beachtung der Einrichtung des Verbindungskommandos der Luftstreitkräfte,

in dem Wunsch, Grundsätze für eine weitere Zusammenarbeit und Integration im Korps festzulegen –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Zweck des Abkommens

Zweck dieses Abkommens ist es, die Zuständigkeiten der Vertragsparteien und die Grundsätze der Zusammenarbeit und vertieften Integration im I. (Deutsch-Niederländischen) Korps – im folgenden als „Korps“ bezeichnet – und in den dem Korps zugeordneten Truppenteilen, Einrichtungen und Dienststellen festzulegen.

Artikel 2

Verantwortungsbereich der Vertragsparteien

(1) Die Befehlsgewalt und Anordnungsbefugnis über die dem Korps unterstellten oder zugeordneten Streitkräfteanteile verbleiben im nationalen Verantwortungsbereich.

(2) Die Organisationsstruktur des Korps wird zwischen dem Bundesministerium der Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland und dem Ministerium der Verteidigung des Königreichs der Niederlande vereinbart.

(3) Die Vertragsparteien statten das Korps mit den vom Bundesministerium der Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland und vom Ministerium der Verteidigung des Königreichs der Niederlande zu bestimmenden personellen, materiellen und finanziellen Mitteln aus.

tisch Verdrag nopens de rechtspositie van hun krijgsmachten ten aanzien van buitenlandse krijgsmachten gestationeerd in de Bondsrepubliek Duitsland (Aanvullende Overeenkomst Duitsland) van 3 augustus 1959, als gewijzigd op 18 maart 1993, en de Aanvullende Overeenkomst tussen de Bondsrepubliek Duitsland en het Koninkrijk der Nederlanden nopens de rechtspositie van hun krijgsmachten met betrekking tot de in het Koninkrijk der Nederlanden gestationeerde Duitse strijdkrachten (Aanvullende Overeenkomst Nederland) van 6 oktober 1997 en de daarbij behorende Protocollen;

Overeenkomstig de Briefwisseling van 25 september 1990, als gewijzigd op 12 september 1994, bij het NAVO-Status Verdrag, de Aanvullende Overeenkomst Duitsland en de daarbij behorende akkoorden;

Zich bewust van de oprichting van het 1 (Duits/Nederlandse) Legerkorps op 30 augustus 1995 door de Bondsminister van Defensie van de Bondsrepubliek Duitsland en de Minister van Defensie van het Koninkrijk der Nederlanden;

Gelet op de oprichting van het Air Operations Coordination Center;

Geleid door de wens de uitgangspunten vast te stellen voor verdere samenwerking en integratie in het Korps;

zijn het volgende overeengekomen:

Artikel 1

Doel van het Verdrag

Dit Verdrag heeft tot doel de verantwoordelijkheden van de Verdragsluitende Partijen en de uitgangspunten voor samenwerking en verhoogde integratie in het 1 (Duits/Nederlandse) Legerkorps – hierna te noemen „het Korps“ – en de aan het Korps verbonden eenheden en instellingen vast te stellen.

Artikel 2

Verantwoordelijkheden van de Verdragsluitende Partijen

1. Het oppergezag en het toezicht over het personeel, het materieel, de eenheden, de installaties en de kantoren die aan het Korps zijn bijgedragen blijven een nationale verantwoordelijkheid.

2. Het Ministerie van Defensie van de Bondsrepubliek Duitsland en het Ministerie van Defensie van het Koninkrijk der Nederlanden bepalen in onderling overleg de structuur van de organisatie van het Korps.

3. De Verdragsluitende Partijen stellen aan het Korps het personeel, het materieel en de financiële middelen ter beschikking zoals wordt bepaald tussen het Ministerie van Defensie van de Bondsrepubliek Duitsland en het Ministerie van Defensie van het Koninkrijk der Nederlanden.

of their Forces with respect to Foreign Forces stationed in the Federal Republic of Germany (Supplementary Agreement GE) of 3 August 1959, as amended on 18 March 1993, and the Supplementary Agreement between the Federal Republic of Germany and the Kingdom of the Netherlands regarding the Status of their Forces with respect to German Forces stationed in the Kingdom of the Netherlands (Supplementary Agreement NL) of 6 October 1997 and the Protocols thereto;

in accordance with the Exchange of Notes of 25 September 1990, as amended on 12 September 1994, to the NATO SOFA, the Supplementary Agreement GE and the agreements related thereto;

conscious of the establishment of 1 (German/Netherlands) Corps on 30 August 1995 by both the Federal Minister of Defence of the Federal Republic of Germany and the Minister of Defence of the Kingdom of the Netherlands;

noting the establishment of the Air Operations Coordination Center;

desirous to establish the principles of further cooperation and integration in the Corps;

have agreed as follows:

Article 1

Purpose of the Convention

The purpose of this Convention is to define the responsibilities of the Contracting Parties and the principles of cooperation and deepened integration in the 1 (German/Netherlands) Corps – hereinafter referred to as “the Corps” – and Corps-related units and establishments.

Article 2

Responsibilities of the Contracting Parties

(1) The command and control over personnel, materiel, units, installations and offices contributed to the Corps shall remain a national responsibility.

(2) The Federal Ministry of Defence of the Federal Republic of Germany and the Ministry of Defence of the Kingdom of the Netherlands shall agree on the structure of the organization of the Corps.

(3) The Contracting Parties shall provide the Corps with the personnel, materiel and financial means as to be determined between the Federal Ministry of Defence of the Federal Republic of Germany and the Ministry of Defence of the Kingdom of the Netherlands.

Artikel 3**Aufgaben**

(1) Das Korps wird innerhalb der Grenzen der nationalen Verfassungen sowie gemäß den Bestimmungen der Charta der Vereinten Nationen jeweils nach Maßgabe der Entscheidung der zuständigen Organe der Bundesrepublik Deutschland und des Königreichs der Niederlande für folgende Aufgaben eingesetzt:

- gemeinsame Verteidigung gemäß Artikel 5 des Nordatlantikvertrags oder gemäß Artikel V des geänderten Brüsseler Vertrags,
- multinationale Krisenbewältigung einschließlich Maßnahmen zur Herbeiführung des Friedens sowie friedenserhaltende Maßnahmen im Rahmen der Vereinten Nationen, der Westeuropäischen Union, der Nordatlantikvertragsorganisation oder regionaler Abmachungen gemäß Kapitel VIII der Charta der Vereinten Nationen, denen die Vertragsparteien angehören, durch dem Korps für diese Zwecke unterstellte oder zugeordnete Kräfte,
- humanitäre Zwecke und Rettungseinsätze.

(2) Die nationalen Beiträge zum Korps stehen auch für nationale Zwecke zur Verfügung.

Artikel 4**Stationierung der Kräfte des Korps**

(1) Die Stationierung niederländischer Kräfte des Korps im deutschen Hoheitsgebiet erfolgt auf der Grundlage des Vertrags vom 23. Oktober 1954 über den Aufenthalt ausländischer Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland.

(2) Die Stationierung deutscher Kräfte des Korps im niederländischen Hoheitsgebiet erfolgt auf der Grundlage des Vertrags vom 6. Oktober 1997 über die Stationierung von Truppen der Bundesrepublik Deutschland im Königreich der Niederlande.

(3) Die binationalen Elemente des Korps werden gemäß einem gemeinsamen Beschluß des Bundesministeriums der Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland und des Ministeriums der Verteidigung des Königreichs der Niederlande disloziert.

Artikel 5**Rechtsstellung der Streitkräfteanteile, des zivilen Gefolges, ihrer Mitglieder und deren Angehörigen**

Für die Streitkräfteanteile, des zivilen Gefolges, ihrer Mitglieder und deren Angehörige gelten die Bestimmungen

- des Abkommens vom 19. Juni 1951 zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrags über die Rechtsstellung ihrer Truppen (NATO-Truppenstatut),
- des Zusatzabkommens vom 3. August 1959 in der geänderten Fassung vom 18. März 1993 zu dem Abkommen zwi-

Artikel 3**Taken**

1. Binnen de grenzen van de nationale grondwetten en overeenkomstig de bepalingen van het Handvest van de Verenigde Naties, en ingevolge de besluiten genomen door de bevoegde organen van de Bondsrepubliek Duitsland en het Koninkrijk der Nederlanden, vervult het Korps taken in het kader van:

- de gemeenschappelijke verdediging krachtens artikel 5 van het Noord-Atlantisch Verdrag of artikel V van het gewijzigde Verdrag van Brussel;
- multinationaal crisismanagement met inbegrip van vredesafdwingende en vredeshandhavende operaties in het kader van de Verenigde Naties, de Westeuropese Unie, de Noordatlantische Verdragsorganisatie of regionale overeenkomsten krachtens hoofdstuk VIII van het Handvest van de Verenigde Naties waartoe de twee Staten behoren, uit te voeren met strijdkrachten die voor deze doeleinden aan het Korps zijn ondergeschikt of toegevoegd;
- humanitaire en reddingsoperaties.

2. Nationale bijdragen aan het Korps zijn tevens beschikbaar voor nationale doeleinden.

Artikel 4**Stationering van strijdkrachten van het Korps**

1. De stationering van Nederlandse strijdkrachten van het Korps op Duits grondgebied is gebaseerd op het Verdrag inzake de aanwezigheid van buitenlandse strijdkrachten in de Bondsrepubliek Duitsland van 23 oktober 1954.

2. De stationering van Duitse strijdkrachten van het Korps op Nederlands grondgebied is gebaseerd op het Verdrag inzake de stationering van strijdkrachten van de Bondsrepubliek Duitsland in het Koninkrijk der Nederlanden van 6 oktober 1997.

3. De locatie van de binationale onderdelen van de strijdkrachten van het Korps wordt in onderling overleg bepaald door het Ministerie van Defensie van de Bondsrepubliek Duitsland en het Ministerie van Defensie van het Koninkrijk der Nederlanden.

Artikel 5**Rechtspositie van de strijdkrachten, de civiele component, de leden daarvan en hun gezinsleden**

De bepalingen van

- het Verdrag tussen de Staten die partij zijn bij het Noord-Atlantisch Verdrag nopens de rechtspositie van hun krijgsmachten (NAVO-Status Verdrag) van 19 juni 1951,
- de Aanvullende Overeenkomst bij het Verdrag tussen de Staten die partij zijn bij het Noord-Atlantisch Verdrag nopens

Article 3**Tasks**

(1) Within the limits of national constitutions and in accordance with the provisions of the Charter of the United Nations, pursuant to the decisions taken by the competent organs of the Federal Republic of Germany and the Kingdom of the Netherlands, the Corps is tasked to operate for

- common defence purposes under Article 5 of the North Atlantic Treaty or Article V of the revised Brussels Treaty;
- multinational crisis management purposes including peace enforcement and peacekeeping operations, within the framework of the United Nations, the Western European Union, the North Atlantic Treaty Organization, or regional arrangements pursuant to Chapter VIII of the Charter of the United Nations to which the two States belong, to be conducted with forces subordinated or added to the Corps for those purposes;
- humanitarian and rescue purposes.

(2) National contributions to the Corps shall also be available for national purposes.

Article 4**Stationing of Forces of the Corps**

(1) The stationing of Netherlands forces of the Corps on German territory shall be based upon the Convention on the Presence of Foreign Forces in the Federal Republic of Germany of 23 October 1954.

(2) The stationing of German forces of the Corps on Netherlands territory shall be based upon the Agreement on the Stationing of German Forces in the Kingdom of the Netherlands of 6 October 1997.

(3) The location of the binational elements of the forces of the Corps shall be jointly decided upon by the Federal Ministry of Defence of the Federal Republic of Germany and the Ministry of Defence of the Kingdom of the Netherlands.

Article 5**Status of the forces, the civilian component, their members and the dependents thereof**

The provisions of

- the Agreement between the Parties to the North Atlantic Treaty regarding the Status of their Forces (NATO SOFA) of 19 June 1951,
- the Agreement to Supplement the Agreement between the Parties to the North Atlantic Treaty regarding the Sta-

schen den Parteien des Nordatlantikvertrags über die Rechtsstellung ihrer Truppen hinsichtlich der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten ausländischen Truppen (Zusatzabkommen D),

- des Notenwechsels vom 25. September 1990 in der geänderten Fassung vom 12. September 1994 in bezug auf das NATO-Truppenstatut, das Zusatzabkommen D und die ergänzenden Vereinbarungen,
- des Zusatzabkommens vom 6. Oktober 1997 zu dem NATO-Truppenstatut hinsichtlich der im Königreich der Niederlande stationierten deutschen Truppen (Zusatzabkommen NL) einschließlich des ergänzenden Protokolls und
- dieses Abkommens.

de rechtspositie van hun krijgsmachten, met betrekking tot de in de Bondsrepubliek Duitsland gestationeerde buitenlandse krijgsmachten (Aanvullende Overeenkomst Duitsland), als gewijzigd op 18 maart 1993,

- de Briefwisseling van 25 september 1990, als gewijzigd op 12 september 1994, bij het NAVO-Status Verdrag, de Aanvullende Overeenkomst Duitsland en de daarbij behorende akkoorden,
- de Aanvullende Overeenkomst bij het NAVO-Status Verdrag met betrekking tot Duitse strijdkrachten gestationeerd in het Koninkrijk der Nederlanden (Aanvullende Overeenkomst Nederland) van 6 oktober 1997, en het daarbij behorende Protocol,
- en dit Verdrag

zijn van toepassing op de strijdkrachten, de civiele component, de leden daarvan en hun gezinsleden.

tus of their Forces with respect to Foreign Forces stationed in the Federal Republic of Germany (Supplementary Agreement GE), as amended on 18 March 1993,

- the Exchange of Notes of 25 September 1990, as amended on 12 September 1994, in connection with the NATO SOFA, the Supplementary Agreement GE and the agreements related thereto,
- the Agreement to supplement NATO SOFA with respect to German Forces stationed in the Kingdom of the Netherlands (Supplementary Agreement NL) of 6 October 1997 and the Protocol thereto and
- this Convention

shall be applicable with regard to the forces, the civilian component, their members and the dependents thereof.

Artikel 6

Integrierte Weisungs- und Kontrollbefugnis

(1) Der Kommandierende General wird hinsichtlich der Ausführung der dem Korps erteilten Aufträge mit einer integrierten Weisungs- und Kontrollbefugnis ausgestattet. Sie umfaßt die Berechtigung, den ihm integriert unterstellten Soldaten und zivilen Mitarbeitern des Korps dienstliche Anordnungen zu erteilen. Sie umfaßt die Planung, Vorbereitung und Ausführung von Aufgaben und Aufträgen des Korps einschließlich Ausbildung und Übungen sowie logistische Befugnisse.

(2) Nationale Rechte und persönliche Verpflichtungen, insbesondere im Hinblick auf disziplinaire Angelegenheiten und Beschwerden, fallen nicht unter die integrierte Weisungs- und Kontrollbefugnis.

(3) Einzelheiten werden zwischen den Vertragsparteien vereinbart.

(4) Aufgabenbereiche und Handlungsbefugnisse des zuständigen NATO/WEU-Befehlshabers bleiben hiervon unberührt.

Artikel 7

Binationaler Haushalt

(1) Es wird ein binationaler Haushalt für das Korps eingerichtet. Über den Umfang dieses binationalen Haushalts sowie die Bereitstellung der entsprechenden Mittel einigen sich das Bundesministerium der Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland und das Ministerium der Verteidigung des Königreichs der Niederlande nach Maßgabe der geltenden gesetzlichen Bestimmungen.

(2) Ein binationaler Rechnungsprüfungsausschuß ist zur Kontrolle und Prüfung des binationalen Haushalts in Anlehnung an die NATO-Rechnungsprüfungsverfahren berechtigt.

Artikel 6

Geïntegreerde leidinggevende en toezichthoudende bevoegdheid

1. De Commandant van het Korps krijgt de geïntegreerde leidinggevende en toezichthoudende bevoegdheid met betrekking tot de uitvoering van de aan het Korps opgedragen taken. Deze bevoegdheid omvat het recht instructies te geven aan de soldaten en burgerpersoneelsleden van het Korps onder zijn geïntegreerd bevel, alsmede de planning, de voorbereiding en de uitvoering van de taken en missies van het Korps, met inbegrip van de opleiding, oefeningen en logistieke competenties.

2. Nationale rechten en verplichtingen van het personeel, in het bijzonder met betrekking tot disciplinaire kwesties en klachten, vallen niet binnen de reikwijdte van de geïntegreerde leidinggevende en toezichthoudende bevoegdheid.

3. Bijzonderheden worden overeengekomen tussen de Verdragsluitende Partijen.

4. De verantwoordelijkheden en bevoegdheden van de terzake bevoegde NAVO/WEU-bevelhebber blijven ongewijzigd.

Artikel 7

Binotionaal budget

1. Het Korps krijgt een binotionaal budget. De omvang en de financiering van het binotionale budget worden bepaald door het Ministerie van Defensie van de Bondsrepubliek Duitsland en het Ministerie van Defensie van het Koninkrijk der Nederlanden met inachtneming van de toepasselijke wettelijke bepalingen.

2. Een binotionale Commissie van Accountants draagt zorg voor het toezicht op en de controle van het binotionale budget in beginsel op basis van de controleprocedures van de NAVO.

Article 6

Integrated Directing and Control Authority

(1) The Commander of the Corps shall be vested with integrated directing and control authority with regard to the execution of the tasks given to the Corps. This authority includes the right to give instructions to soldiers and civilian members of the Corps under his integrated command. It encompasses planning, preparation and execution of the Corps' tasks and missions, including training, exercises as well as logistic competences.

(2) National rights and obligations of personnel, in particular with regard to disciplinary matters and complaints, do not fall within the scope of the integrated directing and control authority.

(3) Details shall be agreed between the Contracting Parties.

(4) The responsibilities and powers of the competent NATO/WEU Commander shall remain unaffected.

Article 7

Binational budget

(1) There shall be a binational budget for the Corps. The scope and funding of the binational budget shall be agreed upon by the Federal Ministry of Defence of the Federal Republic of Germany and the Ministry of Defence of the Kingdom of the Netherlands in accordance with applicable legal provisions.

(2) A binational Board of Auditors shall supervise and audit the binational budget following as a rule the NATO auditing procedures.

(3) Unabhängig von den Rechnungsprüfungen durch den binationalen Rechnungsprüfungsausschuß sind die nationalen Rechnungsprüfungsbehörden berechtigt, bei den binationalen Elementen des Korps alle Informationen einzuholen und dort sämtliche Unterlagen einzusehen, die ihrer Ansicht nach für die Rechnungsprüfung des nationalen Anteils und für die Unterrichtung der Regierungen und Parlamente erforderlich sind. Diese Anträge werden über den Kommandierenden General gestellt.

Artikel 8

Befugnis zum Abschluß von Verträgen

(1) Verträge für binationale Zwecke zu Lasten des binationalen Haushalts des Korps werden mit Wirkung für die Bundesrepublik Deutschland und das Königreich der Niederlande geschlossen. Auf der Grundlage der Anforderungen des Kommandierenden Generals wirken die hierzu befugten deutschen und niederländischen Stellen einvernehmlich zusammen.

(2) Alle aus dem binationalen Haushalt finanzierten Vermögenswerte werden gemeinsames Eigentum der Bundesrepublik Deutschland und des Königreichs der Niederlande. Die Bestimmungen und Verfahren für das Aussondern und Verwerten gemeinsamen Eigentums werden in zusätzlichen Abmachungen festgelegt.

(3) In Gerichtsverfahren, die sich aufgrund der in Absatz 1 bezeichneten Verträge ergeben, wird der Aufenthaltsstaat die Verantwortung für die gerichtliche Vertretung übernehmen. In dritten Staaten übernimmt der Staat diese Verantwortung, dessen Nationalität der zum Vertragsabschluß Berechtigte hat. Die Kosten der Gerichtsverfahren gehen zu Lasten des binationalen Haushalts des Korps.

(4) Alle Kosten, die sich aus den in Absatz 1 bezeichneten Verträgen ergeben oder mit diesen in Zusammenhang stehen, gehen zu Lasten des binationalen Haushalts.

Artikel 9

Ausgleich von Ansprüchen

(1) Artikel VIII des NATO-Truppenstatuts findet Anwendung.

(2) Ansprüche Dritter, mit Ausnahme vertraglicher Ansprüche, die sich aufgrund von Handlungen oder Unterlassungen ergeben, die von Mitgliedern der binationalen Elemente des Korps bei der Wahrnehmung ihrer Dienstpflichten im binationalen Rahmen vorgenommen wurden oder die durch den dienstlichen Gebrauch von Material entstanden sind, das von diesen Elementen für binationale Zwecke genutzt wurde und dabei Schaden verursacht hat, werden gemäß Artikel VIII Absatz 5 Buchstabe e Ziffer ii des NATO-Truppenstatuts behandelt und in voller Höhe aus dem binationalen Haushalt beglichen.

3. Onafhankelijk van de controle door de binationale Commissie van Accountants hebben nationale accountants het recht alle inlichtingen te vragen en alle dossiers in te zien van de binationale onderdelen van het Korps die zij nodig achten voor de controle van de nationale onderdelen en voor het verstrekken van informatie aan hun respectieve regeringen en parlementen. Deze verzoeken worden gedaan via de Commandant van het Korps.

Artikel 8

Bevoegdheid tot het sluiten van contracten

1. Contracten voor binationale doeleinden ten laste van het binationale budget van het Korps zijn bindend voor de Bondsrepubliek Duitsland en het Koninkrijk der Nederlanden. De bevoegde Duitse en Nederlandse diensten werken samen op basis van de door de Commandant van het Korps gestelde behoeften.

2. Alle uit het binationale budget bekostigde activa zijn gezamenlijk eigendom van de Bondsrepubliek Duitsland en het Koninkrijk der Nederlanden. Regelingen en procedures voor de overdracht van gezamenlijke eigendommen worden uitgewerkt in nadere overeenkomsten.

3. In gerechtelijke procedures die voortvloeien uit de contracten als genoemd in het eerste lid draagt de ontvangende Staat zorg voor de vertegenwoordiging in rechte. In derde landen wordt deze verantwoordelijkheid gedragen door de Staat waarvan de functionaris die het contract heeft gesloten de nationaliteit bezit. De kosten van de gerechtelijke procedures komen hierbij ten laste van het binationale budget van het Korps.

4. Alle vorderingen voortvloeiend uit of in samenhang met de contracten als genoemd in het eerste lid komen ten laste van het binationale budget.

Artikel 9

Betaling van vorderingen

1. Artikel VIII van het NAVO-Status Verdrag is van toepassing.

2. Vorderingen van derden, anders dan contractuele, die voortvloeien uit het handelen of nalaten van leden van de binationalen onderdelen van het Korps gedaan tijdens de uitoefening van hun officiële binationale functie of voortvloeiend uit het gebruik uit hoofde van hun functie van materieel dat bij deze onderdelen voor binationale doeleinden in gebruik is en waarbij schade wordt aangericht, worden behandeld overeenkomstig Artikel VIII, vijfde lid, onder e (ii), van het NAVO-Status Verdrag; deze vorderingen worden volledig voldaan uit het binationale budget.

(3) Independently from the audit by the binational Board of Auditors, national auditors are entitled to request from binational elements of the Corps all information and examine all files they consider necessary for auditing the national elements and informing their respective governments and parliaments. These requests shall be channelled through the Commander of the Corps.

Article 8

Contracting competence

(1) Contracts for binational purposes at the expense of the binational budget of the Corps shall bind the Federal Republic of Germany and the Kingdom of the Netherlands. Based on the requirements of the Commander of the Corps the competent German and Netherlands agencies shall cooperate jointly.

(2) Any assets acquired from the binational budget shall be joint property of the Federal Republic of Germany and the Kingdom of the Netherlands. Regulations and procedures for the disposal of joint property shall be specified in further arrangements.

(3) In legal proceedings, resulting from the contracts as mentioned in paragraph 1, the receiving State shall assume responsibility for legal representation. In third countries the State of which the contracting official is a national shall assume this responsibility. Costs of legal proceedings shall be borne by the binational budget of the Corps.

(4) All claims resulting from or related to the contracts as mentioned in paragraph 1 shall be borne by the binational budget.

Article 9

Payment of Claims

(1) Article VIII of NATO SOFA is applicable.

(2) Claims of third parties, other than contractual claims, arising out of acts or omissions of members of the binational elements of the Corps done in the performance of official binational duty or arising out of the official use of any materiel used by these elements for binational purposes and causing damage, shall be dealt with in accordance with Article VIII paragraph (5) (e) (ii) of NATO SOFA; these claims shall be paid entirely from the binational budget.

Artikel 10**Wachdienst**

(1) Binational genutzte Einrichtungen oder Liegenschaften können durch binationale Wachen bewacht werden, soweit die Wachsoldaten des Entsendestaats die gleichen Befugnisse wie die Wachsoldaten des Aufnahmestaats haben.

(2) Binationale Wachen unterstehen im Wachdienst ausschließlich den Wachvorsetzten des Aufnahmestaats.

(3) Für binationale Wachen außerhalb des Hoheitsgebiets der Vertragsparteien werden besondere Vereinbarungen angewandt.

Artikel 10**Bewakingstaak**

1. De voor binationale doeleinden gebruikte faciliteiten of gebouwen kunnen worden bewaakt door een binationale wacht, indien het bewakingspersoneel van de zendstaat dezelfde bevoegdheden heeft als het bewakingspersoneel van de ontvangende Staat.

2. Voor de uitvoering van hun bewakingstaken valt de binationale wacht uitsluitend onder het gezag van de bevoegde wachtsuperieur van de ontvangende Staat.

3. Voor binationale bewakingstaken buiten het grondgebied van de Verdragsluitende Partijen zullen bijzondere overeenkomsten van toepassing zijn.

Article 10**Guard Duty**

(1) Binationally used facilities or premises may be guarded by binational guards, if the guard personnel of the sending State is vested with the same competences as guard personnel of the receiving State.

(2) For the execution of their guard duties binational guards are exclusively subordinated to the competent superior guard authorities of the receiving State.

(3) For binational guard duties outside the territory of the Contracting Parties specific arrangements shall apply.

Artikel 11**Sicherheit**

Die bei der Durchführung dieses Abkommens entstandenen oder ausgetauschten Verschlusssachen werden nach den entsprechenden Bestimmungen der für sie geltenden multinationalen oder bilateralen Vereinbarungen, Richtlinien und Verfahren über den Schutz von Verschlusssachen geschützt.

Artikel 11**Beveiliging**

Gerubriceerde gegevens die ontstaan of worden uitgewisseld als gevolg van de uitvoering van dit Verdrag worden behandeld overeenkomstig multilaterale of bilaterale overeenkomsten, regelingen en procedures inzake de bescherming van gerubriceerde gegevens.

Article 11**Security**

Classified information generated or exchanged as a result of the execution of this Convention shall be treated in accordance with multilateral or bilateral agreements, regulations and procedures concerning the protection of classified information.

Artikel 12**Beitritt
weiterer Bündnisstaaten**

Auf Einladung der Vertragsparteien dieses Abkommens können weitere Staaten, die Vertragsparteien des Nordatlantikvertrags oder des Brüsseler Vertrags sind, diesem Abkommen gemäß im einzelnen zu vereinbarenden Bedingungen beitreten.

Artikel 12**Toetreding
van andere Geallieerde Staten**

Andere Staten partijen bij het Noord-Atlantisch Verdrag of het Verdrag van Brussel kunnen, op uitnodiging van de Partijen bij dit Verdrag, tot dit Verdrag toetreden onder nader overeen te komen voorwaarden.

Article 12**Accession
of Other Allied States**

Other States Party to the North Atlantic Treaty or to the Brussels Treaty may, at the invitation of the Parties to this Convention, join this Convention under conditions to be agreed in detail.

Artikel 13**Durchführungsvereinbarungen**

Durchführungsvereinbarungen zu diesem Abkommen werden geschlossen.

Artikel 13**Uitvoeringsovereenkomsten**

Bij dit Verdrag worden uitvoeringsovereenkomsten gesloten.

Article 13**Implementing Agreements**

Implementing agreements to this Convention shall be concluded.

Artikel 14**Beilegung von
Meinungsverschiedenheiten**

Etwaige Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens werden durch Verhandlungen zwischen den Vertragsparteien einvernehmlich beigelegt und nicht an Dritte verwiesen.

Artikel 14**Geschillen-
beslechting**

Alle geschillen met betrekking tot de interpretatie of de toepassing van dit Verdrag worden beslecht door middel van onderhandelingen tussen de Verdragsluitende Partijen zonder beroep op derden.

Article 14**Settlement
of Disputes**

Any dispute concerning the interpretation or application of this Convention shall be settled through negotiations between the Contracting Parties without recourse to third Parties.

Artikel 15**Schlußbestimmungen**

(1) Dieses Abkommen tritt am ersten Tag des zweiten Monats nach dem Tag in Kraft, an dem die letzte Notifikation darüber erfolgt ist, daß die innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind.

(2) Dieses Abkommen wird mit Wirkung vom 1. Dezember 1997 nach Maßgabe des jeweiligen innerstaatlichen Rechts der Vertragsparteien vorläufig angewandt.

Artikel 15**Slotbepalingen**

1. Dit Verdrag treedt in werking op de eerste dag van de tweede maand volgend op de datum van ontvangst van de laatste kennisgeving dat aan de nationale vereisten voor de inwerkingtreding is voldaan.

2. Dit Verdrag wordt met ingang van 1 december 1997 voorlopig toegepast overeenkomstig het nationale recht van de Verdragsluitende Partijen.

Article 15**Final Provisions**

(1) This Convention shall enter into force on the first day of the second month following the date of receipt of the last notification that the national requirements for entry into force have been fulfilled.

(2) This Convention shall be applied provisionally from 1 December 1997 in accordance with national law of the Contracting Party concerned.

(3) Dieses Abkommen kann von den Vertragsparteien in gegenseitigem Einvernehmen ergänzt oder geändert werden. Ergänzungen oder Änderungen bedürfen der Schriftform.

(4) Dieses Abkommen kann von jeder Vertragspartei unter Einhaltung einer Frist von zwölf Monaten gegenüber der anderen schriftlich gekündigt werden. Die Vertragsparteien konsultieren einander, um für beide Seiten annehmbare Kündigungsbedingungen zu vereinbaren.

(5) Dieses Abkommen wird nach seinem Inkrafttreten alle fünf Jahre überprüft.

(6) Für das Königreich der Niederlande gilt dieses Abkommen nur für den in Europa gelegenen Teil des Königreichs.

Geschehen zu Bergen am 6. Oktober 1997 in zwei Urschriften, jede in deutscher, niederländischer und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut verbindlich ist. Bei unterschiedlicher Auslegung des deutschen und des niederländischen Wortlauts ist der englische Wortlaut maßgebend.

3. Dit Verdrag kan worden aangevuld of gewijzigd met wederzijdse instemming van de Verdragsluitende Partijen. Aanvullingen of wijzigingen worden op schrift gesteld.

4. Dit Verdrag kan door één van beide Verdragsluitende Partijen worden beëindigd door schriftelijke kennisgeving aan de andere Verdragsluitende Partij met een opzegtermijn van twaalf maanden. De Verdragsluitende Partijen voeren overleg om overeenstemming te bereiken over de wederzijds aanvaardbare voorwaarden van beëindiging.

5. Dit Verdrag wordt iedere vijf jaar na de inwerkingtreding opnieuw in ogenschouwing genomen.

6. Wat het Koninkrijk der Nederlanden betreft, geldt dit Verdrag uitsluitend voor het grondgebied van het Koninkrijk in Europa.

Gedaan te Bergen, op 6 oktober 1997, in tweevoud, elk in de Duitse, de Nederlandse en de Engelse taal, waarbij de drie teksten authentiek zijn. In geval van verschil in interpretaties van de Duitse en de Nederlandse tekst, is de Engelse tekst doorslaggevend.

(3) This Convention may be supplemented or amended by mutual consent of the Contracting Parties. Supplements or amendments shall be put in writing.

(4) This Convention may be terminated by either Contracting Party giving twelve months' notice in writing to the other. The Contracting Parties shall consult each other to agree on mutually acceptable conditions of termination.

(5) This Convention shall be reviewed every five years after its entry into force.

(6) As regards the Kingdom of the Netherlands, this Convention shall apply to the territory of the Kingdom in Europe only.

Done at Bergen on 6 October 1997 in duplicate, each in the German, Netherlands and English language, all three texts being authentic. In case of divergent interpretations of the German and Netherlands texts, the English text shall prevail.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Voor de Regering van de Bondsrepubliek Duitsland
For the Government of the Federal Republic of Germany

Hartmann
Volker Rühle

Für die Regierung des Königreichs der Niederlande
Voor de Regering van het Koninkrijk der Nederlanden
For the Government of the the Kingdom of the Netherlands

Voorhoeve
P. van Walsum

Gesetz
zu dem Übereinkommen vom 29. Januar 1998
zwischen der Regierung Kanadas, Regierungen von Mitgliedstaaten
der Europäischen Weltraumorganisation, der Regierung Japans,
der Regierung der Russischen Föderation
und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika
über Zusammenarbeit bei der zivilen internationalen Raumstation
(Raumstations-Übereinkommen)

Vom 11. September 1998

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Washington am 29. Januar 1998 von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten Übereinkommen zwischen der Regierung Kanadas, Regierungen von Mitgliedstaaten der Europäischen Weltraumorganisation, der Regierung Japans, der Regierung der Russischen Föderation und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika über Zusammenarbeit bei der zivilen internationalen Raumstation und dem Briefwechsel der Verhandlungsleiter vom 26. Januar 1998 zur Auslegung des Übereinkommens wird zugestimmt. Das Übereinkommen und der Briefwechsel werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Eine Tätigkeit, die in oder an einem von der Europäischen Weltraumorganisation registrierten Element durchgeführt wird, gilt für das Gebiet des gewerblichen Rechtsschutzes und des Urheberrechts als im Geltungsbereich dieses Gesetzes durchgeführt.

Artikel 3

Das deutsche Strafrecht gilt, unabhängig vom Recht des Tatorts, für Taten, die in oder an einem Flugelement der Raumstation im Weltraum begangen werden, wenn

1. der Täter zur Zeit der Tat Deutscher ist oder
2. die Tat gegen einen Deutschen begangen wird oder
3. sich die Tat gegen ein von der Europäischen Weltraumorganisation registriertes Flugelement richtet.

Artikel 4

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Übereinkommen nach seinem Artikel 25 Abs. 3 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.
Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und wird im Bundesgesetzblatt verkündet.

Berlin, den 11. September 1998

Der Bundespräsident
Roman Herzog

Der Bundeskanzler
Dr. Helmut Kohl

Der Bundesminister
für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie
Dr. Jürgen Rüttgers

Der Bundesminister des Auswärtigen
Kinkel

Der Bundesminister der Justiz
Schmidt-Jortzig

Übereinkommen
zwischen der Regierung Kanadas, Regierungen von Mitgliedstaaten
der Europäischen Weltraumorganisation, der Regierung Japans,
der Regierung der Russischen Föderation
und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika
über Zusammenarbeit bei der zivilen internationalen Raumstation

Agreement
Among the Government of Canada, Governments of Member States
of the European Space Agency, the Government of Japan,
the Government of the Russian Federation,
and the Government of the United States of America
Concerning Cooperation on the Civil International Space Station

Accord
entre le Gouvernement du Canada, les Gouvernements d'États membres
de l'Agence spatiale Européenne, le Gouvernement du Japon,
le Gouvernement de la Fédération de Russie
et le Gouvernement des États-Unis d'Amérique
sur la coopération relative à la Station spatiale internationale civile

Inhaltsverzeichnis	Table of Contents	Table des matières
Präambel	Preamble	Préambule
Artikel 1 Zweck und Geltungsbereich	Article 1 Object and Scope	Article 1 Objet et portée
Artikel 2 Rechte und Pflichten nach dem Völkerrecht	Article 2 International Rights and Obligations	Article 2 Droits et obligations internationaux
Artikel 3 Begriffsbestimmungen	Article 3 Definitions	Article 3 Définitions
Artikel 4 Zusammenarbeitende Stellen	Article 4 Cooperating Agencies	Article 4 Agences coopérantes
Artikel 5 Registrierung; Hoheitsgewalt und Kontrolle	Article 5 Registration; Jurisdiction and Control	Article 5 Immatriculation; juridiction et contrôle
Artikel 6 Eigentum an Elementen und Ausrüstungsgegenständen	Article 6 Ownership of Elements and Equipment	Article 6 Propriété des éléments et des équipements
Artikel 7 Management	Article 7 Management	Article 7 Gestion
Artikel 8 Detailentwurf und Entwicklung	Article 8 Detailed Design and Development	Article 8 Conception détaillée et développement
Artikel 9 Nutzung	Article 9 Utilization	Article 9 Utilisation
Artikel 10 Betrieb	Article 10 Operation	Article 10 Exploitation
Artikel 11 Mannschaft	Article 11 Crew	Article 11 Equipage
Artikel 12 Transport	Article 12 Transportation	Article 12 Transport
Artikel 13 Kommunikation	Article 13 Communications	Article 13 Télécommunications
Artikel 14 Weiterentwicklung	Article 14 Evolution	Article 14 Evolution
Artikel 15 Finanzierung	Article 15 Funding	Article 15 Financement
Artikel 16 Gegenseitiger Haftungsausschluß	Article 16 Cross-Waiver of Liability	Article 16 Renonciation mutuelle à recours en matière de responsabilité
Artikel 17 Haftungsübereinkommen	Article 17 Liability Convention	Article 17 Convention sur la responsabilité
Artikel 18 Zoll und Einreise	Article 18 Customs and Immigration	Article 18 Douanes et immigration
Artikel 19 Austausch von Daten und Gütern	Article 19 Exchange of Data and Goods	Article 19 Echange de données et de biens
Artikel 20 Behandlung von Daten und Gütern im Transit	Article 20 Treatment of Data and Goods in Transit	Article 20 Traitement des données et des biens en transit
Artikel 21 Geistiges Eigentum	Article 21 Intellectual Property	Article 21 Propriété intellectuelle
Artikel 22 Strafgerichtsbarkeit	Article 22 Criminal Jurisdiction	Article 22 Juridiction pénale
Artikel 23 Konsultationen	Article 23 Consultations	Article 23 Consultations
Artikel 24 Überprüfung der Zusammenarbeit bei der Raumstation	Article 24 Space Station Cooperation Review	Article 24 Examen de la coopération relative à la Station spatiale
Artikel 25 Inkrafttreten	Article 25 Entry into Force	Article 25 Entrée en vigueur
Artikel 26 Wirksamwerden zwischen bestimmten Vertragsparteien	Article 26 Operative Effect as between Certain Parties	Article 26 Effet exécutoire entre certaines parties
Artikel 27 Änderungen	Article 27 Amendments	Article 27 Modifications
Artikel 28 Rücktritt	Article 28 Withdrawal	Article 28 Retrait
Anlage Von den Partnern bereitzustellende Elemente der Raumstation	Annex Space Station Elements to be Provided by the Partners	Annexe Eléments de la Station spatiale à fournir par les Partenaires

Die Regierung Kanadas (im folgenden auch als „Kanada“ bezeichnet),

die Regierungen des Königreichs Belgien, des Königreichs Dänemark, der Bundesrepublik Deutschland, der Französischen Republik, der Italienischen Republik, des Königreichs der Niederlande, des Königreichs Norwegen, des Königreichs Schweden, der Schweizerischen Eidgenossenschaft, des Königreichs Spanien und des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland, die Regierungen von Mitgliedstaaten der Europäischen Weltraumorganisation sind (im folgenden zusammen als „europäische Regierungen“ oder „europäischer Partner“ bezeichnet),

die Regierung Japans (im folgenden auch als „Japan“ bezeichnet),

die Regierung der Russischen Föderation (im folgenden auch als „Rußland“ bezeichnet) und

die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika (im folgenden als „Regierung der Vereinigten Staaten“ oder „Vereinigte Staaten“ bezeichnet) –

unter Hinweis darauf, daß der Präsident der Vereinigten Staaten im Januar 1984 die Nationale Luft- und Raumfahrtorganisation (NASA) angewiesen hat, eine ständig bemannte Raumstation zu entwickeln und in eine Umlaufbahn zu bringen, und den Freunden und Verbündeten der Vereinigten Staaten angeboten hat, sich an der Entwicklung und Nutzung der Raumstation zu beteiligen und an dem daraus erwachsenden Nutzen teilzuhaben;

unter Hinweis darauf, daß der Premierminister von Kanada auf dem Gipfeltreffen mit dem Präsidenten der Vereinigten Staaten im März 1985 in Quebec dieses Angebot angenommen hat und daß beide Seiten auf dem Gipfeltreffen im März 1986 in Washington, D.C., ihr Interesse an einer Zusammenarbeit bekräftigt haben;

eingedenk der vom Rat der Europäischen Weltraumorganisation (ESA) am 31. Januar 1985 und am 20. Oktober 1995 auf den Tagungen auf Ministerebene angenommenen einschlägigen Entschlüsse sowie unter Hinweis darauf, daß im Rahmen der ESA entsprechend dem in Artikel II ihres Gründungsübereinkommens festgelegten Zweck das Columbus-Programm und die europäische Beteiligung am Programm für die Entwicklung der internationalen Raumstation in Angriff genommen worden sind, um Elemente der zivilen internationalen Raumstation zu entwickeln;

eingedenk des von Japan während der Besuche des Administrators der NASA in Japan 1984 und 1985 bekundeten Interesses am Raumstationsprogramm und der Beteiligung Japans am Weltraumprogramm der Vereinigten Staaten mit dem „First Materials Processing Test“ (Erster Materialverarbeitungstest);

The Government of Canada (hereinafter also “Canada”),

The Governments of the Kingdom of Belgium, the Kingdom of Denmark, the French Republic, the Federal Republic of Germany, the Italian Republic, the Kingdom of the Netherlands, the Kingdom of Norway, the Kingdom of Spain, the Kingdom of Sweden, the Swiss Confederation, and the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, being Governments of Member States of the European Space Agency (hereinafter collectively “the European Governments” or “the European Partner”),

The Government of Japan (hereinafter also “Japan”),

The Government of the Russian Federation (hereinafter also “Russia”), and

The Government of the United States of America (hereinafter “the Government of the United States” or “the United States”),

Recalling that in January 1984 the President of the United States directed the National Aeronautics and Space Administration (NASA) to develop and place into orbit a permanently manned Space Station and invited friends and allies of the United States to participate in its development and use and to share in the benefits thereof,

Recalling the acceptance of the aforementioned invitation by the Prime Minister of Canada at the March 1985 Quebec Summit meeting with the President of the United States and the mutual confirmation of interest on cooperation at the March 1986 Washington, D.C. Summit meeting,

Recalling the terms of the relevant Resolutions adopted on 31 January 1985 and 20 October 1995 by the European Space Agency (ESA) Council meeting at the ministerial level, and that, within the framework of ESA, and in accordance with its purpose as defined in Article II of the Convention establishing it, the Columbus programme and the European participation in the international Space Station development programme have been undertaken to develop and will develop elements of the civil international Space Station,

Recalling Japan's interest in the Space Station program manifested during the NASA Administrator's visits to Japan in 1984 and 1985 and Japan's participation in the U.S. space program through the First Materials Processing Test,

Le Gouvernement du Canada (ci-après également dénommé «le Canada»),

Les Gouvernements de la République fédérale d'Allemagne, du Royaume de Belgique, du Royaume de Danemark, du Royaume d'Espagne, de la République française, de la République italienne, du Royaume de Norvège, du Royaume des Pays-Bas, du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord, du Royaume de Suède et de la Confédération suisse, gouvernements d'Etats membres de l'Agence spatiale européenne (ci-après collectivement dénommés «les Gouvernements européens» ou «le Partenaire européen»),

Le Gouvernement du Japon (ci-après également dénommé «le Japon»),

Le Gouvernement de la Fédération de Russie (ci-après également dénommé «la Russie»), et

Le Gouvernement des Etats-Unis d'Amérique (ci-après dénommé «le Gouvernement des Etats-Unis» ou «les Etats-Unis»),

Rappelant qu'en janvier 1984, le Président des Etats-Unis a chargé l'Administration nationale de l'Aéronautique et de l'Espace (la NASA) de réaliser et de mettre sur orbite une Station spatiale habitée en permanence et a invité les amis et les alliés des Etats-Unis à participer à son développement et à son utilisation et à partager les bénéfices en découlant,

Rappelant que le Premier Ministre du Canada a accepté l'invitation susmentionnée lors de la réunion au sommet avec le Président des Etats-Unis tenue à Québec en mars 1985 et que les deux Gouvernements ont confirmé leur intérêt pour la coopération lors de la réunion au sommet de Washington, D.C., en mars 1986,

Rappelant les termes des Résolutions applicables adoptées le 31 janvier 1985 et le 20 octobre 1995 par le Conseil de l'Agence spatiale européenne (l'ASE) siégeant au niveau ministériel, et rappelant que le programme Columbus et le programme de développement relatif à la participation de l'Europe à la Station spatiale internationale ont été entrepris dans le cadre de l'ASE, en conformité avec sa mission définie à l'Article II de la Convention qui l'a créée, afin de développer des éléments de la Station spatiale internationale civile,

Rappelant l'intérêt que le Japon a manifesté pour le programme de Station spatiale lors des visites de l'Administrateur de la NASA au Japon en 1984 et en 1985 et la participation du Japon au programme spatial des Etats-Unis par le biais du Premier essai de traitement de matériaux,

eingedenk der Beteiligung der ESA und Kanadas am Raumtransportsystem der Vereinigten Staaten mit dem in Europa entwickelten ersten bemannten Weltraumlaboratorium Spacelab und dem von Kanada entwickelten Telemanipulatorsystem;

eingedenk der Partnerschaft, die durch das am 29. September 1988 in Washington beschlossene Übereinkommen zwischen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika, Regierungen von Mitgliedstaaten der Europäischen Weltraumorganisation, der Regierung Japans und der Regierung Kanadas über Zusammenarbeit bei Detailentwurf, Entwicklung, Betrieb und Nutzung der ständig bemannten zivilen Raumstation (im folgenden als „Übereinkommen von 1988“ bezeichnet) sowie die zugehörigen Vereinbarungen zwischen der NASA und dem Staatsministerium für Wissenschaft und Technologie (MOSST) Kanadas, der NASA und der ESA sowie der NASA und der Regierung Japans geschaffen wurde;

in der Erkenntnis, daß das Übereinkommen von 1988 am 30. Januar 1992 im Verhältnis zwischen den Vereinigten Staaten und Japan in Kraft getreten ist;

im Hinblick darauf, daß die NASA, die ESA, die Regierung Japans und das MOSST Gemeinschaftsarbeiten ausgeführt haben, um die Partnerschaft beim Raumstationsprogramm nach dem Übereinkommen von 1988 und den zugehörigen Vereinbarungen zu verwirklichen, und in der Erkenntnis, daß die Kanadische Raumfahrtagentur (CSA) mit ihrer Gründung am 1. März 1989 die Verantwortung für die Durchführung des kanadischen Raumstationsprogramms vom MOSST übernommen hat;

überzeugt, daß angesichts der einzigartigen Erfahrung und Leistungen der Russischen Föderation in der bemannten Raumfahrt und bei Langzeitmissionen, einschließlich des erfolgreichen Langzeitbetriebs der russischen Raumstation Mir, ihre Beteiligung an der Partnerschaft die Leistungsfähigkeit der Raumstation zum Nutzen aller Partner erheblich verbessern wird;

eingedenk der von der Regierung Kanadas, den europäischen Regierungen, der Regierung Japans und der Regierung der Vereinigten Staaten am 6. Dezember 1993 an die Regierung der Russischen Föderation gerichteten Einladung, ein Partner bei Detailentwurf, Entwicklung, Betrieb und Nutzung der Raumstation im Rahmen der Raumstationsübereinkünfte zu werden, und der am 17. Dezember 1993 erfolgten positiven Antwort der Regierung der Russischen Föderation auf diese Einladung;

eingedenk der Abmachungen zwischen dem Vorsitzenden der Regierung der Russischen Föderation und dem Vizepräsidenten der Vereinigten Staaten zur Förderung der Zusammenarbeit bei wichtigen Tätigkeiten in der bemannten Raumfahrt, ein-

Recalling ESA's and Canada's participation in the U.S. Space Transportation System through the European development of the first manned space laboratory, Spacelab, and the Canadian development of the Remote Manipulator System,

Recalling the partnership created by the Agreement Among the Government of the United States of America, Governments of Member States of the European Space Agency, the Government of Japan, and the Government of Canada on Cooperation in the Detailed Design, Development, Operation, and Utilization of the Permanently Manned Civil Space Station (hereinafter "the 1988 Agreement"), done at Washington on 29 September 1988 and related Memoranda of Understanding between NASA and the Ministry of State for Science and Technology (MOSST) of Canada, NASA and ESA, and NASA and the Government of Japan,

Recognizing that the 1988 Agreement entered into force on 30 January 1992 between the United States and Japan,

Recalling that NASA, ESA, the Government of Japan and MOSST have been implementing cooperative activities to realize the partnership in the Space Station program in accordance with the 1988 Agreement and the related Memoranda of Understanding, and recognizing that upon its establishment on 1 March 1989, the Canadian Space Agency (CSA) assumed responsibility for the execution of the Canadian Space Station Program from MOSST,

Convinced that, in view of the Russian Federation's unique experience and accomplishments in the area of human space flight and long-duration missions, including the successful long-term operation of the Russian Mir Space Station, its participation in the partnership will considerably enhance the capabilities of the Space Station to the benefit of all the Partners,

Recalling the invitation extended on 6 December 1993 by the Government of Canada, the European Governments, the Government of Japan, and the Government of the United States to the Government of the Russian Federation to become a Partner in the detailed design, development, operation and utilization of the Space Station within the framework established by the Space Station Agreements, and the positive response of the Government of the Russian Federation on 17 December 1993 to that invitation,

Recalling the arrangements between the Chairman of the Government of the Russian Federation and the Vice President of the United States to promote cooperation on important human spaceflight activities, including the Russian-U.S. Mir-Shuttle pro-

Rappelant la participation de l'ASE et du Canada au système de transport spatial des Etats-Unis par le biais de la réalisation par l'Europe du premier laboratoire spatial habité, Spacelab, et de la réalisation par le Canada du système télémanipulateur,

Rappelant le partenariat établi par l'Accord entre le Gouvernement des Etats-Unis d'Amérique, les Gouvernements d'Etats membres de l'Agence spatiale européenne, le Gouvernement du Japon et le Gouvernement du Canada relatif à la coopération en matière de conception détaillée, de développement, d'exploitation et d'utilisation de la Station spatiale civile habitée en permanence (ci-après dénommé «l'Accord de 1988»), conclu à Washington le 29 septembre 1988 et les Mémoires d'Accord correspondants entre la NASA et le Ministère d'Etat des Sciences et de la Technologie (le MEST) du Canada, la NASA et l'ASE, ainsi que la NASA et le Gouvernement du Japon,

Reconnaissant que l'Accord de 1988 est entré en vigueur le 30 janvier 1992 entre les Etats-Unis et le Japon,

Rappelant que la NASA, l'ASE, le Gouvernement du Japon et le MEST ont mis en oeuvre des activités de coopération visant à concrétiser le partenariat relatif au programme de Station spatiale, conformément à l'Accord de 1988 et aux Mémoires d'Accord correspondants, et reconnaissant qu'à sa création, le 1er mars 1989, l'Agence spatiale canadienne (l'ASC) a repris la responsabilité de l'exécution du programme canadien de Station spatiale précédemment assumée par le MEST,

Convaincus, au vu de l'expérience et des réalisations exceptionnelles de la Fédération de Russie dans les domaines du vol spatial habité et des missions habitées de longue durée, y compris l'exploitation à long terme, couronnée de succès, de la Station spatiale russe Mir, que sa participation au partenariat améliorera considérablement les capacités de la Station spatiale au bénéfice de tous les partenaires,

Rappelant que le Gouvernement du Canada, les Gouvernements européens, le Gouvernement du Japon et le Gouvernement des Etats-Unis ont invité, le 6 décembre 1993, le Gouvernement de la Fédération de Russie à s'associer en tant que Partenaire à la conception détaillée, au développement, à l'exploitation et à l'utilisation de la Station spatiale dans le cadre fixé par les Accords relatifs à cette dernière, et que le Gouvernement de la Fédération de Russie a répondu positivement à cette invitation le 17 décembre 1993,

Rappelant les arrangements entre le Président du Gouvernement de la Fédération de Russie et le Vice-Président des Etats-Unis en vue de promouvoir la coopération portant sur des activités importantes de vol spatial habité, y compris dans le cadre du

schließlich des russisch-amerikanischen Mir-/Raumtransporterprogramms, zur Vorbereitung des Baus der internationalen Raumstation;

eingedenk des Vertrags über die Grundsätze zur Regelung der Tätigkeiten von Staaten bei der Erforschung und Nutzung des Weltraums einschließlich des Mondes und anderer Himmelskörper (im folgenden als „Weltraumvertrag“ bezeichnet), der am 10. Oktober 1967 in Kraft getreten ist;

eingedenk des Übereinkommens über die Rettung und Rückführung von Raumfahrern sowie die Rückgabe von in den Weltraum gestarteten Gegenständen (im folgenden als „Rettungsübereinkommen“ bezeichnet), das am 3. Dezember 1968 in Kraft getreten ist;

eingedenk des Übereinkommens über die völkerrechtliche Haftung für Schäden durch Weltraumgegenstände (im folgenden als „Haftungsübereinkommen“ bezeichnet), das am 1. September 1972 in Kraft getreten ist;

eingedenk des Übereinkommens über die Registrierung von in den Weltraum gestarteten Gegenständen (im folgenden als „Registrierungsübereinkommen“ bezeichnet), das am 15. September 1976 in Kraft getreten ist;

überzeugt, daß die gemeinsame Arbeit an der zivilen internationalen Raumstation die Zusammenarbeit durch die Schaffung langfristiger und für alle Seiten nützlicher Beziehungen stärker ausweiten und die Zusammenarbeit bei der Erforschung und friedlichen Nutzung des Weltraums weiter fördern wird;

in der Erkenntnis, daß die NASA und die CSA, die NASA und die ESA, die NASA und die Regierung Japans sowie die NASA und die Russische Raumfahrtagentur (RKA) in Verbindung mit den Verhandlungen ihrer Regierungen über dieses Übereinkommen Vereinbarungen (im folgenden als „Vereinbarungen“ bezeichnet) vorbereitet haben und daß die Vereinbarungen Einzelbestimmungen zur Durchführung des Übereinkommens enthalten;

in der Erkenntnis aufgrund der obigen Erwägungen, daß es wünschenswert ist, zwischen der Regierung Kanadas, den europäischen Regierungen, der Regierung Japans, der Regierung der Russischen Föderation und der Regierung der Vereinigten Staaten einen Rahmen für Entwurf, Entwicklung, Betrieb und Nutzung der Raumstation festzulegen –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Zweck und Geltungsbereich

(1) Zweck dieses Übereinkommens ist es, auf der Grundlage echter Partnerschaft einen Rahmen für eine langfristige internatio-

gram, to prepare for building the International Space Station,

Recalling the Treaty on Principles Governing the Activities of States in the Exploration and Use of Outer Space, including the Moon and Other Celestial Bodies (hereinafter “the Outer Space Treaty”), which entered into force on 10 October 1967,

Recalling the Agreement on the Rescue of Astronauts, the Return of Astronauts, and the Return of Objects Launched into Outer Space (hereinafter “the Rescue Agreement”), which entered into force on 3 December 1968,

Recalling the Convention on International Liability for Damage Caused by Space Objects (hereinafter “the Liability Convention”), which entered into force on 1 September 1972,

Recalling the Convention on Registration of Objects Launched into Outer Space (hereinafter “the Registration Convention”), which entered into force on 15 September 1976,

Convinced that working together on the civil international Space Station will further expand cooperation through the establishment of a long-term and mutually beneficial relationship, and will further promote cooperation in the exploration and peaceful use of outer space,

Recognizing that NASA and CSA, NASA and ESA, NASA and the Government of Japan, and NASA and the Russian Space Agency (RSA) have prepared Memoranda of Understanding (hereinafter “the MOUs”) in conjunction with their Governments’ negotiation of this Agreement, and that the MOUs provide detailed provisions in implementation of this Agreement,

Recognizing, in light of the foregoing, that it is desirable to establish among the Government of Canada, the European Governments, the Government of Japan, the Government of the Russian Federation, and the Government of the United States a framework for the design, development, operation, and utilization of the Space Station,

Have agreed as follows:

Article 1

Object and Scope

1. The object of this Agreement is to establish a long-term international cooperative framework among the Partners, on

programme américano-russe Navette-Mir, afin de préparer la construction de la Station spatiale internationale,

Rappelant le Traité sur les principes régissant les activités des Etats en matière d’exploration et d’utilisation de l’espace extra-atmosphérique, y compris la Lune et les autres corps célestes (ci-après dénommé «le Traité sur l’espace extra-atmosphérique»), entré en vigueur le 10 octobre 1967,

Rappelant l’Accord sur le sauvetage des astronautes, le retour des astronautes et la restitution des objets lancés dans l’espace extra-atmosphérique (ci-après dénommé «l’Accord sur le sauvetage»), entré en vigueur le 3 décembre 1968,

Rappelant la Convention sur la responsabilité internationale pour les dommages causés par des objets spatiaux (ci-après dénommée «la Convention sur la responsabilité»), entrée en vigueur le 1er septembre 1972,

Rappelant la Convention sur l’immatriculation des objets lancés dans l’espace extra-atmosphérique (ci-après dénommée «la Convention sur l’immatriculation»), entrée en vigueur le 15 septembre 1976,

Convaincus que la collaboration à la Station spatiale internationale civile élargira la coopération en établissant des relations à long terme mutuellement avantageuses et la développera dans le domaine de l’exploration et de l’utilisation pacifique de l’espace extra-atmosphérique,

Reconnaissant que la NASA et l’ASC, la NASA et l’ASE, la NASA et le Gouvernement du Japon, et la NASA et l’Agence spatiale de Russie (la RKA) ont élaboré des Mémoires d’Accord en liaison avec la négociation du présent Accord par leurs gouvernements, et que ces Mémoires d’Accord définissent en détail les modalités d’application du présent Accord,

Reconnaissant, à la lumière de ce qui précède, qu’il est souhaitable d’établir entre le Gouvernement du Canada, les Gouvernements européens, le Gouvernement du Japon, le Gouvernement de la Fédération de Russie et le Gouvernement des Etats-Unis un cadre pour la conception, le développement, l’exploitation et l’utilisation de la Station spatiale,

Sont convenus de ce qui suit:

Article premier

Objet et portée

1. Le présent Accord a pour objet d’établir, sur la base d’une véritable association, un cadre de coopération internationale à

nale Zusammenarbeit der Partner bei Detailentwurf, Entwicklung, Betrieb und Nutzung einer ständig bemannten zivilen internationalen Raumstation für friedliche Zwecke in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht festzulegen. Diese zivile internationale Raumstation wird die Nutzung des Weltraums für Wissenschaft, Technik und Handel verstärken. Dieses Übereinkommen legt im einzelnen das Programm für die zivile internationale Raumstation dar und beschreibt, was unter dieser Partnerschaft zu verstehen ist, einschließlich der Rechte und Pflichten der Partner bei dieser Zusammenarbeit. Dieses Übereinkommen sieht ferner die Regelungen und Verfahren vor, die sicherstellen sollen, daß sein Zweck erfüllt wird.

(2) Unter der Führungsrolle der Vereinigten Staaten für das Gesamtmanagement und die Gesamtkoordinierung vereinen die Partner ihre Anstrengungen, um eine integrierte internationale Raumstation zu schaffen. Die Vereinigten Staaten und Rußland werden unter Nutzung ihrer weitreichenden Erfahrung in der bemannten Raumfahrt Elemente herstellen, die als Fundament für die internationale Raumstation dienen. Der europäische Partner und Japan werden Elemente herstellen, welche die Leistungsfähigkeit der Raumstation erheblich verbessern werden. Kanadas Beitrag wird ein wesentlicher Bestandteil der Raumstation sein. Dieses Übereinkommen führt in der Anlage die von den Partnern zur Schaffung der internationalen Raumstation bereitzustellenden Elemente auf.

(3) Die ständig bemannte zivile internationale Raumstation (im folgenden als „Raumstation“ bezeichnet) wird eine vielseitig einsetzbare Einrichtung in einer niedrigen Erdumlaufbahn sein und von allen Partnern bereitgestellte Flugelemente und raumstationsspezifische Bodenelemente umfassen. Durch die Bereitstellung von Flugelementen für die Raumstation erwirbt jeder Partner gewisse Rechte zur Nutzung der Raumstation und beteiligt sich im Einklang mit diesem Übereinkommen, den Vereinbarungen und den Durchführungsregelungen an ihrem Management.

(4) Die Raumstation ist auf Weiterentwicklung hin ausgelegt. Die Rechte und Pflichten der Partnerstaaten in bezug auf die Weiterentwicklung werden nach Artikel 14 besonders geregelt.

Artikel 2

Rechte und Pflichten nach dem Völkerrecht

(1) Die Raumstation wird in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht einschließlich des Weltraumvertrags, des Rettungsübereinkommens, des Haftungsübereinkommens und des Registrierungsübereinkommens entwickelt, betrieben und genutzt.

the basis of genuine partnership, for the detailed design, development, operation, and utilization of a permanently inhabited civil international Space Station for peaceful purposes, in accordance with international law. This civil international Space Station will enhance the scientific, technological, and commercial use of outer space. This Agreement specifically defines the civil international Space Station program and the nature of this partnership, including the respective rights and obligations of the Partners in this cooperation. This Agreement further provides for mechanisms and arrangements designed to ensure that its object is fulfilled.

2. The Partners will join their efforts, under the lead role of the United States for overall management and coordination, to create an integrated international Space Station. The United States and Russia, drawing on their extensive experience in human space flight, will produce elements which serve as the foundation for the international Space Station. The European Partner and Japan will produce elements that will significantly enhance the Space Station's capabilities. Canada's contribution will be an essential part of the Space Station. This Agreement lists in the Annex the elements to be provided by the Partners to form the international Space Station.

3. The permanently inhabited civil international Space Station (hereinafter "the Space Station") will be a multi-use facility in low-earth orbit, with flight elements and Space Station-unique ground elements provided by all the Partners. By providing Space Station flight elements, each Partner acquires certain rights to use the Space Station and participates in its management in accordance with this Agreement, the MOUs, and implementing arrangements.

4. The Space Station is conceived as having an evolutionary character. The Partner States' rights and obligations regarding evolution shall be subject to specific provisions in accordance with Article 14.

Article 2

International Rights and Obligations

1. The Space Station shall be developed, operated, and utilized in accordance with international law, including the Outer Space Treaty, the Rescue Agreement, the Liability Convention, and the Registration Convention.

long terme entre les Partenaires, en vue de la conception détaillée, du développement, de l'exploitation et de l'utilisation d'une Station spatiale internationale civile habitée en permanence, à des fins pacifiques, conformément au droit international. Cette Station spatiale internationale civile intensifiera l'utilisation scientifique, technologique et commerciale de l'espace extra-atmosphérique. Le présent Accord définit spécifiquement le programme relatif à la Station spatiale internationale civile et la nature de cette association, y compris les droits et obligations respectifs des Partenaires dans le cadre de cette coopération. L'Accord prévoit en outre des mécanismes et arrangements conçus pour faire en sorte que son objet soit rempli.

2. Les Partenaires uniront leurs efforts, les Etats-Unis ayant le rôle de chef de file en ce qui concerne la gestion et la coordination d'ensemble, en vue de créer une Station spatiale internationale intégrée. Les Etats-Unis et la Russie, tirant parti de leur grande expérience des vols spatiaux habités, produiront des éléments qui serviront de fondation à la Station spatiale internationale. Le Partenaire européen et le Japon produiront des éléments qui accroîtront sensiblement les capacités de la Station spatiale. La contribution du Canada sera un élément essentiel de la Station spatiale. Le présent Accord énumère en Annexe les éléments à fournir par les Partenaires pour constituer la Station spatiale internationale.

3. La Station spatiale internationale civile habitée en permanence (ci-après dénommée «la Station spatiale») sera une installation polyvalente placée sur orbite terrestre basse, composée d'éléments de vol et d'éléments au sol spécifiques de la Station spatiale fournis par tous les Partenaires. En fournissant des éléments de vol de la Station spatiale, chaque Partenaire acquiert certains droits d'utiliser la Station spatiale et participe à sa gestion conformément aux dispositions du présent Accord, des Mémoires d'Accord et des arrangements d'exécution.

4. La Station spatiale est de conception évolutive. Les droits et obligations des Etats partenaires concernant son évolution sont soumis à des dispositions spécifiques conformément à l'article 14.

Article 2

Droits et obligations internationaux

1. La Station spatiale est développée, exploitée et utilisée conformément au droit international, y compris le Traité sur l'espace extra-atmosphérique, l'Accord sur le sauvetage, la Convention sur la responsabilité et la Convention sur l'immatriculation.

(2) Dieses Übereinkommen ist nicht so auszulegen,

- a) als ändere es die sich aus den in Absatz 1 aufgeführten Übereinkünften ergebenden Rechte und Pflichten der Partnerstaaten untereinander und gegenüber anderen Staaten, sofern Artikel 16 nichts anderes bestimmt;
- b) als berühre es die Rechte und Pflichten der Partnerstaaten, wenn diese bei nicht mit der Raumstation zusammenhängenden Tätigkeiten den Weltraum einzeln oder in Zusammenarbeit mit anderen Staaten erforschen oder nutzen;
- c) als begründe es einen Anspruch auf nationale Aneignung des Weltraums oder eines Teils des Weltraums.

2. Nothing in this Agreement shall be interpreted as:

- (a) modifying the rights and obligations of the Partner States found in the treaties listed in paragraph 1 above, either toward each other or toward other States, except as otherwise provided in Article 16;
- (b) affecting the rights and obligations of the Partner States when exploring or using outer space, whether individually or in cooperation with other States, in activities unrelated to the Space Station; or
- (c) constituting a basis for asserting a claim to national appropriation over outer space or over any portion of outer space.

2. Aucune disposition du présent Accord ne peut être interprétée comme:

- (a) modifiant les droits et obligations des Etats partenaires entre eux ou à l'égard d'autres Etats tels qu'ils sont fixés dans les Traités énumérés au paragraphe 1 ci-dessus, sauf dans la mesure où l'article 16 en dispose autrement;
- (b) affectant les droits et obligations des Etats partenaires lorsqu'ils explorent ou utilisent l'espace extra-atmosphérique, soit individuellement soit en coopération avec d'autres Etats, dans le cadre d'activités sans rapport avec la Station spatiale; ou
- (c) constituant la base d'une revendication d'appropriation nationale de l'espace extra-atmosphérique ou d'une partie quelconque de cet espace.

Artikel 3

Begriffsbestimmungen

In diesem Übereinkommen gelten die folgenden Begriffsbestimmungen:

- a) „dieses Übereinkommen“ bezeichnet das vorliegende Übereinkommen einschließlich der Anlage;
- b) „die Partner“ (oder gegebenenfalls „jeder Partner“) bezeichnet die Regierung Kanadas, die in der Präambel aufgeführten europäischen Regierungen, die Vertragsparteien dieses Übereinkommens werden, sowie jede andere europäische Regierung, die diesem Übereinkommen nach Artikel 25 Absatz 3 beiträgt, wobei diese europäischen Regierungen gemeinsam als ein Partner handeln, die Regierung Japans, die Regierung der Russischen Föderation und die Regierung der Vereinigten Staaten;
- c) „Partnerstaat“ bezeichnet jede Vertragspartei, für die dieses Übereinkommen nach Artikel 25 in Kraft getreten ist.

Artikel 4

Zusammenarbeitende Stellen

(1) Die Partner kommen überein, daß die Kanadische Raumfahrtagentur (im folgenden als „CSA“ bezeichnet) für die Regierung Kanadas, die Europäische Weltraumorganisation (im folgenden als „ESA“ bezeichnet) für die europäischen Regierungen, die Russische Raumfahrtagentur (im folgenden als „RKA“ bezeichnet) für Rußland und die Nationale Luft- und Raumfahrtorganisation (im folgenden als „NASA“ bezeichnet) für die Vereinigten Staaten die für die Durchführung der Zusammenarbeit bei der Raumstation verantwortlichen zusammenarbeitenden Stellen sind. Die Regierung Japans benennt für die Durchführung der Zusammenarbeit bei der Raumstation ihre zusammenarbeitende Stelle in der in Absatz 2 bezeichneten Vereinbarung zwischen der NASA und der Regierung Japans.

Article 3

Definitions

For the purposes of this Agreement, the following definitions shall apply:

- (a) "this Agreement": the present Agreement, including the Annex;
- (b) "the Partners" (or, where appropriate, "each Partner"): the Government of Canada; the European Governments listed in the Preamble which become parties to this Agreement, as well as any other European Government that may accede to this Agreement in accordance with Article 25(3), acting collectively as one Partner; the Government of Japan; the Government of the Russian Federation; and the Government of the United States;
- (c) "Partner State": each Contracting Party for which this Agreement has entered into force, in accordance with Article 25.

Article 4

Cooperating Agencies

1. The Partners agree that the Canadian Space Agency (hereinafter "CSA") for the Government of Canada, the European Space Agency (hereinafter "ESA") for the European Governments, the Russian Space Agency (hereinafter "RSA") for Russia, and the National Aeronautics and Space Administration (hereinafter "NASA") for the United States shall be the Cooperating Agencies responsible for implementing Space Station cooperation. The Government of Japan's Cooperating Agency designation for implementing Space Station cooperation shall be made in the Memorandum of Understanding between NASA and the Government of Japan referred to in paragraph 2 below.

Article 3

Définitions

Aux fins du présent Accord:

- (a) l'expression «le présent Accord» désigne le présent Accord, y compris son Annexe;
- (b) l'expression «les Partenaires» (ou, le cas échéant, «chaque Partenaire») désigne le Gouvernement du Canada; les Gouvernements européens énumérés dans le préambule qui deviennent parties au présent Accord ainsi que tout autre Gouvernement européen pouvant adhérer au présent Accord conformément aux dispositions de l'article 25.3, agissant collectivement en qualité de Partenaire unique; le Gouvernement du Japon; le Gouvernement de la Fédération de Russie; et le Gouvernement des Etats-Unis;
- (c) l'expression «Etat partenaire» désigne chaque Partie contractante pour laquelle le présent Accord est entré en vigueur, conformément aux dispositions de l'article 25.

Article 4

Agences coopérantes

1. Les Partenaires conviennent que l'Agence spatiale canadienne (ci-après dénommée «l'ASC») pour le Gouvernement du Canada, l'Agence spatiale européenne (ci-après dénommée «l'ASE») pour les Gouvernements européens, l'Agence spatiale de Russie (ci-après dénommée «la RKA») pour la Russie, et l'Administration nationale de l'Aéronautique et de l'Espace (ci-après dénommée «la NASA») pour les Etats-Unis sont les Agences coopérantes responsables de la mise en oeuvre de la coopération relative à la Station spatiale. La désignation de l'Agence coopérante du Gouvernement du Japon aux fins de la mise en oeuvre de la coopération relative à la Station spatiale est faite dans le Mémoire d'Accord entre la NASA et le Gouvernement du Japon mentionné au paragraphe 2 ci-dessous.

(2) Die zusammenarbeitenden Stellen führen die Zusammenarbeit bei der Raumstation nach den einschlägigen Bestimmungen dieses Übereinkommens, den Vereinbarungen zwischen der NASA und der CSA, der NASA und der ESA, der NASA und der Regierung Japans und der NASA und der RKA über Zusammenarbeit bei der zivilen internationalen Raumstation (Vereinbarungen) und nach den der Durchführung der Vereinbarungen dienenden Regelungen (Durchführungsregelungen) zwischen der NASA und den anderen zusammenarbeitenden Stellen durch. Die Vereinbarungen unterliegen diesem Übereinkommen; die Durchführungsregelungen entsprechen und unterliegen den Vereinbarungen.

(3) Legt eine Bestimmung einer Vereinbarung Rechte oder Pflichten fest, die von einer zusammenarbeitenden Stelle (oder im Fall Japans der Regierung Japans) angenommen wurden, die nicht Vertragspartei der betreffenden Vereinbarung ist, so darf die Bestimmung nur mit schriftlicher Zustimmung dieser zusammenarbeitenden Stelle (oder im Fall Japans der Regierung Japans) geändert werden.

Artikel 5

Registrierung; Hoheitsgewalt und Kontrolle

(1) Jeder Partner registriert im Einklang mit Artikel II des Registrierungsübereinkommens die von ihm bereitgestellten in der Anlage aufgeführten Flugelemente als Weltraumgegenstände; der europäische Partner hat damit die ESA beauftragt, die in seinem Namen und in seinem Auftrag handelt.

(2) Jeder Partner behält nach Artikel VIII des Weltraumvertrags und Artikel II des Registrierungsübereinkommens die Hoheitsgewalt und Kontrolle über die von ihm nach Absatz 1 dieses Artikels registrierten Elemente und über Mitglieder des Personals in oder an der Raumstation, die seine Staatsangehörigkeit besitzen. Die Ausübung dieser Hoheitsgewalt und Kontrolle unterliegt den einschlägigen Bestimmungen dieses Übereinkommens, der Vereinbarungen und der Durchführungsregelungen, einschließlich der darin festgelegten einschlägigen Verfahrensregelungen.

Artikel 6

Eigentum an Elementen und Ausrüstungsgegenständen

(1) Kanada, der europäische Partner, Rußland und die Vereinigten Staaten über ihre zusammenarbeitenden Stellen und ein von Japan im Zeitpunkt der Hinterlegung seiner Urkunde nach Artikel 25 Absatz 2 benannter Rechtsträger sind – vorbehaltlich anderer Bestimmungen in diesem Übereinkommen – Eigentümer der von ihnen bereitgestellten in der Anlage aufgeführten Elemente. Die Partner unterrichten

2. The Cooperating Agencies shall implement Space Station cooperation in accordance with the relevant provisions of this Agreement, the respective Memoranda of Understanding (MOUs) between NASA and CSA, NASA and ESA, NASA and the Government of Japan, and NASA and RSA concerning cooperation on the civil international Space Station, and arrangements between or among NASA and the other Cooperating Agencies implementing the MOUs (implementing arrangements). The MOUs shall be subject to this Agreement, and the implementing arrangements shall be consistent with and subject to the MOUs.

3. Where a provision of an MOU sets forth rights or obligations accepted by a Cooperating Agency (or, in the case of Japan, the Government of Japan) not a party to that MOU, such provision may not be amended without the written consent of that Cooperating Agency (or, in the case of Japan, the Government of Japan).

Article 5

Registration; Jurisdiction and Control

1. In accordance with Article II of the Registration Convention, each Partner shall register as space objects the flight elements listed in the Annex which it provides, the European Partner having delegated this responsibility to ESA, acting in its name and on its behalf.

2. Pursuant to Article VIII of the Outer Space Treaty and Article II of the Registration Convention, each Partner shall retain jurisdiction and control over the elements it registers in accordance with paragraph 1 above and over personnel in or on the Space Station who are its nationals. The exercise of such jurisdiction and control shall be subject to any relevant provisions of this Agreement, the MOUs, and implementing arrangements, including relevant procedural mechanisms established therein.

Article 6

Ownership of Elements and Equipment

1. Canada, the European Partner, Russia, and the United States, through their respective Cooperating Agencies, and an entity designated by Japan at the time of the deposit of its instrument under Article 25(2), shall own the elements listed in the Annex that they respectively provide, except as otherwise provided for in this Agreement. The Partners, acting through their Cooperating Agencies, shall notify

2. Les Agences coopérantes mettent en oeuvre la coopération relative à la Station spatiale conformément aux dispositions applicables du présent Accord, aux Mémoires d'Accord respectifs signés entre la NASA et l'ASC, la NASA et l'ASE, la NASA et le Gouvernement du Japon, ainsi qu'entre la NASA et la RKA sur la coopération relative à la Station spatiale internationale civile (les Mémoires d'Accord) et aux arrangements conclus entre la NASA et les autres Agences coopérantes pour l'application des Mémoires d'Accord (les arrangements d'exécution). Les Mémoires d'Accord sont subordonnés au présent Accord et les arrangements d'exécution sont compatibles avec les Mémoires d'Accord et subordonnés à ceux-ci.

3. Lorsqu'une disposition d'un Mémoire d'Accord énonce des droits ou obligations acceptés par une Agence coopérante (ou, dans le cas du Japon, par le Gouvernement du Japon) qui n'est pas partie à ce Mémoire d'Accord, cette disposition ne peut pas être modifiée sans le consentement écrit de cette Agence coopérante (ou, dans le cas du Japon, du Gouvernement du Japon).

Article 5

Immatriculation; jurisdiction et contrôle

1. Conformément à l'article II de la Convention sur l'immatriculation, chaque Partenaire immatricule comme objets spatiaux les éléments de vol qu'il fournit énumérés à l'Annexe, le Partenaire européen ayant délégué cette responsabilité à l'ASE, agissant au nom et pour le compte dudit Partenaire.

2. Conformément à l'article VIII du Traité sur l'espace extra-atmosphérique et à l'article II de la Convention sur l'immatriculation, chaque Partenaire conserve sous sa juridiction et sous son contrôle les éléments qu'il immatricule conformément au paragraphe 1 ci-dessus, et les personnels dans ou sur la Station spatiale qui sont ses ressortissants. L'exercice de cette juridiction et de ce contrôle est subordonné à toute disposition applicable du présent Accord, des Mémoires d'Accord et des arrangements d'exécution, y compris les mécanismes de procédure appropriés qui y sont fixés.

Article 6

Propriété des éléments et des équipements

1. Le Canada, le Partenaire européen, la Russie et les Etats-Unis, par l'intermédiaire de leurs Agences coopérantes respectives, et une entité que le Japon désignera au moment où il déposera un instrument au titre de l'article 25.2, sont propriétaires des éléments énumérés à l'Annexe qu'ils ont respectivement fournis, sauf dispositions contraires du présent Accord. Les Partenaires, agissant par l'intermédiaire de leurs

einander über ihre zusammenarbeitenden Stellen über das Eigentum an Ausrüstungsgegenständen in oder an der Raumstation.

(2) Der europäische Partner überträgt der ESA, die in seinem Namen und in seinem Auftrag handelt, das Eigentum an den von ihm bereitgestellten Elementen sowie an den im Rahmen eines Programms der ESA als Beitrag zur Raumstation und zu deren Betrieb und Nutzung entwickelten und finanzierten Ausrüstungsgegenständen.

(3) Die Übertragung des Eigentums an den in der Anlage aufgeführten Elementen oder an Ausrüstungsgegenständen in oder an der Raumstation berührt nicht die Rechte und Pflichten der Partner nach diesem Übereinkommen, den Vereinbarungen oder den Durchführungsregelungen.

(4) Ausrüstungsgegenstände in oder an der Raumstation dürfen nur mit vorheriger Zustimmung der Partner Eigentum von Nichtpartnern oder ihrer Hoheitsgewalt unterstehenden privaten Rechtsträgern sein; desgleichen darf diesen das Eigentum an in der Anlage aufgeführten Elementen nur mit vorheriger Zustimmung der anderen Partner übertragen werden. Die Übertragung des Eigentums an in der Anlage aufgeführten Elementen bedarf der vorherigen Unterrichtung der anderen Partner.

(5) Das Eigentum an Ausrüstungsgegenständen oder Material, die ein Nutzer bereitstellt, wird durch die bloße Gegenwart dieser Gegenstände oder dieses Materials in oder an der Raumstation nicht berührt.

(6) Aus dem Eigentum an Elementen oder ihrer Registrierung und aus dem Eigentum an Ausrüstungsgegenständen kann kein Eigentum an Material oder Daten hergeleitet werden, die aus in oder an der Raumstation ausgeführten Arbeiten stammen.

(7) Die Ausübung des Eigentums an Elementen und Ausrüstungsgegenständen unterliegt den einschlägigen Bestimmungen dieses Übereinkommens, der Vereinbarungen und der Durchführungsregelungen, einschließlich der darin festgelegten einschlägigen Verfahrensregelungen.

Artikel 7

Management

(1) Das Management der Raumstation wird auf multilateraler Grundlage organisiert, und die Partner beteiligen sich über ihre zusammenarbeitenden Stellen, wie nachstehend vorgesehen, an den im Einklang mit den Vereinbarungen und Durchführungsregelungen errichteten Managementgremien und nehmen darin Aufgaben wahr. Diese Managementgremien planen und koordinieren im Einklang mit diesem Übereinkommen und den Vereinbarungen die Tätigkeiten im Zusammenhang mit dem Entwurf und der Entwicklung der Raumstation sowie ihrem sicheren, wirtschaftlichen und wirksamen Betrieb und ihrer sicheren, wirtschaftlichen und wirksamen Nutzung. In diesen Managementgremien

each other regarding the ownership of any equipment in or on the Space Station.

2. The European Partner shall entrust ESA, acting in its name and on its behalf, with ownership over the elements it provides, as well as over any other equipment developed and funded under an ESA programme as a contribution to the Space Station, its operation or utilization.

3. The transfer of ownership of the elements listed in the Annex or of equipment in or on the Space Station shall not affect the rights and obligations of the Partners under this Agreement, the MOUs, or implementing arrangements.

4. Equipment in or on the Space Station shall not be owned by, and ownership of elements listed in the Annex shall not be transferred to, any non-Partner or private entity under the jurisdiction of a non-Partner without the prior concurrence of the other Partners. Any transfer of ownership of any element listed in the Annex shall require prior notification of the other Partners.

5. The ownership of equipment or material provided by a user shall not be affected by the mere presence of such equipment or material in or on the Space Station.

6. The ownership or registration of elements or the ownership of equipment shall in no way be deemed to be an indication of ownership of material or data resulting from the conduct of activities in or on the Space Station.

7. The exercise of ownership of elements and equipment shall be subject to any relevant provisions of this Agreement, the MOUs, and implementing arrangements, including relevant procedural mechanisms established therein.

Article 7

Management

1. Management of the Space Station will be established on a multilateral basis and the Partners, acting through their Cooperating Agencies, will participate and discharge responsibilities in management bodies established in accordance with the MOUs and implementing arrangements as provided below. These management bodies shall plan and coordinate activities affecting the design and development of the Space Station and its safe, efficient, and effective operation and utilization, as provided in this Agreement and the MOUs. In these management bodies, decision-making by consensus shall be the goal. Mechanisms for decision-making within these management bodies where it is not

Agences coopérantes, se notifient mutuellement les informations concernant la propriété de tout équipement installé dans ou sur la Station spatiale.

2. Le Partenaire européen confère à l'ASE, agissant en son nom et pour son compte, la propriété des éléments qu'il fournit ainsi que de tout autre équipement élaboré et financé dans le cadre d'un programme de l'ASE à titre de contribution à la Station spatiale, à son exploitation ou à son utilisation.

3. Le transfert de propriété des éléments énumérés à l'Annexe ou d'équipements installés dans ou sur la Station spatiale n'affecte en rien les droits et obligations des Partenaires au titre du présent Accord, des Mémoires d'Accord ou des arrangements d'exécution.

4. Un non-Partenaire ou une entité privée placée sous sa juridiction ne peut être propriétaire d'équipements installés dans ou sur la Station spatiale et la propriété des éléments énumérés à l'Annexe ne peut lui être transférée sans l'assentiment préalable des autres Partenaires. Tout transfert de propriété de l'un quelconque des éléments énumérés à l'Annexe doit être préalablement notifié aux autres Partenaires.

5. La présence dans ou sur la Station spatiale d'équipements ou de matériels fournis par un utilisateur n'affecte pas en soi les droits de propriété y afférents.

6. La propriété ou l'immatriculation d'éléments ou la propriété d'équipements n'est en aucun cas considérée comme constituant une indication de la propriété du matériel ou des données qui résulteront d'activités conduites dans ou sur la Station spatiale.

7. L'exercice du droit de propriété afférent aux éléments et équipements est subordonné à toute disposition applicable du présent Accord, des Mémoires d'Accord et des arrangements d'exécution, y compris les mécanismes de procédure appropriés qui y sont fixés.

Article 7

Gestion

1. La gestion de la Station spatiale sera organisée sur une base multilatérale et les Partenaires, agissant par l'intermédiaire de leurs Agences coopérantes, participeront à des organes de gestion et s'acquitteront de leurs responsabilités au sein de ces organes de gestion, mis sur pied conformément aux dispositions des Mémoires d'Accord et des arrangements d'exécution, comme il est prévu ci-après. Ces organes de gestion planifient et coordonnent les activités touchant à la conception et au développement de la Station spatiale, à son exploitation et à son utilisation sûres et efficaces, comme prévu dans le présent Accord et dans les Mémoires d'Accord. Ces organes de gestion

werden Entscheidungen durch Konsens angestrebt. Regelungen für die Beschlußfassung in den Managementgremien in denjenigen Fällen, in denen die zusammenarbeitenden Stellen keinen Konsens erzielen können, sind in den Vereinbarungen festgelegt. Entscheidungsbefugnisse der Partner und ihrer zusammenarbeitenden Stellen in bezug auf die von ihnen bereitgestellten Elemente sind in diesem Übereinkommen und den Vereinbarungen festgelegt.

(2) Die Vereinigten Staaten sind über die NASA und im Einklang mit den Vereinbarungen und Durchführungsregelungen für das Management ihres eigenen Programms einschließlich ihrer Nutzungstätigkeiten verantwortlich. Die Vereinigten Staaten sind über die NASA und im Einklang mit den Vereinbarungen und Durchführungsregelungen auch für folgendes verantwortlich: das Gesamtmanagement und die Gesamtkoordinierung des Raumstationsprogramms – sofern dieser Artikel und die Vereinbarungen nichts anderes bestimmen –, die Gesamtsystemtechnik und -integration, die Aufstellung von Gesamtsicherheitsanforderungen und -plänen sowie die Gesamtplanung und -koordinierung der Durchführung des gesamten integrierten Betriebs der Raumstation.

(3) Kanada, der europäische Partner, Japan und Rußland sind über ihre zusammenarbeitenden Stellen und im Einklang mit den Vereinbarungen und Durchführungsregelungen für folgendes verantwortlich: das Management ihrer eigenen Programme einschließlich ihrer Nutzungstätigkeiten, die Systemtechnik und -integration der von ihnen bereitgestellten Elemente, die Aufstellung und Anwendung detaillierter Sicherheitsanforderungen und -pläne für die von ihnen bereitgestellten Elemente sowie entsprechend Absatz 2 für die Unterstützung der Vereinigten Staaten bei der Wahrnehmung ihrer Gesamtaufgaben, einschließlich der Teilnahme an der Planung und Koordinierung der Durchführung des integrierten Betriebs der Raumstation.

(4) In Fragen des Entwurfs und der Entwicklung, die nur ein von Kanada, dem europäischen Partner, Japan oder Rußland bereitgestelltes Element der Raumstation betreffen und nicht von der in den Vereinbarungen vorgesehenen vereinbarten Programmdokumentation erfaßt sind, kann der betreffende Partner über seine zusammenarbeitende Stelle in bezug auf dieses Element entscheiden.

possible for the Cooperating Agencies to reach consensus are specified in the MOUs. Decision-making responsibilities which the Partners and their Cooperating Agencies have with respect to the elements they provide are specified in this Agreement and the MOUs.

2. The United States, acting through NASA, and in accordance with the MOUs and implementing arrangements, shall be responsible for management of its own program, including its utilization activities. The United States, acting through NASA, and in accordance with the MOUs and implementing arrangements, shall also be responsible for: overall program management and coordination of the Space Station, except as otherwise provided in this Article and in the MOUs; overall system engineering and integration; establishment of overall safety requirements and plans; and overall planning for and coordination of the execution of the overall integrated operation of the Space Station.

3. Canada, the European Partner, Japan and Russia, acting through their Cooperating Agencies, and in accordance with the MOUs and implementing arrangements, shall each be responsible for: management of their own programs, including their utilization activities; system engineering and integration of the elements they provide; development and implementation of detailed safety requirements and plans for the elements they provide; and, consistent with paragraph 2 above, supporting the United States in the performance of its overall responsibilities, including participating in planning for and coordination of the execution of the integrated operation of the Space Station.

4. To the extent that a design and development matter concerns only a Space Station element provided by Canada, the European Partner, Japan, or Russia and is not covered in the agreed program documentation provided for in the MOUs, that Partner, acting through its Cooperating Agency, may make decisions related to that element.

ont pour objectif la prise de décision par consensus. Les Mémoires d'Accord spécifient les mécanismes de prise de décision au sein de ces organes de gestion lorsque les Agences coopérantes ne peuvent parvenir à un consensus. Le présent Accord et les Mémoires d'Accord précisent les responsabilités des Partenaires et de leurs Agences coopérantes en matière de prise de décision sur les éléments qu'ils fournissent.

2. Les Etats-Unis, agissant par l'intermédiaire de la NASA et conformément aux dispositions des Mémoires d'Accord et des arrangements d'exécution, sont responsables de la gestion de leur propre programme, y compris leurs activités d'utilisation. Les Etats-Unis, agissant par l'intermédiaire de la NASA et conformément aux dispositions des Mémoires d'Accord et des arrangements d'exécution, sont également responsables: de la gestion et de la coordination d'ensemble du programme de Station spatiale, sauf dans la mesure où le présent article et les Mémoires d'Accord en disposent autrement; de l'ingénierie et de l'intégration d'ensemble du système; des impératifs et plans d'ensemble en matière de sécurité, ainsi que de la planification et de la coordination d'ensemble de la mise en oeuvre de l'exploitation intégrée d'ensemble de la Station spatiale.

3. Le Canada, le Partenaire européen, le Japon et la Russie, agissant par l'intermédiaire de leurs Agences coopérantes et conformément aux dispositions des Mémoires d'Accord et des arrangements d'exécution, sont respectivement responsables: de la gestion de leurs propres programmes, y compris de leurs activités d'utilisation; de l'ingénierie système et de l'intégration des éléments qu'ils fournissent; de l'élaboration et de la mise en oeuvre des impératifs et plans détaillés de sécurité pour les éléments qu'ils fournissent, ainsi que, conformément au paragraphe 2 ci-dessus, du soutien à accorder aux Etats-Unis dans l'exercice de leurs responsabilités d'ensemble, y compris la participation à la planification et à la coordination de la mise en oeuvre de l'exploitation intégrée de la Station spatiale.

4. Lorsqu'une question de conception et de développement porte exclusivement sur un élément de la Station spatiale fourni par le Canada, le Partenaire européen, le Japon ou la Russie et n'est pas traitée dans la documentation de programme approuvée, telle que la prévoient les Mémoires d'Accord, les décisions concernant cet élément peuvent être prises par le Partenaire considéré agissant par l'intermédiaire de son Agence coopérante.

Artikel 8

Detailentwurf und Entwicklung

Im Einklang mit Artikel 7 und den anderen einschlägigen Bestimmungen dieses Übereinkommens sowie den Vereinbarun-

Article 8

Detailed Design and Development

In accordance with Article 7 and other relevant provisions of this Agreement, and in accordance with the MOUs and imple-

Article 8

Conception détaillée et développement

Conformément aux dispositions de l'article 7 et aux autres dispositions applicables du présent Accord, et conformé-

gen und Durchführungsregelungen entwirft und entwickelt jeder Partner über seine zusammenarbeitende Stelle die Elemente, die er bereitstellt, einschließlich der für den laufenden Betrieb und die uneingeschränkte internationale Nutzung der Flugelemente geeigneten raumstationsspezifischen Bodenelemente, und steht mit den anderen Partnern über ihre zusammenarbeitenden Stellen in Verbindung, um zu Lösungen betreffend den Entwurf und die Entwicklung ihrer Elemente zu gelangen.

Artikel 9

Nutzung

(1) Nutzungsrechte leiten sich aus der Bereitstellung von Nutzerelementen, Infrastrukturelementen oder beidem durch die Partner her. Jeder Partner, der Nutzerelemente der Raumstation bereitstellt, behält die Nutzung dieser Elemente, sofern dieser Absatz nichts anderes bestimmt. Partner, die Ressourcen aus ihren Infrastrukturelementen der Raumstation für den Betrieb und die Nutzung der Raumstation bereitstellen, erhalten dafür einen festen Anteil an der Nutzung bestimmter Nutzerelemente. Die genauen Anteile der Partner an den Nutzerelementen der Raumstation und an den Ressourcen aus der Infrastruktur der Raumstation sind in den Vereinbarungen und Durchführungsregelungen angegeben.

(2) Die Partner können einen beliebigen Teil ihres jeweiligen Anteils auf dem Weg des Tausches oder Verkaufs weitergeben. Die Tausch- oder Verkaufsbedingungen werden fallweise von den an dem betreffenden Geschäft Beteiligten festgelegt.

(3) Jeder Partner kann seine Anteile für jeden Zweck, der mit dem Ziel dieses Übereinkommens und den Vereinbarungen und Durchführungsregelungen vereinbar ist, nutzen oder durch von ihm gewählte Benutzer nutzen lassen; jedoch

- a) bedarf jede geplante Nutzung eines Nutzerelements durch einen Nichtpartner oder einen der Hoheitsgewalt eines Nichtpartners unterstehenden privaten Rechtsträger der vorherigen Unterrichtung und des rechtzeitigen Konsenses aller Partner über ihre zusammenarbeitenden Stellen;
- b) bestimmt der Partner, der ein Element bereitstellt, ob eine ins Auge gefaßte Nutzung des betreffenden Elements friedlichen Zwecken dient; diese Vorschrift kann jedoch nicht herangezogen werden, um einen Partner an der Nutzung von Ressourcen aus der Infrastruktur der Raumstation zu hindern.

(4) Bei der Nutzung der Raumstation bemüht sich jeder Partner über seine zusammenarbeitende Stelle und mit Hilfe

menting arrangements, each Partner, acting through its Cooperating Agency, shall design and develop the elements which it provides, including Space Station-unique ground elements adequate to support the continuing operation and full international utilization of the flight elements, and shall interact with the other Partners, through their Cooperating Agencies, to reach solutions on design and development of their respective elements.

Article 9

Utilization

1. Utilization rights are derived from Partner provision of user elements, infrastructure elements, or both. Any Partner that provides Space Station user elements shall retain use of those elements, except as otherwise provided in this paragraph. Partners which provide resources to operate and use the Space Station, which are derived from their Space Station infrastructure elements, shall receive in exchange a fixed share of the use of certain user elements. Partners' specific allocations of Space Station user elements and of resources derived from Space Station infrastructure are set forth in the MOUs and implementing arrangements.

2. The Partners shall have the right to barter or sell any portion of their respective allocations. The terms and conditions of any barter or sale shall be determined on a case-by-case basis by the parties to the transaction.

3. Each Partner may use and select users for its allocations for any purpose consistent with the object of this Agreement and provisions set forth in the MOUs and implementing arrangements, except that:

- (a) any proposed use of a user element by a non-Partner or private entity under the jurisdiction of a non-Partner shall require the prior notification to and timely consensus among all Partners through their Cooperating Agencies; and
- (b) the Partner providing an element shall determine whether a contemplated use of that element is for peaceful purposes, except that this subparagraph shall not be invoked to prevent any Partner from using resources derived from the Space Station infrastructure.

4. In its use of the Space Station, each Partner, through its Cooperating Agency, shall seek through the mechanisms estab-

ment aux Mémoires d'Accord et aux arrangements d'exécution, chaque Partenaire, agissant par l'intermédiaire de son Agence coopérante, conçoit et développe les éléments qu'il fournit, y compris les éléments au sol spécifiques de la Station spatiale adéquats pour assurer le soutien de l'exploitation continue et de la pleine utilisation internationale des éléments de vol, et agit en liaison avec les autres Partenaires, par l'intermédiaire de leurs Agences coopérantes, pour parvenir à des solutions en ce qui concerne la conception et le développement de leurs éléments respectifs.

Article 9

Utilisation

1. Les droits d'utilisation sont fonction de la fourniture par les Partenaires d'éléments destinés aux utilisateurs, d'éléments d'infrastructure, ou des uns et des autres. Tout Partenaire qui fournit des éléments de la Station spatiale destinés aux utilisateurs conserve l'utilisation de ces éléments, sauf dispositions contraires du présent paragraphe. Les Partenaires qui fournissent, pour exploiter et utiliser la Station spatiale, des ressources tirées de leurs éléments d'infrastructure de la Station spatiale reçoivent en contrepartie une part fixe de l'utilisation de certains éléments destinés aux utilisateurs. Les allocations spécifiques, aux Partenaires, d'éléments de la Station spatiale destinés aux utilisateurs et de ressources tirées de l'infrastructure de la Station spatiale sont fixées dans les Mémoires d'Accord et les arrangements d'exécution.

2. Les Partenaires ont le droit d'échanger ou de vendre telle ou telle partie de leurs allocations respectives. Les modalités de ces échanges ou de ces ventes sont fixées cas par cas par les parties à la transaction.

3. Chaque Partenaire peut utiliser ses allocations et choisir pour celles-ci des utilisateurs pour toute fin compatible avec l'objet du présent Accord et avec les dispositions des Mémoires d'Accord et des arrangements d'exécution, avec les réserves suivantes:

- (a) toute utilisation envisagée d'un élément destiné aux utilisateurs par un non-Partenaire, ou une entité privée placée sous sa juridiction, doit être préalablement notifiée à tous les Partenaires par l'intermédiaire de leurs Agences coopérantes et faire l'objet d'un consensus en temps voulu entre eux;
- (b) le Partenaire fournissant un élément détermine si l'utilisation prévue de cet élément répond à des fins pacifiques; le présent alinéa ne peut toutefois pas être invoqué pour empêcher l'un des Partenaires d'utiliser des ressources tirées de l'infrastructure de la Station spatiale.

4. Dans son utilisation de la Station spatiale, chaque Partenaire, agissant par l'intermédiaire de son Agence coopérante,

der in den Vereinbarungen festgelegten Verfahren, schwerwiegende negative Auswirkungen auf die Nutzung der Raumstation durch die anderen Partner zu vermeiden.

(5) Jeder Partner garantiert den anderen Partnern den Zugang zu seinen Elementen der Raumstation und deren Nutzung entsprechend ihren Anteilen.

(6) Für die Zwecke dieses Artikels gilt ein Mitgliedstaat der ESA nicht als „Nicht-partner“.

Artikel 10 **Betrieb**

Die Partner nehmen über ihre zusammenarbeitenden Stellen im Einklang mit Artikel 7 und den anderen einschlägigen Bestimmungen dieses Übereinkommens sowie den Vereinbarungen und Durchführungsregelungen Aufgaben beim Betrieb der von ihnen bereitgestellten Elemente wahr. Die Partner arbeiten über ihre zusammenarbeitenden Stellen im Einklang mit den Vereinbarungen und Durchführungsregelungen Verfahren aus, nach denen die Raumstation auf eine für deren Nutzer und Betreiber sichere, wirtschaftliche und wirksame Weise betrieben werden kann, und wenden solche Verfahren an. Jeder Partner ist ferner über seine zusammenarbeitende Stelle für die Erhaltung der Funktionsfähigkeit der von ihm bereitgestellten Elemente verantwortlich.

Artikel 11 **Mannschaft**

(1) Jeder Partner ist berechtigt, qualifiziertes Personal zu stellen, das mit angemessenem Anteil als Mannschaft der Raumstation eingesetzt wird. Die Auswahl und die Entscheidungen über die Flugeinsätze der Mannschaftsmitglieder eines Partners werden nach den in den Vereinbarungen und Durchführungsregelungen festgelegten Verfahren getroffen.

(2) Der Verhaltenskodex für die Mannschaft der Raumstation wird im Einklang mit den internen Verfahren der einzelnen Partner und den Vereinbarungen von allen Partnern ausgearbeitet und genehmigt. Ein Partner muß den Verhaltenskodex genehmigt haben, bevor er Mannschaft für die Raumstation stellt. Jeder Partner trägt, wenn er sein Recht auf Stellung von Mannschaft ausübt, dafür Sorge, daß seine Mannschaftsmitglieder den Verhaltenskodex einhalten.

Artikel 12 **Transport**

(1) Jeder Partner hat das Recht auf Zugang zur Raumstation unter Verwendung seiner staatlichen und privatwirtschaftlichen Raumtransportsysteme, sofern sie mit der Raumstation kompatibel

lished in the MOUs to avoid causing serious adverse effects on the use of the Space Station by the other Partners.

5. Each Partner shall assure access to and use of its Space Station elements to the other Partners in accordance with their respective allocations.

6. For purposes of this Article, an ESA Member State shall not be considered a "non-Partner".

Article 10 **Operation**

The Partners, acting through their Cooperating Agencies, shall have responsibilities in the operation of the elements they respectively provide, in accordance with Article 7 and other relevant provisions of this Agreement, and in accordance with the MOUs and implementing arrangements. The Partners, acting through their Cooperating Agencies, shall develop and implement procedures for operating the Space Station in a manner that is safe, efficient, and effective for Space Station users and operators, in accordance with the MOUs and implementing arrangements. Further, each Partner, acting through its Cooperating Agency, shall be responsible for sustaining the functional performance of the elements it provides.

Article 11 **Crew**

1. Each Partner has the right to provide qualified personnel to serve on an equitable basis as Space Station crew members. Selections and decisions regarding the flight assignments of a Partner's crew members shall be made in accordance with procedures provided in the MOUs and implementing arrangements.

2. The Code of Conduct for the Space Station crew will be developed and approved by all the Partners in accordance with the individual Partner's internal procedures, and in accordance with the MOUs. A Partner must have approved the Code of Conduct before it provides Space Station crew. Each Partner, in exercising its right to provide crew, shall ensure that its crew members observe the Code of Conduct.

Article 12 **Transportation**

1. Each of the Partners shall have the right of access to the Space Station using its respective government and private sector space transportation systems, if they are compatible with the Space Station.

s'efforce, au moyen des mécanismes établis dans les Mémoires d'Accord, de ne pas perturber gravement l'utilisation de la Station par les autres Partenaires.

5. Chaque Partenaire assure aux autres, conformément à leurs allocations respectives, l'accès à ses éléments de la Station spatiale et l'utilisation de ceux-ci.

6. Aux fins du présent article, un Etat membre de l'ASE n'est pas considéré comme un «non-Partenaire».

Article 10 **Exploitation**

Les Partenaires, agissant par l'intermédiaire de leurs Agences coopérantes, ont des responsabilités dans l'exploitation des éléments qu'ils fournissent respectivement, conformément aux dispositions de l'article 7 et aux autres dispositions applicables du présent Accord, et conformément aux Mémoires d'Accord et aux arrangements d'exécution. Les Partenaires, agissant par l'intermédiaire de leurs Agences coopérantes, mettent au point et appliquent des procédures permettant une exploitation de la Station spatiale sûre et efficace pour ses utilisateurs et ses exploitants, conformément aux dispositions des Mémoires d'Accord et des arrangements d'exécution. De plus, chaque Partenaire, agissant par l'intermédiaire de son Agence coopérante, est responsable du maintien en état opérationnel des éléments qu'il fournit.

Article 11 **Equipage**

1. Chaque Partenaire a le droit de fournir du personnel qualifié pour exercer, selon une répartition équitable, les fonctions de membres de l'équipage de la Station spatiale. Les sélections et les décisions concernant les affectations à des vols de membres de l'équipage relevant d'un Partenaire déterminé sont conformes aux procédures prévues dans les Mémoires d'Accord et les arrangements d'exécution.

2. Le Code de conduite de l'équipage de la Station spatiale sera élaboré et approuvé par tous les Partenaires, conformément aux procédures internes de chaque Partenaire et conformément aux dispositions des Mémoires d'Accord. Tout Partenaire doit avoir approuvé le Code de conduite avant de fournir des membres de l'équipage de la Station spatiale. Dans l'exercice de son droit, chaque Partenaire s'assure que les membres de l'équipage qu'il fournit observent le Code de conduite.

Article 12 **Transport**

1. Chacun des Partenaires a le droit d'accéder à la Station spatiale à l'aide de ses propres systèmes de transport spatial du secteur public ou du secteur privé, s'ils sont compatibles avec la Station spatiale.

sind. Die Vereinigten Staaten, Rußland, der europäische Partner und Japan stellen über ihre zusammenarbeitenden Stellen Start- und Rücktransportdienste für die Raumstation bereit (wobei sie Raumtransportsysteme wie den amerikanischen Raumtransporter, die russische Proton und Sojus, die europäische Ariane-5 und die japanische H-II verwenden). Zunächst werden die amerikanischen und russischen Raumtransportsysteme zur Erbringung von Start- und Rücktransportdiensten für die Raumstation verwendet; die anderen Raumtransportsysteme werden zusätzlich eingesetzt, sobald sie verfügbar werden. Der Zugang sowie die Start- und Rücktransportdienste erfolgen nach Maßgabe der einschlägigen Vereinbarungen und Durchführungsregelungen.

(2) Diejenigen Partner, die den anderen Partnern und deren Nutzern gegen Entgelt oder auf einer anderen Grundlage Start- und Rücktransportdienste erbringen, erbringen diese Dienste entsprechend den in den einschlägigen Vereinbarungen und Durchführungsregelungen festgelegten Bedingungen. Diejenigen Partner, die Start- und Rücktransportdienste gegen Entgelt erbringen, erbringen diese Dienste einem anderen Partner oder den Nutzern dieses Partners – unter vergleichbaren Umständen – auf der gleichen Grundlage, auf der sie solche Dienste anderen Partnern oder deren Nutzern erbringen. Die Partner bemühen sich nach Kräften, die von den anderen Partnern vorgeschlagenen Anforderungen und Flugtermine zu berücksichtigen.

(3) Die Vereinigten Staaten planen und koordinieren über die NASA, die zusammen mit den zusammenarbeitenden Stellen der anderen Partner in Managementgremien tätig wird, Start- und Rücktransportdienste für die Raumstation im Einklang mit dem in den Vereinbarungen und Durchführungsregelungen vorgesehenen Verfahren der integrierten Verkehrsplanung.

(4) Jeder Partner achtet die Schutzrechte an den entsprechend gekennzeichneten Daten und Gütern, die mit seinem Raumtransportsystem befördert werden sollen, und wahrt deren Vertraulichkeit.

Artikel 13

Kommunikation

(1) Die Vereinigten Staaten und Rußland stellen über ihre zusammenarbeitenden Stellen die beiden Hauptnetze für Weltraum- und Bodenkommunikation über Datenrelaisatellitensysteme für die Steuerung, die Überwachung und den Betrieb der Elemente und Nutzlasten der Raumstation sowie für andere Kommunikationszwecke der Raumstation bereit. Andere Partner können Netze für Weltraum- und

The United States, Russia, the European Partner, and Japan, through their respective Cooperating Agencies, shall make available launch and return transportation services for the Space Station (using such space transportation systems as the U.S. Space Shuttle, the Russian Proton and Soyuz, the European Ariane-5, and the Japanese H-II). Initially, the U.S. and Russian space transportation systems will be used to provide launch and return transportation services for the Space Station and, in addition, the other space transportation systems will be used as those systems become available. Access and launch and return transportation services shall be in accordance with the provisions of the relevant MOUs and implementing arrangements.

2. Those Partners providing launch and return transportation services to other Partners and their respective users on a reimbursable or other basis shall provide such services consistent with conditions specified in the relevant MOUs and implementing arrangements. Those Partners providing launch and return transportation services on a reimbursable basis shall provide such services to another Partner or the users of that Partner, in comparable circumstances, on the same basis they provide such services to any other Partner or the users of such other Partner. Partners shall use their best efforts to accommodate proposed requirements and flight schedules of the other Partners.

3. The United States, through NASA, working with the other Partners' Cooperating Agencies in management bodies, shall plan and coordinate launch and return transportation services for the Space Station in accordance with the integrated traffic planning process, as provided in the MOUs and implementing arrangements.

4. Each Partner shall respect the proprietary rights in and the confidentiality of appropriately marked data and goods to be transported on its space transportation system.

Article 13

Communications

1. The United States and Russia, through their Cooperating Agencies, shall provide the two primary data relay satellite system space and ground communications networks for command, control, and operations of Space Station elements and payloads, and other Space Station communication purposes. Other Partners may provide data relay satellite system space and ground communication networks, if they

Les Etats-Unis, la Russie, le Partenaire européen et le Japon, par l'intermédiaire de leurs Agences coopérantes respectives, mettent à disposition des services de lancement et de retour sur Terre pour la Station spatiale (en utilisant des systèmes de transport spatial tels que la Navette spatiale américaine, les lanceurs russes Proton et Soyouz, le lanceur européen Ariane 5 et le lanceur japonais H-II). Dans un premier temps, les systèmes de transport spatial américains et russes seront utilisés pour fournir des services de lancement et de retour sur Terre pour la Station spatiale; les autres systèmes de transport spatial seront, en outre, utilisés à mesure qu'ils deviendront disponibles. L'accès ainsi que les services de lancement et de retour sur Terre sont assurés conformément aux dispositions des Mémoires d'Accord et des arrangements d'exécution applicables.

2. Les Partenaires qui fournissent des services de lancement et de retour sur Terre à d'autres Partenaires et à leurs utilisateurs respectifs moyennant paiement ou selon d'autres modalités fournissent ce type de service conformément aux conditions spécifiées dans les Mémoires d'Accord et les arrangements d'exécution applicables. Les Partenaires qui fournissent des services de lancement et de retour sur Terre moyennant paiement fournissent ces services à un autre Partenaire ou aux utilisateurs de ce Partenaire, dans des circonstances comparables, sur la même base que la fourniture de ces services à tout autre Partenaire ou aux utilisateurs de cet autre Partenaire. Les Partenaires font tout leur possible pour répondre aux propositions des autres Partenaires relatives à leurs impératifs et calendriers de vol.

3. Les Etats-Unis, par l'intermédiaire de la NASA, agissant en collaboration avec les Agences coopérantes des autres Partenaires au sein des organes de gestion, planifient et coordonnent les services de lancement et de retour sur Terre pour la Station spatiale, en accord avec la procédure de planification intégrée des vols, comme le prévoient les Mémoires d'Accord et les arrangements d'exécution.

4. Chaque Partenaire respecte les droits de propriété sur les biens et données dûment identifiés devant être transportés par son système de transport spatial, ainsi que le caractère confidentiel de ces biens et données.

Article 13

Télécommunications

1. Les Etats-Unis et la Russie, par l'intermédiaire de leurs Agences coopérantes, fournissent les deux principaux réseaux de communications spatial et terrestre de systèmes de satellites de relais de données pour assurer la commande, le contrôle et l'exploitation des éléments et charges utiles de la Station spatiale et faire face à d'autres besoins de télécommunications de cette dernière. Les autres Partenaires

Bodenkommunikation über Datenrelais-satellitensysteme bereitstellen, wenn diese mit der Raumstation und der Nutzung der beiden Hauptnetze durch die Raumstation kompatibel sind. Die Bereitstellung der Raumstationskommunikation erfolgt nach Maßgabe der einschlägigen Vereinbarungen und Durchführungsregelungen.

(2) Die zusammenarbeitenden Stellen bemühen sich nach Kräften, mit ihren Kommunikationssystemen gegen Entgelt mit der Raumstation in Zusammenhang stehende spezifische Anforderungen der anderen zusammenarbeitenden Stellen entsprechend den in den einschlägigen Vereinbarungen und Durchführungsregelungen festgelegten Bedingungen zu erfüllen.

(3) Die Vereinigten Staaten planen und koordinieren über die NASA, die zusammen mit den zusammenarbeitenden Stellen der anderen Partner in Managementgremien tätig wird, die Weltraum- und Bodenkommunikationsdienste für die Raumstation im Einklang mit der in den Vereinbarungen und Durchführungsregelungen vorgesehenen einschlägigen Programmdokumentation.

(4) Im Einklang mit den Vereinbarungen können Maßnahmen zur Sicherung der Vertraulichkeit der Nutzungsdaten getroffen werden, die das Informationssystem der Raumstation und andere in Verbindung mit der Raumstation verwendete Kommunikationssysteme durchlaufen. Jeder Partner achtet bei der Erbringung von Kommunikationsdiensten für einen anderen Partner die Schutzrechte an den Nutzungsdaten, die seine Kommunikationssysteme einschließlich seines Bodennetzes und der Kommunikationssysteme seiner Auftragnehmer durchlaufen, und wahrt ihre Vertraulichkeit.

Artikel 14

Weiterentwicklung

(1) Die Partner beabsichtigen, die Raumstation durch Erweiterung ihrer Kapazität weiterzuentwickeln, und bemühen sich darum, daß die Wahrscheinlichkeit möglichst groß sein wird, daß diese Weiterentwicklung durch Beiträge aller Partner bewirkt wird. Zu diesem Zweck ist jeder Partner bestrebt, wo zweckmäßig, den anderen Partnern Gelegenheit zu geben, an seinen Vorschlägen zur Einführung erweiternder Kapazität mitzuwirken. Die Raumstation mit ihrer erweiterten Kapazität bleibt eine zivile Station, deren Betrieb und Nutzung zu friedlichen Zwecken in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht erfolgen werden.

(2) Dieses Übereinkommen regelt nur die Rechte und Pflichten in bezug auf die in der Anlage aufgeführten Elemente; jedoch finden dieser Artikel und Artikel 16 auch auf jede Kapazitätserweiterung Anwendung. Dieses Übereinkommen begründet für einen Partnerstaat weder die Verpflichtung

are compatible with the Space Station and with Space Station use of the two primary networks. The provision of Space Station communications shall be in accordance with provisions in the relevant MOUs and implementing arrangements.

2. On a reimbursable basis, the Cooperating Agencies shall use their best efforts to accommodate, with their respective communication systems, specific Space Station-related requirements of one another, consistent with conditions specified in the relevant MOUs and implementing arrangements.

3. The United States, through NASA, working with the other Partners' Cooperating Agencies in management bodies, shall plan and coordinate space and ground communications services for the Space Station in accordance with relevant program documentation, as provided in the MOUs and implementing arrangements.

4. Measures to ensure the confidentiality of utilization data passing through the Space Station Information System and other communication systems being used in connection with the Space Station may be implemented, as provided in the MOUs. Each Partner shall respect the proprietary rights in, and the confidentiality of, the utilization data passing through its communication systems, including its ground network and the communication systems of its contractors, when providing communication services to another Partner.

Article 14

Evolution

1. The Partners intend that the Space Station shall evolve through the addition of capability and shall strive to maximize the likelihood that such evolution will be effected through contributions from all the Partners. To this end, it shall be the object of each Partner to provide, where appropriate, the opportunity to the other Partners to cooperate in its proposals for additions of evolutionary capability. The Space Station together with its additions of evolutionary capability shall remain a civil station, and its operation and utilization shall be for peaceful purposes, in accordance with international law.

2. This Agreement sets forth rights and obligations concerning only the elements listed in the Annex, except that this Article and Article 16 shall apply to any additions of evolutionary capability. This Agreement does not commit any Partner State to participate in, or otherwise grant any Partner

peuvent fournir des réseaux de communications spatial et terrestre de systèmes de satellites de relais de données s'ils sont compatibles avec la Station spatiale et avec l'utilisation par la Station spatiale des deux réseaux principaux. La fourniture de services de télécommunications pour la Station spatiale respecte les dispositions des Mémoires d'Accord et des arrangements d'exécution applicables.

2. Les Agences coopérantes font tout leur possible pour répondre, en utilisant leurs systèmes de télécommunications respectifs et moyennant paiement, à leurs besoins spécifiques réciproques liés à la Station spatiale, dans le respect des conditions spécifiées dans les Mémoires d'Accord et les arrangements d'exécution applicables.

3. Les Etats-Unis, par l'intermédiaire de la NASA, agissant en collaboration avec les Agences coopérantes des autres Partenaires au sein des organes de gestion, planifient et coordonnent les services de télécommunications spatial et au sol pour la Station spatiale, conformément à la documentation de programme appropriée, comme prévu dans les Mémoires d'Accord et les arrangements d'exécution.

4. Des mesures visant à protéger le caractère confidentiel des données d'utilisation transitant par le système d'information de la Station spatiale et par d'autres systèmes de télécommunications utilisés en liaison avec celle-ci, peuvent être mises en oeuvre comme prévu dans les Mémoires d'Accord. Lorsqu'il fournit des services de télécommunications à un autre Partenaire, chaque Partenaire respecte les droits de propriété sur les données d'utilisation transitant par ses systèmes de télécommunications, y compris son réseau au sol et les systèmes de télécommunications de ses contractants, ainsi que le caractère confidentiel de ces données.

Article 14

Evolution

1. Les Partenaires envisagent une évolution de la Station spatiale par adjonction de capacité et s'efforcent de maximiser les chances de voir tous les Partenaires contribuer à cette évolution. A cette fin, chaque Partenaire se fixe pour objectif de donner, le cas échéant, aux autres Partenaires la possibilité de coopérer à ses propositions d'adjonctions de capacité. La Station spatiale avec ses adjonctions de capacité reste une station civile et est exploitée et utilisée à des fins pacifiques, conformément au droit international.

2. Le présent Accord énonce les droits et obligations relatifs aux seuls éléments énumérés en Annexe, à l'exception du présent article et de l'article 16 qui s'appliquent à toutes adjonctions de capacité. Le présent Accord n'oblige aucun Etat partenaire à contribuer à l'adjonction de capacité et ne

zur Teilnahme an der Einführung erweiternder Kapazität noch gewährt es einem Partner Rechte an erweiterter Kapazität.

(3) Die Verfahren für die Koordinierung der Weiterentwicklungsstudien der Partner und für die Prüfung spezifischer Vorschläge zur Einführung erweiternder Kapazität sind in den Vereinbarungen niedergelegt.

(4) Die Zusammenarbeit zwischen zwei oder mehreren Partnern zur gemeinsamen Einführung erweiternder Kapazität(en) erfordert im Anschluß an die in Absatz 3 vorgesehene Koordinierung und Prüfung eine Änderung dieses Übereinkommens oder eine gesonderte Übereinkunft, deren Vertragsparteien einerseits die Vereinigten Staaten sind, um sicherzustellen, daß die Erweiterung mit dem Gesamtprogramm vereinbar ist, und andererseits andere Partner, für die sich betriebliche oder technische Auswirkungen auf ein von ihnen bereitgestelltes Element der Raumstation oder Raumtransportsystem ergeben.

(5) Im Anschluß an die in Absatz 3 vorgesehene Koordinierung und Prüfung erfordert die Einführung erweiternder Kapazität durch einen Partner die vorherige Unterrichtung der anderen Partner und eine Übereinkunft mit den Vereinigten Staaten, um sicherzustellen, daß die Erweiterung mit dem Gesamtprogramm vereinbar ist, und mit anderen Partnern, für die sich betriebliche oder technische Auswirkungen auf ein von ihnen bereitgestelltes Element der Raumstation oder Raumtransportsystem ergeben.

(6) Ein Partner, der etwa durch die Einführung erweiternder Kapazität nach Absatz 4 oder 5 berührt wird, kann um Konsultationen mit den anderen Partnern im Einklang mit Artikel 23 ersuchen.

(7) Die Einführung erweiternder Kapazität ändert nicht die Rechte und Pflichten der Partnerstaaten nach diesem Übereinkommen und den Vereinbarungen in bezug auf die in der Anlage aufgeführten Elemente, sofern der betroffene Partnerstaat nicht einer anderen Regelung zustimmt.

Artikel 15 Finanzierung

(1) Jeder Partner trägt nach Maßgabe der Vereinbarungen und Durchführungsregelungen die Kosten für die Erfüllung der ihm nach diesem Übereinkommen obliegenden Aufgaben, wozu auch eine der Billigkeit entsprechende Beteiligung an den vereinbarten gemeinsamen Systembetriebskosten oder an Tätigkeiten gehört, die dem Betrieb der Raumstation als Ganzes zugeordnet werden.

(2) Jeder Partner kommt seinen finanziellen Verpflichtungen nach diesem Übereinkommen nach Maßgabe seiner Finanzierungsverfahren und unter der Voraussetzung nach, daß Haushaltsmittel verfügbar sind. In Anerkennung der Bedeutung der Zusammenarbeit bei der Raumstation ver-

rights in, the addition of evolutionary capability.

3. Procedures for the coordination of the Partners' respective evolution studies and for the review of specific proposals for the addition of evolutionary capability are provided in the MOUs.

4. Cooperation between or among Partners regarding the sharing of addition(s) of evolutionary capability shall require, following the coordination and review provided for in paragraph 3 above, either the amendment of this Agreement, or a separate agreement to which the United States, to ensure that any addition is consistent with the overall program, and any other Partner providing a Space Station element or space transportation system on which there is an operational or technical impact, shall be parties.

5. Following the coordination and review provided for in paragraph 3 above, the addition of evolutionary capability by one Partner shall require prior notification of the other Partners, and an agreement with the United States to ensure that any addition is consistent with the overall program, and with any other Partner providing a Space Station element or space transportation system on which there is an operational or technical impact.

6. A Partner which may be affected by the addition of evolutionary capability under paragraph 4 or 5 above may request consultations with the other Partners in accordance with Article 23.

7. The addition of evolutionary capability shall in no event modify the rights and obligations of any Partner State under this Agreement and the MOUs concerning the elements listed in the Annex, unless the affected Partner State otherwise agrees.

Article 15 Funding

1. Each Partner shall bear the costs of fulfilling its respective responsibilities under this Agreement, including sharing on an equitable basis the agreed common system operations costs or activities attributed to the operation of the Space Station as a whole, as provided in the MOUs and implementing arrangements.

2. Financial obligations of each Partner pursuant to this Agreement are subject to its funding procedures and the availability of appropriated funds. Recognizing the importance of Space Station cooperation, each Partner undertakes to make its best efforts to obtain approval for funds to meet

confère à aucun Partenaire de droit sur cette adjonction.

3. Les Mémoires d'Accord prévoient des procédures pour la coordination des études respectives des Partenaires sur l'évolution et pour l'examen de propositions spécifiques d'adjonction de capacité.

4. La coopération entre deux ou plusieurs Partenaires en ce qui concerne le partage d'une ou de plusieurs adjonction(s) de capacité requiert, après la coordination et les examens prévus au paragraphe 3 ci-dessus, soit une modification du présent Accord, soit un accord distinct auquel sont parties les Etats-Unis, afin de s'assurer que toute adjonction est compatible avec l'ensemble du programme, et tout autre Partenaire fournissant un élément de la Station spatiale ou un système de transport spatial sur lequel cette adjonction a une incidence opérationnelle ou technique.

5. Après la coordination et les examens prévus au paragraphe 3 ci-dessus, l'adjonction de capacité par un Partenaire requiert de celui-ci une notification préalable aux autres Partenaires et un accord avec les Etats-Unis - afin de s'assurer que toute adjonction est compatible avec l'ensemble du programme - et avec tout autre Partenaire fournissant un élément de la Station spatiale ou un système de transport spatial sur lequel cette adjonction a une incidence opérationnelle ou technique.

6. Un Partenaire susceptible d'être affecté par l'adjonction de capacité visée aux paragraphes 4 et 5 ci-dessus peut demander des consultations avec les autres Partenaires comme prévu à l'article 23.

7. L'adjonction de capacité ne modifie en aucun cas les droits et obligations d'un Etat partenaire, au titre du présent Accord et des Mémoires d'Accord, en ce qui concerne les éléments énumérés en Annexe, sauf si l'Etat partenaire intéressé accepte qu'il en soit autrement.

Article 15 Financement

1. Chaque Partenaire prend à sa charge les dépenses nécessaires pour s'acquitter de ses propres responsabilités au titre du présent Accord, y compris en partageant équitablement les activités ou les coûts communs d'exploitation des systèmes qui auront été agréés et qui se rapporteront à l'exploitation de la Station spatiale dans son ensemble, comme prévu dans les Mémoires d'Accord et les arrangements d'exécution.

2. Les obligations financières de chaque Partenaire en application du présent Accord sont subordonnées à ses procédures de financement et à la disponibilité des fonds budgétaires. Reconnaissant l'importance de la coopération relative à la Station spatiale, chaque Partenaire s'enga-

pflichtet sich jeder Partner, im Rahmen seiner Finanzierungsverfahren nach Kräften darauf hinzuwirken, daß die Mittel zur Erfüllung dieser Verpflichtungen bewilligt werden.

(3) Treten Finanzierungsprobleme auf, die sich auf die Fähigkeit eines Partners zur Erfüllung der ihm im Rahmen der Zusammenarbeit bei der Raumstation obliegenden Aufgaben auswirken können, so unterrichtet und konsultiert dieser Partner über seine zusammenarbeitende Stelle die anderen zusammenarbeitenden Stellen. Falls erforderlich, können auch die Partner einander konsultieren.

(4) Die Partner sind bestrebt, die Betriebskosten der Raumstation auf ein Mindestmaß zu beschränken. Im besonderen entwickeln die Partner über ihre zusammenarbeitenden Stellen im Einklang mit den Vereinbarungen Verfahren, die darauf abzielen, die gemeinsamen Systembetriebskosten und -tätigkeiten innerhalb genehmigter geschätzter Grenzen zu halten.

(5) Die Partner sind ferner bestrebt, während der Durchführung der Zusammenarbeit bei der Raumstation den Zahlungsverkehr auf ein Mindestmaß zu beschränken, unter anderem durch die Ausführung besonderer Betriebstätigkeiten nach Maßgabe der Vereinbarungen und Durchführungsregelungen oder, wenn die betreffenden Partner dies vereinbaren, durch den Austausch von Leistungen.

those obligations, consistent with its respective funding procedures.

3. In the event that funding problems arise that may affect a Partner's ability to fulfill its responsibilities in Space Station cooperation, that Partner, acting through its Cooperating Agency, shall notify and consult with the other Cooperating Agencies. If necessary, the Partners may also consult.

4. The Partners shall seek to minimize operations costs for the Space Station. In particular, the Partners, through their Cooperating Agencies, in accordance with the provisions of the MOUs, shall develop procedures intended to contain the common system operations costs and activities within approved estimated levels.

5. The Partners shall also seek to minimize the exchange of funds in the implementation of Space Station cooperation, including through the performance of specific operations activities as provided in the MOUs and implementing arrangements or, if the concerned Partners agree, through the use of barter.

ge à faire tout son possible pour obtenir l'approbation des fonds nécessaires pour s'acquitter de telles obligations, dans la mesure compatible avec ses procédures de financement.

3. S'il se pose des problèmes de financement susceptibles d'affecter la capacité d'un Partenaire de s'acquitter de ses responsabilités au titre de la coopération relative à la Station spatiale, celui-ci, agissant par l'intermédiaire de son Agence coopérante, en informe les autres Agences coopérantes et les consulte. Les Partenaires peuvent également se consulter si nécessaire.

4. Les Partenaires s'efforcent de réduire au minimum les coûts d'exploitation de la Station spatiale. En particulier, les Partenaires, par l'intermédiaire de leurs Agences coopérantes et conformément aux dispositions des Mémoires d'Accord, mettent au point des procédures visant à contenir les activités et les coûts communs d'exploitation des systèmes dans les limites des niveaux estimatifs approuvés.

5. Dans la mise en oeuvre de la coopération relative à la Station spatiale, les Partenaires s'efforcent également de réduire au minimum les échanges de fonds, y compris en menant des activités opérationnelles spécifiques comme prévu dans les Mémoires d'Accord et les arrangements d'exécution ou, si les Partenaires intéressés l'acceptent, en procédant à des échanges.

Artikel 16

Gegenseitiger Haftungsausschluß

(1) Zweck dieses Artikels ist es, die gegenseitige Haftung der Partnerstaaten und zugehörigen Stellen auszuschließen, um die Beteiligung an der Erforschung, Erschließung und Nutzung des Weltraums mittels der Raumstation zu fördern. Um dies zu erreichen, wird dieser gegenseitige Haftungsausschluß weit ausgelegt.

(2) Im Sinn dieses Artikels

- a) umfaßt der Ausdruck „Partnerstaat“ auch seine zusammenarbeitende Stelle. Er umfaßt auch jeden in der Vereinbarung zwischen der NASA und der Regierung Japans benannten Rechtsträger, der die zusammenarbeitende Stelle der Regierung Japans bei der Durchführung der genannten Vereinbarung unterstützt;
- b) bedeutet der Ausdruck „zugehörige Stelle“
1. einen Auftragnehmer oder Unterauftragnehmer eines Partnerstaats auf jeder Ebene,
 2. einen Nutzer oder Kunden eines Partnerstaats auf jeder Ebene oder

Article 16

Cross-Waiver of Liability

1. The objective of this Article is to establish a cross-waiver of liability by the Partner States and related entities in the interest of encouraging participation in the exploration, exploitation, and use of outer space through the Space Station. This cross-waiver of liability shall be broadly construed to achieve this objective.

2. For the purposes of this Article:

- (a) A "Partner State" includes its Cooperating Agency. It also includes any entity specified in the MOU between NASA and the Government of Japan to assist the Government of Japan's Cooperating Agency in the implementation of that MOU.
- (b) The term "related entity" means:
- (1) a contractor or subcontractor of a Partner State at any tier;
 - (2) a user or customer of a Partner State at any tier; or

Article 16

Renonciation mutuelle à recours en matière de responsabilité

1. Le présent article a pour objet d'établir une renonciation mutuelle à recours en matière de responsabilité de la part des Etats partenaires et des entités associées en vue d'encourager la participation à l'exploration, à l'exploitation et à l'utilisation de l'espace extra-atmosphérique au moyen de la Station spatiale. Cette renonciation mutuelle à recours fera l'objet d'une interprétation large en vue d'atteindre cet objectif.

2. Aux fins du présent article:

- (a) L'expression «Etat partenaire» s'étend à son Agence coopérante. Cette expression inclut également toute entité désignée dans le Mémoire d'Accord entre la NASA et le Gouvernement du Japon pour aider l'Agence coopérante du Gouvernement du Japon dans la mise en oeuvre dudit Mémoire d'Accord.
- (b) L'expression «entité associée» désigne:
- (1) un contractant ou un sous-contractant d'un Etat partenaire à quelque niveau que ce soit,
 - (2) un utilisateur ou un client d'un Etat partenaire, à quelque niveau que ce soit, ou

3. einen Auftragnehmer oder Unterauftragnehmer eines Nutzers oder Kunden eines Partnerstaats auf jeder Ebene.

Dieser Buchstabe ist auch auf einen Staat beziehungsweise eine Organisation oder Einrichtung eines Staates anwendbar, die in derselben Beziehung zu einem Partnerstaat steht, wie unter den Nummern 1 bis 3 beschrieben, oder auf andere Weise an der Ausführung von geschützten Weltraumarbeiten nach Buchstabe f beteiligt ist.

Die Ausdrücke „Auftragnehmer“ und „Unterauftragnehmer“ umfassen Lieferanten jeder Art;

c) bedeutet der Ausdruck „Schaden“

1. Körperverletzung oder sonstige Gesundheitsbeeinträchtigung oder Tod einer Person,
2. Schädigung oder Verlust von Vermögen oder Nutzungsausfall in bezug auf Vermögen,
3. Einkommensverlust oder entgangenen Gewinn oder
4. andere unmittelbare, mittelbare oder Folgeschäden;

d) bedeutet der Ausdruck „Trägerfahrzeug“ einen Gegenstand (oder Teil eines Gegenstands), der gestartet werden soll, von der Erde gestartet wurde oder zur Erde zurückkehrt, und Nutzlasten oder Personen oder beides trägt;

e) bedeutet der Ausdruck „Nutzlast“ alle Sachen, die auf oder in einem Trägerfahrzeug oder der Raumstation mitgeführt oder eingesetzt werden sollen;

f) bedeutet der Ausdruck „geschützte Weltraumarbeiten“ alle im Rahmen dieses Übereinkommens, der Vereinbarungen und der Durchführungsregelungen ausgeführten Trägerfahrzeug-, Raumstations- und Nutzlasttätigkeiten auf der Erde, im Weltraum und auf dem Weg zwischen der Erde und dem Weltraum. Hierzu gehört unter anderem folgendes:

1. Forschung, Entwurf, Entwicklung, Erprobung, Fertigung, Zusammenbau, Integration, Betrieb und Nutzung von Träger- und Transferfahrzeugen, der Raumstation und von Nutzlasten sowie der zugehörigen Unterstützungsausrüstungen, -anlagen und -leistungen;
2. alle Tätigkeiten betreffend Bodenunterstützungs-, Erprobungs-, Ausbildungs-, Simulations-, Lenkungs- und Steuerungsausrüstungen sowie zugehörige Anlagen und Dienstleistungen.

Der Ausdruck „geschützte Weltraumarbeiten“ umfaßt auch alle Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Weiterent-

(3) a contractor or subcontractor of a user or customer of a Partner State at any tier.

This subparagraph may also apply to a State, or an agency or institution of a State, having the same relationship to a Partner State as described in subparagraphs 2(b)(1) through 2(b)(3) above or otherwise engaged in the implementation of Protected Space Operations as defined in subparagraph 2(f) below.

“Contractors” and “subcontractors” include suppliers of any kind.

(c) The term “damage” means:

- (1) bodily injury to, or other impairment of health of, or death of, any person;
- (2) damage to, loss of, or loss of use of any property;
- (3) loss of revenue or profits; or
- (4) other direct, indirect or consequential damage.

(d) The term “launch vehicle” means an object (or any part thereof) intended for launch, launched from Earth, or returning to Earth which carries payloads or persons, or both.

(e) The term “payload” means all property to be flown or used on or in a launch vehicle or the Space Station.

(f) The term “Protected Space Operations” means all launch vehicle activities, Space Station activities, and payload activities on Earth, in outer space, or in transit between Earth and outer space in implementation of this Agreement, the MOUs, and implementing arrangements. It includes, but is not limited to:

- (1) research, design, development, test, manufacture, assembly, integration, operation, or use of launch or transfer vehicles, the Space Station, or a payload, as well as related support equipment and facilities and services; and
- (2) all activities related to ground support, test, training, simulation, or guidance and control equipment and related facilities or services.

“Protected Space Operations” also includes all activities related to evolution of the Space Station, as provided

(3) un contractant ou un sous-contractant d'un utilisateur ou d'un client d'un Etat partenaire à quelque niveau que ce soit.

Le présent alinéa peut également s'appliquer à un Etat, ou à une agence ou une institution d'un Etat, entretenant avec un Etat partenaire des relations semblables à celles qui sont décrites aux alinéas 2(b)(1) à 2(b)(3) ci-dessus ou s'occupant à un autre titre de la mise en oeuvre d'opérations spatiales protégées telles qu'elles sont définies à l'alinéa 2(f) ci-dessous.

Les «contractants» et les «sous-contractants» comprennent les fournisseurs de toute nature.

(c) Le terme «dommage» désigne:

- (1) les lésions corporelles ou autres atteintes à la santé causées à une personne ou le décès d'une personne;
- (2) les dommages matériels, la perte d'un bien ou de son usage;
- (3) la perte de recettes ou de bénéfices; ou
- (4) les autres dommages directs, indirects ou consécutifs.

(d) Le terme «lanceur» désigne un objet (ou une partie d'un objet) destiné au lancement, lancé à partir de la Terre ou revenant sur Terre et emportant des charges utiles ou des personnes ou les deux.

(e) L'expression «charge utile» désigne tout bien destiné à être embarqué ou utilisé dans ou sur un lanceur ou la Station spatiale.

(f) L'expression «opérations spatiales protégées» désigne toutes les activités relatives au lanceur, à la Station spatiale et aux charges utiles à Terre, dans l'espace extra-atmosphérique ou en transit entre la Terre et l'espace extra-atmosphérique en application du présent Accord, des Mémoires d'Accord et des arrangements d'exécution. Cette expression comprend, de manière non limitative:

- (1) la recherche, la conception, la mise au point, les essais, la fabrication, l'assemblage, l'intégration, l'exploitation ou l'utilisation de lanceurs ou de véhicules de transfert, de la Station spatiale, ou d'une charge utile ainsi que des équipements, installations et services de soutien connexes; et
- (2) toutes les activités liées aux équipements de soutien au sol, d'essais, d'entraînement, de simulation, de pilotage et de contrôle, et aux installations ou services connexes.

L'expression «opérations spatiales protégées» désigne également toutes les activités liées à l'évolution de la Station

wicklung der Raumstation nach Artikel 14. Der Ausdruck „geschützte Weltraumarbeiten“ umfaßt keine Tätigkeiten auf der Erde, die nach der Rückkehr von der Raumstation ausgeführt werden, um das Erzeugnis oder Verfahren einer Nutzlast für andere Zwecke als für die mit der Raumstation zusammenhängenden Tätigkeiten im Rahmen dieses Übereinkommens weiterzuentwickeln.

(3)

a) Jeder Partnerstaat erklärt sich mit einem gegenseitigen Haftungsausschluß einverstanden, wonach jeder Partnerstaat auf alle Ansprüche gegen die unter den Nummern 1 bis 3 aufgeführten Stellen und Personen wegen Schäden, die aus geschützten Weltraumarbeiten entstehen, verzichtet. Dieser gegenseitige Haftungsausschluß gilt nur, wenn die schädigende Person, Stelle oder Sache an geschützten Weltraumarbeiten beteiligt ist und die geschädigte Person, Stelle oder Sache infolge ihrer Beteiligung an geschützten Weltraumarbeiten geschädigt wird. Der gegenseitige Haftungsausschluß gilt für alle Schadensersatzansprüche ungeachtet ihres Rechtsgrunds gegen

1. einen anderen Partnerstaat;
2. eine zugehörige Stelle eines anderen Partnerstaats;
3. die Beschäftigten der unter den Nummern 1 und 2 bezeichneten Stellen.

b) Ferner dehnt jeder Partnerstaat durch Vertrag oder auf andere Weise den unter Buchstabe a vorgesehenen gegenseitigen Haftungsausschluß auf seine zugehörigen Stellen aus, indem er von ihnen verlangt,

1. auf alle Ansprüche gegen die unter Buchstabe a Nummern 1 bis 3 bezeichneten Stellen und Personen zu verzichten und
2. zu verlangen, daß ihre zugehörigen Stellen auf alle Ansprüche gegen die unter Buchstabe a Nummern 1 bis 3 bezeichneten Stellen und Personen verzichten.

c) Zur Vermeidung von Unklarheiten wird festgestellt, daß dieser gegenseitige Haftungsausschluß sich auch auf die gegenseitige Haftung nach dem Haftungsübereinkommen erstreckt, sofern die schädigende Person, Stelle oder Sache an geschützten Weltraumarbeiten beteiligt ist und die geschädigte Person, Stelle oder Sache infolge ihrer Beteiligung an geschützten Weltraumarbeiten geschädigt wird.

d) Ungeachtet der anderen Bestimmungen dieses Artikels gilt dieser gegenseitige Haftungsausschluß nicht für

for in Article 14. "Protected Space Operations" excludes activities on Earth which are conducted on return from the Space Station to develop further a payload's product or process for use other than for Space Station related activities in implementation of this Agreement.

3.

(a) Each Partner State agrees to a cross-waiver of liability pursuant to which each Partner State waives all claims against any of the entities or persons listed in subparagraphs 3(a)(1) through 3(a)(3) below based on damage arising out of Protected Space Operations. This cross-waiver shall apply only if the person, entity, or property causing the damage is involved in Protected Space Operations and the person, entity, or property damaged is damaged by virtue of its involvement in Protected Space Operations. The cross-waiver shall apply to any claims for damage, whatever the legal basis for such claims against:

- (1) another Partner State;
- (2) a related entity of another Partner State;
- (3) the employees of any of the entities identified in subparagraphs 3(a)(1) and 3(a)(2) above.

(b) In addition, each Partner State shall, by contract or otherwise, extend the cross-waiver of liability as set forth in subparagraph 3(a) above to its related entities by requiring them to:

- (1) waive all claims against the entities or persons identified in subparagraphs 3(a)(1) through 3(a)(3) above; and
- (2) require that their related entities waive all claims against the entities or persons identified in subparagraphs 3(a)(1) through 3(a)(3) above.

(c) For avoidance of doubt, this cross-waiver of liability includes a cross-waiver of liability arising from the Liability Convention where the person, entity, or property causing the damage is involved in Protected Space Operations and the person, entity, or property damaged is damaged by virtue of its involvement in Protected Space Operations.

(d) Notwithstanding the other provisions of this Article, this cross-waiver of liability shall not be applicable to:

spatiale, comme prévu à l'article 14. Ne sont pas considérées comme «opérations spatiales protégées» les activités menées sur Terre au retour de la Station spatiale pour poursuivre la mise au point d'un produit ou d'un procédé relevant d'une charge utile à des fins autres que des activités liées à la Station spatiale en application du présent Accord.

3.

(a) Chaque Etat partenaire consent à une renonciation mutuelle à recours par laquelle il renonce à toute demande de réparation à l'encontre de l'une quelconque des entités ou des personnes énumérées aux alinéas 3(a)(1) à 3(a)(3) ci-dessous au titre de dommages découlant d'opérations spatiales protégées. Cette renonciation mutuelle à recours ne s'applique que dans le cas où la personne, l'entité ou le bien ayant causé le dommage participe à des opérations spatiales protégées et où la personne, l'entité ou le bien lésé l'a été du fait de sa participation à des opérations spatiales protégées. La renonciation mutuelle à recours s'applique à toutes demandes de réparation en cas de dommage, quelle qu'en soit la base juridique, à l'encontre:

- (1) d'un autre Etat partenaire;
- (2) d'une entité associée d'un autre Etat partenaire;
- (3) du personnel de l'une quelconque des entités énumérées aux alinéas 3(a)(1) et 3(a)(2) ci-dessus.

(b) En outre, chaque Etat partenaire étend, par contrat ou de toute autre manière, la renonciation à recours énoncée à l'alinéa 3(a) ci-dessus à ses entités associées en leur demandant:

- (1) de renoncer à toute demande de réparation à l'encontre des entités ou personnes énumérées aux alinéas 3(a)(1) à 3(a)(3) ci-dessus; et
- (2) d'exiger de leurs entités associées qu'elles renoncent à toute demande de réparation à l'encontre des entités ou personnes énumérées aux alinéas 3(a)(1) à 3(a)(3) ci-dessus.

(c) Pour éviter toute ambiguïté, la présente renonciation mutuelle à recours comprend la renonciation à une demande de réparation en cas de responsabilité découlant de la Convention sur la responsabilité, lorsque la personne, l'entité ou le bien ayant causé le dommage participe à des opérations spatiales protégées et lorsque la personne, l'entité ou le bien lésé l'a été du fait de sa participation à des opérations spatiales protégées.

(d) Nonobstant les autres dispositions du présent article, la présente renonciation mutuelle à recours n'est pas applicable aux demandes de réparation:

- | | | |
|--|--|--|
| <p>1. Ansprüche zwischen einem Partnerstaat und seiner zugehörigen Stelle oder zwischen seinen zugehörigen Stellen;</p> <p>2. Ansprüche, die von einer natürlichen Person, ihrem Nachlaßpfleger, ihren Hinterbliebenen oder Rechtsnachfolgern – es sei denn, der Rechtsnachfolger ist ein Partnerstaat – wegen Körperverletzung, sonstiger Gesundheitsbeeinträchtigung oder Tod dieser natürlichen Person geltend gemacht werden;</p> <p>3. Ansprüche wegen Schäden, die durch vorsätzliches Fehlverhalten verursacht werden;</p> <p>4. Ansprüche in bezug auf geistiges Eigentum;</p> <p>5. Schadensersatzansprüche, die entstehen, weil ein Partnerstaat den gegenseitigen Haftungsausschluß nach Buchstabe b nicht auf seine zugehörigen Stellen ausgedehnt hat.</p> | <p>(1) claims between a Partner State and its related entity or between its own related entities;</p> <p>(2) claims made by a natural person, his/her estate, survivors or subrogees (except when a subrogee is a Partner State) for bodily injury to, or other impairment of health of, or death of such natural person;</p> <p>(3) claims for damage caused by willful misconduct;</p> <p>(4) intellectual property claims;</p> <p>(5) claims for damage resulting from a failure of a Partner State to extend the cross-waiver of liability to its related entities, pursuant to subparagraph 3(b) above.</p> | <p>(1) entre un Etat partenaire et son entité associée ou entre ses entités associées;</p> <p>(2) émanant, en cas de lésion corporelle ou autres atteintes à la santé ou de décès d'une personne physique, de cette personne, de ses héritiers, de ses ayants-droits ou de ses subrogés (sauf lorsqu'un subrogé est un Etat partenaire);</p> <p>(3) pour dommage résultant d'une faute intentionnelle;</p> <p>(4) au titre de la propriété intellectuelle;</p> <p>(5) résultant du manquement d'un Etat partenaire à étendre la renonciation mutuelle à recours en matière de responsabilité à ses entités associées, en application de l'alinéa 3(b) ci-dessus.</p> |
| <p>e) Mit Bezug auf Buchstabe d Nummer 2 kommt die Regierung Japans, falls sich ein an sie abgetretener Anspruch nicht auf das Gesetz über die Unfallschädigung für Beschäftigte der Regierung gründet, ihrer Verpflichtung, auf solche abgetretene Ansprüche zu verzichten, nach, indem sie sicherstellt, daß jeder nach Absatz 2 Buchstabe a benannte unterstützende Rechtsträger jede in Buchstabe a Nummern 1 bis 3 aufgeführte Stelle oder Person entsprechend Artikel 15 Absatz 2 und in Einklang mit den anwendbaren Gesetzen und sonstigen Vorschriften Japans aufgrund der Haftung entschädigt, die sich aus dem an die Regierung Japans abgetretenen Anspruch herleitet. Dieser Artikel hindert die Regierung Japans nicht daran, auf die vorstehenden abgetretenen Ansprüche zu verzichten.</p> | <p>(e) With respect to subparagraph 3(d)(2) above, in the event that a subrogated claim of the Government of Japan is not based upon government employee accident compensation law, the Government of Japan shall fulfill its obligation to waive such subrogated claim by ensuring that any assisting entity specified pursuant to subparagraph 2(a) above indemnifies, in a manner consistent with Article 15(2) and in accordance with applicable laws and regulations of Japan, any entity or person identified in subparagraphs 3(a)(1) through 3(a)(3) above against liability arising from such subrogated claim by the Government of Japan. Nothing in this Article shall preclude the Government of Japan from waiving the foregoing subrogated claims.</p> | <p>(e) Eu égard à l'alinéa 3(d)(2) ci-dessus, lorsqu'une demande de réparation en subrogation du Gouvernement du Japon ne repose pas sur la législation en matière d'indemnisation des employés gouvernementaux en cas d'accident, le Gouvernement du Japon s'acquitte de son obligation à renoncer à ses demandes de réparation en subrogation en s'assurant que l'entité auxiliaire désignée conformément à l'alinéa 2(a) ci-dessus dédommage, dans le respect de l'article 15.2 et de la législation et réglementation en vigueur au Japon, toute entité ou personne énumérée aux alinéas 3(a)(1) à 3(a)(3) ci-dessus pour les responsabilités découlant des demandes de réparation en subrogation du Gouvernement du Japon. Aucune disposition du présent article n'empêche le Gouvernement du Japon de renoncer aux demandes de réparation en subrogation décrites ci-dessus.</p> |
| <p>f) Dieser Artikel kann nicht so ausgelegt werden, als begründe er Ansprüche oder Klagen, die anderweitig nicht begründet sind.</p> | <p>(f) Nothing in this Article shall be construed to create the basis for a claim or suit where none would otherwise exist.</p> | <p>(f) Aucune disposition du présent article ne doit être interprétée comme ouvrant droit à une demande de réparation ou à des poursuites qui autrement n'auraient pas été fondées.</p> |

Artikel 17

Haftungsübereinkommen

(1) Sofern Artikel 16 nichts anderes bestimmt, bleiben die Partnerstaaten und die ESA nach dem Haftungsübereinkommen haftbar.

(2) Wird nach dem Haftungsübereinkommen ein Anspruch geltend gemacht, so konsultieren die Partner (und gegebenenfalls die ESA) einander umgehend über eine mögliche Haftung, über eine Aufteilung der Haftung und über die Verteidigung gegen diesen Anspruch.

Article 17

Liability Convention

1. Except as otherwise provided in Article 16, the Partner States, as well as ESA, shall remain liable in accordance with the Liability Convention.

2. In the event of a claim arising out of the Liability Convention, the Partners (and ESA, if appropriate) shall consult promptly on any potential liability, on any apportionment of such liability, and on the defense of such claim.

Article 17

Convention sur la responsabilité

1. Sauf dispositions contraires de l'article 16, les Etats partenaires, ainsi que l'ASE, restent responsables conformément aux dispositions de la Convention sur la responsabilité.

2. Dans le cas d'une demande en réparation fondée sur les dispositions de la Convention sur la responsabilité, les Partenaires (et l'ASE, le cas échéant) se consultent dans les meilleurs délais sur toute responsabilité éventuelle, sur toute répartition de cette responsabilité et sur la défense à opposer à cette demande.

(3) Für die Erbringung von Start- und Rückfuhrdiensten nach Artikel 12 Absatz 2 können die betreffenden Partner (und gegebenenfalls die ESA) gesonderte Übereinkünfte über die Aufteilung einer möglichen gesamtschuldnerischen Haftung nach dem Haftungsübereinkommen schließen.

3. Regarding the provision of launch and return services provided for in Article 12(2), the Partners concerned (and ESA, if appropriate) may conclude separate agreements regarding the apportionment of any potential joint and several liability arising out of the Liability Convention.

3. En ce qui concerne la fourniture de services de lancement et de retour sur Terre prévus à l'article 12.2, les Partenaires intéressés (et l'ASE, le cas échéant) peuvent conclure des accords distincts relatifs à la répartition de la responsabilité solidaire éventuelle découlant de la Convention sur la responsabilité.

Artikel 18

Zoll und Einreise

(1) Jeder Partnerstaat erleichtert vorbehaltlich seiner Gesetze und sonstigen Vorschriften die für die Durchführung dieses Übereinkommens notwendigen Reisen von Personen und die für seine Durchführung notwendige Beförderung von Gütern in sein Hoheitsgebiet und aus seinem Hoheitsgebiet.

(2) Jeder Partnerstaat erleichtert vorbehaltlich seiner Gesetze und sonstigen Vorschriften die Ausstellung entsprechender Einreise- und Aufenthaltsdokumente für Staatsangehörige eines anderen Partnerstaats und ihre Familienangehörigen, die in sein Hoheitsgebiet einreisen, aus ihm ausreisen oder sich darin aufhalten, um für die Durchführung dieses Übereinkommens notwendige Aufgaben wahrzunehmen.

(3) Jeder Partnerstaat erteilt die Genehmigung zur zollfreien Ein- und Ausfuhr der für die Durchführung dieses Übereinkommens notwendigen Güter und Software in sein Hoheitsgebiet und aus seinem Hoheitsgebiet und sorgt dafür, daß sie von allen von den Zollbehörden erhobenen sonstigen Steuern und Abgaben befreit sind. Dieser Absatz wird ungeachtet des Herkunftslands dieser notwendigen Güter und Software durchgeführt.

Article 18

Customs and Immigration

1. Each Partner State shall facilitate the movement of persons and goods necessary to implement this Agreement into and out of its territory, subject to its laws and regulations.

2. Subject to its laws and regulations, each Partner State shall facilitate provision of the appropriate entry and residence documentation for nationals and families of nationals of another Partner State who enter or exit or reside within the territory of the first Partner State in order to carry out functions necessary for the implementation of this Agreement.

3. Each Partner State shall grant permission for duty-free importation and exportation to and from its territory of goods and software which are necessary for implementation of this Agreement and shall ensure their exemption from any other taxes and duties collected by the customs authorities. This paragraph shall be implemented without regard to the country of origin of such necessary goods and software.

Article 18

Douanes et immigration

1. Chaque Etat partenaire facilite, dans le respect de sa législation et de sa réglementation, l'entrée et la sortie de son territoire pour les personnes et les biens nécessaires aux fins de mise en oeuvre du présent Accord.

2. Chaque Etat partenaire facilite, dans le respect de sa législation et de sa réglementation, la fourniture de la documentation applicable en matière d'entrée et de séjour sur son territoire aux ressortissants d'un autre Etat partenaire et aux membres de leur famille qui entrent sur son territoire, en sortent ou y séjournent pour y exercer des fonctions nécessaires à la mise en oeuvre du présent Accord.

3. Chaque Etat partenaire accorde l'autorisation d'importer sur son territoire et d'exporter de son territoire, en franchise des droits de douanes, des biens et des logiciels nécessaires à la mise en oeuvre du présent Accord et fait en sorte que ces biens et logiciels soient exemptés de tout autre taxe ou droit prélevé par les autorités douanières. Le présent paragraphe s'applique quel que soit le pays d'origine de ces biens et logiciels nécessaires.

Artikel 19

Austausch von Daten und Gütern

(1) Sofern in diesem Absatz nichts anderes bestimmt ist, gibt jeder Partner über seine zusammenarbeitende Stelle alle technischen Daten und Güter weiter, die (von den beiden an der Weitergabe Beteiligten) für erforderlich gehalten werden, um die Aufgaben der zusammenarbeitenden Stelle dieses Partners aufgrund der einschlägigen Vereinbarungen und Durchführungsregelungen zu erfüllen. Jeder Partner verpflichtet sich, jedes Ersuchen um technische Daten oder Güter, das von der zusammenarbeitenden Stelle eines anderen Partners für Zwecke der Zusammenarbeit bei der Raumstation vorgelegt wird, zügig zu erledigen. Dieser Artikel verpflichtet einen Partnerstaat nicht, technische Daten und Güter weiterzugeben, wenn seine innerstaatlichen Gesetze oder sonstigen Vorschriften dem entgegenstehen.

(2) Die Partner werden sich nach Kräften bemühen, Ersuchen um die Genehmigung der Weitergabe technischer Daten und Güter durch andere Personen oder Stellen als die Partner oder ihre zusammenarbeitenden Stellen (z.B. der sich wahrscheinlich entwickelnde Austausch von Unternehmen zu Unternehmen) zügig zu erledigen, und

Article 19

Exchange of Data and Goods

1. Except as otherwise provided in this paragraph, each Partner, acting through its Cooperating Agency shall transfer all technical data and goods considered to be necessary (by both parties to any transfer) to fulfill the responsibilities of that Partner's Cooperating Agency under the relevant MOUs and implementing arrangements. Each Partner undertakes to handle expeditiously any request for technical data or goods presented by the Cooperating Agency of another Partner for the purposes of Space Station cooperation. This Article shall not require a Partner State to transfer any technical data and goods in contravention of its national laws or regulations.

2. The Partners shall make their best efforts to handle expeditiously requests for authorization of transfers of technical data and goods by persons or entities other than the Partners or their Cooperating Agencies (for example, company-to-company exchanges which are likely to develop), and they shall encourage and facilitate such

Article 19

Echange de données et de biens

1. Sauf dispositions contraires du présent paragraphe, chaque Partenaire, agissant par l'intermédiaire de son Agence coopérante, transfère toutes les données techniques et tous les biens considérés (par les deux parties au transfert) comme nécessaires à l'Agence coopérante de ce Partenaire pour s'acquitter de ses obligations au titre des Mémoires d'Accord et arrangements d'exécution applicables. Chaque Partenaire s'engage à traiter avec célérité toute demande de données techniques ou de biens présentée par l'Agence coopérante d'un autre Partenaire à des fins de coopération relative à la Station spatiale. Le présent article ne fait pas obligation à un Etat partenaire de transférer des données techniques ou des biens en infraction à sa législation ou à sa réglementation nationale.

2. Les Partenaires font tout leur possible pour traiter avec célérité les demandes d'autorisation de transferts de données techniques et de biens par des personnes ou par des entités autres que les Partenaires ou leurs Agences coopérantes (par exemple, les échanges entre firmes qui se développeront vraisemblablement); ils

werden eine solche Weitergabe im Zusammenhang mit der Zusammenarbeit bei der Raumstation aufgrund dieses Übereinkommens fördern und erleichtern. Ansonsten fällt diese Weitergabe nicht unter die Bedingungen dieses Artikels. Auf diese Weitergabe finden die innerstaatlichen Gesetze und sonstigen Vorschriften Anwendung.

(3) Die Partner stimmen darin überein, daß für die Weitergabe technischer Daten und Güter aufgrund dieses Übereinkommens die in diesem Absatz vorgesehenen Einschränkungen gelten. Die Weitergabe technischer Daten zur Wahrnehmung der Aufgaben der Partner in bezug auf Schnittstellen, Integration und Sicherheit erfolgt in der Regel ohne die in diesem Absatz vorgesehenen Einschränkungen. Sind für Schnittstellen, Integration oder Sicherheit Daten über Detailentwurf, Fertigung und Verarbeitung sowie zugehörige Software erforderlich, so erfolgt die Weitergabe nach Absatz 1; die Daten und die zugehörige Software können jedoch im Einklang mit der nachstehenden Regelung entsprechend gekennzeichnet werden. Technische Daten und Güter, die nicht unter die in diesem Absatz vorgesehenen Einschränkungen fallen, werden uneingeschränkt weitergegeben, sofern die Weitergabe nicht durch innerstaatliche Gesetze oder sonstige Vorschriften anderweitig eingeschränkt ist.

- a) Die zusammenarbeitende Stelle, welche die technischen Daten oder Güter liefert, versieht diejenigen, die für die Zwecke der Ausfuhrüberwachung geschützt werden müssen, mit einem Vermerk oder einem anderen besonderen Kennzeichen. In diesem Vermerk oder Kennzeichen sind alle besonderen Bedingungen anzugeben, unter denen solche technischen Daten oder Güter von der empfangenden zusammenarbeitenden Stelle und ihren Auftragnehmern und Unterauftragnehmern benutzt werden können, darunter 1. daß solche technischen Daten oder Güter nur zur Erfüllung der Aufgaben der empfangenden zusammenarbeitenden Stelle aufgrund dieses Übereinkommens und der einschlägigen Vereinbarungen benutzt werden dürfen und 2. daß solche technischen Daten oder Güter nur mit vorheriger schriftlicher Erlaubnis des liefernden Partnerstaats, die über seine zusammenarbeitende Stelle erteilt wird, von anderen Personen oder Stellen als der empfangenden zusammenarbeitenden Stelle, ihren Auftragnehmern oder Unterauftragnehmern oder zu anderen Zwecken benutzt werden dürfen.
- b) Die liefernde zusammenarbeitende Stelle versieht die technischen Daten, die zur Wahrung von Schutzrechten geschützt werden müssen, mit einem Vermerk. In diesem Vermerk sind alle besonderen Bedingungen anzugeben, unter denen solche technischen Daten von der empfangenden zusammenarbeitenden Stelle und ihren Auftragnehmern und Unterauftragnehmern benutzt werden können, darunter 1. daß

transfers in connection with the Space Station cooperation under this Agreement. Otherwise, such transfers are not covered by the terms and conditions of this Article. National laws and regulations shall apply to such transfers.

3. The Partners agree that transfers of technical data and goods under this Agreement shall be subject to the restrictions set forth in this paragraph. The transfer of technical data for the purposes of discharging the Partners' responsibilities with regard to interface, integration and safety shall normally be made without the restrictions set forth in this paragraph. If detailed design, manufacturing, and processing data and associated software is necessary for interface, integration or safety purposes, the transfer shall be made in accordance with paragraph 1 above, but the data and associated software may be appropriately marked as set out below. Technical data and goods not covered by the restrictions set forth in this paragraph shall be transferred without restriction, except as otherwise restricted by national laws or regulations.

- (a) The furnishing Cooperating Agency shall mark with a notice, or otherwise specifically identify, the technical data or goods that are to be protected for export control purposes. Such a notice or identification shall indicate any specific conditions regarding how such technical data or goods may be used by the receiving Cooperating Agency and its contractors and subcontractors, including (1) that such technical data or goods shall be used only for the purposes of fulfilling the receiving Cooperating Agency's responsibilities under this Agreement and the relevant MOUs, and (2) that such technical data or goods shall not be used by persons or entities other than the receiving Cooperating Agency, its contractors or subcontractors, or for any other purposes, without the prior written permission of the furnishing Partner State, acting through its Cooperating Agency.
- (b) The furnishing Cooperating Agency shall mark with a notice the technical data that are to be protected for proprietary rights purposes. Such notice shall indicate any specific conditions regarding how such technical data may be used by the receiving Cooperating Agency and its contractors and subcontractors, including (1) that such technical data shall be used, duplicated, or disclosed only for the purposes

encouragent et facilitent ces transferts pour les besoins de la coopération relative à la Station spatiale au titre du présent Accord. Les dispositions du présent article ne s'appliquent pas par ailleurs à ces transferts. Ceux-ci sont régis par les législations et réglementations nationales.

3. Les Partenaires conviennent que les transferts de données techniques et de biens au titre du présent Accord sont assujettis aux restrictions énoncées dans le présent paragraphe. Les restrictions énoncées dans le présent paragraphe ne s'appliquent pas en règle générale aux transferts de données techniques visant à ce que les Partenaires s'acquittent de leurs responsabilités en matière d'interfaces, d'intégration et de sécurité. Si des données détaillées sur la conception, la fabrication et les procédés ainsi que les logiciels associés sont nécessaires à des fins d'interface, d'intégration ou de sécurité, leur transfert se fait conformément au paragraphe 1 ci-dessus mais les données et les logiciels associés peuvent être signalés par une mention appropriée comme il est indiqué ci-après. Sauf restrictions résultant par ailleurs de la législation ou de la réglementation nationales, les données techniques et les biens non couverts par les restrictions énoncées dans le présent paragraphe sont transférés sans restriction.

- (a) L'Agence coopérante qui fournit les données techniques ou les biens signale par une mention, ou identifie spécifiquement de toute autre manière les données techniques ou les biens qui doivent être protégés aux fins du contrôle à l'exportation. Cette mention ou marque d'identification indique toute condition spécifique concernant les modalités d'utilisation de ces données techniques ou de ces biens par l'Agence coopérante qui les reçoit, ses contractants et sous-contractants, y compris (1) que ces données techniques ou biens ne peuvent être utilisés par l'Agence coopérante qui les reçoit qu'aux fins des responsabilités dont elle doit s'acquitter au titre du présent Accord et des Mémoires d'Entente applicables et (2) que ces données techniques ou biens ne peuvent être utilisés par des personnes ou entités autres que l'Agence coopérante qui les reçoit, ses contractants ou sous-contractants ni à quelque autre fin que ce soit sans l'autorisation écrite préalable de l'Etat partenaire qui les fournit, agissant par l'intermédiaire de son Agence coopérante.
- (b) L'Agence coopérante qui fournit les données techniques signale par une mention celles qui doivent faire l'objet d'une protection au titre des droits de propriété. Cette mention indique toute condition spécifique concernant les modalités d'utilisation de ces données techniques par l'Agence coopérante qui les reçoit, ses contractants et sous-contractants, y compris (1) que ces données techniques seront utilisées,

solche technischen Daten nur für die Erfüllung der Aufgaben der empfangenden zusammenarbeitenden Stelle aufgrund dieses Übereinkommens und der einschlägigen Vereinbarungen benutzt, vervielfältigt und mitgeteilt werden dürfen und 2. daß solche technischen Daten nur mit vorheriger schriftlicher Erlaubnis des liefernden Partnerstaats, die über seine zusammenarbeitende Stelle erteilt wird, von anderen Personen oder Stellen als der empfangenden zusammenarbeitenden Stelle, ihren Auftragnehmern oder Unterauftragnehmern oder zu anderen Zwecken benutzt werden dürfen.

- c) Unterliegen technische Daten oder Güter, die aufgrund dieses Übereinkommens weitergegeben werden, der Geheimhaltung, so versieht die liefernde zusammenarbeitende Stelle sie mit einem Vermerk oder einem anderen besonderen Kennzeichen. Der ersuchte Partnerstaat kann verlangen, daß diese Weitergabe nach einer Geheimhaltungsübereinkunft erfolgt, welche die Bedingungen für die Weitergabe und den Schutz solcher technischen Daten oder Güter enthält. Eine Weitergabe braucht nicht zu erfolgen, wenn der empfangende Partnerstaat nicht für den Schutz der Geheimhaltung von Patentanmeldungen sorgt, die der Geheimhaltung unterliegende oder sonst für Zwecke der nationalen Sicherheit geheimgehaltene Informationen enthalten. Der Geheimhaltung unterliegende technische Daten oder Güter werden aufgrund dieses Übereinkommens nur weitergegeben, wenn beide Seiten der Weitergabe zustimmen.

(4) Jeder Partnerstaat unternimmt alle erforderlichen Schritte, um sicherzustellen, daß technische Daten oder Güter, die er nach Absatz 3 Buchstabe a, b oder c empfängt, von dem empfangenden Partnerstaat, seiner zusammenarbeitenden Stelle und anderen Personen und Stellen (einschließlich Auftragnehmern und Unterauftragnehmern), denen die technischen Daten oder Güter später weitergegeben werden, entsprechend den Bedingungen des Vermerks oder Kennzeichens behandelt werden. Jeder Partnerstaat und jede zusammenarbeitende Stelle unternehmen alle nach vernünftigem Ermessen erforderlichen Schritte, einschließlich der Gewährleistung angemessener Vertragsbedingungen in ihren Aufträgen und Unteraufträgen, um die unbefugte Benutzung, Mitteilung oder erneute Weitergabe solcher technischen Daten oder Güter oder den unbefugten Zugang dazu zu verhindern. Bei nach Absatz 3 Buchstabe c empfangenen technischen Daten oder Gütern gewährt der empfangende Partnerstaat oder die empfangende zusammenarbeitende Stelle diesen technischen Daten oder Gütern einen Schutzzumfang, der mindestens dem von dem liefernden Partnerstaat oder der liefernden zusammenarbeitenden Stelle gewährten Schutzzumfang gleichwertig ist.

of fulfilling the receiving Cooperating Agency's responsibilities under this Agreement and the relevant MOUs, and (2) that such technical data shall not be used by persons or entities other than the receiving Cooperating Agency, its contractors or subcontractors, or for any other purposes, without the prior written permission of the furnishing Partner State, acting through its Cooperating Agency.

- (c) In the event that any technical data or goods transferred under this Agreement are classified, the furnishing Cooperating Agency shall mark with a notice, or otherwise specifically identify, such technical data or goods. The requested Partner State may require that any such transfer shall be pursuant to a security of information agreement or arrangement which sets forth the conditions for transferring and protecting such technical data or goods. A transfer need not be conducted if the receiving Partner State does not provide for the protection of the secrecy of patent applications containing information that is classified or otherwise held in secrecy for national security purposes. No classified technical data or goods shall be transferred under this Agreement unless both parties agree to the transfer.

4. Each Partner State shall take all necessary steps to ensure that technical data or goods received by it under subparagraphs 3(a), 3(b), or 3(c) above shall be treated by the receiving Partner State, its Cooperating Agency, and other persons and entities (including contractors and subcontractors) to which the technical data or goods are subsequently transferred in accordance with the terms of the notice or identification. Each Partner State and Cooperating Agency shall take all reasonably necessary steps, including ensuring appropriate contractual conditions in their contracts and subcontracts, to prevent unauthorized use, disclosure, or retransfer of, or unauthorized access to, such technical data or goods. In the case of technical data or goods received under subparagraph 3(c) above, the receiving Partner State or Cooperating Agency shall accord such technical data or goods a level of protection at least equivalent to the level of protection accorded by the furnishing Partner State or Cooperating Agency.

reproduites ou communiquées aux seules fins de l'exercice des responsabilités incombant à l'Agence coopérante qui les reçoit au titre du présent Accord et des Mémoires d'Accord applicables, et (2) que ces données techniques ne peuvent être utilisées par des personnes ou entités autres que l'Agence coopérante qui les reçoit, ses contractants ou sous-contractants ni à quelque autre fin que ce soit sans l'autorisation écrite préalable de l'Etat partenaire qui les fournit, agissant par l'intermédiaire de son Agence coopérante.

- (c) En cas de transfert au titre du présent Accord de données techniques ou de biens classifiés, l'Agence coopérante qui les fournit signale par une mention ou identifie spécifiquement de quelque autre manière ces données techniques ou ces biens. L'Etat partenaire auquel ces données techniques ou ces biens sont demandés peut exiger que le transfert s'effectue sur la base d'un accord ou d'un arrangement sur la sécurité de l'information énonçant les conditions de transfert et de protection de ces données techniques ou de ces biens. Le transfert n'est pas obligatoire si l'Etat partenaire qui reçoit les données techniques ou les biens n'assure pas la protection du secret des demandes de brevet comportant des informations classifiées ou autrement tenues secrètes à des fins de sécurité nationale. Il n'est transféré au titre du présent Accord aucune donnée technique ni aucun bien classifiés à moins que les deux parties n'aient approuvé le transfert.

4. Chaque Etat partenaire prend toutes les mesures nécessaires pour faire en sorte que les données techniques ou les biens reçus par lui au titre des alinéas 3(a), 3(b) ou 3(c) ci-dessus soient traités par l'Etat partenaire qui les reçoit, son Agence coopérante et les autres personnes ou entités (y compris les contractants et sous-contractants) auxquels les données techniques ou les biens sont par la suite transférés, conformément aux conditions fixées dans la notice ou la marque d'identification. Chaque Etat partenaire et chaque Agence coopérante prend toutes les mesures nécessaires dans les limites du raisonnable, entre autres par la spécification de conditions contractuelles appropriées dans ses contrats et sous-contrats, pour prévenir l'utilisation, la communication ou le retransfert non autorisés de ces données techniques ou de ces biens ou l'accès non autorisé à ces données techniques ou à ces biens. Pour les données techniques ou les biens reçus au titre de l'alinéa 3(c) ci-dessus, l'Etat partenaire ou l'Agence coopérante qui les reçoit leur applique un niveau de protection au moins équivalent à celui qui est appliqué par l'Etat partenaire ou l'Agence coopérante qui les fournit.

(5) Es ist nicht die Absicht der Partner, durch dieses Übereinkommen oder die einschlägigen Vereinbarungen einem Empfänger weitere Rechte als das Recht auf Benutzung, Mitteilung oder erneute Weitergabe empfangener technischer Daten oder Güter entsprechend den nach diesem Artikel auferlegten Bedingungen zu gewähren.

(6) Der Rücktritt eines Partnerstaats von diesem Übereinkommen läßt die Rechte oder Pflichten hinsichtlich des Schutzes technischer Daten oder Güter, die vor diesem Rücktritt aufgrund dieses Übereinkommens weitergegeben wurden, unberührt, sofern in einer Rücktrittsvereinbarung nach Artikel 28 nichts anderes vereinbart wird.

(7) Für die Zwecke dieses Artikels gilt jede Weitergabe technischer Daten und Güter durch eine zusammenarbeitende Stelle an die ESA als für die ESA, für alle europäischen Partnerstaaten und für die von der ESA bezeichneten Auftragnehmer und Unterauftragnehmer für die Raumstation bestimmt, sofern bei der Weitergabe nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmt wird.

(8) Die Partner legen über ihre zusammenarbeitenden Stellen Leitlinien für die Sicherheit von Informationen fest.

5. It is not the intent of the Partners to grant, through this Agreement or the relevant MOUs, any rights to a recipient beyond the right to use, disclose, or retransfer received technical data or goods consistent with conditions imposed under this Article.

6. Withdrawal from this Agreement by a Partner State shall not affect rights or obligations regarding the protection of technical data and goods transferred under this Agreement prior to such withdrawal, unless otherwise agreed in a withdrawal agreement pursuant to Article 28.

7. For the purposes of this Article, any transfer of technical data and goods by a Cooperating Agency to ESA shall be deemed to be destined to ESA, to all of the European Partner States, and to ESA's designated Space Station contractors and subcontractors, unless otherwise specifically provided for at the time of transfer.

8. The Partners, through their Cooperating Agencies, will establish guidelines for security of information.

5. Par le présent Accord ou les Mémoires d'Accord applicables, les Partenaires n'entendent accorder à un bénéficiaire d'autre droit que celui d'utiliser, de communiquer ou de retransférer des données techniques ou des biens reçus, conformément aux conditions imposées par le présent article.

6. Le retrait du présent Accord d'un Etat partenaire n'affecte pas les droits et obligations en ce qui concerne la protection des données techniques et des biens transférés au titre du présent Accord avant ce retrait, sauf s'il en est autrement convenu dans un accord de retrait en application de l'article 28.

7. Aux fins du présent article, tout transfert par une Agence coopérante de données techniques ou de biens à l'ASE est considéré comme destiné à l'ASE, à tous les Etats partenaires européens ainsi qu'aux contractants et sous-contractants de la Station spatiale désignés par l'ASE, sauf disposition contraire expressément prévue au moment du transfert.

8. Les Partenaires, par l'intermédiaire de leurs Agences coopérantes, élaboreront des directives en matière de sécurité de l'information.

Artikel 20

Behandlung von Daten und Gütern im Transit

Im Hinblick auf die Bedeutung des kontinuierlichen Betriebs und der uneingeschränkten internationalen Nutzung der Raumstation gestattet jeder Partnerstaat, soweit es seine anwendbaren Gesetze und sonstigen Vorschriften zulassen, den raschen Transit von Daten und Gütern der anderen Partner, ihrer zusammenarbeitenden Stellen und ihrer Nutzer. Dieser Artikel gilt nur für Daten oder Güter, die sich im Transit zu oder von der Raumstation befinden, wozu unter anderem der Transit zwischen seiner Staatsgrenze und einem Start- oder Landeplatz in seinem Hoheitsgebiet sowie zwischen einem Start- oder Landeplatz und der Raumstation gehört.

Artikel 21

Geistiges Eigentum

(1) Für die Zwecke dieses Übereinkommens ist der Begriff „geistiges Eigentum“ im Sinn des Artikels 2 des am 14. Juli 1967 in Stockholm beschlossenen Übereinkommens zur Errichtung der Weltorganisation für geistiges Eigentum zu verstehen.

(2) Vorbehaltlich dieses Artikels gilt für die Zwecke des Rechts des geistigen Eigentums eine Tätigkeit, die in oder an einem Flugelement der Raumstation ausgeführt wird, als ausschließlich im Hoheitsgebiet des Partnerstaats ausgeführt, der das Element registriert hat; was jedoch die von der ESA registrierten Elemente betrifft,

Article 20

Treatment of Data and Goods in Transit

Recognizing the importance of the continuing operation and full international utilization of the Space Station, each Partner State shall, to the extent its applicable laws and regulations permit, allow the expeditious transit of data and goods of the other Partners, their Cooperating Agencies, and their users. This Article shall only apply to data and goods transiting to and from the Space Station, including but not limited to transit between its national border and a launch or landing site within its territory, and between a launch or landing site and the Space Station.

Article 21

Intellectual Property

1. For the purposes of this Agreement, "intellectual property" is understood to have the meaning of Article 2 of the Convention Establishing the World Intellectual Property Organization, done at Stockholm on 14 July 1967.

2. Subject to the provisions of this Article, for purposes of intellectual property law, an activity occurring in or on a Space Station flight element shall be deemed to have occurred only in the territory of the Partner State of that element's registry, except that for ESA-registered elements any European Partner State may deem the

Article 20

Traitement des données et des biens en transit

Reconnaissant l'importance de l'exploitation continue et de la pleine utilisation internationale de la Station spatiale, chaque Etat partenaire permet, dans la mesure où l'y autorisent sa législation et sa réglementation nationales, le transit rapide des données et des biens des autres Partenaires, de leurs Agences coopérantes et de leurs utilisateurs. Le présent article ne s'applique qu'aux données et aux biens en transit à destination ou en provenance de la Station spatiale y compris, de manière non limitative, le transit entre ses frontières nationales et un site de lancement ou d'atterrissage situé sur son territoire et le transit entre un site de lancement ou d'atterrissage et la Station spatiale.

Article 21

Propriété intellectuelle

1. Aux fins du présent Accord, l'expression «propriété intellectuelle» a le sens que lui donne l'article 2 de la Convention portant création de l'Organisation mondiale de la propriété intellectuelle, signée à Stockholm le 14 juillet 1967.

2. Pour l'application du droit en matière de propriété intellectuelle, et sous réserve des dispositions du présent article, une activité se déroulant dans ou sur un élément de vol de la Station spatiale est réputée n'avoir eu lieu que sur le territoire de l'Etat partenaire ayant immatriculé cet élément, à ceci près que, pour les éléments

kann jeder europäische Partnerstaat die Tätigkeit als in seinem Hoheitsgebiet ausgeführt betrachten. Zur Vermeidung von Unklarheiten wird festgestellt, daß die Teilnahme eines Partnerstaats, seiner zusammenarbeitenden Stelle oder seiner zugehörigen Stellen an einer Tätigkeit, die in oder an einem Raumstationsflugelement eines anderen Partners ausgeführt wird, an sich nicht die Hoheitsgewalt über eine solche Tätigkeit, wie in Satz 1 festgelegt, ändert oder berührt.

(3) Ein Partnerstaat wendet in bezug auf eine Erfindung, die in oder an einem Flugelement der Raumstation von einer Person gemacht wird, die nicht Staatsangehörige dieses Partnerstaats ist oder in diesem Staat ihren gewöhnlichen Aufenthalt hat, seine Rechtsvorschriften betreffend die Geheimhaltung von Erfindungen nicht so an, daß er die Einreichung einer Patentanmeldung in einem anderen Partnerstaat, der die Geheimhaltung von Patentanmeldungen schützt, die der Geheimhaltung unterliegende oder sonst für Zwecke der nationalen Sicherheit geschützte Informationen enthalten, verhindert (indem er z.B. eine Frist vorschreibt oder die Einholung einer vorherigen Genehmigung verlangt). Diese Bestimmung beeinträchtigt nicht a) das Recht eines Partnerstaats, in dem eine Patentanmeldung zuerst eingereicht wird, die Geheimhaltung der Patentanmeldung zu überwachen oder die weitere Anmeldung zu beschränken, oder b) das Recht eines anderen Partnerstaats, in dem eine Patentanmeldung später eingereicht wird, aufgrund einer internationalen Verpflichtung die Verbreitung einer Anmeldung zu beschränken.

(4) Ist eine natürliche oder juristische Person Inhaber von Rechten an geistigem Eigentum, die in mehr als einem europäischen Partnerstaat geschützt sind, so kann sie nur in einem dieser Staaten für ein und dieselbe in oder an einem von der ESA registrierten Element begangene Verletzung dieser Rechte an diesem geistigen Eigentum Schadensersatz erlangen. Führt ein und dieselbe Rechtsverletzung in oder an einem von der ESA registrierten Element zu Klagen mehrerer Inhaber von Rechten an geistigem Eigentum, weil mehr als ein europäischer Partnerstaat der Ansicht ist, daß die Tätigkeit in seinem Hoheitsgebiet ausgeführt wurde, so kann ein Gericht im Fall einer später erhobenen Klage eine einstweilige Aussetzung des Verfahrens beschließen, um das Ergebnis einer früher erhobenen Klage abzuwarten. Wurden mehrere Gerichtsverfahren eingeleitet, so schließt die Vollstreckung eines auf Entschädigung lautenden Urteils in einem dieser Verfahren jede weitere Entschädigung in jedem anhängigen oder künftigen Verfahren aus, das auf dieselbe Rechtsverletzung gegründet ist.

(5) Hinsichtlich einer Tätigkeit, die in oder an einem von der ESA registrierten Element ausgeführt wird, darf sich ein europäischer Partnerstaat nicht weigern, eine Lizenz für die Ausübung eines Rechts an geistigem

activity to have occurred within its territory. For avoidance of doubt, participation by a Partner State, its Cooperating Agency, or its related entities in an activity occurring in or on any other Partner's Space Station flight element shall not in and of itself alter or affect the jurisdiction over such activity provided for in the previous sentence.

3. In respect of an invention made in or on any Space Station flight element by a person who is not its national or resident, a Partner State shall not apply its laws concerning secrecy of inventions so as to prevent the filing of a patent application (for example, by imposing a delay or requiring prior authorization) in any other Partner State that provides for the protection of the secrecy of patent applications containing information that is classified or otherwise protected for national security purposes. This provision does not prejudice (a) the right of any Partner State in which a patent application is first filed to control the secrecy of such patent application or restrict its further filing; or (b) the right of any other Partner State in which an application is subsequently filed to restrict, pursuant to any international obligation, the dissemination of an application.

4. Where a person or entity owns intellectual property which is protected in more than one European Partner State, that person or entity may not recover in more than one such State for the same act of infringement of the same rights in such intellectual property which occurs in or on an ESA-registered element. Where the same act of infringement in or on an ESA-registered element gives rise to actions by different intellectual property owners by virtue of more than one European Partner State's deeming the activity to have occurred in its territory, a court may grant a temporary stay of proceeding in a later-filed action pending the outcome of an earlier-filed action. Where more than one action is brought, satisfaction of a judgment rendered for damages in any of the actions shall bar further recovery of damages in any pending or future action for infringement based upon the same act of infringement.

5. With respect to an activity occurring in or on an ESA-registered element, no European Partner State shall refuse to recognize a license for the exercise of any intellectual property right if that license is

immatriculés par l'ASE, chaque Etat partenaire européen peut estimer que l'activité s'est déroulée dans les limites de son territoire. Pour éviter toute ambiguïté, la participation d'un Etat partenaire, de son Agence coopérante ou de ses entités associées à une activité se déroulant dans ou sur un élément de vol de la Station spatiale de tout autre Partenaire ne modifie ni n'affecte en soi la juridiction applicable à cette activité telle que la prévoit la phrase précédente.

3. Pour les inventions faites dans ou sur un élément de vol de la Station spatiale par une personne qui n'est pas ressortissante d'un Etat partenaire ou qui n'y réside pas, celui-ci n'applique pas sa législation en matière de secret de l'invention, dans la mesure où ceci empêcherait (par exemple en imposant un délai ou en exigeant une autorisation préalable) le dépôt d'une demande de brevet dans un autre Etat partenaire qui assure la protection du secret des demandes de brevet contenant des informations classifiées ou autrement protégées à des fins de sécurité nationale. Cette disposition n'affecte pas (a) le droit d'un Etat partenaire auprès duquel une demande de brevet est déposée en premier lieu, de contrôler la confidentialité ou de limiter la possibilité de dépôts ultérieurs d'une telle demande ou (b) le droit de tout autre Etat partenaire auprès duquel une demande de brevet est déposée par la suite de restreindre, conformément aux obligations internationales, la diffusion d'une demande de brevet.

4. Lorsqu'une personne ou une entité détient des droits de propriété intellectuelle protégés dans plus d'un Etat partenaire européen, cette personne ou entité ne peut obtenir réparation dans plus d'un de ces Etats pour la même atteinte aux mêmes droits de propriété intellectuelle se produisant dans ou sur un élément immatriculé par l'ASE. Lorsque la même atteinte intervenant dans ou sur un élément immatriculé par l'ASE donne lieu à l'engagement de procédures par différents détenteurs de droits de propriété intellectuelle du fait que plus d'un Etat partenaire européen considère que l'acte s'est produit sur son territoire, un tribunal peut, dans l'attente du résultat d'une procédure en cours, décider la suspension temporaire d'une procédure engagée ultérieurement. Lorsque plusieurs procédures sont engagées, l'exécution d'un jugement accordant des dommages et intérêts, au titre de l'une d'entre elles, exclut toute indemnisation ultérieure au titre d'une action en cours ou future, relative à une atteinte, fondée sur le même motif.

5. En ce qui concerne les activités se déroulant dans ou sur un élément immatriculé par l'ASE, aucun Etat partenaire européen ne peut refuser de reconnaître une licence pour l'exercice d'un quelconque

Eigentum anzuerkennen, wenn diese Lizenz nach dem Recht eines der europäischen Partnerstaaten durchsetzbar ist; die Einhaltung der Bestimmungen einer solchen Lizenz schließt auch jeden Schadensersatz für eine Verletzung in einem europäischen Partnerstaat aus.

(6) Die vorübergehende Anwesenheit von Gegenständen, einschließlich der Bestandteile eines Flugelements, im Hoheitsgebiet eines Partnerstaats im Transit zwischen einem beliebigen Ort auf der Erde und einem von einem anderen Partnerstaat oder der ESA registrierten Flugelement der Raumstation begründet an sich nicht die Einleitung eines Verfahrens wegen Patentverletzung im ersten Partnerstaat.

Artikel 22

Strafgerichtsbarkeit

Angesichts der einzigartigen und neuartigen Natur dieser besonderen internationalen Zusammenarbeit im Weltraum

(1) können Kanada, die europäischen Partnerstaaten, Japan, Rußland und die Vereinigten Staaten Strafgerichtsbarkeit über in oder an Flugelementen tätige Mitglieder des Personals, die ihre Staatsangehörigkeit besitzen, ausüben.

(2) In einem Fall, der eine strafbare Handlung in der Umlaufbahn beinhaltet, die a) das Leben oder die Sicherheit eines Staatsangehörigen eines anderen Partnerstaats beeinträchtigt oder b) in oder an dem Flugelement eines anderen Partnerstaats erfolgt oder zur Beschädigung dieses Flugelements führt, konsultiert der Partnerstaat, dessen Staatsangehöriger der Tatverdächtige ist, auf Ersuchen eines betroffenen Partnerstaats diesen Staat im Hinblick auf ihr jeweiliges Interesse an einer Strafverfolgung. Ein betroffener Partnerstaat kann nach dieser Konsultation Strafgerichtsbarkeit über den Tatverdächtigen ausüben, sofern der Partnerstaat, dessen Staatsangehöriger der Tatverdächtige ist, binnen 90 Tagen nach dem Tag der Konsultation oder innerhalb einer anderen einvernehmlich festgelegten Frist entweder

1. der Ausübung der Strafgerichtsbarkeit zustimmt oder
2. nicht zusichert, daß er den Fall seinen zuständigen Behörden zur Strafverfolgung unterbreiten wird.

(3) Erhält ein Partnerstaat, der die Auslieferung vom Bestehen eines Vertrags abhängig macht, ein Auslieferungsersuchen eines anderen Partnerstaats, mit dem er keinen Auslieferungsvertrag hat, so kann er, wenn er dies wünscht, dieses Übereinkommen als Rechtsgrundlage für die Auslieferung in bezug auf die behauptete strafbare Handlung in der Umlaufbahn betrachten. Die Auslieferung unterliegt den Verfahrensvorschriften und sonstigen Bedingungen des Rechts des ersuchten Partnerstaats.

enforceable under the laws of any European Partner State, and compliance with the provisions of such license shall also bar recovery for infringement in any European Partner State.

6. The temporary presence in the territory of a Partner State of any articles, including the components of a flight element, in transit between any place on Earth and any flight element of the Space Station registered by another Partner State or ESA shall not in itself form the basis for any proceedings in the first Partner State for patent infringement.

Article 22

Criminal Jurisdiction

In view of the unique and unprecedented nature of this particular international cooperation in space:

1. Canada, the European Partner States, Japan, Russia, and the United States may exercise criminal jurisdiction over personnel in or on any flight element who are their respective nationals.

2. In a case involving misconduct on orbit that: (a) affects the life or safety of a national of another Partner State or (b) occurs in or on or causes damage to the flight element of another Partner State, the Partner State whose national is the alleged perpetrator shall, at the request of any affected Partner State, consult with such State concerning their respective prosecutorial interests. An affected Partner State may, following such consultation, exercise criminal jurisdiction over the alleged perpetrator provided that, within 90 days of the date of such consultation or within such other period as may be mutually agreed, the Partner State whose national is the alleged perpetrator either:

- (1) concurs in such exercise of criminal jurisdiction, or
- (2) fails to provide assurances that it will submit the case to its competent authorities for the purpose of prosecution.

3. If a Partner State which makes extradition conditional on the existence of a treaty receives a request for extradition from another Partner State with which it has no extradition treaty, it may at its option consider this Agreement as the legal basis for extradition in respect of the alleged misconduct on orbit. Extradition shall be subject to the procedural provisions and the other conditions of the law of the requested Partner State.

droit de propriété intellectuelle si la validité de cette licence est reconnue par la législation de l'un des Etats partenaires européens, et l'observation des clauses de cette licence exclut par ailleurs toute indemnisation pour une atteinte intervenant dans un Etat partenaire européen.

6. La présence temporaire sur le territoire d'un Etat partenaire de tous articles, y compris les composants d'un élément de vol, en transit entre un point quelconque au sol et un quelconque élément de vol de la Station spatiale immatriculée par un autre Etat partenaire ou par l'ASE ne constitue pas en soi un motif permettant d'engager, dans le premier Etat partenaire, une quelconque action pour contrefaçon de brevet.

Article 22

Jurisdiction pénale

Eu égard au caractère unique et sans précédent de cette forme particulière de coopération internationale dans l'espace:

1. Le Canada, les Etats partenaires européens, le Japon, la Russie et les Etats-Unis peuvent exercer la juridiction pénale sur les personnels dans ou sur tout élément de vol qui sont leurs ressortissants.

2. En cas d'infraction en orbite: (a) portant atteinte à la vie ou à la sécurité d'un ressortissant d'un autre Etat partenaire ou (b) survenant dans ou sur l'élément de vol d'un autre Etat partenaire ou endommageant cet élément, l'Etat partenaire dont le ressortissant est l'auteur présumé de l'infraction consulte, à la demande de l'un quelconque des Etats partenaires lésés, ledit Etat au sujet de leurs intérêts respectifs en matière de poursuites. Un Etat partenaire lésé peut, après une telle consultation, exercer la juridiction pénale sur l'auteur présumé de l'infraction à condition que dans les 90 jours suivant cette consultation ou dans un autre délai à arrêter d'un commun accord, l'Etat partenaire dont le ressortissant est l'auteur présumé de l'infraction:

- (1) donne son accord à l'exercice de cette juridiction pénale, ou
- (2) ne donne pas les assurances qu'il soumettra cette affaire à ses autorités compétentes en vue de poursuites.

3. Si un Etat partenaire pour lequel l'extradition est assujettie à l'existence d'un traité reçoit une demande d'extradition émanant d'un autre Etat partenaire avec lequel il n'a pas conclu de traité d'extradition, il peut s'il le désire considérer que le présent Accord constitue le fondement juridique de l'extradition liée à l'infraction présumée en orbite. L'extradition est soumise aux règles de procédure et autres conditions de la législation de l'Etat partenaire requis.

(4) Jeder Partnerstaat leistet vorbehaltlich seiner innerstaatlichen Gesetze und sonstigen Vorschriften den anderen Partnern Unterstützung im Zusammenhang mit einer behaupteten strafbaren Handlung in der Umlaufbahn.

(5) Mit diesem Artikel ist nicht beabsichtigt, die Befugnisse und Verfahren für die Aufrechterhaltung der Ordnung und die Ausführung von Mannschaftstätigkeiten in oder an der Raumstation einzuschränken, die im Verhaltenskodex nach Artikel 11 festgelegt werden, und mit dem Verhaltenskodex ist nicht beabsichtigt, die Anwendung dieses Artikels einzuschränken.

Artikel 23

Konsultationen

(1) Die Partner können einander über ihre zusammenarbeitenden Stellen in allen sich aus der Zusammenarbeit bei der Raumstation ergebenden Fragen konsultieren. Die Partner bemühen sich nach Kräften, diese Fragen durch Konsultationen zwischen allen oder einzelnen zusammenarbeitenden Stellen nach den in den Vereinbarungen niedergelegten Verfahren zu regeln.

(2) Jeder Partner kann um Konsultationen auf Regierungsebene mit einem anderen Partner über alle sich aus der Zusammenarbeit bei der Raumstation ergebenden Fragen ersuchen. Der ersuchte Partner entspricht diesem Ersuchen umgehend. Teilt der ersuchende Partner den Vereinigten Staaten mit, daß der Gegenstand der Konsultationen von allen Partnern geprüft werden sollte, so beraumen die Vereinigten Staaten zum frühestmöglichen Zeitpunkt multilaterale Konsultationen an und laden alle Partner dazu ein.

(3) Jeder Partner, der erhebliche Entwurfsänderungen an einem Flugelement vornehmen will, die sich auf die anderen Partner auswirken können, teilt dies den anderen Partnern bei der frühestmöglichen Gelegenheit mit. Ein Partner, der eine solche Mitteilung erhalten hat, kann darum ersuchen, daß die Angelegenheit zum Gegenstand von Konsultationen nach den Absätzen 1 und 2 gemacht wird.

(4) Bedarf eine durch Konsultationen nicht geregelte Angelegenheit weiterhin der Regelung, so können die beteiligten Partner sie einer vereinbarten Form der Beilegung von Streitigkeiten wie Vergleich, Vermittlung oder Schiedsspruch unterwerfen.

Artikel 24

Überprüfung der Zusammenarbeit bei der Raumstation

Im Hinblick darauf, daß die Zusammenarbeit aufgrund dieses Übereinkommens langfristig angelegt und komplex ist und sich weiterentwickeln wird, halten die Partner einander über Entwicklungen, die sich auf diese Zusammenarbeit auswirken können, auf dem laufenden. Die Partner treten

4. Each Partner State shall, subject to its national laws and regulations, afford the other Partners assistance in connection with alleged misconduct on orbit.

5. This Article is not intended to limit the authorities and procedures for the maintenance of order and the conduct of crew activities in or on the Space Station which shall be established in the Code of Conduct pursuant to Article 11, and the Code of Conduct is not intended to limit the application of this Article.

Article 23

Consultations

1. The Partners, acting through their Cooperating Agencies, may consult with each other on any matter arising out of Space Station cooperation. The Partners shall exert their best efforts to settle such matters through consultation between or among their Cooperating Agencies in accordance with procedures provided in the MOUs.

2. Any Partner may request that government-level consultations be held with another Partner on any matter arising out of Space Station cooperation. The requested Partner shall accede to such request promptly. If the requesting Partner notifies the United States that the subject of such consultations is appropriate for consideration by all the Partners, the United States shall convene multilateral consultations at the earliest practicable time, to which it shall invite all the Partners.

3. Any Partner which intends to proceed with significant flight element design changes which may have an impact on the other Partners shall notify the other Partners accordingly at the earliest opportunity. A Partner so notified may request that the matter be submitted to consultations in accordance with paragraphs 1 and 2 above.

4. If an issue not resolved through consultations still needs to be resolved, the concerned Partners may submit that issue to an agreed form of dispute resolution such as conciliation, mediation, or arbitration.

Article 24

Space Station Cooperation Review

In view of the long-term, complex, and evolving character of their cooperation under this Agreement, the Partners shall keep each other informed of developments which might affect this cooperation. Beginning in 1999, and every three years thereafter, the Partners shall meet to deal

4. Chaque Etat partenaire prête assistance, dans le respect de sa législation et de sa réglementation nationales, aux autres Partenaires en cas d'infraction présumée en orbite.

5. Le présent article ne vise pas à restreindre les pouvoirs et les procédures applicables au maintien de l'ordre et au déroulement des activités de l'équipage dans ou sur la Station spatiale définis dans le Code de conduite en application de l'article 11, et le Code de conduite ne vise pas à limiter l'application du présent article.

Article 23

Consultations

1. Les Partenaires, agissant par l'intermédiaire de leurs Agences coopérantes, peuvent se consulter mutuellement sur toute question découlant de la coopération relative à la Station spatiale. Les Partenaires font tout leur possible pour régler ces questions par voie de consultations entre deux ou plusieurs de leurs Agences coopérantes conformément aux procédures prévues dans les Mémoires d'Accord.

2. Tout Partenaire peut demander que se tiennent des consultations au niveau gouvernemental avec un autre Partenaire sur toute question découlant de la coopération relative à la Station spatiale. Le Partenaire sollicité accède à cette demande dans les meilleurs délais. Si le Partenaire demandeur informe les Etats-Unis que l'objet de ces consultations se prête à un examen par tous les Partenaires, les Etats-Unis organisent, aussi rapidement que possible, des consultations multilatérales auxquelles ils invitent tous les Partenaires.

3. Tout Partenaire qui compte procéder à des modifications notables de la conception d'un élément de vol susceptibles d'avoir une incidence pour les autres Partenaires en avise les autres Partenaires dans les meilleurs délais. Un Partenaire ainsi avisé peut demander que l'affaire soit soumise à la procédure de consultation prévue aux paragraphes 1 et 2 ci-dessus.

4. Si une question non résolue par voie de consultations reste à résoudre, les Partenaires intéressés peuvent la soumettre à une procédure agréée de règlement des différends telle que la conciliation, la médiation ou l'arbitrage.

Article 24

Examen de la coopération relative à la Station spatiale

En raison du caractère à long terme, complexe et évolutif de leur coopération au titre du présent Accord, les Partenaires se tiennent mutuellement informés des évolutions susceptibles d'affecter cette coopération. A partir de l'année 1999, et tous les trois ans par la suite, les Partenaires se

erstmals 1999 und danach alle drei Jahre zusammen, um Fragen der Zusammenarbeit zu behandeln und die Zusammenarbeit bei der Raumstation zu überprüfen und zu fördern.

Artikel 25
Inkrafttreten

(1) Dieses Übereinkommen liegt für die in der Präambel aufgeführten Staaten zur Unterzeichnung auf.

(2) Dieses Übereinkommen bedarf der Ratifikation, der Annahme, der Genehmigung oder des Beitritts. Die Ratifikation, die Annahme, die Genehmigung oder der Beitritt erfolgt nach Maßgabe der verfassungsrechtlichen Verfahren jedes Staates. Die Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunden werden bei der Regierung der Vereinigten Staaten, die hiermit zum Verwahrer bestimmt wird, hinterlegt.

(3)

- a) Dieses Übereinkommen tritt an dem Tag in Kraft, an dem die letzte Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunde Japans, Rußlands und der Vereinigten Staaten hinterlegt worden ist. Der Verwahrer notifiziert allen Unterzeichnerstaaten das Inkrafttreten dieses Übereinkommens.
- b) Dieses Übereinkommen tritt für einen europäischen Partnerstaat erst in Kraft, wenn es für den europäischen Partner in Kraft getreten ist. Es tritt für den europäischen Partner in Kraft, wenn der Verwahrer Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunden von mindestens vier europäischen Unterzeichnerstaaten oder beitretenden Staaten und außerdem eine förmliche Notifikation des Vorsitzenden des ESA-Rates erhalten hat.
- c) Nach dem Inkrafttreten dieses Übereinkommens für den europäischen Partner tritt es für jeden in der Präambel aufgeführten europäischen Staat, der seine Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunde noch nicht hinterlegt hat, mit der Hinterlegung dieser Urkunde in Kraft. Jeder in der Präambel nicht aufgeführte Mitgliedstaat der ESA kann diesem Übereinkommen durch Hinterlegung seiner Beitrittsurkunde beim Verwahrer beitreten.

(4) Mit dem Inkrafttreten dieses Übereinkommens tritt das Übereinkommen von 1988 außer Kraft.

(5) Falls dieses Übereinkommen für einen Partner binnen zwei Jahren nach seiner Unterzeichnung nicht in Kraft getreten ist, können die Vereinigten Staaten eine Konferenz der Unterzeichner dieses Übereinkommens einberufen, um zu prüfen, welche Schritte – einschließlich der Modifikation dieses Übereinkommens – erforderlich sind, um diesem Umstand Rechnung zu tragen.

with matters involved in their cooperation and to review and promote Space Station cooperation.

Article 25
Entry into Force

1. This Agreement shall remain open for signature by the States listed in the Preamble of this Agreement.

2. This Agreement is subject to ratification, acceptance, approval, or accession. Ratification, acceptance, approval, or accession shall be effected by each State in accordance with its constitutional processes. Instruments of ratification, acceptance, approval, or accession shall be deposited with the Government of the United States, hereby designated as the Depositary.

3.

- (a) This Agreement shall enter into force on the date on which the last instrument of ratification, acceptance, or approval of Japan, Russia and the United States has been deposited. The Depositary shall notify all signatory States of this Agreement's entry into force.
- (b) This Agreement shall not enter into force for a European Partner State before it enters into force for the European Partner. It shall enter into force for the European Partner after the Depositary receives instruments of ratification, acceptance, approval, or accession from at least four European signatory or acceding States, and, in addition, a formal notification by the Chairman of the ESA Council.
- (c) Following entry into force of this Agreement for the European Partner, it shall enter into force for any European State listed in the Preamble that has not deposited its instrument of ratification, acceptance or approval upon deposit of such instrument. Any ESA Member State not listed in the Preamble may accede to this Agreement by depositing its instrument of accession with the Depositary.

4. Upon entry into force of this Agreement, the 1988 Agreement shall cease to be in force.

5. If this Agreement has not entered into force for a Partner within a period of two years after its signature, the United States may convene a conference of the signatories to this Agreement to consider what steps, including any modifications to this Agreement, are necessary to take account of that circumstance.

réunissent pour traiter les questions liées à leur coopération et pour examiner et promouvoir la coopération relative à la Station spatiale.

Article 25
Entrée en vigueur

1. Le présent Accord reste ouvert à la signature des Etats énumérés au préambule.

2. Le présent Accord est soumis à ratification, acceptation, approbation ou adhésion. La ratification, l'acceptation, l'approbation ou l'adhésion sont effectuées par chaque Etat conformément à ses procédures constitutionnelles. Les instruments de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion sont déposés auprès du Gouvernement des Etats-Unis, ici désigné comme Dépositaire.

3.

- (a) Le présent Accord entrera en vigueur à la date à laquelle le dernier instrument de ratification, d'acceptation ou d'approbation du Japon, de la Russie et des Etats-Unis aura été déposé. Le Dépositaire notifiera l'entrée en vigueur du présent Accord à tous les Etats signataires.
- (b) Le présent Accord n'entrera pas en vigueur pour un Etat partenaire européen avant d'entrer en vigueur pour le Partenaire européen. Il entrera en vigueur pour le Partenaire européen lorsque le Dépositaire aura reçu les instruments de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion d'au moins quatre Etats européens signataires ou adhérents et, en outre, une notification officielle du Président du Conseil de l'ESA.
- (c) Après l'entrée en vigueur du présent Accord pour le Partenaire européen, il entrera en vigueur, pour tout Etat européen figurant au préambule qui n'aura pas déposé son instrument de ratification, d'acceptation ou d'approbation, au moment du dépôt de cet instrument. Tout Etat membre de l'ASE qui ne figure pas au préambule peut adhérer au présent Accord en déposant son instrument d'adhésion auprès du Dépositaire.

4. Dès l'entrée en vigueur du présent Accord, l'Accord de 1988 deviendra caduc.

5. Si le présent Accord n'est pas entré en vigueur pour un Partenaire dans les deux ans suivant sa signature, les Etats-Unis peuvent réunir une conférence des signataires du présent Accord pour examiner les mesures, y compris d'éventuelles modifications du présent Accord, nécessaires pour tenir compte de ces circonstances.

Artikel 26**Wirksamwerden
zwischen bestimmten Vertragsparteien**

Ungeachtet des Artikels 25 Absatz 3 Buchstabe a wird dieses Übereinkommen im Verhältnis zwischen den Vereinigten Staaten und Rußland an dem Tag wirksam, an dem sie ihre Zustimmung, gebunden zu sein, durch Hinterlegung ihrer Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunde ausgedrückt haben. Der Verwahrer notifiziert allen Unterzeichnerstaaten, ob dieses Übereinkommen zwischen den Vereinigten Staaten und Rußland nach diesem Artikel wirksam wird.

Artikel 27**Änderungen**

Dieses Übereinkommen einschließlich seiner Anlage kann durch schriftliche Vereinbarung der Regierungen der Partnerstaaten, für die es in Kraft getreten ist, geändert werden. Änderungen dieses Übereinkommens, ausgenommen Änderungen, die ausschließlich an der Anlage vorgenommen werden, bedürfen der Ratifikation, der Annahme, der Genehmigung oder des Beitritts der betreffenden Staaten nach Maßgabe ihrer verfassungsrechtlichen Verfahren. Änderungen, die ausschließlich an der Anlage vorgenommen werden, bedürfen nur der schriftlichen Zustimmung der Regierungen der Partnerstaaten, für die dieses Übereinkommen in Kraft getreten ist.

Artikel 28**Rücktritt**

(1) Jeder Partnerstaat kann von diesem Übereinkommen jederzeit unter Einhaltung einer Frist von einem Jahr durch eine an den Verwahrer gerichtete schriftliche Anzeige zurücktreten. Der Rücktritt eines europäischen Partnerstaats berührt nicht die Rechte und Pflichten des europäischen Partners nach diesem Übereinkommen.

(2) Zeigt ein Partner den Rücktritt von diesem Übereinkommen an, so bemühen sich die Partner im Hinblick auf die Sicherstellung der Fortsetzung des Gesamtprogramms, Einvernehmen über die Bedingungen des Rücktritts dieses Partners zu erzielen, bevor der Rücktritt wirksam wird.

(3)

a) Da Kanadas Beitrag ein wesentlicher Bestandteil der Raumstation ist, stellt Kanada nach seinem Rücktritt sicher, daß die Vereinigten Staaten die in der Anlage aufgeführten kanadischen Elemente wirksam nutzen und betreiben können. Zu diesem Zweck stellt Kanada umgehend Gerät, Zeichnungen, Dokumentation, Software, Ersatzteile, Werkzeuge, Sondererprobungsgerät und/oder andere notwendige Sachen bereit, um welche die Vereinigten Staaten ersuchen.

Article 26**Operative Effect
as Between Certain Parties**

Notwithstanding Article 25(3)(a) above, this Agreement shall become operative as between the United States and Russia on the date they have expressed their consent to be bound by depositing their instruments of ratification, acceptance or approval. The Depositary shall notify all signatory States if this Agreement becomes operative between the United States and Russia pursuant to this Article.

Article 27**Amendments**

This Agreement, including its Annex, may be amended by written agreement of the Governments of the Partner States for which this Agreement has entered into force. Amendments to this Agreement, except for those made exclusively to the Annex, shall be subject to ratification, acceptance, approval, or accession by those States in accordance with their respective constitutional processes. Amendments made exclusively to the Annex shall require only a written agreement of the Governments of the Partner States for which this Agreement has entered into force.

Article 28**Withdrawal**

1. Any Partner State may withdraw from this Agreement at any time by giving to the Depositary at least one year's prior written notice. Withdrawal by a European Partner State shall not affect the rights and obligations of the European Partner under this Agreement.

2. If a Partner gives notice of withdrawal from this Agreement, with a view toward ensuring the continuation of the overall program, the Partners shall endeavor to reach agreement concerning the terms and conditions of that Partner's withdrawal before the effective date of withdrawal.

3.

(a) Because Canada's contribution is an essential part of the Space Station, upon its withdrawal, Canada shall ensure the effective use and operation by the United States of the Canadian elements listed in the Annex. To this end, Canada shall expeditiously provide hardware, drawings, documentation, software, spares, tooling, special test equipment, and/or any other necessary items requested by the United States.

Article 26**Effet exécutoire
entre certaines Parties**

Nonobstant l'article 25.3(a) ci-dessus, le présent Accord devient exécutoire entre les Etats-Unis et la Russie à la date à laquelle ils signifient leur volonté de se lier en déposant leurs instruments de ratification, d'acceptation ou d'approbation. Si le présent Accord devient exécutoire entre les Etats-Unis et la Russie en vertu du présent article, le Dépositaire le notifie à tous les Etats signataires.

Article 27**Modifications**

Le présent Accord, y compris son Annexe, peut être modifié par accord écrit des Gouvernements des Etats partenaires pour lesquels il est entré en vigueur. Les modifications apportées au présent Accord, excepté celles qui sont apportées exclusivement à l'Annexe, sont soumises à ratification, acceptation, approbation ou adhésion par ces Etats conformément à leurs procédures constitutionnelles respectives. Les modifications apportées exclusivement à l'Annexe nécessitent uniquement l'accord écrit des gouvernements des Etats partenaires pour lesquels le présent Accord sera entré en vigueur.

Article 28**Retrait**

1. Tout Etat partenaire peut se retirer du présent Accord à tout moment en donnant notification écrite de ce retrait au Dépositaire au moins un an à l'avance. Le retrait d'un Etat partenaire européen n'affecte pas les droits et obligations du Partenaire européen au titre du présent Accord.

2. Si un Partenaire donne notification de son retrait du présent Accord, les Partenaires s'efforcent, afin d'assurer la poursuite de l'ensemble du programme, de parvenir à un accord sur les modalités du retrait de ce Partenaire avant la date effective de son retrait.

3.

(a) La contribution du Canada constituant un élément essentiel de la Station spatiale, le Canada fera en sorte, en cas de retrait, que les Etats-Unis soient en mesure d'utiliser et d'exploiter effectivement les éléments canadiens énumérés à l'Annexe. A cette fin, le Canada fournira avec célérité le matériel, les dessins, la documentation, le logiciel, les pièces de rechange, l'outillage, les équipements d'essais spéciaux et/ou tous autres articles nécessaires demandés par les Etats-Unis.

b) Sobald Kanada aus irgendeinem Grund seinen Rücktritt angezeigt hat, handeln die Vereinigten Staaten und Kanada umgehend eine Rücktrittsvereinbarung aus. Falls diese Vereinbarung die Übertragung der für die Fortsetzung des Gesamtprogramms benötigten Elemente auf die Vereinigten Staaten vorsieht, hat sie auch vorzusehen, daß die Vereinigten Staaten Kanada einen angemessenen Ausgleich für diese Übertragung leisten.

(4) Zeigt ein Partner den Rücktritt von diesem Übereinkommen an, so wird seine zusammenarbeitende Stelle mit Wirkung vom Zeitpunkt dieses Rücktritts als von der entsprechenden Vereinbarung mit der NASA zurückgetreten betrachtet.

(5) Der Rücktritt eines Partnerstaats berührt nicht die fortbestehenden Rechte und Pflichten dieses Partnerstaats nach den Artikeln 16, 17 und 19, sofern in einer Rücktrittsvereinbarung nach Absatz 2 oder 3 nichts anderes vereinbart wird.

Zu Urkund dessen haben die hierzu von ihren Regierungen gehörig befugten Unterzeichneten dieses Übereinkommen unterschrieben.

Geschehen zu Washington am 29. Januar 1998.

Der Wortlaut dieses Übereinkommens in deutscher, englischer, französischer, italienischer, japanischer und russischer Sprache ist gleichermaßen verbindlich. Eine Urschrift in jeder Sprache wird im Archiv der Regierung der Vereinigten Staaten hinterlegt. Der Verwahrer übermittelt allen Unterzeichnerstaaten beglaubigte Abschriften. Nach Inkrafttreten dieses Übereinkommens läßt es der Verwahrer nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen registrieren.

(b) Upon Canada's notice of withdrawal for any reason, the United States and Canada shall expeditiously negotiate a withdrawal agreement. Assuming that such agreement provides for the transfer to the United States of those elements required for the continuation of the overall program, it shall also provide for the United States to give Canada adequate compensation for such transfer.

4. If a Partner gives notice of withdrawal from this Agreement, its Cooperating Agency shall be deemed to have withdrawn from its corresponding MOU with NASA, effective from the same date as its withdrawal from this Agreement.

5. Withdrawal by any Partner State shall not affect that Partner State's continuing rights and obligations under Articles 16, 17, and 19, unless otherwise agreed in a withdrawal agreement pursuant to paragraph 2 or 3 above.

In witness whereof the undersigned, being duly authorized thereto by their respective Governments, have signed this Agreement.

Done at Washington, this 29th day of January, 1998.

The texts of this Agreement in the English, French, German, Italian, Japanese, and Russian languages shall be equally authentic. A single original text in each language shall be deposited in the archives of the Government of the United States. The Depositary shall transmit certified copies to all signatory States. Upon entry into force of this Agreement, the Depositary shall register it pursuant to Article 102 of the Charter of the United Nations.

(b) En cas de notification de son retrait par le Canada pour quelque raison que ce soit, les Etats-Unis et le Canada négocient avec célérité un accord de retrait. Dans l'hypothèse où cet accord prévoit le transfert aux Etats-Unis des éléments nécessaires à la poursuite du programme d'ensemble, il prévoit également que les Etats-Unis assurent au Canada une compensation adéquate pour ce transfert.

4. Si un Partenaire notifie son retrait du présent Accord, son Agence coopérante est réputée s'être retirée du Mémorandum d'Accord correspondant signé avec la NASA, ce retrait prenant effet à la même date que son retrait du présent Accord.

5. Le retrait d'un Etat partenaire n'affecte pas les droits et obligations permanents de cet Etat partenaire au titre des articles 16, 17 et 19, sauf dispositions contraires d'un accord de retrait convenu conformément au paragraphe 2 ou 3 ci-dessus.

En foi de quoi les soussignés, dûment autorisés par leurs Gouvernements respectifs, ont signé le présent Accord.

Fait à Washington, ce 29ème jour de janvier 1998.

Les textes du présent Accord en langues allemande, anglaise, française, italienne, japonaise et russe font également foi. Un texte original unique en chaque langue sera déposé aux archives du Gouvernement des Etats-Unis. Le Dépositaire en transmettra des copies certifiées à tous les Etats signataires. Dès l'entrée en vigueur du présent Accord, le Dépositaire l'enregistrera conformément aux dispositions de l'article 102 de la Charte des Nations Unies.

Anlage**Von den Partnern
bereitzustellende Elemente
der Raumstation**

Die von den Partnern bereitzustellenden Elemente der Raumstation werden im folgenden kurz dargestellt und in den Vereinbarungen näher beschrieben:

1. Die Regierung Kanadas stellt über die CSA folgendes bereit:
 - als Element der Infrastruktur der Raumstation das mobile Wartungszentrum (MSC);
 - als zusätzliches Flugelement den Manipulator für Feinarbeit und besondere Aufgaben und
 - zusätzlich zu den genannten Flugelementen raumstationsspezifische Bodenelemente.
2. Die europäischen Regierungen stellen über die ESA folgendes bereit:
 - als Nutzerelement das druckge-regelte europäische Labor (einschließlich der Funktionsgrundausrüstung);
 - andere Flugelemente zur Versorgung der Raumstation und zur Anhebung ihrer Bahn und
 - zusätzlich zu den genannten Flugelementen raumstationsspezifische Bodenelemente.
3. Die Regierung Japans stellt folgendes bereit:
 - als Nutzerelement das japanische Experimentiermodul (einschließlich der Funktionsgrundausrüstung sowie des offenen Instrumententrägers und der Experimentlogistikmodule);
 - andere Flugelemente zur Versorgung der Raumstation und
 - zusätzlich zu den genannten Flugelementen raumstationsspezifische Bodenelemente.
4. Die Regierung Rußlands stellt über die RKA folgendes bereit:
 - Elemente der Infrastruktur der Raumstation einschließlich Versorgungs- und anderer Module;
 - als Nutzerelemente Forschungsmodul (einschließlich der Funktionsgrundausrüstung) und Aufnahme-gerät für Außennutzlasten;
 - andere Flugelemente zur Versorgung der Raumstation und zur Anhebung ihrer Bahn und
 - zusätzlich zu den genannten Flugelementen raumstationsspezifische Bodenelemente.

Annex**Space Station
Elements to be Provided
by the Partners**

The Space Station elements to be provided by the Partners are summarized below and are further elaborated in the MOUs:

1. The Government of Canada, through CSA, shall provide:
 - as a Space Station infrastructure element, the Mobile Servicing Center (MSC);
 - as an additional flight element, the Special Purpose Dexterous Manipulator; and
 - in addition to the flight elements above, Space Station-unique ground elements.
2. The European Governments, through ESA, shall provide:
 - as a user element, the European pressurized laboratory (including basic functional outfitting);
 - other flight elements to supply and to reboost the Space Station; and
 - in addition to the flight elements above, Space Station-unique ground elements.
3. The Government of Japan shall provide:
 - as a user element, the Japanese Experiment Module (including basic functional outfitting, as well as the Exposed Facility and the Experiment Logistics Modules);
 - other flight elements to supply the Space Station; and
 - in addition to the flight elements above, Space Station-unique ground elements.
4. The Government of Russia, through RSA, shall provide:
 - Space Station infrastructure elements, including service and other modules;
 - as user elements, research modules (including basic functional outfitting) and attached payload accommodation equipment;
 - other flight elements to supply and to reboost the Space Station; and
 - in addition to the flight elements above, Space Station-unique ground elements.

Annexe**Eléments de la
Station spatiale à fournir
par les Partenaires**

Les éléments de la Station spatiale à fournir par les Partenaires sont énumérés succinctement ci-après; une description détaillée en est donnée dans les Mémoires d'Accord.

1. Le Gouvernement du Canada, par l'intermédiaire de l'ASC, fournit:
 - à titre d'élément de l'infrastructure de la Station spatiale, le Centre d'entretien et de réparation mobile (MSC);
 - à titre d'élément de vol additionnel, le manipulateur agile spécialisé; et
 - en sus des éléments de vol énumérés ci-dessus, des éléments au sol spécifiques de la Station spatiale.
2. Les Gouvernements européens, par l'intermédiaire de l'ASE, fournissent:
 - à titre d'élément destiné aux utilisateurs, le laboratoire pressurisé européen (y compris l'équipement fonctionnel de base);
 - d'autres éléments de vol pour le ravitaillement et le rehaussement de l'orbite de la Station spatiale; et
 - en sus des éléments de vol énumérés ci-dessus, des éléments au sol spécifiques de la Station spatiale.
3. Le Gouvernement du Japon fournit:
 - à titre d'élément destiné aux utilisateurs, le module d'expériences japonais (y compris l'équipement fonctionnel de base ainsi que l'installation d'exposition au vide spatial et les modules logistiques des expériences);
 - d'autres éléments de vol pour le ravitaillement de la Station spatiale; et
 - en sus des éléments de vol énumérés ci-dessus, des éléments au sol spécifiques de la Station spatiale.
4. Le Gouvernement de la Russie, par l'intermédiaire de la RKA, fournit:
 - des éléments d'infrastructure de la Station spatiale, y compris des modules de servitude et autres;
 - à titre d'éléments destinés aux utilisateurs, des modules de recherche (y compris l'équipement fonctionnel de base) et des équipements raccordés pour l'installation des charges utiles;
 - d'autres éléments de vol pour le ravitaillement et le rehaussement de l'orbite de la Station spatiale; et
 - en sus des éléments de vol énumérés ci-dessus, des éléments au sol spécifiques de la Station spatiale.

5. Die Regierung der Vereinigten Staaten stellt über die NASA folgendes bereit:
- Elemente der Infrastruktur der Raumstation einschließlich eines Wohnmoduls;
 - als Nutzerelemente Labormodule (einschließlich der Funktionsgrundausstattung) und Aufnahmegerät für Außennutzlasten;
 - andere Flugelemente zur Versorgung der Raumstation und
 - zusätzlich zu den genannten Flugelementen raumstationsspezifische Bodenelemente.
5. The Government of the United States, through NASA, shall provide:
- Space Station infrastructure elements, including a habitation module;
 - as user elements, laboratory modules (including basic functional outfitting), and attached payload accommodation equipment;
 - other flight elements to supply the Space Station; and
 - in addition to the flight elements above, Space Station-unique ground elements.
5. Le Gouvernement des Etats-Unis, par l'intermédiaire de la NASA, fournit:
- des éléments d'infrastructure de la Station spatiale, y compris un module d'habitation;
 - à titre d'éléments destinés aux utilisateurs, des modules-laboratoires (y compris l'équipement fonctionnel de base), et des équipements raccordés pour l'installation de charges utiles;
 - d'autres éléments de vol pour le ravitaillement de la Station spatiale; et
 - en sus des éléments de vol énumérés ci-dessus, des éléments au sol spécifiques de la Station spatiale.

Briefwechsel

(Übersetzung)

January 26, 1998

26. Januar 1998

Mr. Gerhard Fulda
Spokesman of the European Delegation
to the International Space Station Negotiations
Federal Foreign Office
Bonn, Germany

Herrn Gerhard Fulda
Sprecher der europäischen Delegation
bei den Verhandlungen über die Internationale Raumstation
Auswärtiges Amt
Bonn, Bundesrepublik Deutschland

Dear Mr. Fulda:

with reference to our negotiations on the 1998 Space Station Intergovernmental Agreement to be submitted for signature by the Partner States, this is to confirm that, pursuant to that Agreement, which provides that all utilization of the civil international Space Station will be for peaceful purposes, in accordance with international law, the United States has the right to use its elements, as well as its allocations of resources derived from the Space Station infrastructure, for national security purposes. With respect to such uses of these elements and resources, the decision whether they may be carried out under the Agreement will be made by the United States.

Sehr geehrter Herr Fulda,

bezugnehmend auf unsere Verhandlungen über das den Partnerstaaten zur Unterzeichnung vorzulegende Regierungsübereinkommen über die Raumstation von 1998 bestätige ich hiermit, daß die Vereinigten Staaten nach dem genannten Übereinkommen, demzufolge die zivile internationale Raumstation ausschließlich für friedliche Zwecke in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht genutzt werden darf, berechtigt sind, ihre Elemente sowie die ihnen zugeteilten Ressourcen aus der Infrastruktur der Raumstation für Zwecke der nationalen Sicherheit zu nutzen. Die Entscheidung, ob diese Elemente und Ressourcen im Rahmen des Übereinkommens für die genannten Zwecke genutzt werden dürfen, treffen die Vereinigten Staaten.

Sincerely yours,

Ralph Braibanti
Head of the United States Delegation
to the International Space Station Negotiations
United States Department of State

Mit freundlichen Grüßen

Ralph Braibanti
Leiter der Delegation der Vereinigten Staaten
bei den Verhandlungen über die Internationale Raumstation
Außenministerium der Vereinigten Staaten

(Übersetzung)

January 26, 1998

26. Januar 1998

Mr. Ralph Braibanti
Head of the United States Delegation
to the International Space Station Negotiations
United States Department of State

Herrn Ralph Braibanti
Leiter der Delegation der Vereinigten Staaten
bei den Verhandlungen über die Internationale Raumstation
United States Department of State

Dear Mr. Braibanti:

I am writing to you in reply to your letter of January 26, 1998. This is to confirm, on behalf of the representatives to the Space Station negotiations of the European States that will be signatories to the Agreement, that your letter of January 26, 1998, correctly states U.S. rights under the Agreement to decide whether contemplated uses of its elements and its allocations of resources derived from the Space Station infrastructure may be carried out under the Agreement.

Sehr geehrter Herr Braibanti,

in Beantwortung Ihres Schreibens vom 26. Januar 1998 bestätige ich hiermit im Namen der Vertreter der europäischen Staaten bei den Verhandlungen über die Raumstation, die das Übereinkommen unterzeichnen werden, daß Ihr Schreiben vom 26. Januar 1998 zutreffend feststellt, daß die Vereinigten Staaten im Rahmen des Übereinkommens das Recht haben zu entscheiden, ob ihre Elemente und die ihnen zugeteilten Ressourcen aus der Infrastruktur der Raumstation im Rahmen des Übereinkommens für die ins Auge gefaßten Zwecke genutzt werden dürfen.

I should like to confirm that, with respect to the use of the elements of the civil international Space Station provided by Europe, the European Partner will be guided by Article II of the Convention establishing the European Space Agency. I should like to confirm also that when the European Partner determines, pursuant to Article 9.3(b) of the Agreement, that a contemplated use of its elements is not for peaceful purposes, such use will not take place.

Ich möchte hiermit bestätigen, daß sich der europäische Partner bezüglich der Nutzung der von Europa bereitgestellten Elemente der zivilen internationalen Raumstation von Artikel II des Übereinkommens zur Gründung der Europäischen Weltraumorganisation leiten lassen wird. Des weiteren möchte ich bestätigen, daß, sobald der europäische Partner gemäß Artikel 9.3(b) des Übereinkommens feststellt, daß eine ins Auge gefaßte Nutzung der europäischen Elemente nicht friedlichen Zwecken dient, eine solche Nutzung nicht erfolgen wird.

Sincerely yours,

Gerhard Fulda
Spokesman of the European Delegation
to the International Space Station Negotiations
Federal Foreign Office
Bonn, Germany

Mit freundlichen Grüßen

Gerhard Fulda
Sprecher der europäischen Delegation
bei den Verhandlungen über die Internationale Raumstation
Auswärtiges Amt
Bonn, Bundesrepublik Deutschland

(Übersetzung)

26 January 1998

26. Januar 1998

Mr. Gerhard Fulda
Spokesman of the European Delegation
to the International Space Station Negotiations
Federal Foreign Office
Bonn, Germany

Herrn Gerhard Fulda
Sprecher der europäischen Delegation
bei den Verhandlungen über die Internationale Raumstation
Auswärtiges Amt
Bonn, Bundesrepublik Deutschland

Dear Mr. Fulda:

Sehr geehrter Herr Fulda,

With reference to our negotiations of the 1998 Space Station Intergovernmental Agreement to be submitted for signature by the Partner States, this is to confirm that, pursuant to the Agreement, which provides that all utilisation of the civil international Space Station will be for peaceful purposes, in accordance with international law Russia has the right to use its elements, as well as its allocations of resources derived from the Space Station infrastructure, for national security purposes. With respect to such uses of these elements and resources, the decision whether that may be carried out under the Agreement will be made by Russia.

bezugnehmend auf unsere Verhandlungen über das den Partnerstaaten zur Unterzeichnung vorzulegende Regierungsübereinkommen über die Raumstation von 1998 bestätige ich hiermit, daß Rußland nach dem genannten Übereinkommen, demzufolge die internationale Raumstation ausschließlich für friedliche Zwecke in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht genutzt werden darf, berechtigt ist, seine Elemente sowie die ihm zugeteilten Ressourcen aus der Infrastruktur der Raumstation für Zwecke der nationalen Sicherheit zu nutzen. Die Entscheidung, ob diese Elemente und Ressourcen im Rahmen des Übereinkommens für die genannten Zwecke genutzt werden dürfen, trifft Rußland.

Sincerely yours,

Mit freundlichen Grüßen

Alexander Yakovenko
Head of the Russian Delegation
to the International Space Station Negotiations
Ministry of Foreign Affairs of Russia

Alexander Jakowenko
Leiter der russischen Delegation
bei den Verhandlungen über die Internationale Raumstation
Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten
der Russischen Föderation

(Übersetzung)

January 26, 1998

26. Januar 1998

Mr. Alexander Yakovenko
Head of the Russian Delegation
to the International Space Station Negotiations
Ministry of Foreign Affairs of Russia

Herrn Alexander Jakowenko
Leiter der russischen Delegation
bei den Verhandlungen über die Internationale Raumstation
Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten
der Russischen Föderation

Dear Mr. Yakovenko:

Sehr geehrter Herr Jakowenko,

I am writing to you in reply to your letter of January 26, 1998. This is to confirm, on behalf of the representatives to the Space Station negotiations of the European States that will be signatories to the Agreement, that your letter of January 26, 1998, correctly states Russian rights under the Agreement to decide whether contemplated uses of its elements and its allocations of resources derived from the Space Station infrastructure may be carried out under the Agreement.

in Beantwortung Ihres Schreibens vom 26. Januar 1998 bestätige ich hiermit im Namen der Vertreter der europäischen Staaten bei den Verhandlungen über die Raumstation, die das Übereinkommen unterzeichnen werden, daß Ihr Schreiben vom 26. Januar 1998 zutreffend feststellt, daß Rußland im Rahmen des Übereinkommens das Recht hat zu entscheiden, ob seine Elemente und die ihm zugeteilten Ressourcen aus der Infrastruktur der Raumstation im Rahmen des Übereinkommens für die ins Auge gefaßten Zwecke genutzt werden dürfen.

I should like to confirm that, with respect to the use of the elements of the civil international Space Station provided by Europe, the European Partner will be guided by Article II of the Convention establishing the European Space Agency. I should like to confirm also that when the European Partner determines, pursuant to Article 9.3(b) of the Agreement, that a contemplated use of its elements is not for peaceful purposes, such use will not take place.

Ich möchte hiermit bestätigen, daß sich der europäische Partner bezüglich der Nutzung der von Europa bereitgestellten Elemente der internationalen Raumstation von Artikel II des Übereinkommens zur Gründung der Europäischen Weltraumorganisation leiten lassen wird. Des weiteren möchte ich bestätigen, daß, sobald der europäische Partner gemäß Artikel 9.3(b) des Übereinkommens feststellt, daß eine ins Auge gefaßte Nutzung der europäischen Elemente nicht friedlichen Zwecken dient, eine solche Nutzung nicht erfolgen wird.

Sincerely yours,

Mit freundlichen Grüßen

Gerhard Fulda
Spokesman of the European Delegation
to the International Space Station Negotiations
Federal Foreign Office
Bonn, Germany

Gerhard Fulda
Sprecher der europäischen Delegation
bei den Verhandlungen über die Internationale Raumstation
Auswärtiges Amt
Bonn, Bundesrepublik Deutschland

Gesetz
zu dem Abkommen vom 9. Oktober 1997
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Französischen Republik
über die Zusammenarbeit der Polizei- und Zollbehörden
in den Grenzgebieten

Vom 14. September 1998

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Mondorf (Luxemburg) am 9. Oktober 1997 unterzeichneten Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Französischen Republik über die Zusammenarbeit der Polizei- und Zollbehörden in den Grenzgebieten und der Gemeinsamen Erklärung der Vertragsparteien anlässlich der Unterzeichnung des Abkommens wird zugestimmt. Das Abkommen und die Gemeinsame Erklärung werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.
- (2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 25 Abs. 1 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und wird im Bundesgesetzblatt verkündet.

Berlin, den 14. September 1998

Der Bundespräsident
Roman Herzog

Der Bundeskanzler
Dr. Helmut Kohl

Der Bundesminister des Innern
Kanter

Der Bundesminister des Auswärtigen
Kinkel

Der Bundesminister der Justiz
Schmidt-Jortzig

Der Bundesminister der Finanzen
Theo Waigel

Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Französischen Republik
über die Zusammenarbeit der Polizei- und Zollbehörden in den Grenzgebieten

Accord
entre le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne
et le Gouvernement de la République française
relatif à la coopération dans leurs zones frontalières
entre les autorités de police et les autorités douanières

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung der Französischen Republik –

Le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne
et
le Gouvernement de la République française

in der Absicht, die Zusammenarbeit der Behörden und Dienststellen mit polizeilichen (in Deutschland auch grenzpolizeilichen und bahnpolizeilichen) und zollrechtlichen Aufgaben, im folgenden Polizei- und Zollbehörden genannt, in den Grenzgebieten im Einvernehmen mit den Ländern Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Saarland unter Berücksichtigung der bisherigen erfolgreichen Kooperation auszubauen,

Animés de l'intention d'intensifier la coopération entre autorités et services chargés de missions de police (en Allemagne, également police des frontières et police des chemins de fer) et de douane, ci-après dénommés autorités et services de police et de douane, engagée dans leurs zones frontalières, en accord avec les Länder de Bade-Wurtemberg, de Rhénanie-Palatinat et de Sarre, et prenant en compte les acquis de la coopération déjà réalisée,

im Bestreben, das Ziel des Schengener Übereinkommens vom 14. Juni 1985, grenzüberschreitende Freizügigkeit ohne Sicherheitseinbußen herbeizuführen, zu gewährleisten,

Souhaitant garantir la liberté de circulation transfrontalière prévue par l'accord de Schengen du 14 juin 1985 sans affecter la sécurité,

in Anbetracht des Schengener Durchführungsübereinkommens vom 19. Juni 1990, insbesondere seines Artikels 39, und der hierzu erlassenen Ausführungsregelungen,

Vu la convention d'application de l'accord de Schengen signée le 19 juin 1990, en particulier son article 39, et ses textes de mise en œuvre,

entschlossen, der illegalen Zuwanderung und grenzüberschreitenden Kriminalität entgegenzuwirken, die öffentliche Sicherheit und Ordnung durch Abwehr von grenzüberschreitenden Gefahren und Störungen – zum Beispiel im Zusammenhang mit öffentlichen Versammlungen – und insbesondere eine wirksame Verbrechensbekämpfung – zum Beispiel im Bereich der Rauschgiftkriminalität, der Schleuserkriminalität und der Verschiebung von Kraftfahrzeugen – zu gewährleisten,

Déterminés à faire face à l'immigration irrégulière et à la criminalité transfrontalière et à garantir la sécurité et l'ordre public par la prévention de menaces et de troubles transfrontaliers – par exemple en ce qui concerne les rassemblements sur la voie publique – et à mener notamment une lutte efficace contre la criminalité, en particulier dans les domaines de la criminalité en matière de drogue, de la criminalité des filières d'immigration clandestine et du trafic de véhicules volés.

in dem Wunsch, ihre Zusammenarbeit zu verbessern, um ein höheres Maß an gemeinsamer Sicherheit in den Grenzgebieten zu erreichen –

Désireux d'améliorer leur coopération pour assurer une plus grande sécurité commune dans leurs zones frontalières,

sind wie folgt übereingekommen:

sont convenus des dispositions suivantes:

Teil I

Partie I

Anwendungsbereich, Ziel der Zusammenarbeit

Domaine d'application, objectif de la coopération

Artikel 1

Article 1^{er}

- (1) In der Bundesrepublik Deutschland findet dieses Abkommen Anwendung auf die Behörden
- der Polizeien der Länder Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Saarland,
 - des Bundesgrenzschutzes als Träger grenz- und bahnpolizeilicher Aufgaben und
 - der Zollverwaltung mit örtlicher Zuständigkeit,
 - in Baden-Württemberg in den Regierungsbezirken Freiburg und Karlsruhe,

- (1) En République fédérale d'Allemagne, le présent accord s'applique aux autorités:
- des polices des Länder de Bade-Wurtemberg, de Rhénanie-Palatinat et de Sarre,
 - du Corps fédéral de protection des frontières (Bundesgrenzschutz) en tant que service chargé de la police des frontières et des chemins de fer et
 - de l'administration douanière, ayant une compétence locale
 - en Bade-Wurtemberg, dans les circonscriptions administratives régionales (Regierungsbezirke) de Fribourg et de Karlsruhe,

- in Rheinland-Pfalz in den Polizeibezirken der Polizeipräsidien Rheinland und Westpfalz,
- im Saarland.

Das Abkommen findet auch auf die Landeskriminalämter Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Saarland im Hinblick auf Angelegenheiten der Kriminalitätsbekämpfung und Gefahrenabwehr in den vorstehend bezeichneten Grenzgebieten sowie auf das Zollkriminalamt Anwendung.

(2) In der Französischen Republik findet dieses Abkommen Anwendung auf die Dienststellen

- der Police Nationale,
- der Gendarmerie Nationale,
- des Zolls

in den drei Grenzdepartements Oberelsaß (Haut-Rhin), Unterelsaß (Bas-Rhin) und Mosel (Moselle).

Artikel 2

(1) Die Vertragsparteien verstärken die Zusammenarbeit der Behörden und Dienststellen der Polizei- und Zollverwaltung bei der Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung sowie bei der Verhütung und Verfolgung von Straftaten; dies gilt auch in Fällen der vorübergehenden Wiederaufnahme der Personenkontrollen nach Artikel 2 Absatz 2 des Schengener Durchführungsübereinkommens. Auf dem Gebiet des Zollwesens betrifft die Zusammenarbeit nur die Überwachung der Einhaltung aller Verbote und Beschränkungen im grenzüberschreitenden Verkehr.

(2) Die Zusammenarbeit erfolgt auf der Grundlage und nach Maßgabe der innerstaatlichen Rechtsvorschriften und völkerrechtlicher Übereinkünfte zwischen den Vertragsparteien, die durch dieses Abkommen ergänzt werden. Das Gemeinschaftsrecht bleibt unberührt.

(3) Die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Kriminalitätsbekämpfung durch nationale Zentralstellen, insbesondere im Rahmen der Internationalen Kriminalpolizeilichen Organisation (IKPO-Interpol) bleibt unberührt und wird in Übereinstimmung mit den innerstaatlichen Rechtsvorschriften der Vertragsparteien durch die Bestimmungen dieses Abkommens für das Grenzgebiet ergänzt.

Teil II

Organisation der Zusammenarbeit

Artikel 3

Die Zusammenarbeit der in Artikel 1 genannten Behörden einschließlich ihrer nachgeordneten Dienststellen und zugehörigen Einsatzkräfte wird im Rahmen der bestehenden Strukturen und Zuständigkeiten ausgeübt. Sie vollzieht sich auch in Zentren der Polizei- und Zollzusammenarbeit, nachfolgend „gemeinsame Zentren“ genannt.

Abschnitt 1

Zusammenarbeit in gemeinsamen Zentren

Artikel 4

(1) Auf dem Hoheitsgebiet des einen oder des anderen Staates werden im Grenzgebiet gemeinsame Zentren für den Informationsaustausch und die Koordinierung zwischen den in Artikel 1 genannten Behörden beider Vertragsparteien eingerichtet. Die Länder Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Saarland entscheiden jeweils über ihre Beteiligung an den gemeinsamen Zentren gesondert. Die gemeinsamen Zentren können rund um die Uhr betrieben werden. Anzahl und Sitz werden im Wege des Notenwechsels vereinbart.

- en Rhénanie-Palatinat, dans les districts des présidences de police (Policeipräsidien) de Rheinland et de Westpfalz,
- en Sarre.

L'accord s'applique également aux offices de police criminelle (Landeskriminalämter) des Länder de Bade-Wurtemberg, de Rhénanie-Palatinat et de Sarre pour l'exercice des missions de lutte contre la criminalité et de prévention de la menace visées à l'article 2 dans les zones frontalières sus-mentionnées, ainsi qu'à l'office criminel des douanes (Zollkriminalamt).

(2) En République française, le présent accord s'applique aux services:

- de la police nationale,
- de la gendarmerie nationale,
- de la douane,

compétents dans les trois départements frontaliers du Haut-Rhin, du Bas-Rhin et de la Moselle.

Article 2

(1) Les Parties contractantes renforcent la coopération entre les autorités et services de police et de douane dans le but de prévenir des menaces à la sécurité et à l'ordre publics et de favoriser la prévention et la recherche de faits punissables, y compris dans les cas d'un rétablissement temporaire des contrôles de personnes conformément à l'article 2, paragraphe 2 de la convention d'application de l'accord de Schengen. Dans le domaine douanier, la coopération s'applique au strict contrôle du respect de toutes les prohibitions et restrictions du trafic transfrontalier.

(2) La coopération entre les Parties contractantes s'exerce sur la base et dans le cadre de leurs législations nationales et des conventions de droit international qu'elles ont conclues et qui sont complétées par le présent accord. Le droit communautaire reste inchangé.

(3) La coopération internationale dans le domaine de la lutte contre la criminalité par des autorités centrales nationales, notamment dans le cadre de l'Organisation internationale de police criminelle (OIPC-Interpol) qui reste inchangée, est complétée dans les zones frontalières, en conformité avec les prescriptions légales nationales des Parties contractantes, par les dispositions du présent accord.

Partie II

Organisation de la coopération

Article 3

La coopération entre les autorités visées à l'article 1er y compris leurs services subordonnés et les forces opérationnelles correspondantes s'exerce dans le cadre des structures et des compétences existantes. Elle s'exerce également dans des centres de coopération policière et douanière ci-après dénommés «centres communs».

Titre 1

Coopération dans les centres communs

Article 4

(1) Des centres communs sont installés comme services d'échange d'informations et de coordination entre les autorités des deux Parties contractantes visées à l'article 1er, sur le territoire national de l'un ou de l'autre des deux Etats dans leurs zones frontalières. Les Länder de Bade-Wurtemberg, de Rhénanie-Palatinat et de Sarre décident séparément de leur participation aux centres communs. Ces centres communs peuvent fonctionner en permanence. Leur nombre et leur siège sont déterminés par la voie d'un échange de notes.

(2) In den gemeinsamen Zentren arbeiten Angehörige aller Polizeidienste und der Zollverwaltungen im Rahmen ihrer jeweiligen Zuständigkeiten räumlich unmittelbar zusammen, um in Angelegenheiten, die die Grenzgebiete betreffen – unbeschadet des Dienstverkehrs und des Informationsaustausches über die nationalen Zentralstellen –, Informationen auszutauschen, zu analysieren und weiterzusteuern, sowie in Fällen, in denen die Aufgabenbereiche von mehreren Behörden verschiedener Dienstzweige berührt sind, bei der Koordinierung von Einsatzmaßnahmen mitzuwirken. Den gemeinsamen Zentren obliegt nicht die selbständige Durchführung operativer Einsätze.

(3) Die Informations- und Koordinierungstätigkeiten nach Absatz 2 beziehen sich auf das gesamte in Artikel 2 bezeichnete Aufgabengebiet. Soweit die Aufgaben in die Zuständigkeit der Länder fallen, gilt Satz 1 vorbehaltlich der Zustimmung der Länder Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Saarland. Sofern sich ein Land nicht an solchen Zentren beteiligt, werden die Informations- und Koordinierungstätigkeiten dort innerhalb der bestehenden Strukturen wahrgenommen.

(4) Die unmittelbare Zusammenarbeit der in Artikel 1 genannten Behörden nach Artikel 9 und 10 bleibt unberührt.

(5) Artikel 11 Absatz 2 gilt entsprechend.

(6) In den gemeinsamen Zentren können die Bediensteten auch über die Aufgabe nach Absatz 1 hinausgehende, nicht operative Tätigkeiten mit Wirkung für die sie entsendenden Behörden ausüben.

Artikel 5

Die Bediensteten in den gemeinsamen Zentren übermitteln einander systematisch die nach einheitlichem Standard erhobenen Sachinformationen. In Einzelfällen können sie auch personenbezogene Daten austauschen, die zur Aufklärung von Straftaten, für die in Artikel 46 Absatz 1 des Schengener Durchführungsübereinkommens vorgesehene Zusammenarbeit sowie für die Rückübernahme von Angehörigen von Drittstaaten erforderlich sind. Sie bewerten die Informationen und erstellen ein gemeinsames Lagebild.

Artikel 6

Die Koordinierungsfunktion umfaßt

1. in den Fällen des Artikels 4 Absatz 2 insbesondere
 - Abstimmung von Aufklärungs- und Überwachungsmaßnahmen in den Grenzgebieten,
 - Abstimmung von Einsätzen sowie von grenzüberschreitenden Fahndungsmaßnahmen, zum Beispiel Ringalarmfahndungen nach Maßgabe im voraus festgelegter Pläne,
 - unterstützende Aktivitäten bei der technischen Durchführung grenzüberschreitender Observations- und Nach-eilehandlungen nach Artikel 40 und 41 des Schengener Durchführungsübereinkommens,
2. die Vorbereitung und Mitwirkung bei der Überstellung von Ausländern auf der Grundlage von zwischen den Vertragsparteien geltenden Übereinkünften.

Artikel 7

(1) Die in den gemeinsamen Zentren tätigen Bediensteten beider Vertragsparteien pflegen eine vertrauensvolle Zusammenarbeit, unterstützen sich gegenseitig und erledigen ihre Aufgaben im Team.

(2) Die Vertragsparteien übermitteln einander eine ständig aktualisierte Liste der in die gemeinsamen Zentren entsandten Bediensteten. Jede Vertragspartei kann dem Einsatz oder der Weiterverwendung eines Bediensteten der anderen Vertragspartei in dem gemeinsamen Zentrum widersprechen.

(2) Dans les centres communs, les agents de l'ensemble des services de police et de douane, installés dans des locaux communs et agissant dans le cadre de leurs compétences respectives, travaillent en étroite collaboration aux fins d'échanger, analyser et transmettre des informations sur des affaires ayant pour cadre la zone frontalière - sans préjudice des relations de services et de l'échange d'informations par les organes centraux nationaux - et pour participer à la coordination des interventions dans les cas où les attributions de plusieurs autorités de différents secteurs sont concernées. Les centres communs ne peuvent effectuer de façon autonome des interventions à caractère opérationnel.

(3) Les activités d'information et de coordination visées au paragraphe 2 du présent article concernent l'ensemble des missions mentionnées à l'article 2. Dans la mesure où ces actions relèvent de la compétence des Länder, la disposition contenue dans la première phrase s'applique sous réserve de l'approbation des Länder de Bade-Wurtemberg, de Rhénanie-Palatinat et de Sarre. Si un Land ne participe pas à ces centres, les activités d'information et de coordination sont assurées dans le cadre des structures existantes.

(4) La coopération directe entre les autorités visées à l'article 1^{er}, telle que prévue aux articles 9 et 10, n'est pas affectée.

(5) L'article 11, paragraphe 2 s'applique de façon analogue.

(6) Les agents en poste dans les centres communs peuvent, au-delà de leurs attributions mentionnées au paragraphe 1 du présent article, exercer des missions non opérationnelles au profit de leurs autorités d'envoi.

Article 5

Les agents travaillant dans les centres communs se transmettent systématiquement les informations factuelles recueillies selon un standard commun. Dans des cas particuliers, ils peuvent aussi échanger des données à caractère personnel nécessaires à la recherche de faits punissables, à la coopération prévue à l'article 46 paragraphe 1 de la convention d'application de l'accord de Schengen ainsi qu'à la réadmission de ressortissants d'Etats tiers. Ils analysent les informations et procèdent à une évaluation commune de la situation.

Article 6

La coordination comprend:

1. dans les cas visés à l'article 4, paragraphe 2 notamment:
 - l'harmonisation de mesures de recherche et de surveillance dans la zone frontalière,
 - l'harmonisation d'interventions et de mesures de recherche transfrontalières telles que les opérations de recherche d'urgence déclenchées dans un périmètre déterminé en suivant des plans préalablement définis,
 - les activités de soutien pour l'exécution technique des mesures d'observation et de poursuite transfrontalières conformément aux articles 40 et 41 de la convention d'application de l'accord de Schengen,
2. des mesures de préparation et d'assistance dans la remise d'étrangers sur la base des conventions en vigueur entre les Parties contractantes.

Article 7

(1) Les agents des deux Parties contractantes qui travaillent dans les centres communs coopèrent en toute confiance, se prêtent mutuellement assistance et remplissent leurs tâches en équipe.

(2) Les Parties contractantes se transmettent réciproquement une liste tenue à jour des agents affectés dans les centres communs. Chaque Partie contractante peut s'opposer à l'affectation ou au maintien en fonction dans un centre commun d'un agent de l'autre partie contractante.

(3) Die Bediensteten in den gemeinsamen Zentren unterstehen der Weisungs- und Disziplinargewalt ihrer jeweiligen nationalen Behörden. Organisation und Geschäftsablauf in den gemeinsamen Zentren werden durch dazu bestimmte Bedienstete der Vertragsparteien gemeinsam geregelt.

Artikel 8

(1) Die zuständigen Behörden der Vertragsparteien legen einvernehmlich die Räumlichkeiten und die Ausstattung der gemeinsamen Zentren sowie die Modalitäten ihrer Nutzung fest.

(2) Die gemeinsamen Zentren werden durch Amtsschilder und Hoheitszeichen der beiden Vertragsparteien gekennzeichnet.

(3) Die Vertragspartei, auf deren Hoheitsgebiet sich ein gemeinsames Zentrum befindet, ermöglicht die Errichtung und den Betrieb der für die Tätigkeiten der Bediensteten der anderen Vertragspartei erforderlichen Fernmeldeanlagen und elektronischen Datenverarbeitungsanlagen sowie deren Verbindung mit den entsprechenden Anlagen der anderen Vertragspartei. Der Betrieb der Anlagen gilt als interner Verkehr des Nachbarstaates.

(4) Über die gleichmäßige Verteilung der Kosten wird eine gesonderte Vereinbarung getroffen.

Abschnitt 2

Unmittelbare Zusammenarbeit

Artikel 9

Die in Artikel 1 genannten Behörden einschließlich ihrer nachgeordneten Dienststellen und zugehörigen Einsatzkräfte pflegen im Rahmen ihrer Zuständigkeiten eine enge unmittelbare Kooperation.

Artikel 10

(1) Unbeschadet der Zusammenarbeit nach Artikel 4 können die in Artikel 1 aufgeführten Behörden, nachgeordneten Dienststellen und zugehörigen Einsatzkräfte der einen Vertragspartei mit solchen der anderen Vertragspartei eine direkte Kooperation betreiben. Sie besteht außer in regelmäßigen Kontakten vor allem darin, daß Bedienstete untereinander für einen befristeten Zeitraum entsandt werden. Deren Aufgabe ist es, bei der Stelle im Nachbarstaat Verbindungsfunktionen wahrzunehmen, ohne dabei hoheitlich zu handeln.

(2) Vollzugsbeamte der französischen Polizeidienste können in der Bundesrepublik Deutschland im Einvernehmen mit den zuständigen französischen Stellen mit Aufgaben des polizeilichen Vollzugsdienstes nach Maßgabe der hierfür geltenden Vorschriften beider Vertragsparteien betraut werden.

Artikel 11

(1) Die Behörden nach Artikel 1 ergreifen umgehend alle zur Vertiefung ihrer Zusammenarbeit geeigneten Maßnahmen. Im Rahmen des Informationsaustausches teilen sie sich bei der Bekämpfung der Kriminalität nur die Informationen unmittelbar mit, die für das Grenzgebiet von Bedeutung sind. Sie führen insbesondere herbei

1. eine Intensivierung des Informationsaustausches und der Kommunikationsstrukturen im Rahmen des Titels III des Schengener Durchführungsübereinkommens, indem sie
 - zur Unterstützung der in Artikel 46 Absatz 1 des Schengener Durchführungsübereinkommens vorgesehenen Zusammenarbeit einander direkt über bevorstehende, polizeilich relevante Ereignisse und Aktionen, auch in den Fällen der Observation und Nacheile gemäß Artikel 40 und 41 des Schengener Durchführungsübereinkommens, sowie im Einzelfall über Personalien und Erkenntnisse über Personen rechtzeitig unterrichten,

(3) Les agents des centres communs sont soumis au pouvoir hiérarchique et au pouvoir disciplinaire de leurs autorités nationales respectives. L'organisation et le déroulement de l'activité dans les centres communs sont réglés conjointement par les agents désignés à cet effet par les Parties contractantes.

Article 8

(1) Les autorités compétentes des Parties contractantes déterminent, d'un commun accord, les locaux et l'équipement des centres communs, ainsi que les modalités de leur utilisation.

(2) Les centres communs sont marqués par des enseignes et les emblèmes des deux Parties contractantes.

(3) La Partie contractante sur le territoire de laquelle se trouve un centre commun permet d'installer et d'exploiter les installations de télécommunication et les équipements informatiques nécessaires à l'activité des agents de l'autre partie contractante ainsi que leur liaison avec les installations correspondantes de l'autre Partie contractante. L'exploitation des installations est considérée comme communication interne de l'Etat voisin.

(4) La répartition équitable des coûts fera l'objet d'un accord séparé.

Titre 2

Coopération directe

Article 9

Les autorités visées à l'article 1er y compris leurs services subordonnés et les unités opérationnelles correspondantes entretiennent, dans le cadre de leurs compétences, une étroite coopération directe.

Article 10

(1) Sans préjudice de la coopération visée à l'article 4, les autorités mentionnées à l'article 1er, les services subordonnés et les forces opérationnelles correspondantes d'une Partie contractante peuvent mettre en place une coopération directe avec leurs homologues de l'autre Partie contractante. Outre les contacts périodiques, cette coopération consiste notamment à détacher réciproquement des agents pour une durée limitée. Ils ont pour tâche d'assumer des fonctions de liaison dans l'Etat voisin sans exercer des droits souverains.

(2) Les agents des services de police français peuvent, en accord avec les autorités françaises compétentes, se voir confier en République fédérale d'Allemagne des missions de police conformément aux législations des deux Parties contractantes applicables à cet effet.

Article 11

(1) Les autorités visées à l'article 1er prennent immédiatement toutes les mesures appropriées pour renforcer leur coopération. Dans le cadre de l'échange d'informations, elles ne se transmettent directement que celles relatives à la lutte contre la criminalité qui revêtent une importance pour la zone frontalière. Elles procèdent notamment à:

1. l'intensification de l'échange d'informations et à l'amélioration des moyens de communication, conformément au titre III de la convention d'application de l'accord de Schengen,
 - en s'informant directement et à temps d'événements et d'actions imminents intéressant la police, également dans les cas d'observations et de poursuites conformément aux articles 40 et 41 de la convention d'application de l'accord de Schengen et, ponctuellement, de l'identité et de renseignements concernant des personnes, pour se prêter l'assistance nécessaire à la coopération prévue à l'article 46 paragraphe 1 de la convention d'application de l'accord de Schengen,

- in Einzelfällen einander die Personalien von Beteiligten an Straftaten sowie Informationen über den Sachverhalt, Täterverbindungen und über typisches Täterverhalten mitteilen,
 - sich gegenseitig unbeschadet der von den gemeinsamen Zentren übermittelten Informationen weitere bedeutsame Daten für die Einsatzplanung zuleiten,
 - Ansprechpartner für verschiedene Aufgabenbereiche benennen, die über ausreichende Kenntnisse der Sprache sowie der Verwaltungsorganisation des Nachbarstaates verfügen,
 - ein gemeinsames Verzeichnis mit Angaben über Zuständigkeiten und Erreichbarkeiten erstellen und jeweils aktualisieren,
 - bis zur Umstellung auf europäisch einheitliche Ausstattungen und Frequenzen Funkverbindungen durch Austausch von Geräten halten;
2. eine Intensivierung der Kooperation bei Einsätzen zur Verhütung und Verfolgung von Straftaten sowie zur Gefahrenabwehr, indem sie, soweit nicht nach Artikel 4 Absatz 2 das gemeinsame Zentrum tätig wird,
- Einsätze in den gegenüberliegenden Grenzgebieten nach Maßgabe von Plänen, die eine wirksame Nutzung der Kräfte gewährleisten, koordinieren,
 - bei Bedarf gemeinsame Einsatzleitungen und Befehlsstellen bilden,
 - je nach Erforderlichkeit gemischt besetzte Kontroll-, Observations- und Ermittlungsgruppen einrichten, in denen die Bediensteten der einen Vertragspartei im Rahmen ihrer jeweiligen nationalen Zuständigkeit bei Einsätzen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Informations- und Beratungsfunktionen versehen,
 - sich nach Maßgabe gemeinsam festgelegter Pläne an grenzüberschreitenden Fahndungsaktionen, zum Beispiel an Ringalarmfahndungen nach flüchtigen Straftätern, beteiligen,
 - gemeinsame Programme der Kriminalprävention planen und durchführen;
3. einen Ausbau der behördlichen Kontakte und der Aktivitäten auf dem Felde der dezentralen Aus- und Fortbildung, indem
- Lehrpläne für die örtliche Aus- und Fortbildung einander zur Verfügung gestellt, Möglichkeiten zur Teilnahme an solchen Veranstaltungen eingeräumt und gemeinsame Programme für die Fortbildung erarbeitet werden,
 - gemeinsame grenzüberschreitende Übungen durchgeführt und
 - Vertreter des jeweiligen Nachbarstaates zur Teilnahme an besonderen Einsätzen als Beobachter eingeladen werden.
- (2) In Fällen von herausragender oder überregionaler Bedeutung sind die nationalen Zentralstellen umgehend zu beteiligen.
- en se communiquant ponctuellement l'identité des personnes impliquées dans des faits punissables ainsi que les informations sur ces faits, sur les contacts et les comportements typiques de malfaiteurs,
 - en se transmettant réciproquement, sans préjudice des informations échangées par les centres communs, d'autres données utiles à l'élaboration des plans d'intervention,
 - en désignant, pour différents domaines, des personnes à contacter qui disposent de connaissances suffisantes de la langue ainsi que de l'organisation administrative de l'Etat voisin,
 - en mettant au point et actualisant une liste commune des compétences et des heures d'accessibilité,
 - en maintenant des contacts radio par l'échange d'appareils en attendant la mise en place d'équipements et de fréquences uniformes à l'échelon européen;
2. une intensification de la coopération en cas d'opérations effectuées pour la prévention et la recherche de faits punissables, ainsi que pour prévenir des menaces, si ce n'est pas le centre commun conformément à l'article 4, paragraphe 2 qui entre en action,
- en coordonnant l'intervention des forces, de part et d'autre de la frontière, selon des plans assurant une exploitation efficace des moyens,
 - en instituant, en cas de besoin, des centres opérationnels et de commandement communs,
 - en instituant, en fonction des besoins, des groupes mixtes de contrôle, d'observation et de recherche où les agents d'une Partie contractante exercent, dans le cadre de leurs compétences nationales respectives, des fonctions d'information et de conseil en cas d'intervention sur le territoire national de l'autre Partie contractante,
 - en participant, en fonction de plans établis en commun, à des recherches transfrontalières, par exemple à des opérations de recherche d'urgence déclenchées dans un périmètre déterminé et destinées à intercepter des malfaiteurs en fuite,
 - en préparant et en réalisant des programmes communs en matière de prévention de la criminalité,
3. un élargissement des contacts entre les différents services et à une multiplication des activités dans le domaine de la formation et du perfectionnement décentralisés,
- en échangeant leurs programmes de formation et de perfectionnement à l'échelon local, en prévoyant des possibilités pour participer à des séminaires correspondants et en élaborant des programmes de perfectionnement communs,
 - en organisant des exercices transfrontaliers communs et,
 - en invitant des représentants de l'Etat voisin à participer à des interventions particulières comme observateurs.
- (2) Dans des cas d'une particulière gravité ou revêtant un caractère suprarégional, il convient d'associer immédiatement les autorités centrales nationales.

Abschnitt 3

Allgemeine Bestimmungen für die Zusammenarbeit

Artikel 12

(1) Bedienstete, die gemäß Artikel 10 zu einer Dienststelle der anderen Vertragspartei entsandt werden, sind Verbindungsbeamte im Sinne des Artikels 47 oder des Artikels 125 des Schengener Durchführungsübereinkommens.

Titre 3

Dispositions générales pour la coopération

Article 12

(1) Les agents détachés auprès d'un service de l'autre Partie contractante conformément à l'article 10, sont des fonctionnaires de liaison au sens de l'article 47 ou de l'article 125 de la convention d'application de l'accord de Schengen.

(2) Die Vertragsparteien gewähren den gemäß Artikel 10 entsandten Bediensteten sowie den Bediensteten des Nachbarstaates, die gemäß Artikel 4 in einem auf ihrem Hoheitsgebiet gelegenen gemeinsamen Zentrum tätig sind, bei der Ausübung des Dienstes den gleichen Schutz und Beistand wie den eigenen Bediensteten.

(3) Bedienstete einer Vertragspartei, die im Rahmen dieses Abkommens ihren Dienst auf dem Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei ausüben, werden in bezug auf die Straftaten, denen sie zum Opfer fallen oder die sie begehen würden, den Bediensteten des Nachbarstaates gleichgestellt.

(4) Bedienstete, die gemäß Artikel 4 oder Artikel 10 Absatz 1 ihren Dienst auf dem Hoheitsgebiet des Nachbarstaates ausüben haben, können dort ihre nationale Dienstkleidung oder ein sichtbares Kennzeichen tragen. Sie können ihre Dienstwaffe mitführen, dürfen diese aber nur im Falle der Notwehr gebrauchen; das Mitführen sonstiger Zwangsmittel ist zulässig.

(5) Die Bediensteten des Nachbarstaates bleiben in bezug auf ihr Dienstverhältnis sowie in disziplinarrechtlicher Hinsicht den gesetzlichen Vorschriften ihres Staates unterworfen.

(6) Auf die Haftung für Schäden, die in Ausübung des Dienstes gemäß Artikel 4 oder Artikel 10 Absatz 1 verursacht werden, findet Artikel 43 des Schengener Durchführungsübereinkommens entsprechende Anwendung.

Artikel 13

Auf die Verwendung personenbezogener Daten finden Artikel 126 bis 130 des Schengener Durchführungsübereinkommens Anwendung.

Artikel 14

(1) In Anwendung des Artikels 39 des Schengener Durchführungsübereinkommens können neben den nationalen Zentralstellen hinsichtlich ihres gesamten Zuständigkeitsbereiches die in Artikel 1 aufgeführten Polizeibehörden und ihre nachgeordneten Dienststellen bei der vorbeugenden Bekämpfung und der Aufklärung von Straftaten Ersuchen um Hilfe insbesondere in den nachfolgenden Bereichen einander direkt übermitteln:

- Halterfeststellungen und Fahrerermittlungen,
- Führerscheinanfragen,
- Aufenthalts- und Wohnsitzfeststellungen,
- Feststellung von Telefonanschlüßinhabern,
- Identitätsfeststellungen,
- Polizeiliche Erkenntnisse aus Datensystemen und polizeilichen Unterlagen,
- Polizeiliche Erkenntnisse über Rauschgiftfälle,
- Informationen bei grenzüberschreitenden Observationsmaßnahmen (Eilfälle),
- Informationen bei grenzüberschreitender Nacheile,
- Vorbereitung von Plänen und Abstimmung von Maßnahmen im Bereich der Fahndung sowie Einleitung von Sofortfahndungen,
- Verkaufswegsanfragen insbesondere betreffend Waffen und Kraftfahrzeuge,
- Spurenabklärungen.

(2) Die gemäß Absatz 1 ersuchten Polizeibehörden der Vertragspartei erledigen das Ersuchen unmittelbar, soweit die Bearbeitung nicht nach nationalem Recht den Justizbehörden vorbehalten ist. In diesem Fall wird das Ersuchen direkt und unverzüglich an die örtlich zuständige Justizbehörde weitergeleitet, die es wie ein justizielles Ersuchen behandelt und die Antwort über die ursprünglich ersuchte Polizeibehörde an die ersuchende Behörde übermittelt. Der unmittelbare polizeiliche Geschäftsweg

(2) Les Parties contractantes accordent aux agents détachés conformément à l'article 10 ainsi qu'aux agents de l'Etat voisin qui travaillent, conformément à l'article 4, dans un centre commun situé sur leur territoire national, la même protection et la même assistance qu'à leurs propres agents dans l'exercice de leurs missions.

(3) Pour l'application du présent accord, les agents d'une Partie contractante en mission sur le territoire de l'autre Partie contractante seront assimilés aux agents de celle-ci en ce qui concerne les infractions dont ils seraient victimes ou qu'ils commettraient.

(4) Les agents qui, conformément à l'article 4 ou à l'article 10, paragraphe 1, doivent exercer leurs fonctions sur le territoire national de l'Etat voisin, peuvent porter leur tenue de service nationale ou un signe distinctif visible. Ils peuvent porter leur arme de service dont l'utilisation n'est autorisée qu'en cas de légitime défense, ainsi que les autres moyens de contrainte autorisés.

(5) Les agents de l'Etat voisin restent soumis, en ce qui concerne leur situation statutaire et disciplinaire, aux prescriptions légales de leur Etat d'origine.

(6) En ce qui concerne la responsabilité en cas de dommages causés par les agents dans le cadre de l'exercice de leur mission conformément à l'article 4 ou à l'article 10, paragraphe 1, il est fait application des dispositions pertinentes de l'article 43 de la convention d'application de l'accord de Schengen.

Article 13

La transmission de données à caractère personnel s'effectue selon les modalités prévues aux articles 126 à 130 de la convention d'application de l'accord de Schengen.

Article 14

(1) En application de l'article 39 de la convention d'application de l'accord de Schengen, à côté des autorités centrales nationales, en vertu de leurs compétences générales, les autorités de police visées à l'article 1er et leurs services subordonnés peuvent, aux fins de la prévention et de la recherche de faits punissables, se transmettre directement les demandes d'assistance portant notamment sur les domaines suivants:

- identification des détenteurs de véhicules et des conducteurs,
- demandes concernant des permis de conduire,
- recherches d'adresses actuelles et de résidences,
- identification de titulaires de lignes téléphoniques,
- établissement de l'identité des personnes,
- renseignements de police compris dans des fichiers informatisés ou autres documents des services de police,
- renseignements de police relatifs à des affaires de stupéfiants,
- informations lors d'observations transfrontalières (cas d'urgence),
- informations lors de poursuites transfrontalières,
- préparation de plans et harmonisation de mesures de recherche, ainsi que le déclenchement de recherches en urgence,
- demandes concernant les circuits de ventes, en particulier d'armes et de véhicules,
- vérifications de la présence de traces matérielles.

(2) Les autorités de police de la Partie contractante requises sur la base du paragraphe 1 répondent directement aux demandes pour autant que le droit national n'en réserve pas le traitement aux autorités judiciaires. Dans cette hypothèse, la demande d'assistance est transmise directement et sans délai à l'autorité judiciaire territorialement compétente qui la traite comme une demande d'entraide judiciaire et adresse la réponse à l'autorité requérante par l'intermédiaire des services de police

ist ausgeschlossen, wenn das Ersuchen oder seine Erledigung Zwangsmaßnahmen erfordert.

(3) In Fällen von herausragender oder überregionaler Bedeutung werden die nationalen Zentralstellen über das unmittelbar übermittelte Ersuchen unverzüglich unterrichtet. Dies gilt auch für die Auslösung von Sofortfahndungen und deren Ergebnis.

(4) Die in Anwendung dieses Artikels erlangten Informationen dürfen von der ersuchenden Vertragspartei nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts und gemäß Artikel 13 dieses Abkommens verwendet werden.

(5) Die Zusammenarbeit der Zollverwaltungen erfolgt gemäß den Bestimmungen des Übereinkommens zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union über die Zollzusammenarbeit in seiner jeweils geltenden Fassung.

Artikel 15

(1) Die grenzüberschreitende Observation richtet sich nach den in Artikel 40 des Schengener Durchführungsübereinkommens genannten Voraussetzungen. Der Öffentlichkeit zugängliche Arbeits-, Betriebs- und Geschäftsräume dürfen während ihrer jeweiligen Öffnungszeiten betreten werden.

(2) Zuständige Bewilligungsbehörden sind

1. in der Bundesrepublik Deutschland

- in Baden-Württemberg die Staatsanwaltschaft, in deren Zuständigkeitsbereich der Grenzübertritt voraussichtlich erfolgen soll; ist der Ort des voraussichtlichen Grenzübertritts nicht bekannt, ist zuständige Bewilligungsbehörde die Generalstaatsanwaltschaft Karlsruhe
- in Rheinland-Pfalz der leitende Oberstaatsanwalt in Zweibrücken oder der leitende Oberstaatsanwalt in Landau
- im Saarland die Staatsanwaltschaft Saarbrücken.

Die erteilte Bewilligung zur Durchführung der Observation gilt für das gesamte Bundesgebiet.

2. in der Französischen Republik die Zentralkommission der Kriminalpolizei.

(3) Das Rechtshilfeersuchen ist unmittelbar an die zuständige Bewilligungsbehörde zu richten. Eine Kopie des Rechtshilfeersuchens soll außer den in Artikel 40 Absatz 1 in Verbindung mit Artikel 40 Absatz 5 des Schengener Durchführungsübereinkommens genannten Stellen

1. in der Bundesrepublik Deutschland

- dem Landeskriminalamt Baden-Württemberg in Stuttgart,
- dem Landeskriminalamt Rheinland-Pfalz in Mainz,
- dem Landeskriminalamt Saarland in Saarbrücken,
- dem Zollkriminalamt in Köln,

soweit davon jeweils betroffen,

2. in der Französischen Republik den gemeinsamen Zentren zugeleitet werden.

(4) Der Grenzübertritt ist in Fällen einer Observation nach Artikel 40 Absatz 2 des Schengener Durchführungsübereinkommens

1. in der Bundesrepublik Deutschland

- für Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz den gemeinsamen Zentren
- im Saarland dem Landeskriminalamt

initialement saisis. La voie de l'assistance policière directe est exclue dès lors que la demande ou son exécution implique des mesures coercitives.

(3) Les autorités centrales nationales sont informées immédiatement de la demande directement transmise, dès lors qu'elle est d'une gravité particulière ou qu'elle revêt un caractère supra-régional. Ceci vaut également pour le déclenchement de recherches en urgence et leurs résultats.

(4) Les renseignements obtenus en application du présent article sont utilisés par la Partie contractante requérante conformément à son droit interne et aux dispositions de l'article 13 du présent accord.

(5) La coopération entre les administrations douanières s'opère dans le respect des dispositions de la convention passée entre les Etats membres de l'Union européenne et relative à la coopération douanière dans sa version en vigueur.

Article 15

(1) L'observation transfrontalière s'exerce en application de l'article 40 de la convention d'application de l'accord de Schengen. Il est possible de pénétrer dans les lieux de travail, locaux d'entreprises ou d'affaires accessibles au public pendant leurs heures respectives d'ouverture.

(2) Les autorités compétentes pour délivrer l'autorisation sont:

1. En République fédérale d'Allemagne:

- en Bade-Wurtemberg, le parquet compétent pour l'endroit où le franchissement de la frontière aura probablement lieu. Si le lieu du franchissement probable de la frontière n'est pas connu, l'autorité compétente pour délivrer l'autorisation est le parquet général de Karlsruhe,
- en Rhénanie-Palatinat, les parquets de Deux-Ponts (Zweibrücken) ou Landau,
- en Sarre, le parquet de Sarrebruck.

L'autorisation octroyée concernant l'exécution de l'observation s'applique à l'ensemble du territoire fédéral.

2. en République française la Direction centrale de la Police judiciaire.

(3) La demande d'entraide judiciaire doit être transmise immédiatement à l'autorité compétente pour délivrer l'autorisation. Une copie de cette demande devra être transmise, à côté des autorités visées à l'article 40 paragraphes 1 et 5 de la convention d'application de l'accord de Schengen:

1. En République fédérale d'Allemagne:

- à l'office régional de police criminelle (Landeskriminalamt) du Bade-Wurtemberg à Stuttgart,
- à l'office régional de police criminelle de Rhénanie-Palatinat à Mayence,
- à l'office régional de police criminelle de Sarre à Sarrebruck,
- à l'office criminel des douanes (Zollkriminalamt) à Cologne, dans la mesure où ils sont concernés.

2. en République française aux centres communs.

(4) Dans les cas d'une observation conformément à l'article 40 paragraphe 2 de la convention d'application de l'accord de Schengen, le franchissement de la frontière doit être communiqué:

1. En République fédérale d'Allemagne:

- pour le Bade-Wurtemberg et la Rhénanie-Palatinat, aux centres communs
- pour la Sarre, à l'office régional de police criminelle

2. in der Französischen Republik den gemeinsamen Zentren mitzuteilen.

Die in Artikel 40 Absatz 5 des Schengener Durchführungsübereinkommens genannten Stellen sind unverzüglich zu unterrichten.

(5) Änderungen dieser Zuständigkeiten werden der anderen Vertragspartei durch Notifikation mitgeteilt.

Artikel 16

(1) Die grenzüberschreitende Nacheile richtet sich nach den in Artikel 41 des Schengener Durchführungsübereinkommens genannten Voraussetzungen sowie den dazu erlassenen Durchführungsregelungen und Leitlinien unter Beachtung der gemäß Artikel 41 Absatz 9 des Schengener Durchführungsübereinkommens abgegebenen nationalen Erklärungen. Der Öffentlichkeit zugängliche Arbeits-, Betriebs- und Geschäftsräume dürfen während ihrer jeweiligen Öffnungszeiten betreten werden.

(2) Im Falle einer grenzüberschreitenden Nacheile sind spätestens beim Grenzübertritt zu benachrichtigen

1. in der Bundesrepublik Deutschland

- in Baden-Württemberg die Landespolizeidirektion Freiburg oder die Landespolizeidirektion Karlsruhe,
- in Rheinland-Pfalz das Polizeipräsidium Rheinpfalz oder das Polizeipräsidium Westpfalz,
- im Saarland das Landeskriminalamt;

2. in der Französischen Republik die gemeinsamen Zentren, die den örtlich zuständigen Staatsanwalt benachrichtigen werden.

Änderungen dieser Zuständigkeiten werden der anderen Vertragspartei durch Notifikation mitgeteilt.

(3) Die jeweils örtlich zuständige Behörde (in der Französischen Republik der örtlich zuständige Staatsanwalt) kann die Einstellung der Nacheile verlangen.

(4) In Fällen von herausragender Bedeutung oder wenn die Nacheile über das Grenzgebiet hinausgegangen ist, sind die nationalen Zentralstellen zu unterrichten.

Artikel 17

(1) Bei der Durchführung einer grenzüberschreitenden Observation oder Nacheile unterliegen Polizei- und Zollbeamte des Nachbarstaates denselben verkehrsrechtlichen Bestimmungen wie die Polizei- und Zollbeamten der Vertragspartei, auf deren Hoheitsgebiet die Observation oder Nacheile fortgesetzt wird. Die Vertragsparteien unterrichten einander über die jeweils geltende Rechtslage.

(2) Zur Unterstützung der grenzüberschreitenden Observation oder Nacheile erforderliche technische Mittel dürfen eingesetzt werden, soweit dies nach dem Recht der Vertragspartei, auf deren Hoheitsgebiet die Observation oder Nacheile fortgesetzt wird, zulässig ist.

(3) Die Vertragsparteien werden schnellstmöglich die erforderlichen Voraussetzungen herbeiführen, damit bei der grenzüberschreitenden Observation oder Nacheile oder bei sonstigen zwischen den in Artikel 1 genannten Behörden abgestimmten grenzüberschreitenden Einsatzmaßnahmen auch Luftfahrzeuge der Polizeibehörden eingesetzt werden können. Die Vertragsparteien unterrichten sich gegenseitig über das Vorliegen dieser Voraussetzungen und bemühen sich, diese Möglichkeit auch der Zollverwaltung einzuräumen.

Artikel 18

Soweit es verkehrsbedingt notwendig ist, dürfen die Polizei- und Zollbeamten das Hoheitsgebiet des Nachbarstaates bis zur

2. en République française aux centres communs.

Les autorités visées à l'article 40 paragraphe 5 de la convention d'application de l'accord de Schengen doivent être immédiatement informées.

(5) Les changements éventuels concernant ces compétences sont notifiés à l'autre Partie contractante.

Article 16

(1) La poursuite transfrontalière s'exerce conformément à l'article 41 de la convention d'application de l'accord de Schengen et à ses textes de mise en oeuvre en tenant compte des déclarations nationales prévues à l'article 41, paragraphe 9 de la convention d'application de l'accord de Schengen. Il est possible de pénétrer dans les lieux de travail, locaux d'entreprises ou d'affaires accessibles au public pendant leurs heures respectives d'ouverture.

(2) La poursuite transfrontalière doit être communiquée au plus tard au moment du franchissement de la frontière:

1. En République fédérale d'Allemagne:

- au Bade-Wurtemberg, à la direction de police de Land (Landespolizeidirektion) de Fribourg ou à la direction de police de Land (Landespolizeidirektion) de Karlsruhe,
- en Rhénanie-Palatinat, aux présidences de police (Polizei-präsidiem) de Rheinpfalz ou de Westpfalz,
- en Sarre, à l'office régional de police criminelle (Landeskriminalamt).

2. en République française aux centres communs qui aviseront le procureur de la République territorialement compétent.

Les changements concernant ces compétences sont notifiés à l'autre Partie contractante.

(3) L'autorité localement compétente (en République française, le procureur de la République territorialement compétent) peut demander l'arrêt de la poursuite.

(4) Dans les cas d'une gravité particulière ou lorsque la poursuite a dépassé la zone frontalière, il convient d'en informer les autorités centrales nationales.

Article 17

(1) Lors d'une observation ou d'une poursuite transfrontalières, les agents de police ou de douane de l'Etat voisin sont soumis, pour ce qui concerne la circulation, aux mêmes dispositions légales que les policiers et les douaniers de la Partie contractante sur le territoire de laquelle s'exerce l'observation ou la poursuite. Les Parties contractantes s'informent mutuellement de la réglementation en vigueur sur ce point.

(2) Les moyens techniques nécessaires pour faciliter l'observation ou la poursuite transfrontalières peuvent être utilisés pour autant que cela est admis par la législation de la Partie contractante sur le territoire national de laquelle l'observation ou la poursuite est effectuée.

(3) Les Parties contractantes s'engagent à réunir le plus rapidement possible les conditions préalables à l'utilisation par les services de police des moyens aériens, dans le cadre de l'observation ou de la poursuite ou à l'occasion d'autres interventions transfrontalières décidées en commun par les autorités désignées à l'article 1er. Les Parties contractantes s'informent mutuellement de la réalisation de ces conditions et s'efforcent d'étendre cette possibilité aux autorités douanières.

Article 18

Si l'agencement des voies de circulation l'impose, les agents des services de police et de douane dans l'exercice de leurs mis-

nächsten Wendemöglichkeit befahren, um das eigene Hoheitsgebiet wieder zu erreichen.

Artikel 19

(1) Polizei- und Zollbeamte der Vertragsparteien dürfen in den Fällen der Artikel 40 und 41 des Schengener Durchführungsübereinkommens sowie der Artikel 12 und 18 dieses Abkommens beim Grenzübertritt ihre nationale Dienstkleidung tragen und die nach dem jeweiligen nationalen Recht des Staates, aus dessen Hoheitsgebiet sie kommen, zugelassenen Dienstwaffen und sonstigen Zwangsmittel mitführen.

(2) Die zuständigen Stellen unterrichten sich über die jeweils zugelassenen Dienstwaffen und sonstigen Zwangsmittel.

(3) Der Gebrauch der Dienstwaffe ist nur im Falle der Notwehr zulässig.

Teil III

Durchführungs- und Schlußbestimmungen

Artikel 20

Die zuständigen Stellen der Vertragsparteien und der Länder Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Saarland können auf der Grundlage und im Rahmen dieses Abkommens weitere Absprachen treffen, die die verwaltungsmäßige Durchführung und die praktischen Modalitäten zur Umsetzung der Zusammenarbeit in den Grenzgebieten zum Ziel haben.

Artikel 21

Ist eine Vertragspartei der Ansicht, daß die Erfüllung eines Ersuchens oder die Durchführung einer Kooperationsmaßnahme geeignet ist, die eigenen Hoheitsrechte zu beeinträchtigen, die eigene Sicherheit oder andere wesentliche Interessen zu gefährden oder gegen das innerstaatliche Recht zu verstoßen, kann sie die Zusammenarbeit insoweit ganz oder teilweise verweigern oder von bestimmten Bedingungen abhängig machen.

Artikel 22

Die Zustimmung der Länder im Sinne des Artikels 4 Absatz 3 Satz 2 wird der französischen Vertragspartei durch Notifikation mitgeteilt.

Artikel 23

(1) Eine gemeinsame Arbeitsgruppe aus Vertretern der Vertragsparteien überprüft regelmäßig die Umsetzung dieses Abkommens und stellt fest, ob Ergänzungs- und Fortschreibungsbedarf besteht.

(2) Eine Expertengruppe aus Vertretern der in Artikel 1 genannten Behörden tritt regelmäßig oder bei Bedarf zusammen und überprüft die Qualität der Zusammenarbeit, erörtert neue Strategien, stimmt Einsatz-, Fahndungs- und Streifenpläne ab, tauscht statistische Daten aus und koordiniert Arbeitsprogramme.

Artikel 24

Mit dem Inkrafttreten dieses Abkommens tritt das Abkommen vom 3. Februar 1977 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Französischen Republik über die Zusammenarbeit der Polizeibehörden im deutsch-französischen Grenzgebiet außer Kraft.

Artikel 25

(1) Dieses Abkommen tritt am ersten Tag des zweiten Monats nach Austausch der Erklärungen in Kraft, durch die die Vertragsparteien einander mitteilen, daß die innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind.

sions, peuvent circuler sur le territoire national de l'Etat voisin jusqu'à la prochaine possibilité de faire demi-tour pour retourner sur leur propre territoire.

Article 19

(1) Les agents des services de police et de douane des Parties contractantes, agissant dans le cadre des articles 40 et 41 de la convention d'application de l'accord de Schengen ainsi que des articles 12 et 18 du présent accord, peuvent porter, au moment du franchissement de la frontière, leur uniforme ainsi que leur arme de service et d'autres moyens de contrainte autorisés par leur législation nationale.

(2) Les organes compétents échangent des informations sur les armes de service et les autres moyens de contrainte autorisés.

(3) L'utilisation de l'arme de service n'est autorisée qu'en cas de légitime défense.

Partie III

Dispositions d'application et dispositions finales

Article 20

Les organes compétents des Parties contractantes et des Länder de Bade-Wurtemberg, de Rhénanie-Palatinat et de Sarre peuvent, sur la base et dans le cadre du présent accord, conclure d'autres protocoles d'application ayant trait à l'exécution administrative et aux modalités pratiques de mise en oeuvre de la coopération dans les zones frontalières.

Article 21

Si une Partie contractante estime que la réponse à une demande ou la réalisation d'une mesure de coopération est susceptible de porter atteinte à sa souveraineté, de compromettre sa propre sécurité ou d'autres intérêts essentiels ou de violer sa législation, elle peut refuser totalement ou en partie la coopération ou la soumettre à des conditions déterminées.

Article 22

La Partie contractante française est informée de l'approbation des Länder au sens de l'article 4, paragraphe 3, 2e phrase par notification.

Article 23

(1) Un groupe de travail commun composé de représentants des Parties contractantes vérifie périodiquement la mise en oeuvre du présent accord et identifie les compléments ou actualisations éventuellement nécessaires.

(2) Un groupe d'experts composé de représentants des autorités visées à l'article 1er se réunit à intervalles réguliers ou dès lors que la nécessité se fait sentir et vérifie la qualité de la coopération, discute de stratégies nouvelles, harmonise les plans d'intervention, de recherche et de patrouille, échange des statistiques et coordonne des programmes de travail.

Article 24

Est abrogé, avec l'entrée en vigueur du présent accord, l'Accord conclu entre le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et le Gouvernement de la République française relatif à la coopération entre les services de police dans la zone frontalière franco-allemande en date du 3 février 1977.

Article 25

(1) Le présent accord entrera en vigueur le premier jour du deuxième mois après échange des déclarations par lesquelles les Parties contractantes s'informent mutuellement que les conditions nationales de l'entrée en vigueur sont remplies.

(2) Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Es kann von jeder Vertragspartei durch Notifikation gekündigt werden. Die Kündigung wird sechs Monate nach dem Zeitpunkt wirksam, zu dem sie der anderen Vertragspartei zugegangen ist.

(2) Le présent accord est conclu pour une durée illimitée. Chaque Partie contractante pourra le dénoncer par notification. La dénonciation prendra effet six mois après la date de sa réception par l'autre Partie contractante.

Geschehen zu Mondorf am 9. Oktober 1997 in zwei Urschriften, jede in deutscher und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Fait à Mondorf, le 9 octobre 1997 en double exemplaire en langue allemande et en langue française, les deux textes faisant également foi.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Pour le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne
Rolf Jung
Kurt Schelter

Für die Regierung der Französischen Republik
Pour le Gouvernement de la République française
Jean-Pierre Chevènement

Gemeinsame Erklärung
der Vertragsparteien anlässlich der Unterzeichnung des Abkommens
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Französischen Republik
für die Zusammenarbeit der Polizei- und Zollbehörden in den Grenzgebieten

Déclaration commune
des Parties contractantes à l'occasion de la signature de l'accord entre
le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne
et le Gouvernement de la République française
relatif à la coopération dans leurs zones frontalières
entre les autorités de police et les autorités douanières

Die Vertragsparteien erklären, daß sie nach Unterzeichnung dieses Abkommens eine Prüfung der Schwierigkeiten vornehmen werden, die zwischen den Polizeibehörden im Bereich der Rechtshilfe aufgetreten sind, um eventuelle bilaterale Verbesserungsvorschläge ausarbeiten zu können. Hierbei werden sie den Stand der Verhandlungen zum Abschluß eines Übereinkommens über die Rechtshilfe in Strafsachen zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union berücksichtigen. Die Vertragsparteien streben eine Vertiefung der polizeilichen Aspekte der Rechtshilfe unter Beachtung des innerstaatlichen Rechts und der Zuständigkeit der Justizbehörden an. Angesichts der innerhalb der Europäischen Union laufenden Verhandlungen stimmen die Vertragsparteien überein, daß es zur wirksameren Bekämpfung grenzüberschreitender Kriminalität unerlässlich ist, gegebenenfalls untereinander den Einsatz moderner Fahndungs- und Rechtshilfeinstrumente zu fördern.

Les Parties contractantes déclarent qu'après avoir signé le présent accord, elles souhaitent que soit entamé un examen des difficultés rencontrées entre les services de police en matière d'entraide judiciaire, afin de pouvoir élaborer d'éventuelles propositions d'amélioration au plan bilatéral. Ces propositions tiendront compte de l'état des négociations concernant la conclusion d'une Convention sur l'entraide judiciaire en matière pénale entre les Etats-membres de l'Union européenne. Ce faisant, les Parties contractantes souhaitent un approfondissement des aspects policiers de l'entraide judiciaire dans le respect des législations nationales et de la compétence des autorités judiciaires. Au vu des négociations en cours au sein de l'Union européenne et en tant que de besoin, les Parties contractantes s'accordent pour dire qu'afin de lutter plus efficacement contre la criminalité transfrontalière, il est indispensable de favoriser entre elles l'utilisation de moyens modernes d'investigation et d'entraide.

Geschehen zu Mondorf, den 9. Oktober 1997

Fait à Mondorf, le 9 octobre 1997

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Pour le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne

Rolf Jung
Kurt Schelter

Für die Regierung der Französischen Republik
Pour le Gouvernement de la République française

Jean-Pierre Chevènement

**Bekanntmachung
des deutsch-guatemaltekischen Abkommens
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Vom 5. Juni 1998

Das in Guatemala-Stadt am 18. April 1997 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Guatemala über Finanzielle Zusammenarbeit ist nach seinem Artikel 5

am 28. Mai 1998

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 5. Juni 1998

Bundesministerium
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung
Im Auftrag
Bernhard Schweiger

**Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Guatemala
über Finanzielle Zusammenarbeit
(Vorhaben „Grundbildungsprogramm [PRONADE]“)**

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung der Republik Guatemala –

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Guatemala,

in dem Wunsch, diese freundschaftlichen Beziehungen durch partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu vertiefen,

in dem Bewußtsein, daß die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in der Republik Guatemala beizutragen –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung der Republik Guatemala, von der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt/Main, für das Vorhaben „Grundbildungsprogramm (PRONADE)“ einen Finanzierungsbeitrag von bis zu 20 000 000,- DM (in Worten: zwanzig Millionen Deutsche Mark) zu erhalten, wenn nach Prüfung dessen Förderungswürdigkeit festgestellt und bestätigt worden ist, daß es als Vorhaben

der sozialen Infrastruktur die besonderen Voraussetzungen für die Förderung im Wege eines Finanzierungsbeitrages erfüllt.

(2) Kann die genannte Bestätigung nicht erfolgen, ermöglicht es die Regierung der Bundesrepublik Deutschland der Regierung der Republik Guatemala, von der Kreditanstalt für Wiederaufbau für das Vorhaben bis zur Höhe des vorgesehenen Finanzierungsbeitrages ein Darlehen zu erhalten.

(3) Das in Absatz 1 bezeichnete Vorhaben kann im Einvernehmen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Guatemala durch andere Vorhaben ersetzt werden.

(4) Wird das in Absatz 1 bezeichnete Vorhaben durch ein Vorhaben des Umweltschutzes, der sozialen Infrastruktur oder eine selbsthilfeorientierte Maßnahme der Armutsbekämpfung ersetzt, das die besonderen Voraussetzungen für die Förderung im Wege eines Finanzierungsbeitrages erfüllt, kann ein Finanzierungsbeitrag, anderenfalls ein Darlehen gewährt werden.

(5) Falls die Regierung der Bundesrepublik Deutschland es der Regierung der Republik Guatemala zu einem späteren Zeitpunkt ermöglicht,

- a) weitere Darlehen oder Finanzierungsbeiträge zur Vorbereitung des in Absatz 1 genannten Vorhabens oder
- b) Finanzierungsbeiträge für notwendige Begleitmaßnahmen zur Durchführung und Betreuung des in Absatz 1 genannten Vorhabens

von der Kreditanstalt für Wiederaufbau zu erhalten, findet dieses Abkommen Anwendung.

(6) Finanzierungsbeiträge für Vorbereitungs- und Begleitmaßnahmen gemäß Absatz 5 werden in Darlehen umgewandelt, wenn sie nicht für solche Maßnahmen verwendet werden.

Artikel 2

Die Verwendung des in Artikel 1 genannten Betrages, die Bedingungen, zu denen er zur Verfügung gestellt wird, und das Verfahren der Auftragsvergabe bestimmen die zwischen der Kreditanstalt für Wiederaufbau und dem Empfänger der Finanzierungsbeiträge zu schließenden Verträge, die den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegen.

Artikel 3

Die Regierung der Republik Guatemala stellt die Kreditanstalt für Wiederaufbau von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben frei, die im Zusammenhang mit dem Abschluß und der Durchführung der in Artikel 2 erwähnten Verträge in der Republik Guatemala erhoben werden.

Artikel 4

Die Regierung der Republik Guatemala überläßt bei den sich aus der Gewährung von Finanzierungsbeiträgen ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, die die Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

Artikel 5

Dieses Abkommen tritt am Tag nach der Mitteilung der Regierung von Guatemala an die Regierung der Bundesrepublik Deutschland über die Erfüllung der durch die innerstaatliche Gesetzgebung vorgegebenen rechtlichen Voraussetzungen in Kraft.

Geschehen zu Guatemala-Stadt am 18. April 1997 in zwei Urschriften, jede in deutscher und spanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

Neukirch
Schweiger

Für die Regierung der Republik Guatemala

Arévalo

Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Pflanzenschutzübereinkommens vom 6. Dezember 1951

Vom 23. Juli 1998

Das Internationale Pflanzenschutzübereinkommen vom 6. Dezember 1951 in der Fassung vom 28. November 1979 (BGBl. 1985 II S. 982) ist nach seinem Artikel XIV für folgende weitere Staaten in Kraft getreten:

Bahamas	am 19. September 1997
Burkina Faso	am 8. Juni 1995
Polen	am 29. Mai 1996
Schweiz	am 26. September 1996
Seychellen	am 31. Oktober 1996
Slowenien	am 27. Mai 1998

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 27. Oktober 1993 (BGBl. II S. 2207).

Bonn, den 23. Juli 1998

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Hilger

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens
über den physischen Schutz von Kernmaterial**

Vom 23. Juli 1998

Das Übereinkommen vom 26. Oktober 1979 über den physischen Schutz von Kernmaterial (BGBl. 1990 II S. 326) ist nach seinem Artikel 19 Abs. 2 für folgende weitere Staaten in Kraft getreten:

Kuba	am 26. Oktober 1997
nach Maßgabe des bei Hinterlegung der Beitrittsurkunde gemachten Vorbehalts:	

(Übersetzung)

„The Republic of Cuba declares with respect to the content of Article 17 of the Convention on the Physical Protection of Nuclear Material that any dispute that may arise concerning the interpretation or application of the Convention shall be settled by diplomatic means among the parties to the dispute. By the same token, it does not consider itself bound by the procedure involving the International Court of Justice.”

„Die Republik Kuba erklärt zu Artikel 17 des Übereinkommens über den physischen Schutz von Kernmaterial, daß jede möglicherweise auftretende Streitigkeit über die Auslegung oder Anwendung des Übereinkommens zwischen den Streitparteien auf diplomatischem Wege beizulegen ist. Aus diesem Grund betrachtet sie sich durch das Verfahren, an dem der Internationale Gerichtshof beteiligt ist, nicht als gebunden.“

Libanon	am 15. Januar 1998
Usbekistan	am 11. März 1998

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 13. Januar 1997 (BGBl. II S. 336).

Bonn, den 23. Juli 1998

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Hilger

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten
der in Genf am 19. März 1991 unterzeichneten Fassung
des Internationalen Übereinkommens zum Schutz von Pflanzenzüchtungen**

Vom 24. Juli 1998

Nach Artikel 2 Abs. 2 des Gesetzes vom 25. März 1998 zu der in Genf am 19. März 1991 unterzeichneten Fassung des Internationalen Übereinkommens zum Schutz von Pflanzenzüchtungen (BGBl. 1998 II S. 258) wird bekanntgemacht, daß das Übereinkommen nach seinem Artikel 37 Abs. 2 für die

Bundesrepublik Deutschland	am 25. Juli 1998
----------------------------	------------------

in Kraft treten wird.

Die Ratifikationsurkunde ist am 25. Juni 1998 beim Generalsekretär des Internationalen Verbandes zum Schutz von Pflanzenzüchtungen hinterlegt worden.

Das Übereinkommen in seiner am 19. März 1991 revidierten Fassung ist ferner für folgende Staaten in Kraft getreten:

Bulgarien	am 24. April 1998
Dänemark	am 24. April 1998
nach Maßgabe der bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde abgegebenen Erklärung, daß das Übereinkommen auf Grönland und die Färöer keine Anwendung findet	
Israel	am 24. April 1998
Niederlande (für das Königreich in Europa)	am 24. April 1998
Russische Föderation	am 24. April 1998
Schweden	am 24. April 1998

Bonn, den 24. Juli 1998

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Hilger

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens
zur Gründung des Gemeinsamen Fonds für Rohstoffe**

Vom 24. Juli 1998

Das Übereinkommen vom 27. Juni 1980 zur Gründung des Gemeinsamen Fonds für Rohstoffe (BGBl. 1985 II S. 714) ist nach seinem Artikel 57 Abs. 2 für Trinidad und Tobago am 22. Januar 1998 und die zwischenstaatlichen Organisationen (Artikel 4 des Übereinkommens) Gemeinsamer Markt für das Östliche und Südliche Afrika (COMESA) am 3. Februar 1998 Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) am 16. März 1998 in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 27. Februar 1997 (BGBl. II S. 770).

Bonn, den 24. Juli 1998

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Hilger

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Übereinkommens von 1971 über psychotrope Stoffe**

Vom 27. Juli 1998

Das Übereinkommen vom 21. Februar 1971 über psychotrope Stoffe (BGBl. 1976 II S. 1477; 1978 II S. 1239; 1980 II S. 1406; 1981 II S. 379; 1985 II S. 1104) ist nach seinem Artikel 26 Abs. 2 für

Namibia am 29. Juni 1998
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 29. Mai 1998 (BGBl. II S. 1398).

Bonn, den 27. Juli 1998

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Hilger

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich der Konvention
über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes**

Vom 27. Juli 1998

Die Konvention vom 9. Dezember 1948 über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes (BGBl. 1954 II S. 729) ist nach ihrem Artikel XIII Abs. 3 für

Belize am 8. Juni 1998
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 29. Mai 1998 (BGBl. II S. 1399).

Bonn, den 27. Juli 1998

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Hilger

